Donnerstag, 3. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 52 - 9.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

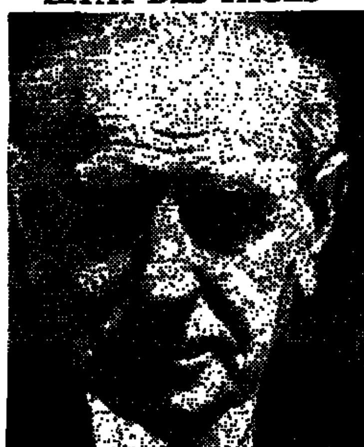
POLITIK

Owen nimmt Abstand von Palme-Plan

dpa, Stockholm

Zwei Mitglieder der Palme-Kommission für Sicherheit und Abrüstung haben sich gestern vom schwedischen Vorschlag zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa distanziert. Der frühere britische Außenminister David Owen erklärte in einem Interview der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter", daß der am 8. Dezember 1982 veröffentlichte Vorschlag nicht mit dem Bericht der Palme-Kommission übereinstimme. Owen soll neben dem früheren amerikanischen Außenminister Cyrus Vance einer der Urheber der Idee für ein kernwaffenfreies Mitteleuropa gewesen sein. Als einen völlig neuen Vorschlag und als eine drastische Veränderung bezeichnete der amerikanische Wissenschaftler Barry Blechman die schwedische Initiative. Zusammen mit Owen verwies er auf die von der Palme-Kommission herausgestellte Notwendigkeit einer Einigung über ein konventionelles Gleichgewicht zwischen Ost und West, ehe an die Errichtung der 300 Kilometer breiten kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gedacht werden könne.

ZITAT DES TAGES



„Die anhaltenden Verfolgungen in Polen schädigen die internationalen Beziehungen und die Sache des Friedens in Europa."

Der Philosoph Karl Popper in einem Leserbrief an die Londoner „Times", der unter anderem auch von dem deutschen Professor Ralf Dahrendorf und dem britischen Philosophen Sir Isaiah Berlin unterschrieben wurde.
FOTO: CAMERA PRESS

KPI gegen US-Raketen

dpa, Mailand

Der Generalsekretär der KP Italiens, Berlinguer, hat bei der Eröffnung des 16. Parteitags der KPI von der italienischen Regierung die Rücknahme ihrer Entscheidung zur Aufstellung der NATO-Mittelstreckenraketen bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen gefordert. Er räumte zwar ein, daß es „möglicherweise" in Europa im Bereich der Mittelstreckenraketen ein Ungleichgewicht zugunsten der UdSSR gebe. Als „gefährlich" bezeichnete er allerdings die Auffassung, daß deshalb zunächst bei der NATO nachgerüstet werden müsse.

Seite 8

„Geringere Steigerung"

rtr, Washington

Die Gouverneure von 30 amerikanischen Bundesstaaten haben sich für Einschränkungen in dem von Präsident Ronald Reagan geplanten Verteidigungshaushalt ausgesprochen. Auf einer Gouverneursversammlung überstimmten sie zehn ihrer Amtskollegen und verabschiedeten eine Resolution, wonach die Verteidigungsausgaben bis 1988 im Jahr um real fünf Prozent, und nicht wie Reagan vorsah, um rund zehn Prozent gesteigert werden sollen.

„Knappes Rennen"

dpa, Hamburg

Die CDU/CSU wird nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Hamburger „Sample"-Instituts im Auftrage der Illustrierten „Bunte" bei der Bundestagswahl 43 Prozent der Zweitstimmen erhalten, während die SPD mit 42 Prozent knapp dahinter liegt. Die FDP und die Grünen kommen in dieser Umfrage *auf je sechs Prozent und* würden damit in den Bundestag einziehen.

WIRTSCHAFT

Industrie: Spürbar mehr produziert

Mk. Bonn

Die Industrieproduktion hat zu Jahresbeginn wieder spürbar angezogen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Fertigung des Produzierenden Gewerbes im Januar saisonbereinigt gegenüber Dezember um vier Prozent. Dabei nahm der Ausstoß im Investitionsgütergewerbe um sechs Prozent zu. Am stärksten fiel die Belebung mit plus 14,5 Prozent im Bauhauptgewerbe aus. Damit habe, so das Bundeswirtschaftsministerium, die seit rund einem Jahr zu beobachtende kontinuierliche – und zum Jahresende 1982 besonders ausgeprägte – Verbesserung der Nachfragesituation in der Bauwirtschaft erstmals statistisch in der Bautätigkeit ihren Niederschlag gefunden. Der Zwei-Monats-Vergleich (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November) weist für das Produzierende Gewerbe einen Anstieg der Fertigung um ein Prozent aus. Im Bau errechnet sich ein Zuwachs von drei Prozent. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde an der Jahreswende 1982/83 jedoch noch um fünf Prozent unterschritten.

Warnstreiks fortgesetzt

dpa/DW. Hamburg/Berlin

Die Beschäftigten der Metallindustrie haben ihre am Dienstag begonnenen Warnstreiks gestern fortgesetzt. In Baden-Württemberg traten nach Angaben der IG Metall 7000 Metaller eine halbe Stunde lang in den Ausstand, um eine Erhöhung des 2,5-Prozent-Angebots der Arbeitgeber zu erzwingen. In Bayern streikten rund 5000 Metall-Arbeitnehmer zwischen 15 Minuten und einer Stunde. In Berlin folgten 750 Beschäftigte dem Streikaufruf und versammelten sich zu einer Protestkundgebung.

Weniger Berlin-Reisen

dpa, Berlin

Die Zahl der Bahnreisenden von und nach Berlin ist nach einem Zuwachs in den vergangenen zehn Jahren 1982 um 314 000 (10,2 Prozent) zurückgegangen. Dies gab die Deutsche Bundesbahn gestern bekannt. Die fallende Tendenz setzte sich auch im Januar fort. Damit verzeichne neben Flug- und Omnibuslinienverkehr auch die Bahn sinkende Reisenden-Zahlen im Berlin-Verkehr.

Belgien: Zuzugsstopp?

SAD, Brüssel

Eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung des Zuzugs von Gastarbeitern stehen nach den Worten von Justizminister Jean Gol in Belgien bevor. Das Kabinett werde demnächst darüber entscheiden. In bestimmten Kommunen soll die Zulassung von Gastarbeitern begrenzt werden. Auch die Möglichkeiten für Familienzusammenführungen sollen eingeschränkt werden. Mit den Maßnahmen soll die 1974 beschlossene Politik des Einwanderungsstopps durchgesetzt werden.

Aktien sehr fest

cd. Frankfurt

An der Aktienbörse hat sich gestern wieder Haussestimmung ausgebreitet. Die für die Koalition günstigen neuesten Wahlumfragen, die kräftige Auftragsbelebung im Maschinenbau, einer für die Konjunktur entscheidenden Branche, der Anstieg der Industrieproduktion im Januar, der Rückgang der Inflationsrate und die Hausse an der New Yorker Wall Street lockte in- und ausländische Käufer mit großen Aufträgen an den Aktienmarkt, wo Spitzenwerte wie Bankaktien, Autowerte und Siemens bis zum Börsenschluß bis zu sieben Mark und Maschinenbauaktien bis zu 14 Mark gewannen. Renten zogen bis um 60 Pfennig an. WELT-Aktienindex 119,0 (117,1), Dollarmittelkurs 2,4260 (2,4406) Mark, Goldpreis je Feinunze 430,00 (414) Dollar.

WETTER

Heiter

DW. Essen

Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen zwischen 5 und 9 Grad. Nachts meist wolkenlos und Abkühlung auf plus 1 bis minus 4 Grad, dabei streckenweise Reifglätte. Schwacher Wind um Südost.

Im Februar erheblich weniger Arbeitslose als erwartet

Ab März Rückgang der Beschäftigungslosen-Zahl? / Mehr offene Stellen

MANFRED SCHELL, Bonn

Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Monaten scheint jetzt gestoppt. Trotz der Schlechtwetterperiode im Februar hat sich die Arbeitslosenzahl um nur 48 000 erhöht. Dies ist erheblich weniger als nach den Erfahrungswerten aus den vergangenen Jahren von Experten angenommen worden war. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Februar somit 2,53 Millionen.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, will heute in Nürnberg detaillierte Erhebungen bekanntgeben. Gestern wurde weiter bekannt, daß sich die Zunahme offener Stellen im Februar beschleunigt habe. Im Januar war die Zahl der offenen Stellen um 4020 auf insgesamt 61 828 angestiegen. Im Februar sind 7000 weitere freie Arbeitsplätze hinzugekommen.

Nach Meinung von Fachleuten ist mit diesen Februar-Zahlen die Winterspitze der Arbeitslosigkeit erreicht. Mit dem Nachlassen der saisonalen Belastungen ab März und der Besserung einer Reihe wichtiger Konjunkturdaten wird in Bonn mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten gerechnet. Diese Einschätzung wurde gestern durch die Erklärung des Bundesverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken gestützt, der betonte, der konjunkturelle Tiefpunkt sei inzwischen überwunden.

Die Banken sprechen in ihrem neuesten Konjunkturbericht von

SEITE 9:
„Konjunktureller Tiefpunkt ist jetzt überwunden"

einer „neuen Stimmung" vor allem bei ihren mittelständischen Unternehmen. Ganz offensichtlich sei bei ihnen die weitverbreitete Resignation einer neuen optimistischen Einschätzung gewichen. Das verbesserte Klima führen die Institute zum einen auf die gesunkenen Zinsen und Importpreise, zum anderen auf die tendenziell gebesserte Ertragslage der Unternehmen zurück.

Konjunkturdaten signalisieren ebenfalls eine allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Situation. Von der Bundesregierung wird darauf verwiesen, daß die Inlandsbestellungen in der Industrie von September bis Dezember real um 18 Prozent angestiegen seien. Im Wohnungsbau hätten sich im gleichen Zeitraum die Aufträge um nicht weniger als 30 Prozent erhöht. Die Industrieproduktion habe im Januar erstmals wieder erkennbar angezogen; gegenüber Dezember saisonbereinigt um 4 Prozent. Zugleich wird von der Bundesregierung darauf verwiesen, daß die Anstiegsrate der Verbraucherpreise, die im Januar erstmals seit über drei Jahren wieder unter der Marke von vier Prozent geblieben war, im Februar auf 3,7 Prozent zurückgegangen sei. Außerdem rechnet die Bundesregierung nach der Bundestagswahl mit einem weiteren Rückgang der Kreditzinsen.

Die im Februar erreichte Höchstmarke bei den Arbeitslosenzahlen ist offenkundig auch von der SPD so erwartet worden. Der wirtschaftspolitische Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel, Professor Krupp, war Mitverfasser des im Oktober 1982 vorgelegten Sachverständigengutachtens. Schon damals war prognostiziert worden, die Arbeitslosenzahl könne auf 2,5 Millionen ansteigen.

Wahl: Moskau nimmt massiv Einfluß

Anti-Stationierungs-Kampagne läßt keinen Zweifel, wen der Kreml als Sieger sehen will

dpa/DW., Moskau

Wenige Tage vor den Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland hat die Sowjetunion jede Zurückhaltung aufgegeben und versucht, massiv Einfluß auf die deutschen Wähler zu nehmen. Vorläufiger Höhepunkt der Medien-Kampagne sind drei sogenannte „Aufrufe" sowjetischer Arbeiter.

Die amtliche Nachrichtenagentur Tass hat die Aufrufe in den vergangenen Tagen verbreitet. Darin wird die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgerufen, sich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu wehren. Daß dies nur mit einer SPD-Regierung möglich sei, daran läßt Moskau keinen Zweifel.

Tass berichtete zuletzt am Dienstagabend über einen Aufruf von Bergarbeitern einer Zeche des Donez-Kohlebeckens an Arbeiter in der Bundesrepublik. Darin heißt es unter anderem, die Sowjetunion habe nicht 20 Millionen Menschen im Kampf gegen Hitler-Deutschland geopfert, um erneut von deutschem Boden aus angegriffen zu werden. Das wird auf den Fall bezogen, daß in der Bundesrepublik neue amerikanische Mittelstreckenraketen aufgestellt würden. Dann würden nicht die deutschen Arbeiter, sondern Washington über den Einsatz der Raketen entscheiden.

„Washington macht euch zu Geiseln seiner abenteuerlichen Nuklearstrategie, zu einem Ziel eines erzwungenen Vergeltungsschlages", hieß es weiter. „Wir solidarisieren uns mit den Fürsprechern des Friedens in der Bundesrepublik, die die nationalen Interessen und die Sicherheit ihres Landes hochhalten."

Wenige Tage zuvor hatte Tass über ähnliche Aufrufe aus Leningrad und Minsk berichtet. In allen drei Fällen handelte es sich um auf einzelne Betriebe beschränkte Veranstaltungen, die von der Partei organisiert worden waren. Die vorbereiteten Aufrufe glichen Wort für Wort den offiziellen Verlautbarungen. Ausländischen Korrespondenten bot die Moskauer Zentrale Direktflüge zu den Veranstaltungen an.

Die sowjetischen Medien, die jetzt täglich über den deutschen Wahlkampf berichten, lassen deutlich erkennen, daß Moskau die SPD unterstützt. Ein Fernseh-Korrespondent stellte in dieser Woche die Lage in der Bundesrepublik Deutschland so dar, als entschieden am 6. März ein oder zwei Prozent der Wählerstimmen über Krieg und Frieden. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass sendet täglich Berichte, in denen angebliche Interessengegensätze zwischen den Absichten Washingtons und den „Bedürfnissen der Völker Europas" herausgestellt werden. Der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel wird als Gegner des NATO-Doppelbeschlusses vorgestellt, der alles daransetze, die Aufstellung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen zu verhindern. Dabei werden ausschließlich Äußerungen Vogels zitiert, in denen er die USA auffordert, bei den Verhandlungen in Genf weiterreichende Vorschläge zu machen. Alle Aufrufe Vogels an die sowjetische Seite, ihre neuesten Abrüstungsvorschläge weiter zu präzisieren, werden unterschlagen.

Die Unionsparteien werden als „Kriegstrommler", Bundeskanzler Kohl wird als unbeirrbarer Gefolgsmann Washingtons dargestellt. Die CDU-Politik sei von einem „Schatten des Kalten Krieges" überlagert, schrieb die Regierungszeitung „Iswestija".

„konkret"-Dokumente aus Ost-Berlin?

NATO-Papiere aus Brüssel kamen mutmaßlich über Frau Lorenz in die „DDR"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Sicherheitsbehörden sind in ihren Analysen zu dem Ergebnis gekommen, daß die bei der Hamburger Zeitschrift „konkret" beschlagnahmten NATO-Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe „Cosmic" wahrscheinlich aus Ost-Berlin stammen. Die Bundesanwaltschaft hatte im Zuge einer Durchsuchungsaktion – gegen „konkret"-Chefredakteur Bissinger und Redakteur Saupe wird wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen ermittelt – insgesamt 11 Dokumente dieser Geheimhaltungsstufe sichergestellt.

Die Behörden kamen aufgrund ihrer Bewertung zu dem Schluß, daß die Dokumente in Ost-Berlin aus der englischen Sprache ins Deutsche übersetzt worden sind. Die Originaldokumente, so heißt es, habe die frühere „DDR"-Spionin im NATO-Hauptquartier in Brüssel, Frau Lorenz, geliefert, die im Vorzimmer eines britischen Generals tätig war und aus Angst vor einer Enttarnung die Flucht ergriffen hatte. Zu Propagandazwecken war sie danach im „DDR"-Fernsehen mit vorbereiteten Texten des Geheimdienstes aufgetreten.

Bei den bei „konkret" beschlagnahmten Unterlagen handelt es sich angeblich um Fotokopien der NATO-Dokumente, die zwar mehrere Jahre alt sind, aber in der Substanz nach wie vor geheimhaltungsbedürftig sind. Ungeklärt ist bislang, auf welchem Wege sie zu der Zeitschrift gelangt sind. Bei den Sicherheitsbehörden gibt es die Vermutung, daß die Ablichtungen in zurückliegenden Jahren dem „stern" aus durchsichtigen Gründen zugänglich gemacht worden sind, als Bissinger noch bei dem Blatt gewesen ist. Bissinger habe sie dann bei seiner Trennung vom „stern" möglicherweise mitgenommen. Eine andere Version lautet, die „DDR" habe sie erst später, als Bissinger nach seiner Tätigkeit bei dem Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) ausgeschieden und die „konkret"-Chefredaktion übernommen habe, dem Blatt zugeleitet, um einen Teil der innenpolitischen Szene zu beeinflussen. Dies sei ihr um so leichter gefallen, nachdem das Material nach der nachrichtendienstlichen Auswertung für sie „wertlos" gewesen sei.

Lohnverzicht, um Arbeit zu retten

US-Stahlindustrie vereinbart mit Gewerkschaft „Rettungspaket" / Reinvestition

H.-A. SIEBERT, Washington

„Ein halber Laib ist besser als gar kein Brot", sagte einer der 230 Gewerkschafts-Ortschefs nach der Abstimmung über die ersten Konzessionen, die Amerikas Stahlarbeiter-Gewerkschaft seit ihrer Gründung vor 40 Jahren den Unternehmen zugestanden hat. „Wir hatten keine Chance; wir sorgen uns um unsere Familien, unsere Gemeinwesen und die Existenz der Stahlwerke", meinte ein anderer, der aus Houston nach Pittsburgh gereist war.

Im Verhältnis von 2:1 votierten die Vorsitzenden der Ortsverbände für ein Rettungspaket, durch das in den kommenden 41 Monaten sieben Stahlkonzerne – U. S. Steel, Bethlehem Steel, Jones & Laughlin, National Steel, Republican Steel, Inland Steel und Armco – rund zwei Milliarden Dollar (etwa 4,8 Milliarden Mark) einsparen werden. Da es in der US-Stahlbranche keine Urabstimmung gibt, ist der bis zum 31. Juli 1986 gültige Tarifvertrag in Kraft getreten.

Die neue Vereinbarung sieht vor, daß die 263 000 Stahlarbeiter mit Wirkung vom 1. März auf 1,25 Dollar je Stunde verzichten. Dadurch sinkt der durchschnittliche Stundenlohn in Höhe von 14,33 Dollar um rund neun Prozent. In den Jahren 1984, 1985 und 1986 wird der Lohn um 40, 40 und 45 Cent angehoben, so daß am Ende wieder der alte Zustand hergestellt ist.

Überdies fällt im ersten Vertragsjahr die automatische Inflationsanpassung der Löhne („Cola-Klausel") fort, und der „Tag der Vereinten Nationen" als bezahlter freier Tag wird gestrichen. 1983 verlieren zudem die Stahlwerker eine Woche Urlaub. Auf Dauer zurückgenommen werden die Vorteile für ältere Arbeitnehmer. Je nach Bertriebszugehörigkeit erhalten sie freie Tage, die sich auf 13 Wochen summieren.

Im Gegenzug zahlen die Unternehmen zusätzlich 50 Cent je Arbeitsstunde in den Arbeitslosen-Ergänzungsfonds ein. Um für jüngere Arbeiter Platz zu machen, werden außerdem die Rentenansprüche verbessert. Darüber hinaus versprechen die Konzerne, die eingesparten Beträge im Stahlbereich zu reinvestieren oder zur Aufstockung des Betriebskapitals zu verwenden.

Wie bei der Chrysler Corp., die dem Lohnverzicht der Mitarbeiter ihr Überleben verdankt, stellt die Einigung für die amerikanische Stahlindustrie eine wichtige Umkehr dar. Die Branche hat im vergangenen Jahr 3,3 Milliarden Dollar verloren, mehr als 40 Prozent der Beschäftigten gehen stempeln, und die Produktion hat den tiefsten Stand seit der Großen Depression in den 30er Jahren erreicht.

Als größtes Übel hat sich die Indexierung der Löhne erwiesen. Doppelstellige Teuerungsraten katapultierten in den letzten Jahren die Arbeitskosten derart in die Höhe, daß die US-Stahlkonzerne international nicht mehr konkurrenzfähig waren. Auf sie entfallen inzwischen rund 35 Prozent der gesamten Produktionskosten. Die Stahlwerker sind heute die am höchsten bezahlten Arbeiter in Amerika.

Zwei Versuche, mit der Stahlarbeiter-Gewerkschaft ins reine zu kommen, waren im Juli und November gescheitert. Vermutlich hatten die Unternehmen ihre Forderungen zu hoch geschraubt. Sie verlangten Lohnkürzungen um 18 Prozent. Die Gewerkschaft wiederum bestand darauf, daß die Konzerne auf die Schließung ganzer Werke verzichteten. Den Ausschlag gab schließlich die dramatisch verschlechterte Lage der US-Stahlindustrie bei rasch wachsender Arbeitslosigkeit. Angesichts der Streikgefahr drohte General Motors außerdem mit der Vergabe von Stahlorders ins Ausland.

DER KOMMENTAR

Indizien

PETER GILLIES

Der ersehnte Wirtschaftsaufschwung ist nicht durch Wahlplakate herbeizukleben. Konjunkturen gehorchen anderen Gesetzen, wenngleich sie nicht ohne politische Sensibilität sind.

Auf die Frage, wann und in welcher Stärke die wirtschaftliche Belebung einsetzt, kann nur mit Indizien geantwortet werden. Die Politiker mögen sie je nach Standort etwas hoffnungsvoller oder etwas trüber deuten, aber eines ist unbestritten: Die Aussichten haben sich aufgehellt.

Wichtige Daten unserer Volkswirtschaft markieren das Ende der Stabilisierungskrise. Die Inflationsrate liegt bereits unter 4 Prozent, und die rutschenden Ölpreise stabilisieren die Preise weiter. Das zerbrochene Ölkartell muß wie ein Belebungsprogramm wirken – wachstumsfördernd und preisdämpfend.

Die Zinsen sinken, ebenso die Importpreise, die haussierenden Aktienkurse signalisieren Vertrauen. Die Produktionsziffern im Januar haben sich deutlich belebt. Die Bauwirtschaft befindet sich bereits in einem Aufschwung, andere Branchen, wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie, berichten Erstaunliches.

Die Arbeitslosenzahlen sind im Februar trotz des Wintereinbruchs nur um 48 000 auf 2,53 Millionen geklettert. Gewiß, zuviel wie stets, aber die Alarmmeldungen von der dritten Million erweisen sich als plump. Wollte man die 700 000 Erwerbslosen seit dem Regierungswechsel in Bonn Helmut Kohl anlasten, hielte man den Bürger *für ziemlich naiv. Zwingend* – aber nicht weniger töricht – wäre der Rückschluß, Kanzler Schmidt habe seinerseits 1,8 Millionen Arbeitslose produziert.

Der Arbeitsmarkt reagiert erst sehr spät auf konjunkturelle Wendungen. Selbst wenn sich Lage und Stimmung bessern, wird es noch viele Monate, ja Jahre dauern, bevor in der Bundesrepublik wieder Vollbeschäftigung herrscht. Ohne Gewerkschaften mit Augenmaß und ohne Unternehmer mit Mut zum Risiko ist sie nicht zu gewinnen. Es gibt weder schmerzlose, noch patentierte Rezepte. Die Arbeitslosigkeit wird andauern, aber sie muß keineswegs schicksalhaft starr sein. Der Aufschwung wird sich einstellen, wenn alle ihn wollen und alle ihn bewirken.

Polens Kirche von Regierung zurechtgewiesen

AP/rtr, Warschau

Polens Regierungssprecher Jerzy Urban hat „extremen Elementen" vorgeworfen, katholische Gottesdienste zu politischen Veranstaltungen umzufunktionieren, und den für Juni geplanten Besuch des Papstes stören zu wollen.

Urban meinte, es gebe „einige politische Kräfte auf der Welt", die an der Verhinderung des Papst-Besuchs interessiert seien. In Polen wollten „einige extreme Elemente eine unpassende politische Atmosphäre um die Kirche schaffen".

Die Aufhebung des Kriegsrechts, das seit Jahresbeginn lediglich suspendiert ist, stehe noch nicht zur Debatte: „Die entsprechenden Bedingungen sind noch nicht eingetreten", sagte Urban. Es gebe in Polen zur Zeit „weniger als tausend politische Gefangene". Seit Januar seien 70 wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht inhaftierte Personen begnadigt worden.

Mit aller Härte, so Urban, will die Regierung gegen Korruption und Steuerhinterziehung vorgehen. 1982 seien 2000 der insgesamt 5800 Leiter halbprivater Tankstellen eines Vergehens für schuldig befunden worden, und 400 seien entlassen worden. Die Regierung werde ein neues Gesetz in die Tat umsetzen, wonach „Parasiten und Drükkeberger" in Arbeitslager geschickt würden, wenn sie nicht binnen zwei Monaten eine Arbeitsstelle annähmen. Rund 130 000 Polen fallen in diese Kategorie, erklärte Urban.

Anna Walentynowicz, prominentes Mitglied der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", soll ab 9. März wegen Verstoßes gegen das Kriegsrecht vor ein Militärgericht gestellt werden.

Sowjets setzen Technologie schneller ein

AFP/DW. Washington

Die sowjetischen Streitkräfte setzen bereits westliche Technologien ein, mit denen das amerikanische Militär noch nicht ausgerüstet ist. Das versicherte der für internationale Sicherheitspolitik zuständige stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Perle vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses in Washington.

Perle erklärte, er hätte ein Beweisstück für seine Angaben mitbringen können, mit 363 Kilogramm sei es ihm aber zu schwer gewesen. Es handele sich dabei um Militärmaterial, das mit im Westen hergestellten mikroelektronischen Komponenten ausgerüstet sei. Um welche Art von Rüstungsgegenstand es sich handele und wie er in den Besitz der Amerikaner gelangt war, wollte Perle nicht sagen. Er forderte die Ausschußmitglieder aber auf, sich das Rüstungsmaterial selbst anzusehen. Von den Sowjets werde es auf jeden Fall schon eingesetzt, von den USA aber noch nicht.

In den vergangenen 15 Jahren, so Perle, habe sich die UdSSR legal oder illegal Zugang zu westlicher Technologie verschafft, die zu einer erheblichen Verbesserung ihres Militärpotentials beigetragen habe. In gewissen Bereichen habe sie den technologischen Vorsprung des Westens von zehn auf zwei Jahre verringern können.

Die USA drängen seit geraumer Zeit auf eine Verschärfung der Beschränkungen für den Transfer moderner westlicher Technologie in den Osten, wie sie in der „Cocom-Liste" niedergelegt sind. Die Überarbeitung der „Cocom-Liste" wird voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Papst „voller Hoffnungen" nach Mittelamerika gereist

Grenzen der Reise betont / Waffenruhe angekündigt

KNA/dpa, Rom

Johannes Paul II. hat gestern seine 17. Auslandsreise angetreten. Die neuntägige Pilgerfahrt, die den Papst in acht Länder Mittelamerikas führt, gilt als eine seiner schwierigsten Reisen. Durch seinen Besuch in den zum Teil von blutigen Bürgerkriegen und ideologischen Kämpfen erschütterten Gebieten will der Papst nach eigener Aussage seine Solidarität mit der notleidenden Bevölkerung unter Beweis stellen.

Bei einer technisch bedingten Zwischenlandung in Lissabon begrüßten den Papst auf dem Flughafen der portugiesische Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes, der Patriarch von Lissabon, Kardinal Antonio Ribeiro, sowie die Bischöfe des Landes. Vom Balkon des Flughafengebäudes aus richtete der Papst eine kurze Ansprache an die rund 7000 portugiesischen Gläubigen, die sich auf dem Flughafen versammelt hatten.

Der Papst sagte, er reise nach Mittelamerika „für eine friedlichere, humanere und brüderlichere Welt". Sein Herz sei „voller Hoffnung". „Aber wenn mein Herz für alle durch das Übel der Gewalttätigkeit verletzten Herzen leidet, wo immer auch sie sein mögen, so herrscht in ihm doch das Vertrauen auf Gott vor."

Die Mittelamerika-Reise führt den Papst zunächst nach Costa Rica, dann nach Nicaragua, Panama, El Salvador, Guatemala, Belize, Haiti und Honduras. Vor der Gefahr einer politischen Fehlinterpretation dieser Pilgerreise des Papstes hat der Präsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), Kardinal Lopez Trujillo, in einem Artikel der vatikanischen Tageszeitung „L'Osservatore Romano" gestern gewarnt. Zugleich erinnerte der Kardinal daran, daß der Papst angesichts der Fülle der Probleme in jenen Ländern die Berichte und Begegnungen mit den Bischöfen als nicht ausreichend betrachte.

Die Bürgerkriegsparteien in El Salvador haben für die Zeit des Papst-Besuches eine Waffenruhe angekündigt. In Guatemala haben die vier im Lande operierenden Guerrilla-Organisationen wegen des Papst-Besuches ebenfalls einen Waffenstillstand zugesagt.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Urteil

Von Hermann Renner

Marianne Bachmeier, die Unergründliche, hatte am Tag der Urteilsverkündung noch einmal die deutsche Seele provoziert: Journalisten im Dutzend, einen Hamburger Filmemacher sogar, auf dem Sprung, den alten Nitribitt-Knüller zu wiederholen. Das Urteil – sechs Jahre Freiheitsentzug – mag die Erwartungen des einheimischen Publikums, denen die Altstadtkneipe „Pipasa" der Pistolenschützin mit ihrem Mief vor Augen stand, enttäuscht haben: zu mild. Es mochte die ebenfalls präsente Gruppe jüngerer Frauen, die sich als „das andere Geschlecht" fühlen, schocken: Brutalität der Justiz.

Tatsächlich legte der Vorsitzende Richter Bassenge in diesem Sensationsprozeß gegen eine mediogene Frau den ganzen Kalvarienweg zu dem, was demokratische Einsicht notgedrungen als Gerechtigkeit bezeichnet, stolperfrei zurück. Das Urteil von Lübeck wird Bestand haben, auch dann wohl, wenn die Verteidigung Revision einlegen sollte. Denn es genügt sowohl dem vom Gesetz geforderten schuldadäquaten Strafanspruch des Staates als eben auch dem Rechtsgefühl der Mitmenschen, für die, wenn auch vielleicht aus atavistischen Motiven, die Attacke des Muttertieres auf den Töter ihres Jungen verzeihlich ist.

Bassenge verzichtete wochenlang darauf, Schwachstellen der Angeklagten oder ihrer Verteidigung in der Hauptverhandlung zu akzentuieren – und setzte sich so allen von dem Hamburger Gesellschaftskritiker und Bachmeier-Anwalt Maeffert hochgespielten Emotionen gegen die Lübecker Justiz aus. Am Ende fand er, plausibel begründet, einen Weg aus der Zwangsjacke des Mordparagraphen 211.

Lebenslängliches Zuchthaus hätte die rächende Mutter in einer Schublade verwahrt mit Figuren wie dem norddeutschen Frauenmörder Imiela oder dem süddeutschen Frauenmörder Schärmer. Das konnte so nicht sein. Erst nachdem der Weg für ein Totschlagsurteil – fünf bis fünfzehn Jahre Freiheitsentzug – frei gemacht war, konnten nuanciert Strafmaß und Schuldvorwurf aufeinander abgestimmt werden. Zum Trost für die sentimentalen Gemüter wies Bassenge schließlich darauf hin, daß Frau Bachmeier „nur noch" zweieinhalb Jahre abzusitzen hat.

Vollendete Tatsache

Von Christel Pilz

Man setze auf das kurze Gedächtnis des Westens, wiederhole politische Propaganda, bis sie als pure Wahrheit erscheint, zitiere die UNO-Charta, soweit sie eigene Argumente unterstützt, bekämpfe UNO-Beschlüsse als reaktionär und friedensgefährdend, wenn sie den Vorstellungen des Sozialistenlagers widersprechen. Mit solcher Taktik ist Hanoi weit gekommen. Guter Grund, sie weiterzuführen.

Das jüngste Beispiel im Zitat von UNO-Prinzipien: Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha – neuerdings als „Freiwillige" tituliert – sei im Einklang mit den Prinzipien der Blockfreiheit und der UNO-Charta, die das Recht der Nationen bestätige, sich gegenseitig bei der Verteidigung zu unterstützen.

Möge der Westen vergessen, daß die Vietnamesen als Aggressoren nach Kambodscha kamen und seitdem eine Marionettenregierung ihrer Gnaden stützen. Möge der Westen die jüngste Enthüllung ignorieren, daß unter den Invasoren auch Truppen aus Laos waren. Die Fakten aus der Sicht Hanois: Die Ära, da Vietnam, Laos und Kambodscha drei getrennte Staaten waren, ist vorbei. Die Zukunft eines „geeinten Indochina" hat begonnen, oder auch: Kambodscha und Laos werden von Vietnam annektiert. So beschlossen von den Regierungs- und Parteichefs, die sich Ende Februar zu ihrem ersten „historischen" Gipfel trafen.

Die Folge: Nicht länger wird Hanoi von „vietnamesischen" Truppen in Laos und Kambodscha sprechen. Es werden „Indochinatruppen" sein. Da mag der Westen protestieren, so viel er will – wie können Indochinatruppen aus Indochina abgezogen werden?

Grass-Wurzeln

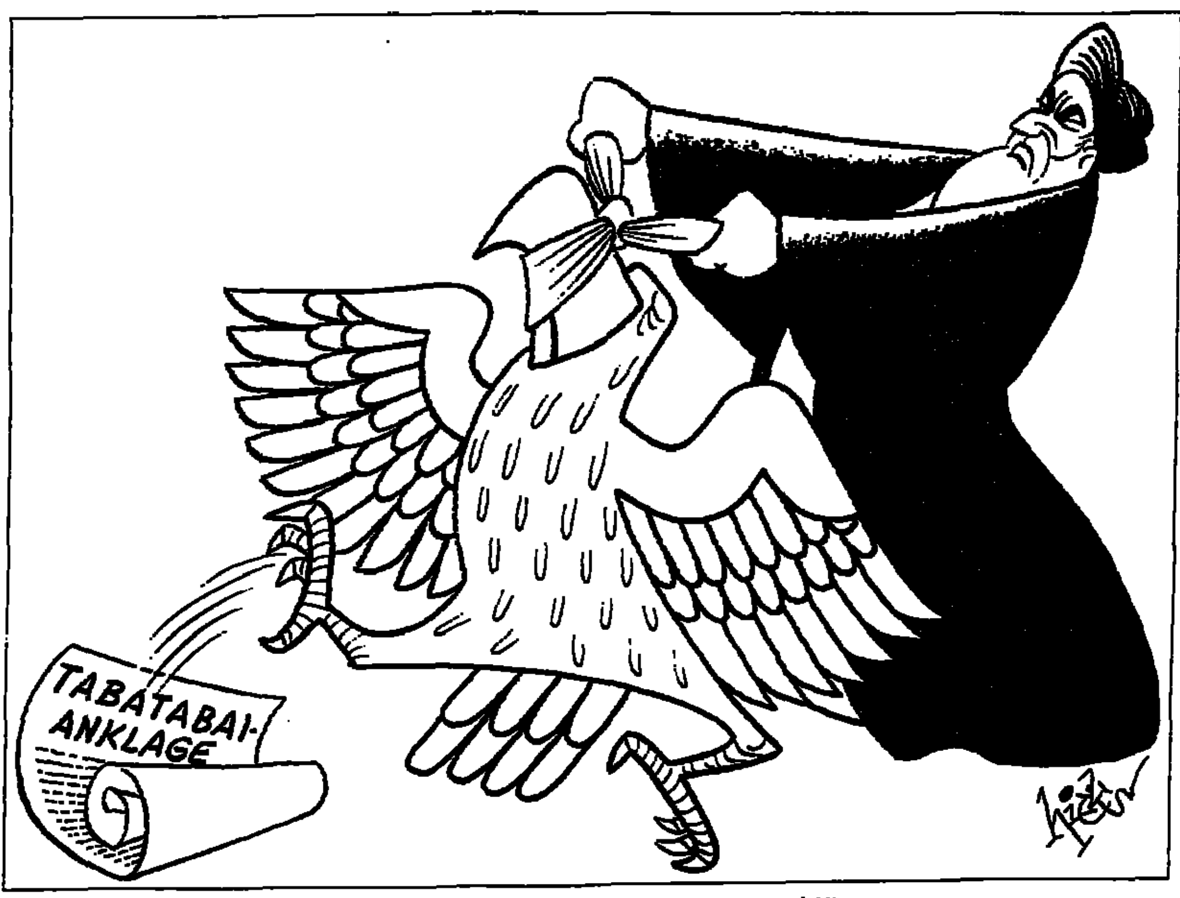
Von Alfred v. Krusenstiern

Günter Grass ist besorgt. Er sieht die USA als „reiches Land, das bis heute Rassismus praktiziert". Als ein Land, in dem „starke faschistische Tendenzen" am Werke sind. Seiner Ansicht nach sind die USA deshalb nicht berechtigt, „die Verbrechen der Sowjetunion und ihrer Alliierten in Polen" moralisch zu verurteilen. Überhaupt seien die USA nicht qualifiziert, Außenpolitik zu betreiben, denn „selbst in den gebildeten Klassen" Amerikas lehne man es ab, sich mit fremden Kulturen zu befassen. Schließlich hätten die Amerikaner ja auch in Vietnam „ein älteres Volk, das eine entwickelte Zivilisation hatte, ... zerstört".

Diese Belehrungen wurden in einem Interview der „New York Times" anläßlich der deutschen Buchmesse in New York vorgetragen. Die Amerikaner werden es mit Fassung tragen. Sie kennen das. Nur manchmal stellen sie den Europäern behutsam die Gegenfrage, wieviel außenpolitische Weisheit in dem alten Kontinent versammelt sei, der zweimal in diesem Jahrhundert in Weltkriege steuerte, in die dann die Amerikaner rettend eingreifen mußten. Später haben sie ihre vietnamesischen Verbündeten nicht zu retten vermocht. Aber ist Hanoi nach Meinung von Grass etwa der Sachwalter der vietnamesischen Zivilisation?

Faschismus: In Europa gab es in diesem Jahrhundert zeitweise mehr faschistische als demokratische Regime; wenn man den „linken Faschismus" einbezieht, gibt es ihrer heute noch mehr als genug. In einer offenen Gesellschaft wie den USA mag es Faschisten linker wie rechter Provenienz geben; die Macht aber konnten sie nie ergreifen. Es gibt gewiß Rassisten, aber es gab nie ein Auschwitz dort; dafür gibt es schwarze Bürgermeister, frei gewählt in vorwiegend „weißen" Städten wie Los Angeles, Atlanta, Detroit, New Orleans und bald wohl auch Chicago.

Vielleicht sind die Amerikaner ihren Schwarzen nicht so zugetan wie die Deutschen ihren Türken. Vielleicht ist Günter Grass auch nicht so erfahren in dieser fremden Kultur. Vielleicht aber ist das auch alles sehr bewußt inszeniert, im Zeichen unserer neuen kulturellen Selbstäußerung, des Antiamerikanismus.



„Was Rauschgifthandel ist, bestimme ich!" ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Der dritte Ölschock

Von Heinz Heck

Der dritte Ölschock beruht nicht – wie seine beiden Vorgänger von 1973/74 und 1978/80 – auf einer Preisexplosion, sondern auf einem Preisrutsch. Er hat daher nicht nur andere Opfer und Nutznießer, sondern auch andere gesamtwirtschaftliche Auswirkungen.

Außerdem gibt es einen mehr strategischen Unterschied: Noch bei der zweiten, durch die Vertreibung des Schah ausgelösten Preisexplosion konnte Saudi-Arabien durch Aufdrehen des Ölhahns bis zu 10,5 Millionen Faß täglich Schlimmeres verhindern. Bei der sich jetzt abzeichnenden Talfahrt kann das größte Ölexportland nicht mehr allein die Ölpreiswogen glätten. Dafür gibt es Gründe in großer Zahl.

Der hohe Preis hat das Angebot an Erdöl (Nordsee) wie anderen Energieträgern erheblich gesteigert. Er hat zugleich die Nachfrage gedrosselt. Denn der ruckartige Anstieg dieses Basispreises hat die Welt in eine Rezession gestürzt und zugleich Spar- und Substitutionsprozesse („weg vom Öl") in Gang gesetzt oder beschleunigt.

In dieser Situation könnte Saudi-Arabien nicht einmal durch völligen Rückzug vom Markt (derzeit noch vier Millionen Faß) ohne Mitwirkung anderer Anbieter etwas ändern; natürlich aber kann Saudi-Arabien sich auch keinen solchen Rückzug leisten.

Doch die Frage stellt sich, ob zum Beispiel der Westen überhaupt an einer gebremsten Talfahrt des Ölpreises interessiert sein kann. Wenn der Anstieg uns die Krise beschert hat, muß uns dann nicht ein Ölpreisverfall den Aufschwung bringen? Ölpreise von drei Dollar je Faß, das waren noch Zeiten. Ist eine Rückkehr in dieses goldene Ölzeitalter möglich, und wenn ja, wäre sie zu wünschen? Beides nicht.

Alle Energieträger stehen in Konkurrenz miteinander (wenn auch nicht jeder durch jeden beliebigen direkt und kurzfristig zu ersetzen ist). Welche Folgen hätte zum Beispiel eine Halbierung des Ölpreises für die Förderung in der Nordsee oder in Niedersachsen? Welche Wirkungen ergäben sich für die selbst bei heutigen Preisen stark auf öffentliche Subventionen angewiesene deutsche Steinkohle?

So viel ist klar: Das Energieangebot würde weltweit drastisch zurückgehen, wenn der Ölpreis wirklich drastisch fiele; der Öldurst (und damit die gerade verminderte Abhängigkeit von Nahost) würde aber gewaltig zunehmen. Mit einer solchen Entwicklung wäre, da kann man Finanz-Staatssekretär Hans Tietmeyer zustimmen, die dritte Ölpreisexplosion bereits „programmiert" (DIE WELT vom 28. Februar).

Gelingt es dagegen, die Talfahrt wenigstens zunächst bei 28 bis 30 Dollar zu stoppen, so wären bereits erhebliche Impulse für die Weltkonjunktur zu erwarten, ohne daß sich gleich in großer Zahl negative Folgewirkungen einstellen: Ein Preisrückgang um fünf Dollar beschert den Ölimportländern insgesamt eine Einkommensverbesserung durch Entlastung ihrer Ölrechnung von schätzungsweise siebzig Milliarden Dollar jährlich. Die Exporteure hätten zwar eine Erlöseinbuße in dieser Höhe hinzunehmen, würden aber ebenfalls von dem zu erwartenden allgemeinen Zinsrückgang profitieren.

Auch die verschlechterten Kreditrisiken (wie Mexiko, Nigeria) scheinen im Weltwährungssystem beherrschbar, zumal da ihnen auch Verbesserungen bei wichtigen Ölimportländern (wie Brasilien) gegenüberstehen. Auch die durch hohe Preise ausgelöste Spar- und Substitutionswelle dürfte bei einem solchen Preisrückgang noch nicht abebben (immerhin lag der Ölpreis Ende 1978 noch bei dreizehn Dollar). Mehr noch als der Preis wirkt hier vermutlich die Psychologie: das Gefühl der Ohnmacht, das sich einstellte, als der Westen den Preis- und Boykottbeschlüssen zum Beispiel eines Khadhafi ausgesetzt schien, ist vielen noch in Erinnerung.



Irrationale Abhängigkeiten: Khadhafi FOTO: CAMERA PRESS

Gerade die politische Konstellation verbietet auch, bei Ölförderung und -verbrauch allein auf den Markt zu setzen. Im Moment sind wir zwar aus der Hand der Opec geglitten (oder haben uns herausgewunden). Doch der politisch bedingte Ausfall eines wichtigen Exporteurs (wie nach dem Sturz des Schah) könnte uns rasch von Illusionen befreien. Denn die Tendenz zum Überangebot, darüber sind sich die Experten einig, ist eine vorübergehende Erscheinung und wird spätestens in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre von einer Ölverknappung abgelöst. Die Erschließung neuer Energiequellen (gleich welche) erfordert erheblichen zeitlichen Vorlauf. Zeit ist aber bereits genug vertan worden.

Die Erhöhung des weltweiten Energieangebots hilft langfristig, das wirtschaftliche Potential der Opec zu begrenzen und damit den politischen Risikofaktor Nahost (Ölabhängigkeit) einzudämmen. Diese Erhöhung trägt zugleich dem Umstand Rechnung, daß trotz aller Sparbemühungen im Westen der Energieverbrauch in der Dritten Welt explodieren wird (der heute je Kopf nicht einmal zehn Prozent des westlichen Verbrauchs ausmacht).

In der jetzigen Episode eines Preisrutsches dürfen daher auch andere Exportländer (Großbritannien) die Bürde nicht allein den Saudis aufhalsen, sondern sie sollten sich an einer vorübergehenden Drosselung beteiligen. Darüber hinaus gilt es, alle eingeleiteten Bemühungen zur Energieeinsparung, Substitution und Steigerung des Angebots (vom Öl bis zur Kernenergie) fortzusetzen.

IM GESPRÄCH Thomas Enders

Sorge um den Subkontinent

Von Manfred Neuber

Die Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten hat wieder Hand und Fuß. Im State Department und im Weißen Haus wird nicht mehr aneinander vorbei geplant. Zu einem festen Kurs gehört ein klares Konzept. Nach dieser Maxime handelt Thomas O. Enders, Leiter der Lateinamerika-Abteilung im US-Außenministerium.

„Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, bis vielleicht in vier oder fünf Jahren am Panamakanal und an unserer Grenze mit Mexiko gekämpft wird", erklärte Enders zur revolutionären Gefahr in Mittelamerika. Solche Entschlossenheit gegenüber der von Havana und Moskau unterstützten Guerrilla, der Nicaragua als Sprungbrett dient, fehlte oft in der Vergangenheit in Washington.

Enders ist zwar kein langjähriger Kenner der Verhältnisse südlich des Rio Grande wie die amerikanische UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, die mit ihrer deutlichen Meinung nicht zurückhält. Aber er geht öfters vor Ort, um an der Realität orientierte Entscheidungen zu treffen. In der letzten Woche besuchte er Uruguay und Paraguay.

Da Außenminister Shultz mit dem Ost-West-Verhältnis und den Beziehungen zu den Europäern vollauf beschäftigt ist und sich aus der eigenen Interessenlage am stärksten für den Nahen Osten engagiert, kann Enders die Lateinamerika-Politik nahezu eigenhändig lenken. Enders' Spielraum ist um so größer, als seine beiden einflußreichen Stellvertreter kürzlich mit neuen Aufgaben betraut wurden. So stützt er sich auf Luigi Einaudi, den Leiter des Planungsstabes für Lateinamerika, auf Robert Ryan, der Präsident Reagans Hilfe-Programm für den karibischen Raum entwickelt, sowie auf Miles Frechette, Chef der Kuba-Abteilung, zu dessen neuen Aufgaben der nach Kuba gerichtete Freiheitssender „Radio Marti" gehört. Als Sonderbotschafter stehen ihm



Nahezu freie Hand im Süden: Enders FOTO: CAMERA PRESS

zwei Militärs zur Verfügung – General Vernon Walters und General Gordon Sumner –, die schon in der Haig-Ära auf Missionen nach Lateinamerika entsandt wurden.

Enders ist ein Karrierediplomat, den Haig im September 1981 an den Lateinamerika-Desk berief. In der Ford-Administration diente er Henry Kissinger als Chefberater für Energieprobleme. Im Umgang wirkt er intellektuell kühl. Sein Maskottchen ist ein ausgestopfter Mungo, den er aus Kambodscha mitbrachte.

Der Sohn eines Bankiers aus Connecticut, 1931 geboren, studierte Geschichte in Yale und an der Sorbonne. Sein Staatsexamen in Volkswirtschaft legte er in Harvard ab. 1958 trat er in den diplomatischen Dienst ein; in verschiedenen Funktionen war er in Washington, Stockholm, Belgrad, Phnom Penh, Ottawa und als Vertreter der USA bei der EG in Brüssel tätig.

Enders ist knapp zwei Meter groß. In Marokko lernte er die zierliche Tochter eines italienischen Diplomaten kennen. Ihr zuliebe trat der kühle Neu-Engländer vor der Hochzeit zum katholischen Glauben über.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

Das Blatt aus Wien schreibt zum Papst-Besuch in Mittelamerika:

Was bei (Staatspräsident) Pertini für Italien imponiert, imponiert bei diesem Papst im Rundhorizont der Welt. Der Mut nämlich, unbekümmert um die feindlichen Kräfte und ihre Gier, diesen Besuch für ihre Machtinteressen zu nutzen, sich direkt an die Völker, an die Leidenden, Verzweifelten, Verhetzten zu wenden. Der Grundkonflikt des Christentums am Ende seiner europäischen und bürgerlichen Epoche exemplifiziert sich in Zentralamerika. In ihr bewährt sich aber auch die polnische Erfahrung dieses Papstes, was unerschütterlicher Glaube alles zu wenden vermag. Da geht es nicht mehr um die Erfolgsrechnung des Tages, um „Volkskirche" gegen „Basisgemeinden", Befreiungstheologie gegen Gehorsamsreligion usw. Dieser Papst reist in die Welt von morgen, während die Staatsmänner noch mit der von gestern nicht fertig sind.

KRONEN-ZEITUNG

Das Wiener Blatt nennt die Kontrahenten Kohl und Vogel „brave und redliche Deutsche":

Man mag sie mögen oder nicht, des Kanzlers mangelnde Anziehungskraft auf Intellektuelle kritisieren oder die vielschichtige Karriere seines Herausforderers unter die Lupe nehmen. Beide sind redliche und brave Deutsche: Helmut Kohl ebenso wie Hans-Jochen Vogel. Niemand wird an ihrer demokratischen Gesinnung zweifeln. Die beiden trennen Welten, und doch haben sie manche interessante Gemeinsamkeit – zum erstenmal steht einem katholischen CDU-Mann ein katholischer SPD'ler gegenüber ... Das Sympathische an beiden – sie respektieren den Gegner, verzichten auf Verleumdung und Hetze und halten viel von politischer Anständigkeit. Aber beide sind auch nicht so groß und bedeutend, als daß diese Wahlen einzig durch ihre Persönlichkeit entschieden würden.

THE GUARDIAN

Die Zeitung aus London merkt über den Wahlkämpfer Strauß an:

Journalisten, die Farbe im Wahlkampf suchen, müssen nach Bayern reisen und Strauß durch die Bierhallen folgen, wo Dorfkapellen spielen und die Leute Federhüte und Trachtenjacken tragen. Ich hatte erwartet, ihn unterhaltsam zu finden, und so war es auch. Doch unter seinem Wortschwall und seinen tückischen Witzen ist Strauß tödlich ernst.

Le Quotidien de Paris

Hier heißt es über die Bundestagswahlen:

Die verfassungsmäßige und politische Krise, die Deutschland seit nahezu zwei Jahren erschüttert, wird wahrscheinlich durch die Wahlen am 6. März nicht gelöst. Aus einem einfachen Grund: Die historische Rolle Deutschlands ist zu Ende ... Diese historische Rolle spielt die Bundesrepublik tatsächlich nicht mehr: Man schreibt sie ihr vor. Die Frage der eurostrategischen Waffen wird nicht in Bonn entschieden und noch weniger von den Wählern, gleich wie das Wahlergebnis ausfallen wird. Egal ob die SPD oder CDU siegt, die westdeutsche Diplomatie und die Stationierung von Mittelstreckenraketen werden von einer „Vogelstraußpolitik" geleitet sein ... Die Annahme, daß die Wahl von Helmut Kohl die Bestätigung des Atlantismus bedeute und die Einwilligung Bonns zu den „Pershing" ist zweifellos ebenso voreilig wie zu glauben, daß die Wahl von Hans-Jochen Vogel eine Abkehr von diesen Hypothesen bedeutet.

Gibt es ein Rezept für die ärztlichen Abrechnungen?

Fehler im System sind keine Entschuldigung, aber auch nicht bestreitbar / Von Peter Jentsch

Es gibt schwarze Schafe in weißen Kitteln, die verdienen ihr Honorar auch ohne Patienten. In Bochum etwa sind nach Darstellung der Staatsanwaltschaft vierzehn Ärzte und elf Apotheker in den „Rezeptskandal" verwickelt; sie sollen die Krankenkassen um rund anderthalb Millionen Mark geprellt haben. Ähnliche Fälle wurden in Ulm und in Stuttgart aufgedeckt. Doch nicht nur mit Rezepten wird betrogen. Die Schlichtungsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe verhandelte jetzt den Fall eines Chirurgen, der die Leistungen gegenüber einem Patienten zweimal mit der Kasse abrechnete.

Sind das nun Einzelfälle? Einer der beschuldigten Bochumer Mediziner verneinte dies öffentlich mit der Bemerkung: „Das machen doch fast alle Ärzte so."

Da sucht, so scheint es, einer seine Entschuldigung in der Beschuldigung eines ganzen Berufsstandes. Aus gutem Grund: Die Quantität des Betrugs impliziert einen Fehler im System, im System der gesetzlichen Krankenversicherung. Erleichtert das System den Betrug, dann mag die Schuld des Betrügers nach dem Motto „Gelegenheit schafft Diebe" geringer aussehen. Es wird ja auch der Kraftfahrzeughalter bestraft, der den Diebstahl seines Wagens erst dadurch ermöglicht, daß er die Türen nicht verschließt. Liegt es also am System?

Auf den ersten Blick scheint es so. Das „Sachleistungsprinzip" garantiert dem Kassenpatienten eine Leistung des Arztes, zum Beispiel eine Beratung, auf Krankenschein. Mit diesem Schein rechnet der Arzt die Behandlungskosten mit der Kassenärztlichen Vereinigung ab. Diese erhält die Kosten von der Krankenkasse erstattet.

Dieses System bietet zwei Vorteile. Zunächst die „soziale Komponente": Kein Patient wird gezwungen, für die zum Teil erheblichen Kosten einer medizinischen Behandlung (etwa im Krankenhaus) in Vorleistung zu treten, um sich diese Kosten erst später von seiner Kasse erstatten zu lassen. Das ist insbesondere für einkommensschwache Versicherte wichtig. Weiter erfolgt die Abrechnung der kassenärztlichen Vereinigungen mit den Krankenkassen pauschal, nicht aber mit jedem Patienten einzeln. Folge: Der Verwaltungsaufwand bleibt gering. Die Ortskrankenkassen haben für ihre sechzehn Millionen Mitglieder nur einen Verwaltungsaufwand von 4,8 Prozent. Ein Einzelabrechnungssystem würde diesen Aufwand erheblich vergrößern, ohne daß die Patienten davon medizinischen Nutzen hätten.

Freilich bietet dieses System auch einen Nachteil, den die schwarzen Schafe nutzen: Die Kontrolle der Krankenkasse über die Abrechnung des Arztes wird sehr erschwert. Auch der Patient scheidet als Kontrollinstanz aus, da er die Abrechnung des Arztes nicht zu Gesicht bekommt.

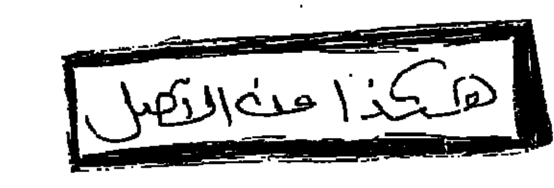
Die Private Krankenversicherung (PKV) kennt diese Probleme nicht. Vom Ausstellen des Rezeptes über seine Bezahlung bis hin zur Rückerstattung durch sein Versicherungsunternehmen hat der privat Versicherte eine Kontrolle über alle Abläufe. Das gilt auch für die Behandlungskosten, die der Arzt seinem Patienten in Rechnung stellt. Betrug ist dennoch auch hier nicht auszuschließen, nur geht es nicht ohne den Patienten.

Ist also das Erstattungsprinzip dem Sachleistungsprinzip vorzuziehen, um Betrügereien zu vermeiden, oder gibt es andere Kontrollmöglichkeiten?

An Vorschlägen fehlt es nicht. So hat der Bochumer Apothekerverein angeregt, die Abrechnung des Arztes mit den Kassen für die Versicherten durchschaubar zu machen. Die Mediziner sollen ihren Patienten schriftlich mitteilen, welche Leistungen sie in Rechnung gestellt haben. Aber abgesehen vom Aufwand in der Praxis ist damit nichts erreicht. Eine Kontrolle wäre erst gegeben, wenn die Kasse die Rechnung des Arztes mit der Information des Patienten vergleicht.

Auch ein Übergehen vom Sachleistungs- zum Erstattungsprinzip brächte eher Nachteile mit sich. Diese Art der Kontrolle würde nicht nur die soziale Komponente aufgeben (wobei man sich auch hier technische Lösungen vorstellen könnte), sie würde auch mit Sicherheit mehr kosten, als sie an Betrug verhütet.

Bleibt als einzige Lösung eine noch stärkere Kontrolle durch die kassenärztlichen Vereinigungen. Wer den hehren Schild des Arztstandes hochhält, sollte in die Pflicht genommen werden. Auch dies ist ein Teil der Eigenverantwortung der Selbstverwaltung des Medizinerbetriebs zur Erhaltung seiner freiheitlichen Struktur und zur Sicherung der Solidargemeinschaft.



Der ungekrönte König von Paris auf Stimmenfang

Von A. GRAF KAGENECK

Jacques Chirac ist plötzlich da, als sei er mit dem Fallschirm direkt auf dem Zeltdach gelandet. Er kommt aus dem Dunkel des Eingangs, springt mit zwei federnden Schritten in das gleißende Licht der Tribüne, reißt beide Hände mit zum „V"-Zeichen gespreizten Fingern in die Höhe und stellt sich dem Anprall des Jubels aus 3500 Kehlen. Braungebrannt, als komme er gerade vom Skilaufen, ein Sieger vom Scheitel bis zur Sohle. „Chi-rac, Chi-rac" rufen seine Anhänger und klatschen dazu im Takt. Er scheint vor allem bei den Frauen, fast die Hälfte des Publikums hier in dem Zelt auf einem kleinen Platz im 13. Pariser Arrondissement, anzukommen. Verstohlene Kußhände fliegen zu ihm hinauf. Chirac ist der ungekrönte König von Paris.

Man muß schon eine bärenstarke Kondition haben, wenn man das Pensum durchhalten will, das sich dieser Mann auferlegt. Am Morgen verwaltet er im 85köpfigen Stadtrat im Pariser Rathaus die 2,6 Millionen Einwohner der französischen Hauptstadt, am Nachmittag präsidiert er in einem Haus neben der Nationalversammlung dem Vorstand seiner „Sammlungsbewegung für die Republik" (800 000 Mitglieder), am Abend jettet er in irgendeine Ecke Frankreichs, um einen Lokalmatador seiner Partei im Wahlkampf gegen einen Sozialisten oder Kommunisten zu unterstützen. Warum rennt der „Jacky" so?

Er hat es nämlich gar nicht nötig. Sein Sieg bei den Kommunalwahlen ist, wenn es am 6. März keine kleinen Hunde oder Raketen regnet, so gut wie sicher. Die Pariser halten eine Menge von ihrem ersten direktgewählten Bürgermeister seit über 100 Jahren. Chirac ist ein rastloser Organisator, kein Munizipalrat und kein Präfekt des alten Regimes von vor 1977 hat in Jahrzehnten soviel für die Stadt getan wie der ehemalige Premierminister Giscards.

Es gibt mehr Sicherheit auf den Straßen und in der Metro, die Trottoirs sind keine Kloake für Hunde oder Tauben mehr (Chirac führte fixe kleine Reinigungsmaschinen mit Saug- und Kehreffekt ein), an jeder Ecke steht ein großer grüner Kasten, in den die Pariser ihren Sperrmüll werfen können, es gibt immer mehr Fußgängerzonen in einer immer noch von Autos erstickten Stadt, und das Loch an den Hallen, meistbeschriebener Skandal der Lichterstadt, füllt sich endlich mit allerlei luftigen Galerien aus Glas und Basaltstein, in denen sich die weite Welt bald zum Lustwandeln einfinden wird. Paris ist wieder eine Reise wert.

Die Sozialisten haben Chirac einen ihrer besten Leute entgegengestellt: Paul Quilès, 41 Jahre alt, Sohn eines Offiziers aus dem ehemals französischen Algerien, Poly-Techniker und praktizierender Katholik, der obendrein gut aussieht. Quilès ist eher ein stiller, nachdenklicher Typ. Seine bisher größte Leistung war die Organisation des Wahlkampfs Mitterrands für die Präsidentschaftswahlen 1981. Im Parteivorstand kümmert er sich ebenfalls um Organisation. Chirac scheint mit ihm zu rechnen. Denn er hat gegen ihn, den Kandidaten im 13. Pariser Arrondissement und einzigen sozialistischen Abgeordneten von Paris, den besten seiner Schützlinge in die Arena geschickt: Jacques Toubon, einen geborenen Kämpfer, der sich in harter Parteiarbeit bis in den kleinsten Vertrauenskreis des Gaullisten-Chefs hinaufgerackert hat.

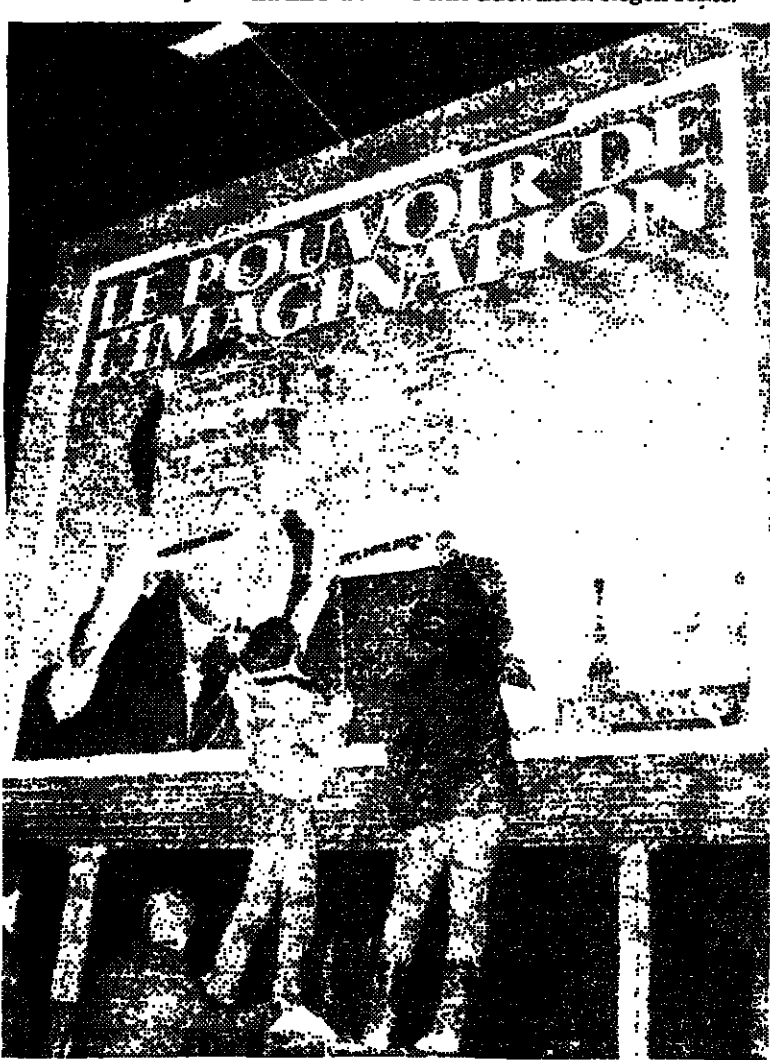
In Frankreich nennt man so einen Mann wie Toubon einen „Parachutiste", einen Fallschirmjäger, der von seinem Chef zu einem „Himmelfahrtskommando" ausersehen und in einen heißen Wahlkreis entsandt wurde, um den politischen Gegner dort kaltzustellen, noch ehe der viel Profil gewinnen kann. Beide, Quilès und Toubon, sind solche „Fallschirmjäger", keiner ist hier geboren, in diesem halb bürgerlichen, halb studentischen Arrondissement im Südosten der Hauptstadt mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung und seinen afrikanischen Gastarbeitern, die die Bevölkerung in den letzten Jahren auf 170 000 haben anschwellen lassen.

Beide Kandidaten mußten sich erst mit den Verhältnissen vertraut machen, ehe sie sich zur Wahlschlacht stellen konnten. Aber Toubon war schneller als der Sozialist, er hat in der ENA, auf der hohen Verwaltungsschule, gelernt, ein Dutzend Dossiers pro Tag zu verschlingen, und in 14 Tagen wußte er mehr über das „Italien-Viertel" (so benannt nach der „Porte d'Italie", die dort mündet) als die meisten Einwohner, die dort lange leben.

Jacques Toubon heizt die Stimmung an. Die Wahlkampf-Munition hat ihm ein paar Tage vorher das Wirtschaftsministerium geliefert: Außenhandelsbilanz im Keller, Inflationsrate im Speicher. „Sie sind dabei, das Haus Frankreich auszuverkaufen, es an fremde Mächte zu verscherbeln", ruft er aus. So etwas kommt bei Gaullisten immer gut an. Er erinnert den Ministerpräsidenten Mauroy daran, daß er die Franzosen auf die nahe Wirtschaftsankurbelung in den USA und in der Bundesrepublik vertröstet hat, die auch Frankreich mitreißen werde. Und er wagt die eindringliche Prophezeiung: „Aber selbst wenn der Zug mit der deutschen Lokomotive ganz nah an uns vorbeifahren sollte, werden wir zu schwach sein, um aufzuspringen. So weit haben es die Herren im Elysée und im Matignon in zwei Jahren mit uns gebracht." Ein Geheul der Entrüstung und Zustimmung kommt aus dem Publikum.

Großes Vergnügen gibt es, wenn Chirac und Toubon auf die „Cocos", die Kommunisten, eindreschen. Hier im 13ten geht es um zwei Metro-Linien, die verlängert werden sollen. Zuständig sind drei Kommunisten: Fiterman, der Transportminister, Quin, der Chef der Pariser Transportunternehmen, und Gisèle Moreau, die Abgeordnete des Arrondissements, die vom Listenplatz 1 zurücktreten mußte, um dem Sozialisten Quilès Platz zu machen. „Mal sehen, wenn wir gewinnen, ob die rote Dreifaltigkeit endlich Wort hält und dafür sorgt, daß unsere Arbeiter ein wenig später aufstehen können, um zur Arbeit zu fahren", grollt Toubon.

Wenige Tage vor der Chirac-Schau im Südosten der Stadt hatte eine andere Dreifaltigkeit im Norden, in den ehemaligen Schlachthöfen der Vilette, ein kaum eindrucksvolles Spektakel abgezogen. Sozialisten, Kommunisten und Linksradikale, die drei Komponenten der 21 Monate alten Regierungskoalition, hatten ihre Heerschau aus den Arbeitervororten zwischen Oise und Seine aufgeboten, um angesichts der Ungewißheit des Wahlausgangs Stärke zu demonstrieren. Hier wurde nicht weniger lustvoll auf die „Ewiggestrigen" eingedroschen, auf die „drei Reiter der Apokalypse" Giscard, Chirac und Barre, die das Rad der Zeit aufzuhalten suchten, auf die, „die in den Schlössern wohnen", und die, die „den Wandel" noch nicht begriffen hätten. Hier ging es nicht um Politik vom Rathausturm. Hier war im drohenden Unterton der Redner zu hören, daß Frankreich nach dem 6. und 13. März, dem ersten und zweiten Wahlgang, ganz anders werden könnte, wenn die Linke in den Gemeindewahlen siegen sollte.



Toubon contra Quilès – Kommunalwahlkampf der Plakatkleber im 13. Pariser Arrondissement FOTO: AFP

Seine Hausmacht in der Bundestagsfraktion sind die „Kanalarbeiter", seine Hausmacht in der SPD ist Niedersachsen. Doch seinen politischen Höhepunkt hat er wohl überschritten. Das Innerdeutsche Ministerium, dessen Chef er 13 Jahre lang war, kann zum Stolperstein werden: Gegen Egon Franke hat die Staatsanwaltschaft wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im Amt ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Wer ist Egon Franke und welchen Einfluß hatte er in der Regierung Schmidt?



Jede Sitzungswoche ein fester Termin: Dienstags abend trafen sich die „Kanalarbeiter" der SPD mit ihrem Chef Egon Franke (2. v. rechts) im „Kessenicher Hof" in Bonn, um beim Bier ihre Politik abzustimmen. FOTO: DARCHINGER

„Wo man mich hinstellt, arbeite ich"

von GEORG SCHRÖDER

Vom 17. September 1982 bis zum 1. Oktober 1982 war Egon Franke, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zugleich Stellvertreter des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Niemand hat das in jenen stürmischen Krisentagen bemerkt. Auch am Ende seiner Ministerzeit galt das, was man in der WELT im Oktober 1969, als er auf den Ministerstuhl kletterte, über ihn lesen konnte: Sein Hauptkennzeichen ist die Unauffälligkeit.

Seltsam: Damals, 1969, schätzten diesen grauen Mann aus Hannover manche als eine Art grauer Eminenz in der SPD ein. Das war sehr hochgegriffen, enthielt aber einen Kern von Wahrheit. Denn der 1951 in den Bundestag Eingezogene hatte sich langsam, unauffällig und unaufhaltsam zum ungekrönten Chef der „Kanalarbeiter" entwikkelt. So nannte sich selbstironisch eine bis zum heutigen Tag bestehende Gruppe von 60 bis 100 SPD-Bundestagsabgeordneten, meist Hinterbänkler, aber keineswegs nur einflußschwache Männer. Das war die Hausmacht Frankes in Bonn, der Landesvorsitz in Niedersachsen (bis 1975) seine Hausmacht in der Parteiorganisation. Beides zusammen genommen war nicht wenig, aber auch nicht ein ausschlaggebender Faktor für die politische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei.

Diese Gruppe der Kanalarbeiter machte entschlossen Personalpolitik in der Bundestagsfraktion. An ihr konnte keiner vorbeigehen. Sie gab vielen der SPD-Abgeordneten des zweiten und dritten Gliedes das Gefühl, nicht nur von „denen da oben" kommandiert zu werden. Sie waren nicht Anti-Wehner, aber auch Herbert Wehner lernte schnell, daß er um sie werben mußte.

Man darf mit Fug und Recht sagen, daß Egon Franke und seine Freunde die lebendige Verkörperung der SPD der Weimarer Zeit waren und sind, einer nun schon Vergangenheit gewordenen SPD mit allen ihren Vorzügen und Nachteilen. Für sie war die SPD wirklich eine Arbeiterpartei, solide, handfest, ohne Utopien nachzujagen.

Der Chef der Kanalarbeiter hat Ende der sechziger Jahre einmal einen offenen Brief an einen jungen Apo-Anhänger veröffentlicht. Darin liest man: „Ich unterscheide mich in nichts von Tausenden und Abertausenden sozialdemokratischen Funktionären meiner Generation." Die Partei, so schrieb er, sei sein Leben. Warum? „Ich meine die Solidarität, das Wissen, daß man einer Gemeinschaft angehört, daß man sich auf einen Freund und Genossen verlassen kann."

1960 versuchte der sozialdemokratische „Vorwärts" zum erstenmal ein Porträt Frankes zu zeichnen: „Er neigt dazu, die Dinge nüchtern zu betrachten und Entscheidungen vorsichtig abzuwägen, von der Erkenntnis getrieben, daß man Politik nicht im luftleeren Raum treiben kann, sondern den realen Gegebenheiten anzupassen habe. Insofern ist er ein echter Hannoveraner."

„Alles andere als ein Apparatschik"

Zehn Jahre später verteidigte im Sozialdemokratischen Pressedienst ein Freund Frankes, der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Kreutzmann, den frischgebackenen Bundesminister: „Es gibt kaum einen Politiker in der Bundesrepublik, der mehr verkannt, mehr unterschätzt wird als Egon Franke. Es kommt schließlich nicht von ungefähr, daß der gelernte Modelltischler aus Hannover seit vielen Jahren der niedersächsischen SPD vorsteht und nahezu seit Gründung eine maßgebende Rolle in höchsten Parteigremien der SPD spielt. Egon Franke ist alles andere als ein Apparatschik, der sich alle diese Positionen ersessen hätte. Was ihm immer wieder eine zuverlässige Gefolgschaft gesichert hat und ihn an der Spitze der Partei gehalten hat, sind seine Abgewogenheit des Urteils, seine leidenschaftslose Sachlichkeit und unbedingte Loyalität gegenüber Freunden." Und im Schlußabsatz heißt es: „Behauptungen, Franke sei zu den Falken zu zählen, also zu den Verfechtern eines harten Kurses in Gesprächen mit führenden Männern der DDR-Regierung, haben nicht nur ihm ein müdes Lächeln abgenötigt, für Kenner seiner Vorstellungen und Ansichten ist diese Meinung geradezu absurd. Franke ist nie ein Mann der gefühlsbetonten Politik, sondern immer ein politischer Pragmatiker gewesen."

Das Lieblingswort Frankres lautete „Solidarität". Seine Lebensmaxime: „Wo man mich hinstellt, arbeite ich." Willy Brandt wußte das. Und weil er diese Eigenschaften Frankes kannte, machte er ihn zum Gesamtdeutschen Minister. Solidarisch sein heiße für ihn loyal sein, versicherte einmal Franke. Damit aber begab er sich in den entscheidenden Jahren der neuen Ostpolitik fast ganz und gar seines Einflusses. Ost- und Deutschlandpolitik wurde von Brandt und Bahr im Kanzleramt gemacht. Franke und seine Kanalarbeiter warfen keine Knüppel in das Getriebe. Die Deutschlandpolitik wanderte aus Frankes Ministerium ab. Der Minister wurde in der politischen Realität zum Erfüllungsgehilfen Brandts und Bahrs.

Wundert man sich, daß mehr als einmal öffentlich die Frage ventiliert wurde, ob es nicht sinnvoller sei, dieses Ministerium überhaupt aufzulösen. „Solche Stimmen sind weder wohlwollend noch boshaft, sondern bösartig", antwortete schon Ende 1971 Franke. Die Arbeit seines Hauses sei zwar nicht spektakulär, aber Aufgabe des Ministeriums sei es, sorgfältig und seriös wichtige Vorbereitungen zu erarbeiten, um zu positiven Ergebnissen bei Gesprächen und Verhandlungen zu kommen.

Man hat einmal geschrieben, die Rolle als Rangiermeister und manchmal auch Weichensteller auf dem großen Verschiebebahnhof der Politik charakterisiere Franke. Es gibt Beispiele dafür. Aber sicher ist auch, daß selbst seine ärgsten Feinde ihm nie nachgesagt haben, daß er die Partei je mit neuen Ideen überrascht habe. Deshalb auch blieb sein Einfluß immer begrenzt. Er war und blieb der Lieferant eines Blocks von Stimmen in der Fraktion, die meistens für einen gemäßigten Kurs in der Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eingesetzt wurden. Darin lag seine Bedeutung für den Bundeskanzler Schmidt. Deshalb bügelte dieser die mehr als einmal auftauchende Anregung unter den Tisch, das innerdeutsche Ministerium mitsamt seinem glanzlosen Minister aufzugeben.

Auch darüber ist nun schon ein Jahrzehnt vergangen, daß sich Frankes Kanalarbeiter leicht ironisch, aber doch mit unübersehbarem Stolz als „Freunde sauberer Verhältnisse" bezeichneten. So hat sich Franke selber bis auf den heutigen Tag verstanden. Daher wohl auch seine Trotzgebärden angesichts der Vorwürfe, die heute gegen ihn erhoben werden. Er hat sich verstanden als den wahren und echten Sozialdemokraten, ohne darob ein großes Gedöns zu machen. Der Mann des Jahrgangs 1913 ist gewiß ein geborener Sozialdemokrat. Sein Leben, das nun wohl politisch zu Ende geht, ist exemplarisch für die SPD von gestern und vorgestern.

Der Sohn eines freidenkerischen Klavierlehrers wuchs nahezu zwangsläufig in die SPD Hannovers und in die freireligiöse Gemeinde herein. Schon als Tischlerlehrling nach der Volksschulzeit war er Vorsitzender der örtlichen Sozialistischen Arbeiterjugend. Von seinem 18. Lebensjahr an war er dann hauptberuflich für die SPD tätig.

Als einer der Mitorganisatoren der geheimen „Sozialistischen Front" in Hannover wurde Franke im April 1935 mit einigen anderen jugendlichen Sozialdemokraten von der Gestapo festgenommen und dann zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Im Kriege steckte man ihn in die berüchtigte Bewährungseinheit 999. Im Mittelmeer wurde er nach Versenkung seines Transporters nach zwölf Stunden Seenot verwundet aus der Ägais gefischt. Damit seiner Lebensgeschichte der ironische Akzent nicht fehlt, geriet er ausgerechnet in Braunau am Inn in amerikanische Gefangenschaft.

Das zweite Leben begann mit Kurt Schumacher

Sein zweites Leben begann exakt an dem Tag seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 in Hannover, an dem Tag, an dem Kurt Schumacher dort die SPD wieder gründete. Der entlassene Kriegsgefangene Franke war schon dabei. Seitdem gab es für ihn nur Parteiarbeit, Funktionärsarbeit, Organisationsarbeit: Bezirkssekretär in Hannover, hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes, Landesvorsitzender Niedersachsens, Landesvorsitzender Niedersachsen, Ratsherr, Landtagsabgeordneter, dann Bundestagsmitglied.

Ein vorbildliches Parteileben? Frankes alte Parteifreunde werden das so sehen. Aber die Generation, die heute an der Basis der SPD das Sagen hat, sieht es doch wohl anders. Oder warum sonst hätte man ihm schon vor Jahr und Tag Führungspositionen in der hannoverschen SPD entrissen? Warum sonst wurde er in Hannover nur noch mit Ach und Krach wieder als Kandidat für die Bundestagswahl nominiert? So oder so: Franke ist schon Vergangenheit.

„Vom neuen Ministerpräsidenten keine Rede mehr. Ich bin der Ministerpräsident“

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Wahlkämpfer Helmut Kohl und Uwe Barschel haben zwei Gemeinsamkeiten. Beide sind Benjamin. Kohl unter allen bisherigen deutschen Bundeskanzlern, Barschel unter den Regierungschefs der Bundesländer. Und beide stellen sich den Wählern, obwohl sie erst wenige Monate regieren. Aber anders als Kohl muß Barschel nicht nur eine Wahl, er muß zwei Wahlen durchstehen. Acht Tage nach der Bundestagswahl am kommenden Sonntag wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt.

Niemand kann vorhersagen, welche Auswirkungen das Ergebnis der Bundestagswahl auf die Landtagswahl am 13. März haben wird. Nur so viel steht fest: Erfahrungsgemäß entscheiden sich die Schleswig-Holsteiner bei Bundestagswahlen für die „linke Mitte“: bei den letzten drei Landtagswahlen hingegen gelang es Gerhard Stoltenberg, für die CDU eine absolute Mehrheit – zumindest der Mandate – herauszuholen, das letzte Mal allerdings nur mit einem Vorsprung von einigen hundert Stimmen. Hat Uwe Barschel für das gespaltene Wahlverhalten seiner Landesbürger eine Erklärung?

Wir sitzen uns in Geesthacht in einem Fährhaus an der Elbe gegenüber. Der doppelte Wahlkampf scheint Barschel nicht zu strapazieren. Er wirkt entspannt, elastisch. Barschel bestellt sich eine Cola. Die journalistische Anmerkung, in der Getränkewahl eifere er wohl Helmut Schmidt nach, beantwortet er mit einem durstigen Zug aus dem Glas. „Schmidt“, sagt er dann, „ist ein Norddeutscher, schon vom Typ her ist er bei uns populär.“

Frage: Zieht der Name Schmidt noch bei der Landtagswahl?

Barschel: „Schwer zu sagen. Vielleicht hindert er einige, die sich innerlich schon von der SPD abwenden, daran, die CDU zu wählen. Aber sein Einsatz beim Landtagswahlkampf ist auffallend gering. Das mag wohl daran liegen, daß der SPD-Spitzenkandidat Engholm eine derartig linke und alternative Mannschaft aufgestellt hat.“

Der Ministerpräsident lehnt sich zurück, blickt konzentriert aus dem Fenster, greift mit einer ausholenden Armbewegung in die Historie. Was das gespaltene Wahlverhalten der Menschen zwischen den Meeren betreffe, so sei Schleswig-Holstein – entgegen manchem Vorurteil – keineswegs ein typisches CDU-Land. „Solange wir in diesem Land demokratische Wahlen haben, also seit 1867, gibt es bei uns linke Mehrheiten. Auch nach dem letzten Krieg hatte die SPD die zunächst absolute Mehrheit.“ Aber wie kommt es zu den CDU-Mehrheiten bei Landtagswahlen? Barschels Erklärung: „Das liegt daran, daß die Landesregierung seit Jahren, ja Jahrzehnten, ein höheres Ansehen genießt als die Parteien, auch als die Bundesregierung.“

Frage: Ist die Landesregierung so populär, oder ist es der Ministerpräsident?

Barschel: „Die Landesregierung als Ganzes, wenn auch der Ministerpräsident die höchsten Popularitätswerte zu haben pflegt.“

Wenn demnach aller Erfolg der CDU am 13. März von der Beliebtheit der Landesregierung, vor allem des Regierungschefs, abhängt, so fragt es sich, wieviel Beliebtheit Barschel in vier Monaten Amtszeit als Ministerpräsident angesammelt haben kann. Ist er noch der junge Mann des nach Bonn entrückten Landesvaters Stoltenberg, oder steht er schon auf eigenen Füßen?

Barschel entschärft die provozierende Frage mit einem selbstbewußten Lächeln. Es sei für ihn nie ein Problem gewesen, ob er in Stoltenbergs Schatten stehe. Erstens deshalb nicht, „weil Stoltenberg unter den Ministerpräsidenten eine überraschende Figur war – er war ja schon eine bundespolitische Institution, als er nach Kiel kam.“ Zweitens, weil er Stoltenbergs Politik mitgetragen, „auch mitgestaltet“, habe. Drittens setze er seine eigenen Akzente, zum Beispiel im Umweltschutz, in der Politik gegenüber der dänischen Minderheit, in der Kommunalaufsicht, die er schon als Innenminister liberal praktiziert habe. Barschel sagt, er sei ein Mann der Kontinuität, aber er habe seinen eigenen Stil. Er blickt sein Gegenüber aus stahlblauen Augen an, als er erklärt: „Von dem neuen Ministerpräsidenten redet niemand mehr. Ich bin der Ministerpräsident.“ Die Sorge, nicht anerkannt zu werden, brauche er sich nicht zu machen – auch nicht in dem, wie er sein wolle.

Frage: Wie wollen Sie sein?

Barschel: „So wie ich bin.“

Frage: Und wie sind Sie?

Barschel: „So, daß die Wähler und Bürger immer deutlicher die Kontur des Nachfolgers sehen. Damit will ich mich von Stoltenberg überhaupt nicht absetzen.“

Er hat es andererseits auch nicht nötig, sich wortreich von seinem sozialdemokratischen Herausforderer Björn Engholm, der unter Kanzler Schmidt Bundesbildungsminister war, abzusetzen: denn für das Unverwechselbare sorgt Engholm auf seine Weise. Für Barschel besteht der Gegensatz vor allem in der Kompetenz: „Es ist ein Unterschied, ob man zwölf Jahre lang in der Landespolitik groß geworden ist“ – Barschel war CDU-Fraktionschef, Finanzminister, Innenminister –, „oder ob man im Bundestag gesessen hat, ohne Funktionen in Schleswig-Holstein auszuüben. Die Sachkompetenz und die Lösungskompetenz der Landesregierung wird unvergleichlich höher eingeschätzt als die der Mannschaft Engholm, die sich ja überwiegend aus Leuten zusammensetzt, die nicht aus Schleswig-Holstein kommen, die vielleicht auf ihrem Gebiet gearbeitet haben, aber weder politische noch administrative Erfahrung mitbringen.“

Frage: Zur FDP. Im Bund tritt sie für eine Koalition mit der Union ein, im Land für eine Koalition mit der SPD. Kann Ronneburger das den Wählern verklaren?

Barschel: „Nein. Die Haltung der FDP kann Ronneburger niemand klarmachen, weil die Bundespartei sagt, sie wolle in Bonn die Politik der Mitte, die Regierung Kohl/Genscher, unterstützen, und genau das ist ja auch die Politik unserer Landesregierung. Dem läuft die Koalitionsaussage der Landes-FDP für die Sozialdemokraten zuwider. Dieser schleswig-holsteinische Landesverband der FDP ist programmatisch kein Teil der Bundes-FDP mehr.“

Frage: Eine ganz andere Partei?

Barschel: „Ja, eine andere Partei.“

Der Ministerpräsident nimmt für sich in Anspruch, Umweltschutz schon aktiv betrieben zu haben, als es in der Politik noch keine „Grünen“ und „Alternativen“ gab. Vor Jahren hat Barschel die Stiftung Herzogtum Lauenburg ins Leben gerufen und durchgesetzt, daß sie in ihren breitgefächerten kulturellen Aufgaben die Pflege der Pflanzen- und Tierwelt zum Schwerpunkt machte. Umweltschutz ist auch das Hauptproblem der nachbarschaftlichen Politik mit Hamburg. Barschel stellt fest, daß 55 Prozent der Schwefeldioxyde, die in Hamburg in die Luft geblasen werden, gen Schleswig-Holstein ziehen. Wie soll das werden, wenn Hamburg neue Kohlekraftwerke baut, um sich vom Atomstrom unabhängiger zu machen?

Barschel: „Da bin ich sehr gelassen. Ich glaube nicht, daß Hamburg in der Lage ist, diese Energiepolitik zu verwirklichen. Das setzte ja voraus, daß Hamburg aus dem Atomkraftwerk Brokdorf aussteigt; doch das ist rechtlich nicht möglich. Von dieser Hamburger Energiepolitik wird man bald nicht mehr reden.“

Barschel berichtet mit einigem Stolz, daß auf Initiative der Kieler Regierung Expertengespräche mit der „DDR“ über die Sanierung der Elbe zustande gekommen sind. Er hat jedoch eine große Sorge: Es geht ums's Geld: „Von allen Anrainern ist Schleswig-Holstein derjenige, der die Elbe am wenigsten belastet, auch deshalb, weil wir bei der Ansiedlung neuer Industrien keine Kompromisse gemacht haben. Die Belastung kommt von den alten Betrieben, und darum ist Hamburg ein so großer Verschmutzer – ganz zu schweigen von der DDR und der CSSR. Aber auch wir sollen zur Kasse gebeten werden, obwohl wir am Ende der Elbe sitzen und den ganzen Dreck an uns vorbeiziehen lassen müssen. Dennoch: An der Elbsanierung muß energisch gearbeitet werden.“

Barschel wohnt mit Frau und vier Kindern in Mölln, im Zonenrandgebiet. Er regiert ein Bundesland mit zweifacher Grenzlage. Welche Grenzlinie mehr schmerzt? „Natürlich die zu Mecklenburg“, sagt er, „jene Grenzlinie, an der ich lebe und die mein politisches Denken und Fühlen schon in jungen Jahren geprägt hat. Hier weiß man, was Freizügigkeit, was Freiheit bedeuten. Die Grenze zu Dänemark betrachte ich gar nicht als Grenze, sie ist eher eine Brücke.“

Das Gespräch kehrt zum Eingangsthema zurück. „Jetzt den Aufschwung wählen“, ruft Bundeskanzler Kohl den Bürgern in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes zu. Aufschwung auch in Schleswig-Holstein? „Aufschwung“, sagt Barschel, „ist ein Begriff, der aus der Bundespolitik kommt. Da erkenne ich auch deutliche Erholungstendenzen. Auch bei uns registrieren wir geradezu rasante Zugänge bei den Bauämtern. Aber es gehört zu den Besonderheiten Schleswig-Holsteins, daß hier die Konjunkturzüge mit zeitlicher Verzögerung ablaufen. Deshalb haben wir ein Schleswig-Holstein-Programm für Arbeitsplätze aufgelegt, das einen Investitionsschub von vier Milliarden Mark auslösen soll.“

Es gibt eine Vielzahl wirtschaftlicher Landesprogramme, sie werden trotz des Zwanges zum Sparen durchgehalten, als „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie der Ministerpräsident sagt. Die Weichen zum vielzitierten „Neubeginn“ sind gestellt, in Bonn und auch in Kiel.

Doch es bleibt die Zweifelsfrage: Wie wird sich das Ergebnis der Bundestagswahl auswirken?

Frage: Angenommen, Bundeskanzler Kohl wird am 6. März von den Wählern bestätigt, müssen Sie dann befürchten, daß die Schleswig-Holsteiner am 13. März eine Art ausgleichende Gerechtigkeit üben und dem CDU-Ministerpräsidenten Stimmen vorenthalten, möglicherweise so viele Stimmen, daß es zur absoluten Mehrheit der Landtagsmandate nicht mehr reicht?

Barschel: „Die wissenschaftlichen Wahlforscher haben mir gesagt, daß man keine verläßliche Prognose darüber anstellen kann, wie das Bundestagswahl-Ergebnis auf die Landtagswahl einwirken könnte. Mein Gefühl sagt mir: Bleibt Kohl Kanzler in einer Koalition mit der FDP, gibt es also in Bonn keine übermächtige Union, dann wird sich das für die CDU in Schleswig-Holstein am 13. März positiv auswirken. Die Frage ist allerdings, ob wir diejenigen potentiellen CDU-Wähler in Schleswig-Holstein, die am 6. März der FDP ihre Zweitstimme geben, um in Bonn die Kohl/Genscher-Koalition zu stabilisieren, am 13. März zurückbekommen. Dafür werden wir von Montag an arbeiten.“



Als Uwe Barschel im Herbst vorigen Jahres von seinem Amtsvorgänger Gerhard Stoltenberg zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen wurde, war das keine Sensation, auch, wenn der neue Regierungschef erst 38 Jahre alt war. Barschel, der seine steile Karriere als „Ochsentour“ verstanden wissen will, galt schon seit Jahren als „Kronprinz“ in der CDU des nördlichsten Bundeslandes. Barschel war Vorsitzender der Jungen Union und stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, als er 1971 Landtagsabgeordneter und auf Anhieb stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde. Sechs Jahre lang war er bis 1979 Fraktionschef, danach ein halbes Jahr Finanzminister und bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 14. Oktober vorigen Jahres Innenminister. FOTO: WULF PFEIFFER/DPA

> „Um dies zu zeigen, daß es mir ernst ist, daß ich für den Frieden kämpfe bis zur Selbstaufgabe, habe ich in maßloser Übertreibung – aber zu Ende gedacht – gesagt: Ich würde meinen Sohn umbringen, wenn er in einem Krieg mitmacht.“
>
> Sophie von Behr-Negendanck am 26. Februar 1981 in der linksradikalen „Tageszeitung“. Sie gehört der „politischen Führungsmannschaft“ an, die Björn Engholm als Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein aufgestellt hat.

„Ein wichtiger Grundstein für die Entscheidungen dieses Jahres“

Innenminister legte dem Kabinett den Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ vo

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Bis zum Jahre 1990 werden die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland mit fast sechs Millionen Menschen 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Vor der Kulisse dieser „Modellrechnung“ unter Einbeziehung von Wanderungsüberschüssen legte Bundesinnenminister Friederich Zimmermann gestern in Bonn dem Kabinett den Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ vor. Die Kommission war im Herbst 1982 eingesetzt worden, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung die Anregung dazu gegeben hatte.

Ihr gehören Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden an, außerdem Repräsentanten der Spitzenorganisationen Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag. Aufgabe der Kommission war es zu ermitteln, wie „unter Wahrung der freiheitlichen Grundordnung die gesellschaftspolitischen Probleme abgebaut werden können“, die durch die große Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik entstehen. Minister Zimmermann meinte anläßlich der Vorlage des Berichts, trotz mangelnder Einigkeit in manchen wichtigen Punkten sei er „ein wichtiger Grundstein für notwendige Entscheidungen dieses Jahres“.

Während alle Beteiligten darin übereinstimmten, daß es beim uneingeschränkten Anwerbestopp für Gastarbeiter, unabhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, bleiben müsse, ferner bei der Förderung der Rückkehrbereitschaft oder dem Verbot eines Nachzugs erwachsener Ausländer, die von Deutschen adoptiert worden sind, gab es vor allem bei der Regelung des Kindernachzugs von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten verschiedene Voten. Keine Einigung kam auch beim Sachkomplex „Erleichterung der Einbürgerung“ sowie „Sanktionen bei Nichtinanspruchnahme der Möglichkeit erleichterter Einbürgerung“ zustande. Das Land Bremen hat sich vom Gesamtbericht distanziert, Nordrhein-Westfalen hat, aus terminlichen Gründen, davon abgesehen, Empfehlungen zu den einzelnen Lösungsvorschlägen abzugeben.

Für die in Deutschland lebenden Ausländergruppen fordert der Bericht „eigene Integrationsbeiträge“, die vor allem im Erlernen der deutschen Sprache zu bestehen hätten. Einbürgerung könne zwar am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen, heißt es, sei aber „nicht notwendiges Ziel der Integration“. Von den Kommissionsbeteiligten forderten das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Finanzen sowie die hauptsächlich über hohe Ausländerzahlen klagenden Länder Berlin, Baden-Württe[m]berg und Bayern, das Höchstnac[h]zugsalter für Kinder von Gastarb[ei]tern grundsätzlich vom vollend[e]ten 16. Lebensjahr, der bisherig[en] Regelung, auf das sechste Leben[s]jahr herabzusetzen. Hier plädier[t] das Land Bremen für eine Gren[ze] bei 18 Jahren.

Die gleiche Gruppierung v[on] Kommissionsmitgliedern, [...] beim Kindernachzug die unter[e] Grenze will, unterstützt durch [die] kommunalen Spitzenverbän[de,] hat außerdem empfohlen, für b[e]stimmte Regionen mit hohem Au[s]länderanteil durch Änderung d[es] Ausländergesetzes den Zuzug [für] Nichtdeutsche zu sperren. Daf[ür] spräche, so heißt es im Bericht, [die] jeweils „zügige Anpassung an [die] Situation“ und die Entbehrlichk[eit] von Verwaltungsakten. Dageg[en] wurde ins Feld geführt, daß die [in] der Vergangenheit praktizie[rte] „Sperrung überlasteter Siedlun[gs]gebiete“ wegen Undurchführb[ar]keit aufgegeben werden mußte.

Die von der Bundesregieru[ng,] einzelnen Bundesländern und d[en] Kommunalverbänden angestreb[te] Regelung, einen Ausländer-Au[s]weisungsgrund „Abhängigkeit v[on] Heroin und anderen harten D[ro]gen“ einzuführen, stieß bei B[re]men, Hessen und der Beauftragt[en] der Bundesregierung für Ausl[än]derfragen, Frau Liselotte Func[ke] (FDP), auf Widerstand.

Schelte Zimmermanns für FDP-Minister

„Außenpolitik der gefälligen Unverbindlichkeit“

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Mit bisher ungehörter Schärfe hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) Kritik an den FDP-Ministern im Bundeskabinett geübt und Veränderungen bei einer erneuten Regierungsbildung zwischen CDU/CSU und FDP nach dem 6. März verlangt. In einem Beitrag für das CSU-Organ „Bayernkurier“, der heute veröffentlicht wird, schreibt Zimmermann, „es kann ein schwerer Fehler bürgerlicher Wähler sein, wenn sie sich dem Irrglauben hingeben, mit der FDP könne die CDU/CSU besser regieren. Das Gegenteil ist der Fall.“

Diese Aussage des CSU-Politikers dürfte im Zusammenhang mit dem Bemühen der FDP stehen, Unionswähler zum Stimmensplitting bewegen zu wollen, denn er fügt hinzu, „wenn die FDP genug hasenfüßige Unionswähler findet, könnte der Sieg der CDU/CSU tatsächlich noch verhindert werden“. Über den FDP-Vorsitzenden Genscher schreibt Zimmermann, dessen „Außenpolitik der gefälligen Unverbindlichkeiten, der rastlosen Herumreiserei ohne konkretes Ergebnis kann nicht das Ziel einer Außenpolitik der CSU sein“. Die „Wende“ dürfe nicht vor den Türen des Auswärtigen Amtes haltmachen.

Kritisch äußert er sich auch gegenüber Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Bundesernährungsminister Josef Ertl. Die Wirtschaftspolitik von Lambsdorff, so erklärt Zimmermann, „steht einer durchgreifenden Umweltschutzpolitik nicht gerade aufgeschlossen gegenüber“. Und Josef Ertl zeige in Fragen des Tierschutzes, beispielsweise bei der notwendigen Beendigung des Robbenschlachtens, „keinerlei Einsicht“. Deshalb wäre es zweckmäßig, den Tier- und Umweltschutz zu verbinden und in einem Ressort, dem Bundesinnenministerium, zusammenzufassen.

Mit großer Deutlichkeit verweist der Bundesinnenminister auch auf Unterschiede zwischen der Union und der FDP in der Rechts- und Innenpolitik. Hier lägen „Welten“ zwischen den Auffassungen. Er erwähnt den FDP-Parteitagsbeschluß zur Aufhebung des Kontaktsperregesetzes, das bei einer terroristischen Erpressung die Handlungsfähigkeit des Staates sichern solle. Die FDP „blockiert“ schärfere Strafgesetze gegen gewalttätige Demonstranten und „verurteilte Schwerstverbrecher werden nach FDP-Ideen bereits nach kurzer Haft sogenannte Freigänger, mit der Gefahr, daß sie neue Opfer finden“, schreibt Zimmermann.

Handwerk: 1983 gibt es 10 000 Lehrstellen mehr

rtr. **Münch[en]**

Rund 10 000 Ausbildungsplä[tze] mehr als 1982 will das deutsc[he] Handwerk in diesem Jahr anb[ie]ten. Dies kündigte gestern der G[e]neralsekretär des Zentralverba[n]des des Deutschen Handwer[ks,] Klaus-Joachim Kübler, auf ei[ner] Pressekonferenz vor der Inter[na]tionalen Handwerksmesse in Mü[n]chen an.

Kübler erklärte, daß etwa 243 0[00] Jugendliche ihre Ausbildung be[en]den würden und das deutsc[he] Handwerk jede freiwerdende Le[hr]stelle neu besetzen wolle. 1982 [sei] die Zahl der neu abgeschlossen[en] Lehrverträge bereits um 13 000 [auf] 232 000 gestiegen. In diesem Ja[hr] sehe man nun eine Chance, al[len] ausbildungswilligen- und fähig[en] Jugendlichen eine Stelle anbiet[en] zu können.

Es gebe „Vorzeichen für e[ine] konjunkturelle Belebung“. [Die] 495 000 Handwerks-Betriebe säh[en] der Wirtschaftsentwicklung [mit] „mehr Zuversicht“ entgegen. [Be]sonders im Bausektor sei e[ine] deutliche Belebung der Nachfra[ge] erkennbar, von der man auch [für] andere Wirtschaftsbereiche Imp[ul]se erwarte. Der Umsatz des Ha[nd]werks wird nach den Worten Kü[b]lers zwar aller Voraussicht na[ch] noch einmal real zurückgeh[en.] Dennoch wolle das Handwerk s[ei]ne Investitionen um sieben Pr[o]zent deutlich aufstocken, nachde[m] 1982 ein Rückgang um sechs Pr[o]zent eingetreten sei.

Genscher zieht FDP-Wahlkampfbilanz

„Beachtliche Wirkung“ der Zweitstimmen-Werbung / Angriffe gegen die SPD

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Vier Tage vor den Bundestagswahlen hat sich der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher „zuversichtlich, aber auf keinen Fall übermütig“ zu den Chancen seiner Partei geäußert. Die Zweit-Stimmen-Werbung der Liberalen zeige eine „beachtliche nachhaltige Wirkung“, die zusätzlich durch die „Gegenoperationen“ der anderen Parteien belebt worden sei.

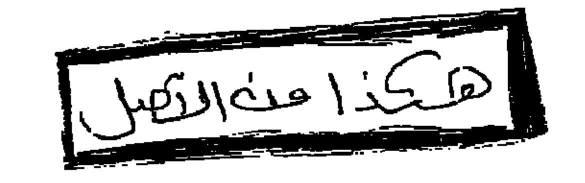
Genscher verband vor Journalisten in Bonn seine Wahlkampfbilanz mit neuen Angriffen insbesondere gegen die SPD, aber auch mit Kritik am Koalitionspartner CDU/CSU. So verurteilte er die Forderung des scheidenden SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner nach Anerkennung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft als „Zwangsausbürgerung von 17 Millionen Deutschen“. Hier fehle ein „klärendes Wort“ des SPD-Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Gleichzeitig warnte der FDP-Vorsitzende, daß Vogel als „Kanzler der Grünen“ gewählt werde, obwohl bei der Kanzler-Alternative sich eine zunehmende Zustimmung zugunsten von Helmut Kohl abzeichne. Daneben bestimme aber auch die Außenminister-Alternative „Genscher oder Strauß oder Bahr“ offenbar das Wählerverhalten.

Genscher bekräftigte entgegen Unions-Ankündigungen erneut das Festhalten der FDP an der gesetzlich festgeschriebenen Rückzahlbarkeit der Investitionsabgabe. Die Freien Demokraten mac[h]ten ihre Stellung zur CDU/CS[U] auch in Sachpositionen deutlic[h,] „ohne dabei eine Störenfriedsr[ol]le“ zu spielen. Die zeige sich vi[el] mehr „in Meinungsäußerung[en] aus dem Süden“.

Zu dem von SPD-Geschäftsfü[h]rer Peter Glotz aufgrund der jün[g]sten Allensbach-Umfrage geford[er]ten Verbot von Meinungsumfrag[en] vor Wahlen meinte Genscher, h[ier] zeige sich erneut der Wille der SP[D] zur Bevormundung der Bürger.

Deutliche Vorbehalte gegen d[ie] von Allensbach der FDP progn[o]stizierten 8,3 Prozent meldete d[e]ren Bundestagsfraktionschef Wo[lf]gang Mischnick an: Genaue Sti[m]menzuteilungen hingen schon a[l]lein von der Wahlbeteiligung ab.



Die internationale Kreditpyramide ist vom Einsturz bedroht. Banken und Regierungen bemühen sich, das Schlimmste zu verhüten. Der Bankier Sir Walter Salomon erinnert an die einstige Solidität des privaten Bankgewerbes und warnt davor, die Krise unter den Teppich zu kehren. Statt dessen würden manche Kreditinstitute – aus Furcht vor Totalverlusten – „gutes Geld dem schlechten nachwerfen". Salomon mißtraut den bisherigen Schuldenmanagern und plädiert für privatwirtschaftliche Lösungen. Je länger man zögere, den Schuldenberg zu konsolidieren, desto größter sei die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung. Der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems überträfe nach Salomons Ansicht noch die Depression von 1929 bis 1932. Bei den zahlreichen Umschuldungsversuchen werde zu stark auf das verführerische Prinzip Hoffnung gesetzt.

Ursprung und Heilung der internationalen Bankkrise

Von WALTER SALOMON

Die gegenwärtige Bankenkrise hat in hohem Grade ihren Ursprung darin, daß vor Jahren die Zentralbanken, die als private *Unternehmungen vom Markt* abhängig waren, nationalisiert wurden.

Als die Zentralbanken vom Markt abhängig waren, basierten ihre Entscheidungen auf wirtschaftlichen Überlegungen, gestützt auf Umsicht (Klugheit) und Voraussicht. Als der Staat der Eigner wurde, konnte er die Zentralbanken anweisen, in einer Art und Weise zu handeln, die völlig unvereinbar mit diesen Prinzipien waren.

Politische Überlegungen spielten eine wesentliche Rolle, und der Staat (die Politiker) ergriff zeitweise Maßnahmen, die darauf abgestellt waren, das Wohlwollen der Öffentlichkeit zur Wahlpropaganda oder anderen Zwecken zu erkaufen. Ich sagte vor vielen Jahren, daß in alten Zeiten den Politikern *vorgeworfen wurde*, Wählerstimmen mit ihrem eigenen Geld zu kaufen. Heutzutage werden sie beschuldigt, sie mit dem Geld des Steuerzahlers zu kaufen. Damals stellte ich die Frage, ob es nicht besser wäre, zu den alten Prinzipien zurückzukehren.

Wir müssen erkennen, daß wir heutzutage die Uhren nicht zurückstellen können und somit die Privatisierung der Zentralbanken nicht im Bereich des Möglichen liegt. Möglich ist es jedoch, gewisse Schutzmaßnahmen zu treffen, um leichtsinnige und unvernünftige Handlungen, die ausschließlich in nationaler oder internationaler Politik begründet sind, zu verhindern.

Die Zentralbanken könnten unter Kontrolle einer gänzlich unabhängigen Körperschaft außerhalb des Regierungsapparates gestellt werden. Darauf habe ich in einem Artikel hingewiesen, der 1967 im „The Spectator" unter der Überschrift „Bankiers der Welt, vereinigt euch!" erschienen ist. Als Alternative könnte eine internationale Zentralbank gegründet werden, die dem Markt unterworfen wäre.

Die augenblickliche Krise ist darauf zurückzuführen, daß die Zentralbanken oder andere öffentliche Geldinstitutionen die internationalen Banken ermutigen –, oder wenn nicht aktiv ermutigen, so *doch zumindest nicht gebremst haben* –, Kredite an kreditunwürdige Schuldner zu vergeben. Die alten Prinzipien eines soliden Bankgeschäfts wurden völlig mißachtet, da viele der Führungskräfte im Kreditgeschäft, die über die Vergabe dieser Kredite zu entscheiden hatten, zwar vielleicht gelernt haben, welche Instrumente anzuwenden waren, aber nicht lernten, wie sie anzuwenden waren.

Mit dem Rückgang des Einflusses der Eigentümer-Inhaber – betreffend das Betriebskapital der Banken – begannen *ehrgeizige* Leute mit anderen ehrgeizigen Leuten zu konkurrieren.

Eine der Maximen eines guten Bankiers ist, daß er, wenn er Geld verleiht, eine Anzahl von verschiedenen Kritierien anwendet:

I. Wenn jemand einen Kredit haben möchte, wird der Bankier als erstes sich vergewissern, daß der Schuldner wirklich einen Kredit benötigt und daß es nicht Eigenkapital ist, was er in Wirklichkeit braucht.

II. Wenn der Bankier dies festgestellt hat, muß er herausfinden, ob der Kreditnehmer auch kreditwürdig ist.

III. Wenn er festgestellt hat, daß der Kreditnehmer kreditwürdig ist, muß er herausfinden, ob der Cash-flow (Bruttoertrag) ausreichend sein wird, damit der Kreditnehmer die Bedingungen seiner Kreditvereinbarung auch erfüllen kann, und schließlich, aber nicht am unwichtigsten:

IV. Falls der Kredit an einen Kreditnehmer in einem *anderen Land* zu vergeben ist, muß der Bankier völlig überzeugt sein, daß die Zahlungsbilanz des betroffenen Staates es erlauben wird, die Bedingungen der Vereinbarung einzuhalten.

Aber das ist erst der Anfang der Bedingungen, auf die der Bankier achten muß. Auch die folgenden Bedingungen sind von großer Bedeutung, wenn ein Bankier einen Kredit vergibt:

A. Der Umfang der gesamten Kredite, die er gibt, haben in Relation zu seinen Eigenkapital-Reserven zu stehen.

B. Er sollte einem Kreditnehmer nicht mehr als einen gewissen Prozentsatz des Kreditvolumens geben, das er insgesamt zu vergeben bereit ist.

C. Bei Krediten für Handel, den Warenmarkt oder für die Industrie *sollten diese ebenfalls im Umfang* auf einen bestimmten Prozentsatz des Umsatzes des Handels- oder des Industrieunternehmens oder des Warenwertes begrenzt werden.

D. Falls das Darlehen an das Ausland geht, sollte es auch hier in der Höhe begrenzt werden auf einen Prozentsatz des gesamten verfügbaren Kapitals.

Wir sind zur Zeit in der Situation, daß viele der führenden Banken gegen alle oder Teile dieser Kriterien verstoßen haben, und sie stellen nun fest, daß ein großer Teil ihres Kapitals und ihrer Reserven festgelegt sind in Anleihen, die als nicht mehr bediente Anleihen, „eingefrorene", genannt werden. Falls dies einer kleinen Bank passieren würde und ihr Kapital in solcher Weise festgelegt wäre, würden die zuständigen Behörden sofort einschreiten und fordern, daß diese Darlehen abgeschrieben werden oder daß zur Deckung dieser Darlehen genügend Rückstellungen gebildet werden; und sie würden der Bank nicht erlauben, weitere Kredite zu gewähren. Hier verweise ich auf die neuen Bestimmungen der Bankenaufsicht, d. h. auf die Relation in den Ausleihungen einer Bank zu ihrem Eigenkapital und den Rücklagen.

Wir haben nunmehr die außergewöhnliche Lage, daß einige der Zentralbanken *ihre* Geschäftsbanken *aktiv ermutigen, den in Verzug* geratenen Schuldnern zusätzlich zu den „eingefrorenen" Anleihen weitere Anleihen zu geben – das heißt: gutes Geld dem schlechten nachzuwerfen –, um zu verhindern, daß in Verzug geratene Schuldner bei der Begleichung ihrer Zinsen säumig werden. Mit anderen Worten, das neu ausgeliehene Geld wird den bereits ausstehenden Darlehen hinzugefügt und dazu benutzt, Zinsen an den Darlehensgeber zu zahlen.

Eines der grundsätzlichen Bankprinzipien ist, daß es fast eine kriminelle Handlung ist, kurzfristig zu leihen und langfristig auszuleihen. Hier liegt ein weiterer Grund für die augenblickliche Bankenkrise. Der Präsident der Bank von England sagte am 8. Februar 1983 in einer Rede:

„*Die Auslandsfilialen* von Banken einiger in Schwierigkeiten geratener Länder hatten in sehr beträchtlichem Umfang kurzfristige Einlagen anderer Banken dazu benutzt, um sie längerfristig an Banken in ihren Heimatländern zurückzuleihen. Diese kurzfristigen Einlagen waren so umfangreich, daß die Rücknahme eines bedeutenden Teiles davon das ganze Paket der weitergegebenen Mittel gefährdet hätte. Wenn es einigen Banken geglückt wäre, ihre Ausleihungen zu verringern, dann wären darüber hinaus andere Banken angeregt worden, in gleicher Weise zu handeln."

Die gewaltigen Guthaben, welche die Opec-Länder bei den internationalen Banken hatten, sind verschwunden oder verschwinden gerade. Diese Guthaben waren mehr oder weniger alle kurzfristig; aber sie wurden benutzt, um auf einer viel längerfristigen Basis die unterentwickelten Länder zu finanzieren: nicht unbedingt für den Aufbau ihrer Infrastruktur, sondern auch zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten dieser Länder. Jetzt können diese Länder das Geld nicht zurückzahlen, und die Banken mußten das Geld finden, um die Kredite zurückzuzahlen, die sie den Opec-Ländern schuldeten.

Ich erinnere mich sehr gut an meinen alten Freund George Woods, den ersten Präsidenten der Weltbank, der mir Rahmen und Bedingungen erläuterte, zu denen die Weltbank Geld verleihen müsse. Er sagte, daß das Darlehen immer nur einem bestimmten Projekt dienen dürfte, gut geprüft und gründlich überwacht sein müßte. Wir sind seit langem von diesem Weg abgekommen, und Geld wird oft nicht für ein bestimmtes Projekt ausgeliehen; auch seine Verwendung wird nicht gut überwacht.

Als eine der Folgen davon borgen viele Länder viel zu viel Geld auf Darlehns- oder Kreditbasis und bilden nicht genügend Eigenkapital im Verhältnis zu den Darlehen, so daß kein angemessenes Verhältnis zwischen Kapital und Schulden besteht. Das hat sich daraus ergeben, *daß die Entwicklungsländer* aus nationalistischer Einstellung ausländischen Partnern keine Kapitalbeteiligungen gestatten. Sie diskriminieren ausländische Kapitalanleger durch besondere Gesetze oder außergewöhnliche Besteuerungen.

Die gegenwärtige Krise wird sehr häufig mit den Ereignissen von 1929 verglichen, als Leute aus den Fenstern sprangen, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Die damalige Krise war nichts, verglichen mit den was heute auf uns zukommt. In der Tat brach die richtige Krise erst 1932 durch, als der Index für Industrie-Aktien der New Yorker Börse – der von 372 am 24. Oktober 1929, dem „schwarzen Donnerstag", auf 224 am 13. November 1929 (dem niedrigsten Stand jener Zeit) gesunken war – auf nur noch 58 am 8. Juli fiel.

Jedoch, die Situation zu jener Zeit war anders. Denn auch Leute, die ihre Börsenpapiere rechtzeitig verkauft hatten, verloren ihr Geld, weil eine große Anzahl der Banken, bei denen diese Leute ihre Guthaben deponiert hatten, zusammenbrachen.

Die Verantwortichen sind sich heute dieser Vorgänge wohl bewußt und bedenken, daß in dem Falle, daß sie eine große Bank zusammenbrechen ließen, nach dem Domino-Prinzip die ganze Reihe umfallen würde. Dies könnte noch geschehen, und ich bin dafür, alles zu tun, um es zu verhindern. Doch im Augenblick sehe ich nicht, daß die dafür notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Ich habe in den Zeitungen Erklärungen führender Politiker gelesen, daß die Bankenkrise abgewendet sei, alles sei unter Kontrolle. Dies ist eine Haltung der Hoffnung darauf, daß irgend etwas geschehen wird, damit die Situation gerettet und der Schmutz unter den Teppich gekehrt wird. Ich halte es für sehr gefährlich, diese Haltung einzunehmen. Je länger man zögert, den Problemen in praktischer Weise zu begegnen, um so schlimmer wird die Situation werden. Es könnte sehr wohl geschehen, daß die Russen einer Abrüstung ihrer nuklearen Waffen getrost zustimmen und sich darauf verlassen könnten, was Lenin einmal gesagt hat: „Es ist kein Grund, sich über den Kapitalismus Sorgen zu machen: er wird sich selbst zerstören durch Zerfall des Währungssystems."

Wie kann nun die Lösung aussehen?

I. Um zu verhindern, daß die Regierungen, die (Politiker) leichtsinnig mit der Macht umgehen, die sie durch die Kontrolle der Zentralbanken besitzen und

II. um zu verhindern, daß die Geschäftsbanken sich freiwillig den Zwängen unterwerfen, auf die ich bereits hingewiesen habe, müssen zuvor die Bilanzen der Banken in Ordnung gebracht werden; eingefrorene Kredite dürfen nicht als Aktive bei ihrer Kreditpolitik – oder genauer bei der Relation von Kapital und Reserven zu den Ausleihungen – betrachtet werden.

Ich werde hierauf noch später eingehen.

Es muß über eine sehr kreative Initiative nachgedacht werden: Über etwas in einem sehr großen Maßstab nach der Art, wie General Marshall seiner Zeit den Marshall-Plan einleitete, *nur daß* jetzt die Hilfemaßnahmen *auf einen ganz* bestimmten Zweck begrenzt werden.

In dem ursprünglichen Marshall-Plan konnten die Empfängerländer frei über das Geld verfügen. Einige, wie Deutschland, haben es weise genutzt für den Wiederaufbau ihrer Industrie und ihres Handels; andere, wie Großbritannien, haben es unklug genutzt, indem sie es für soziale Experimente und Zuwendungen vergeudeten.

Sollte eine internationale Bank gegründet werden, sollte sie in den Händen von Bürgern und nicht in den Händen der Regierung sein. An dieser Stelle möchte ich gern daran erinnern, was in Genua im 15. Jahrhundert geschehen ist – als die Wirtschaftsordnung von Genua 1405 infolge von Eskapaden zusammenbrach und viele Kreditgeber der Regierung sich zusammentaten und den unabhängigen Banco di San Giorgio gründeten, um die Regierung durch Übernahme der Staatsschulden zu retten. Im Zuge der Entwicklung hat sich die Bank dann offensichtlich so viele Privilegien verschafft, daß ihre Macht bald in Konkurrenz zum Staat selbst stand. Wir sollten aus dieser Erfahrung lernen.

Wenn eine internationale Zentralbank von der Art, wie ich sie erwähnt habe, von Bürgern in privater Initiative durch Kapitaleinzahlungen Privater, unter Ausschluß von Politikern gegründet werden sollte, und wenn (wie in dem *Federal Reserve System* der Vereinigten Staaten von Amerika) jede Bank der Welt ein Teilhaber dieser Bank werden könnte, dann könnte diese Bank der „letzte Geldgeber" (lender of last resort) sein. Und hierfür sollte der neue „Marshall-Hilfe-Plan" geschaffen werden.

Wie ich bereits ausgeführt habe, sollten die „eingefrorenen" Anleihen, welche zur Zeit die größte Bedrohung für das internationale Finanzsystem sind, einer Abwicklungs-Gesellschaft übertragen werden, die von der neuen Internationalen Zentralbank verwaltet und kontrolliert wird. Das Kapital der Banken, die von den zur Zeit „eingefrorenen Aktiva" befreit sind, sollte durch Finanzierungs-Fazilitäten der Internationalen Zentralbank und der Öffentlichkeit ergänzt werden. Eine Bedingung für solch ein Vorgehen wäre natürlich, daß die Geschäftsbanken sich als Partner strikt an die von der *Internationalen Zentralbank* festgelegten Regeln und Statuten halten und sich hierbei einer ordnungsgemäßen Bankenaufsicht unterwerfen. Sollten sie es versäumen, diesen Bedingungen nachzukommen, würden sie aus dem Klub hinausgeworfen werden; dies würde in der Tat das Ende der jeweiligen Bank bedeuten, da sie alle ihre Einlagen verlieren würde.

Es ist natürlich hier nicht möglich, auf das Pro und Contra meines Vorschlags in allen Einzelheiten einzugehen. Ich würde aber vorschlagen, daß mit großer Dringlichkeit ein Ausschuß von namhaften Bankiers – unter Ausschluß derjenigen, die zu dem jetzigen Debakel beigetragen haben – gebildet wird mit der Aufgabe, einen abgewogenen Bericht zu erstellen. Dieser Ausschuß hätte das Recht, *seine Mitglieder nach eigener Wahl* aufzunehmen. Die Banken, die letztlich teilnehmen wollen, müßten sehr kooperativ sein und diesem Ausschuß Informationen zur Verfügung stellen, damit dieser in die Lage versetzt wird, seinen Bericht zu erstellen.

Ich behaupte nicht, daß meine Vorschläge unbedingt narrensicher sind, aber sie bieten wenigstens eine konstruktive Idee, wie man ein Problem lösen könnte, das, falls es nicht in einer praktischen und pragmatischen Art angepackt wird, zu einer großen Katastrophe führen wird. Neue Ideen werden stets als „nicht praktikabel" angegriffen. Doch sollte man die hervortreten lassen, die konstruktive Ideen haben und die erklären, wie man Vorschläge, wie sie dieser Beitrag enthält, verbessern könnte.

Die Krise, der wir nunmehr gegenüberstehen, war absolut vorhersehbar und man hätte sich schon seit langem mit ihr befassen müssen.

Im Hinblick auf die internationalen Kredite möchte ich nur aus einer Rede zitieren, die ich 1976 gehalten habe:

„Es ist meine feste Überzeugung, daß die freie Welt, nachdem sie vor einem oder zwei Jahren den traumatischen Erfahrungen in der Finanzwelt gegenübergestanden hat, nun einer anderen ernsten Krise gegenübersteht. Ich denke hier an die internationalen Anleihen, die wir den Entwicklungsländern gegeben haben; in vielen Fällen ohne jede Kontrolle und sehr oft aus politischen Gründen; Anleihen, die wir zum Teil an das Publikum wei*tergegeben haben und die zum Teil* in den Anleihe-Portefolien großer internationaler Banken gehalten werden.

Ich kann den Tag kommen sehen – wenn er nicht schon da ist –, an dem viele dieser Länder nicht in der Lage sein werden, die Zinsen zu zahlen oder fällige Rückzahlungen zu leisten; es ist durchaus möglich, daß sie argumentieren, es seien ohnehin Gelder, die ihnen die freie Welt schuldete für das, was sie ihnen in der Vergangenheit angetan hätte oder, um es anders zu *formulieren*, für das, was sie in der Vergangenheit nicht für sie getan habe. Und die freien Länder werden einfach sagen: Wir schulden euch nichts. Der Schuldzuweis ist eine Propaganda, die durch den Ostblock transportiert wird und dem Endziel dient, die freie Welt zu zerstören."

Ringen wir unsere Hände nicht in Verzweiflung. Erinnern wir uns lieber an den Ausspruch Goethes: „Allen Gewalten zum Totz sich erhalten, rufet die Arme der Götter herbei."

Der Londoner Privatbankier Walter H. Salomon ist weit über die Londoner City hinaus für sein profundes Wissen über das Bankwesen, das internationale Wirtschaftsgeschehen sowie für sein entschiedenes Eintreten für eine freiheitliche Gesellschaft bekannt. Der Chairman der feinen Merchant Bank Rea Brothers Ltd. wurde am 16. April 1906 in eine alte Hamburger Bankiersfamilie hineingeboren. 1937 verließ er Deutschland. Seine erste Privatbank gründete er 1938 in London. Rea Brothers erwarb er 1950. Salomons Erkennungsmerkmal: Nie sieht man ihn ohne die sorgsam ausgewählte rote Nelke am Revers. FOTO: DIE WELT

Gegendarstellung

Gegendarstellung zu den in der WELT vom 28. Februar 1983 wiedergegebenen Äußerungen des Tierarztes Ernst Holler:

1. Es trifft nicht zu, daß ich „Jungstammführer" der Hitlerjugend gewesen sei. Ich bin weder dem Range noch der Funktion nach jemals Jungstammführer gewesen und auch niemals „in der Uniform mit den weißen Schnüren" aufgetreten. Mein höchster Rang bei der Hitlerjugend war der eines Scharführers, und mit diesem Rang war ich als Leiter der Kulturstelle des Gießener Bannes eingesetzt.

2. Unwahr ist weiter die Angabe: „Vogel setzte praktisch die Kulturarbeit fort, die mit der Bücherverbrennung durch die Nazis begonnen hatte. In dieser Funktion war er bei der HJ so etwas wie der verlängerte Arm des Reichspropaganda-Ministers Goebbels".

Als Leiter der Kulturstelle des Bannes (ich war 15, als man mir diese Funktion, die ich knapp zwei Jahre ausübte, übertrug) oblag mir die Erledigung kultureller Aufgaben, wie die Betreuung eines Theaterringes (Besuchergemeinschaft), die Betreuung von Laienspielgruppen und die Musikpflege. Propagandistische oder ideologische Tätigkeiten gehörten nicht zu meinen Aufgaben. Insbesondere trifft nicht zu, daß ich Pimpfe und/oder Jungmädchen dem „Führer" geweiht hätte.

3. Über die disziplinären Folgen der Schlägerei eines uniformierten Hitlerjungen mit seinem Fähnleinführer zu befinden, fiel nicht in meine Kompetenz und auch nicht in die eines Staatsanwaltes. Ich sehe es deshalb als ausgeschlossen an, daß ich einen Entscheid wegen der von „Bild am Sonntag" referierten Degradierung getroffen oder daran mitgewirkt habe. Der Tierarzt Dr. Holler verwechselt mich offenbar bei der Schilderung seiner Degradierung zum Pimpf mit jemand anderem. Dafür spricht auch, daß ich seiner Erinnerung nach Jungstammführer gewesen sei, und daß er behauptet, mich „mit den weißen Schnüren" (Funktionsabzeichen des Führers eines Jungstammes) gesehen zu haben.

Dr. Hans-Jochen Vogel

Wachboot vereitelte Flucht aus Polen

AP, Warschau

An der polnischen Küste ist der Versuch zweier Männer aus Danzig gescheitert, mit einem Schlauchboot über die Ostsee nach Schweden zu zu flüchten.

Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldet, sind die Flüchtlinge von Fischern aus Kolberg entdeckt und dem Grenzschutz gemeldet worden. Sie seien von einem Patrouillenboot bei dem Versuch aufgegriffen worden, „die nationale Seegrenze illegal zu überqueren", und nach Kolberg gebracht worden. Dort wurden sie auf Anordnung des Staatsanwalts vorläufig festgenommen.

SS-Führer lebt in Argentinien

dpa, Buenos Aires

Der ehemalige SS-Sturmbannführer Walter Kutschmann alias Pedro Olmos lebt weiterhin und offenbar unangefochten in Argentinien, *geht aus einem Bericht der in Buenos Aires* erscheinenden Zeitung „Clarin" hervor.

Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, wirft ihm vor, für Tausende von Morden an Juden und polnischen Intellektuellen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich zu sein. „Clarin" meldete gestern, daß einige argentinische Journalisten am vergangenen Wochenende mit Kutschmann ein Interview zu führen versucht hätten. Das Blatt veröffentlichte auch ein Foto von dieser Begegnung, das den ehemaligen SS-Sturmbannführer an seiner nur einen Spalt breit geöffneten Wohnungstür seiner Ferienwohnung im Atlantik-Badeort Miramar mit abweisender Geste zeigt.

Anzeichen für Durchbruch bei KSZE

Mit Osten bereits Einigung in zwei Punkten erzielt / Bedingungen für Journalisten strittig

BERNT CONRAD, Bonn

Das Verhandlungsklima auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen hat sich in letzter Zeit so versachlicht, daß Bonner Diplomaten einen „Durchbruch" noch vor Ostern für möglich halten. In diesem Fall wäre die Verabschiedung eines Schlußdokuments nach letzten Textabstimmungen etwa im Mai denkbar.

Mit einer solchen Entwicklung hatten KSZE-Experten noch vor vier Wochen kaum gerechnet. Die inzwischen erzielten Fortschritte bei der Fertigstellung weiterer Texte waren der Anlaß für den gemäßigten Optimismus, den Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seine Amtskollegen aus den anderen EG-Staaten am Dienstag auf dem Außenministertreffen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in Bonn geäußert haben.

Nachdem Ende letzten Jahres zunächst politische Kritik und Diskussion den Verlauf der am 9. 11. 1982 *wiederaufgenommenen* Beratungen in Madrid bestimmt hatten, wird seit dem 8. Februar zum erstenmal seit November 1981 wieder konkret über Texte verhandelt. Dafür sind fünf Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen der Osten, der Westen und die Neutralen mit je ein oder zwei Diplomaten vertreten sind. Bonn arbeitet in den Kommissionen für die KSZE-*Prinzipien, für eine europäische* Abrüstungskonferenz und für Korb III (menschliche Kontakte) mit.

In diesem Rahmen konnte über zwei Punkte Einigung erzielt werden: über eine Verbesserung der Möglichkeiten, ausländische Zeitungen zu abonnieren, und über den freien Zugang zu ausländischen Botschaften. Der Zugang zu Botschaften – eine wichtige Frage für ausreisewillige Osteuropäer – sollte aufgrund eines Vorschlages der Neutralen ursprünglich allgemein „*nach* Sicherheitsgesichtspunkten" geregelt werden. Der Westen verlangte jedoch eine Präzisierung und erreichte, daß der Zugang nur die „Sicherheit der Missionen", nicht also die Sicherheit des Gastlandes, zu berücksichtigen hat. „Dies ist eine positive Entwicklung", kommentierte ein Bonner Experte.

Intensiv wird derzeit in Madrid über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten verhandelt. Dabei scheint eine Einigung in konkreten Punkten, beispielsweise über die Mitnahme von schriftlichem Material bei der Ein- und Ausreise, möglich zu sein. Dagegen sträuben sich die Sowjets noch hartnäckig gegen eine Erschwerung der Ausweisung von Journalisten. Der Westen erstrebt als Minimalziel, daß wenigstens Ausweisungen als Sanktion gegen die Haltung der Heimatredaktion *des Korrespondenten ausgeschlossen werden.*

Bei der Diskussion über die KSZE-Prinzipien gibt es noch zwei große Probleme: die vom Westen verlangte Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit und die Anerkennung des Rechts des einzelnen, sich für die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki einzusetzen. Ein Kompromißvorschlag der Neutralen für diese beiden Prinzipien wird von den westlichen Teilnehmern noch für zu ungenau gehalten. Wahrscheinlich werden die Sowjets darüber erst ganz zum Schluß mit sich reden lassen.

Bei der Erörterung des Mandats für eine europäische Abrüstungskonferenz ist immer noch die geographische Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen umstritten. Moskau will große Teile des Atlantiks einbeziehen, ohne bisher jedoch Details zu nennen.

Dagegen sind drei westliche Kriterien für eine Abrüstungskonferenz schon von den Sowjets akzeptiert worden: die Verifizierbarkeit vertrauensbildender Maßnahmen, ihre politische Verbindlichkeit und ihre militärische Bedeutsamkeit. Moskau stellt nach Bonner Angaben auch nicht mehr das Vermittlungspapier der Neutralen vom 16. 12. 1981 in Frage, das sämtliche bisher vereinbarten Texte – rund 70 Prozent der Verhandlungsmaterie – umfaßt.

Blockfreie in zwei Lager gespalten

rtr/AP, Belgrad/Neu-Delhi

Bei dem Gipfeltreffen der Bewegung der Blockfreien in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi will sich Jugoslawien für eine Stärkung der Einheit und Grundprinzipien der Organisation einsetzen. Präsident Petar Stambolic, der die jugoslawische Delegation leiten wird, sagte in Belgrad, besondere Bedeutung werde dabei der Lösung interner Konflikte beigemessen. Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi löst in der *kommenden Woche turnusgemäß* den kubanischen Staatschef Fidel Castro im Vorsitz der Bewegung der Blockfreien ab. Der Wechsel erfolgt jeweils bei einer neuen Gipfelkonferenz.

Die Blockfreien zerfallen in zwei Gruppen. Die eine spricht sich für striktes Heraushalten aus allen Rivalitäten der Supermächte aus, die andere ergreift die Partei Moskaus. Die prosowjetische Gruppe verstärkte ihren Einfluß, während Kubas Fidel Castro den Vorsitz führte (*1979 bis 1983*).

Mehrere Mitgliedsländer werden in Neu-Delhi versuchen durchzusetzen, daß die Konferenz den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan fordert. Frau Gandhi wird versuchen, die Mitgliedsländer Iran und Irak zur Beendigung ihres Krieges zu bewegen. Die Chancen dazu sind jedoch gering.

Szene bevorzugte die Odenwaldbahn

Erkenntnisse über die mutmaßliche Terroristin Gisela Dutzi / Nach Stammheim verlegt

WERNER KAHL, Bonn

Die Sicherheitsbehörden suchen jetzt im Odenwald nach Terroristenverstecken. Nach der Festnahme der zur RAF gerechneten früheren technischen Zeichnerin Gisela Dutzi in Darmstadt schließt die Polizei nicht aus, daß der „harte Kern" der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) in der Bundesrepublik neue Anschläge vorbereitet. Frau Dutzi ist inzwischen nach Stuttgart-Stammheim verlegt worden.

Die Odenwaldbahn, aus der Gisela Dutzi an der Endstation Darmstadt in die Arme von Zielfahndern lief, war in der Szene anscheinend bevorzugtes Verkehrsmittel. Bevor RAF-Anhänger auf dem Darmstädter Bahnhof Richtung Frankfurt–Norddeutschland, Köln–Ruhrgebiet oder Süddeutschland–Schweiz/Österreich umstiegen, versuchten sie durch Benutzung des Odenwaldbähnchens etwaige Verfolger zu erkennen und abzuhängen.

Daß die mutmaßlich seit fast zwei Jahren verhältnismäßig neu im RAF-Untergrundkommando eingesetzte frühere Sympathisantin aus Zeutern bei Bruchsal ihre „Schatten" nicht bemerkte, als sie Dienstag vormittag 10.14 Uhr in *Michelstadt den Personenzug G620* bestieg, spricht für die Umsicht der BKA-Fahnder, die im Odenwald die 1981 in Mannheim verwischte Spur wieder aufgenommen hatten.

Der Fall der 30jährigen Badenerin leuchtet fast exemplarisch die Verflechtung des Umfeldes mit dem „harten Kern" der RAF aus. Beim Zurückverfolgen des Dutzi-Weges tauchen seit 1977 Namen *auf, die sowohl der RAF wie Frank*furter „Revolutionären Zellen" (RZ) sowie der Bande um den international gesuchten Venezolaner Ilich Ramirez-Sanchez (genannt Carlos) zugerechnet werden. Dazu gehört die unlängst in der Schweiz zu vierjähriger Freiheitsstrafe verurteilte Barbara Augustin aus Eberbach bei Heidelberg.

Die in der Frankfurter Szene unter anderem mit mutmaßlichen Beteiligten an der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Herbert Karry in Verbindung gebrachte Waffen- und Sprengstoffschmugglerin hatte ihren Hauptwohnsitz 1977 bis 1979 an der Wittelsbacher Allee 143 in Frankfurt; dort waren zugleich der mutmaßliche Chef der „Revolutionären Zellen", Johannes Weinrich, und dessen – im Vorjahr in Paris abgeurteilte – Lebensgefährtin, die Ulmer Fotografin Magdalena Kopp, polizeilich gemeldet. Zu Solidaritäts-Demonstrationen für RAF-Gefangene erschien Barbara Augustin im April 1981 mit dem jetzt wegen des *Verdachtes terroristischer Unter*stützung vor Gericht beschuldigten Jürgen Schneider, einem ehemaligen Studenten aus Wiesbaden. Schneider wiederum lebte nach Polizeiangaben zeitweise mit Gisela Dutzi zusammen.

Nach dem Bombenanschlag auf den Pfälzer US-Stützpunkt Ramstein (30. 8. 1981) und dem darauffolgenden mißglückten Raketenattentat auf US-General Frederick Kroesen (15. 9. 1981) fahndete die Terroristenabwehr nach Gisela Dutzi. Dabei stellte sich heraus, daß sie offenbar im Rhein-Main-Neckar-Raum wechselnde Wohnungsgeber hatte. Dazu gehörten zwei dicht beieinander liegende *Quartiere als Untermieterin* Mannheimer Sympathisanten, Briefkastenadressen, Matratzenlager in Frankfurt und Heidelberg. Die Wohnungsgeber nutzen die Vorteile eines zu Beginn der achtziger Jahre verunsicherten Staatsschutzes.

Als die Polizei nämlich eine der Mannheimer Wohnungen, die der Dutzi als Adresse diente, zu observieren begann, mobilisierte die zur Szene gehörende Vermieterin Nachbarn gegen die polizeiliche „Schnüffelei" und erreichte den Abzug der Beamten.

Wie die RAF-Anführer Gisela Dutzi mutmaßlich seit 1981 in der Bundesrepublik einsetzten, belegen bereits vor ihrer Verhaftung gewonnene Erkenntnisse: Ihre Fingerspuren wurden sowohl in *zwei hessischen RAF-Erddepots* sowie im nördlichsten Versteck „Daphne" vor Hamburg entdeckt.

Der „Schlächter von Prag" machte als Oberst im KGB Karriere

Die Affäre Klaus Barbie hat in Frankreich hohe Wellen geschlagen, meist wegen der im einzelnen noch nachzuweisenden Tätigkeit Barbies gegen Gruppen des französischen Widerstands. Daß eine Reihe von Gestapo-Leuten während und vor allem nach dem Krieg mit kommunistischen Geheimdiensten kollaborierte, blieb bisher unerwähnt. Diese „Ost-Barbies" aber gibt es. Einige Fälle sind nachweisbar.

Von R. STRÖBINGER

Er war einer der am meisten gefürchteten Gegner des tschechischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg. SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer, Chef der Prager Gestapo-Abteilung zur Bekämpfung der Fallschirmagenten. Mit Hilfe des übergelaufenen Agenten Kindl wäre es Leimer 1943–1944 fast gelungen, die gesamte tschechische Widerstandsbewegung zu vernichten. Er nahm Funkkontakte mit dem tschechoslowakischen Militärgeheimdienst in London auf, ließ sich Namen von Kontaktpersonen der Widerstandsgruppen sowie ihre Aufgaben nennen. Nur durch Zufall fand man in London heraus, daß die Gestapo auf diese Weise wertvolle Informationen erhielt. Die Verbindung wurde unterbrochen. Leimers Funkspiel, es führte den Decknamen „Hermelin", war eine der erfolgreichsten Spionagefälle des Zweiten Weltkrieges. Noch zwei Tage bevor die Rote Armee Prag besetzte – am 7. Mai 1945 – führte Leimer im Auftrag des damaligen Staatsministers in Böhmen und Mähren, K. H. Frank, Gespräche mit internierten tschechischen bürgerlichen Politikern und wollte sie für die Bildung einer unabhängigen Regierung Böhmen und Mähren gewinnen.

SD-Chef wurde Verkäufer

Am 9. Mai 1945 wurde SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer im Auftrag des „Tschechischen Nationalrats" verhaftet, aber bereits am 11. Mai mußte er Offizieren des sowjetischen Geheimdienstes übergeben werden. Leimer verschwand. Er war, wie der von den Kommunisten von der Prager Karls-Universität verjagte Professor Václav Cerny in seinen Memoiren schreibt, ein hundertprozentiger Gestapo-Beamter und wurde „Schlächter von Prag" genannt.

Erst 16 Jahre später, 1961, erinnerte sich ein Offizier des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes an Leimer. Er hieß Major Josef Frolik. Auf der Suche nach Mitarbeitern der Gestapo stieß Frolik auch auf die Spur Leimers und erreichte bei seinen Vorgesetzten, daß sie bei dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst KGB nachfragten, was denn mit Leimer geschehen sei und ob er bei den Verhören nicht auch tschechische Mitarbeiter erwähnt hätte.

Am 25. Juli 1961 erhielt der Chef der 1. Hauptverwaltung des tschechoslowakischen Innenministeriums, Oberst Josef Houska, einen Brief aus Moskau. KGB-Generaloberst Kotow teilte ihm im Auftrag des KGB-Chefs mit, daß „auf Grund von einwandfreien Beweisen und einem Geständnis Wilhelm Leimer am 10. September 1947 hingerichtet wurde". Leider konnten die Sowjets keine Protokolle der Leimer-Verhöre schikken. Denn – so General Kotow – „bei einem Brand im Gebäude des KGB in Saratow im Jahre 1948 wurden aller Unterlagen, die mit Leimers Tätigkeit zusammenhingen, vernichtet".

Josef Frolik – der im August 1968 in den Westen floh – gab sich mit dieser ausweichenden Auskunft des KGB-Generals nicht zufrieden. Aber seine weiteren Nachforschungen wurden von seinen Vorgesetzten gebremst. Er erfuhr auch warum. Frolik wurde von Oberstleutnant Táborsky davon unterrichtet, daß die Sowjets untersagt haben, weiter nach Leimers Aufenthalt und Schicksal zu forschen. Warum? Táborsky wußte auch die Antwort. SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer, der „Schlächter von Prag", hatte bereits während des Zweiten Weltkriegs Kontakte mit dem sowjetischen Geheimdienst aufgenommen, um nach dem Krieg den Sowjets wichtige Informationen über den tschechischen Widerstand zukommen zu lassen. Selbstverständlich wurde Leimer niemals – wie KGB-General Kotow behauptete – hingerichtet. Im Rang eines Obersten des KGB stand er noch Anfang der sechziger Jahre im Dienste der Sowjets.

In seinem Buch „Ein Spion sagt aus" erinnert sich Josef Frolik auch an andere Fälle. In den fünfziger Jahren gewann sein Dienst den früheren Chef des deutschen Sicherheitsdienstes (SD) in Königgrätz, Johann Siebert. Siebert war nach 1945 wegen seiner Aktivitäten gegen tschechische Widerstandskämpfer während des Zweiten Weltkrieges zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 in Prag bot man Siebert an, beim Geheimdienst mitzuarbeiten, was er sofort akzeptierte. Nach mehreren Jahren fand der tschechoslowakische Staatssicherheitsdienst für Siebert, der den Decknamen „Danilo" führte, eine Stelle als Teppich-Verkäufer in einem Prager Kaufhaus.

„Zeuge" gegen Slánsky

Ein anderer SD-Mitarbeiter, Josef Wondratschek, spielte ebenfalls in den fünfziger Jahren eine wichtige Rolle. Nachdem er in die Dienste des tschechoslowakischen und offensichtlich auch des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes eingetreten war, benutzte man ihn als „Agent provokateur" gegen führende verhaftete kommunistische Funktionäre jüdischer Abstammung. Wondratschek wurde sogar einer der „Zeugen" für die angebliche Agententätigkeit des Generalsekretärs der KPTSCh, Rudolf Slánsky, in dem berühmten gleichnamigen Schauprozeß gegen 14 höchste tschechoslowakische Staats- und Parteifunktionäre im November 1952. Wondratschek sagte vor Gericht aus, daß er bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Agent des britischen Geheimdienstes war und als solcher die Verbindung zwischen „imperialistischen Agenten" und Slánsky vermittelt hatte.

Schließlich – um noch einen der zahlreichen Fälle der Übernahme ehemaliger Gestapo- und SD-Mitarbeiter in kommunistische Geheimdienste zu nennen – ist auch der Fall des J. Nachtmann erwähnenswert. Nachtmann war V-Mann der Prager Gestapo. Bis Anfang der sechziger Jahre war er in der Sowjetunion als bezahlter Mitarbeiter des KGB tätig. Dann wurde er nach Prag „überstellt". Hier konnte Nachtmann, der während des Krieges kommunistische Widerstandsgruppen ausspioniert hatte, zahlreiche hohe kommunistische Funktionäre der Mitarbeit mit der Gestapo und der SD überführen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Arbeit wird zu teuer

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Diskussion schlägt über die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hohe Wogen. Dabei kann man sich über ihr niedriges Niveau nur wundern. Offenbar trauen sich alle Politiker, die wirklich etwas von der Sache verstehen, nicht, sich dazu zu äußern. Die Ausführungen der Sozialisten zu diesem Thema, ganz gleich ob marxistische oder christliche, zeigen doch nur, daß eben die Wirtschaft nicht ihr Metier ist.

Wir haben in Deutschland nicht zu viele Arbeitskräfte für die anstehenden Aufgaben, sondern wir haben nur zu teure Arbeitskräfte für den Arbeitgeber, ohne daß dabei der Nettolohn für den Arbeitnehmer zu hoch ist. Kein Sozialist, kein Gewerkschaftsfunktionär hat wohl je darüber nachgedacht, daß der Käufer einer Arbeits- oder Dienstleistungen nach seinem eigenen Einkommen für seine Arbeit abwägt, ob zwischen dem Wert der Leistung für ihn und dem ihm dafür abverlangten Preis eine vernünftige Relation besteht.

Wenn sie die Arbeit des Fachmannes nicht bezahlen können, verzichten Kunden entweder darauf oder lassen die Arbeit von einem Bekannten in Nachbarschaftshilfe oder von einem Fachmann, der ja genügend Freizeit hat, in Schwarzarbeit ausführen. Offenbar hat noch kein Sozialist darüber nachgedacht, daß hierdurch der Wohlstand, den wir in unserer arbeitsteiligen Industriegesellschaft erworben haben, gründlich kaputtgemacht wird; oder die, die darüber nachgedacht haben, nehmen es bewußt in Kauf, weil sie, nach dem Vorbild der Funktionäre in den sozialistischen Staaten, ihr eigenes Wohlleben bei allgemeinem Mangel dem allgemeinen Wohlstand vorziehen.

In den Industriebetrieben führt diese Situation natürlich in dem Bestreben, auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben und damit weiter zu existieren, zur Rationalisierung auf Deubel komm raus.

Sicher gibt es eine Anzahl von Politikern, die diese Zusammenhänge übersehen, die aber das Geschrei scheuen, besonders vor der Wahl. Unsere Demokratie ist ja nicht auf wirtschaftlich vernünftige, sondern auf publikumswirksame Entscheidungen angelegt. (s. Helmut Schmidt: Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslose; er hat beides geschafft. Die Inflation bezahlt der verantwortungsbewußte Teil der Bevölkerung mit der Entwertung seiner Spargelder.)

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Zieler,
Hamburg 60

Anspruchsdenken

„Demonstrations-Fürsorge": WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes Az. IX OE 67,80, wonach Fahrtkosten zu Demonstrationen erstattet werden, befremdet, auch nach einem Blick in Paragraph 12 Abs. 1 BSHG. Denn dort wird auf den „vertretbaren Umfang" abgestellt. Es ist aber sicher nicht gesetzeskonform, wenn nun etwa jedem mittellosen Sozialhilfeempfänger, worunter sich auch die offen in Erscheinung getretenen gewalttätigen linken Chaoten befinden können, An- und Abfahrt zu seiner „Demo" vom Staat finanziert werden.

Die Verfassung gewährleistet das Demonstrationsrecht, was aber nicht beinhaltet, daß jedem von Staats wegen die Fahrkarte hierzu bezahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Achim Samland,
Überlingen

*

Sehr geehrter Herr Waltert,
Ihre Schlußfolgerungen aus dem Urteil sind nicht nur sehr richtig, sondern auch kurz und akzentuiert zu Papier gebracht. Es ist auch für mich als jungen Bürger unverständlich, wie der Begriff „Bedürfnis des täglichen Lebens" in derartiger Weise mißbraucht werden kann. Geht man denn heute soweit, daß aus der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) ein Anspruch gegenüber dem Staat auf finanzielle Unterstützung hergeleitet wird? Meines Erachtens gibt es elementarere Bedürfnisse im Leben.

Die Herren Richter sollten daran erinnert werden, daß Urteile im „Namen des Volkes" ergehen.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Windmeier,
Lippstadt

Eigenständigkeit

„Jongleure auf dem Eis"; WELT vom 23. Februar

Sehr geehrter Herr Redakteur,
wir Oldenburger sind es gewohnt, bei der Betonung historisch gewachsener Eigenständigkeit auf Unverständnis zu stoßen. Dies führt u. a. auch dazu, daß das aus dem Großherzoglichen Hoftheater hervorgegangene Oldenburgische Staatstheater als „Provinztheater" bezeichnet wird, obgleich hier zahlreiche Künstler gewirkt haben und bahnbrechende Inszenierungen, so von Werken von Alban Berg und Bert Brecht, stattfanden.

Die Oldenburger jedoch als „Ostfriesen" zu bezeichnen, wie es Ihr Mitarbeiter L. Lesle anläßlich seiner Rezension zur Aufführung von Aubers „Schnee" zum 150. Geburtstag des Theaters tut, kann nicht mehr als Mißverständnis oder Unverstand, sondern muß schon als Ignoranz bewertet werden!

Es gibt im deutschen Raum wohl nur wenige Beispiele sowohl für Wahrung von Eigenart und Eigenständigkeit zweier historisch gewachsener Regionen als aber auch für eine auf gegenseitiger Achtung beruhende gute Nachbarschaft, wie zwischen Oldenburg und Ostfriesland. Dies könnte jeder bemerken, der sich mit einem Mindestmaß von Information und Einfühlungsvermögen Oldenburgs annimmt. Er wird bestätigt finden, was die „Väter" der niedersächsischen Verfassung für wert hielten, konstitutionell zu verankern, indem sie bestimmten, daß die kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Oldenburg durch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zu fördern seien und daß seine überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen weiterhin dem heimatlichen Interesse dienstbar zu machen und zu erhalten seien. (Art. 56)

Klaus Barelmann,
Oldenburg (Oldb.)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Glauben und Wissen verhalten sich wie die zwei Schalen einer Waage: In dem Maße, als die eine steigt, sinkt die andere."

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1797–1849)

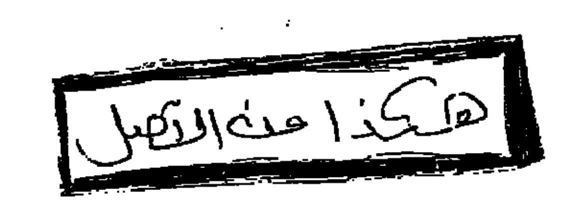
Personalien

GEBURTSTAG

Professor **Walther von Loewenich**, Kirchengeschichtler und Theologe, wird am 3. März 80 Jahre alt. Loewenich hat von 1929 bis 1971 in Erlangen gelehrt. Seit 1946 hatte er eine Professur für historische Theologie und Geschichte der christlichen Kunst. Mehr als 40 Jahre beschäftigte er sich mit der Gestalt Luthers. Das Ergebnis war sein weit über die Fachwelt hinaus anerkanntes Buch „Martin Luther, der Mann und das Werk" (List Verlag). Bei allem Engagement für die Gestalt des Reformators hat von Loewenich, der von 1964 bis 1971 Präsident der Luther-Gesellschaft war, sich oft über Konfessionsgrenzen hinweggesetzt. Bekannt wurde in diesem Zusammenhang besonders sein in mehrere Sprachen übersetztes Buch „Der moderne Katholizismus". Walther von Loewenich ist seit 1959 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Träger des Bayerischen Verdienstordens.

VERÄNDERUNG

Siegfried Moenig (67), einer der besonders erfolgreichen Verlagsmanager in der Bundesrepublik, scheidet am Donnerstag nach 22 Dienstjahren als Generalbevollmächtigter des Heinrich Bauer Verlag (Hamburg) aus. Moenig gilt in der Verlagswelt als größter Zeitschriftenaufkäufer der Nachkriegszeit. Seit 1961 wurden von ihm 33mal für schätzungsweise 400 Millionen DM Titel und Verlage gekauft, wie beispielsweise die „Neue Illustrierte" aus Köln, „Quick" und „Revue" aus München und „Das neue Blatt" aus Hamburg. Unter der Regie des gelernten Bilanzbuchhalters wuchs Heinrich Bauer zum größten Zeitschriftenverlag Europas mit heute 1,5 Milliarden DM Jahresumsatz der 15 Zeitschriften. Davon sind allein acht Auflagen-Millionäre. In Zukunft wird Heinz Bauer, Enkel des Firmengründers, mit seinen beiden Geschäftsführern, Gerd Bolls und Dr. Peter Heidenreich, den HBV-Konzern, der als Gruppe insgesamt etwa zwei Milliarden DM umsetzt, persönlich leiten. Bauer jun. hat für seine Unternehmensgruppe weitere Säulen geschaffen, so eine Brillenfabrik, eine Warenhauskette in Texas sowie zwei Maschinenfabriken.



China entwickelt aus eigener Kraft moderne Waffen

dpa, Peking

Für eine beschleunigte Entwicklung neuer Waffen und die schrittweise Modernisierung der chinesischen Streitkräfte hat sich Verteidigungsminister Zhang Aiping eingesetzt. Zhang schrieb in der Parteizeitschrift „Rote Fahne", China solle *die relativ ruhige internationale* Lage ausnutzen, um die Landesverteidigung auszubauen. Bei der Entwicklung neuer Waffen müsse China „auf die eigenen Kräfte" vertrauen.

Es sei unrealistisch zu glauben, meint Zhang, daß China im Ausland modernste Waffensysteme kaufen könne. Zwar sei es erforderlich, anfänglich neuzeitliche Waffentechnologie zu importieren, doch bestehe langfristig die Gefahr einer Abhängigkeit vom Ausland. Unter Hinweis auf die in China gebauten Atom- und Wasserstoffbomben schreibt der Minister, das chinesische Volk sei selbst in der Lage, moderne Waffen zu produzieren.

Haig: Stolperte über Falkland-Gespräche

dpa/UPI, Washington

Der ehemalige US-Außenminister Alexander Haig hat eingeräumt, daß sein Unvermögen, im Falkland-Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien eine Feuereinstellung auszuhandeln, ein bedeutender Faktor bei seinem Rücktritt war.

In einem Interview der „Boston Globe" äußerte der 1982 zurückgetretene Minister gestern, daß seine Gegner im Zusammenhang mit der Falkland-Krise – und nicht wegen *seiner Nahost-Politik – ihre beste* Chance sahen, ihn aus dem Reagan-Kabinett zu drängen. Entschieden bestritt der ehemalige Armee-General, Stabschef des Weißen Hauses und NATO-Befehlshaber, die vom früheren US-Präsidenten Carter gemachte Andeutung, daß er Israel im vergangenen Jahr „grünes Licht" zur Libanon-Invasion gegeben habe.

Täglich 5700 Polenpakete

dl. Hannover

Im vergangenen Monat sind von der Post 87 041 Geschenkpakete aus der Bundesrepublik Deutschland für Polen abgefertigt worden. Nach Angaben der zentralen Umschlagstelle der Post in Hannover entspricht das etwa einem Tagesdurchschnitt von 5700 Paketen. Im Vergleichsmonat des Vorjahres waren 62 755 Geschenkpakete aus der Bundesrepublik nach Polen durch die Post geschickt worden. Insgesamt sind im Jahr 1982 mit der Post 8,6 Millionen Pakete nach Polen befördert worden.

Bombenanschlag auf Israelis in Libanon

rtr/AP, Tel Aviv

Bei einem Bombenanschlag in der Nähe eines israelischen Kontrollpunkts bei Nabatiya in Süd-Libanon ist gestern morgen eine Frau verletzt worden. Nach einer Meldung des israelischen Armeesenders war der Sprengsatz in einem Auto versteckt.

Wieder sieben Tote bei Assam-Unruhen

AFP, Neu-Delhi

Sieben Menschen sind in dem nordostindischen Unionsstaat Assam bei einem Wiederaufflammen der blutigen Feindseligkeiten zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Einwanderern aus Bangladesch und Nepal ums Leben gekommen.

In Nowgong gingen bei den neuen Unruhen nach nur dreitägiger relativer Ruhe außerdem 200 Wohnhäuser in Flammen auf. Bei den Regionalwahlen, die zu den Unruhen führten, errang die Kongreß-Partei von Ministerpräsidentin Indira Gandhi 95 der 126 Sitze des Parlaments von Assam.

Marschall Ye legt hohes Amt nieder

AFP/dpa, Peking

Der 85jährige Marschall Ye Jianying, einer der letzten noch lebenden Kampfgenossen Mao Zedongs, hat offiziell auf den Vorsitz im Nationalen Volkskongreß (Parlament) Chinas verzichtet. Das Politbüromitglied Ye begründete seine Entscheidung in einem Brief an das Ständige Komitee des Parlaments, den die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua gestern veröffentlichte, mit seinem schlechten Gesundheitszustand.

Als Präsident des Volkskongresses hatte Ye die protokollarischen Funktionen eines Staatschefs wahrgenommen. Die neue chinesische Verfassung sieht die Wiedereinführung des Amtes eines offiziellen Staatsoberhauptes vor, das im Laufe der nächsten Monate ernannt werden soll.

Der Volkskongreß wird in neuer Zusammensetzung im Mai oder Juni zusammentreten. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt Ye, der nicht wieder kandidiert, nominell als Vorsitzender des Ständigen Komitees im Amt. Seine Arbeit übernimmt schon jetzt sein Stellvertreter, der 80 Jahre alte Peng Zhen, der maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen chinesischen Verfassung beteiligt war.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Beginn des Wechselbades zwischen Marx und Markt

Alfonso Guerra ist die „rote Eminenz" der Regierung

ROLF GÖRTZ, Madrid

Knapp eine Woche vor Ablauf der ersten hundert Tage ihrer Macht gibt der Fall Rumasa einen Einblick in die Zielsetzung, besser das Diktat der sozialistischen Regierung Spaniens. Und dieses Diktat trägt die Handschrift der „Roten Eminenz" dieser Regierung, Vizeministerpräsident Alfonso Guerra. Der 43 Jahre alte Sohn eines Gießers und der Arbeiterin einer Tabakfabrik in Sevilla, der Maschinenbau, *Philosophie* und Naturwissenschaften studierte – der Sozialist, Ideologe und Technokrat in einer Person, der sofort das Charisma seines um drei Jahre jüngeren Studienfreundes Felipe Gonzalez erkannte und ihn in wenigen Jahren systematisch zum Parteichef aufbaute –, der Politiker, den viele seiner Parteigenossen als einen Mephistopheles fürchten und der am Tage nach dem Wahlsieg seiner Sozialistischen Partei in seinem Büro die Video-Kassette vom „Tod von Venedig" einlegte –, Alfonso Guerra hatte sich durchgesetzt, als die Regierung beschloß, den größten Konzernherrn der spanischen Wirtschaft, Ruiz-Mateos, in einer

SPANIEN

erschreckenden „Nacht- und Nebelaktion" zu entthronen.

Beide, Ruiz-Mateos und Alfonso Guerra, lassen sich leicht als die Antipoden des modernen Spanien *gegenüberstellen: Feuer und* Wasser der jungen Demokratie. Auf der einen Seite der erfolgreiche Selfmademan amerikanischen Stils – fortschrittsüberzeugt und zugleich ein tiefgläubiger Christ. Symbolfigur für das, was der moderne Kapitalismus im traditionellen Spanien sein kann. Ihm gegenüber der Kryptomarxist, intellektueller Kommandeur des Apparates der Massengesellschaft. In einem gleichen sich beide aufs Haar: Sie sind besessene Arbeiter und nicht korrupt.

*Die wirtschaftlich nicht zu erklä*rende Enteignung der Rumasa-Holding kann dennoch nicht als die „Rache des Proletariats" gewertet werden, wie es die bürgerliche Opposition sehen möchte. Hier diktierte der Glaube an die Masse die Niederlage des Individuums – aus der Macht heraus. Alfonso Guerra und die sozialistische Regierung sind sich im klaren: „Der Sozialismus kann nicht die sozialwirtschaftliche Dynamik bekämpfen, die Rumasa repräsentiert, er muß sie vielmehr erhalten und sogar verbessern", schrieb der Kommentator des bürgerlichen Lagers, Emilio Romero. Mit anderen Worten: Mit dem Enteignungsbeschluß, der weder zum Stil von Ministerpräsident Felipe Gonzalez und schon gar nicht zur sozialliberalen Wirtschaftspolitik des Fi*nanzministers Miguel Boyer paßt,* stieß Alfonso Guerra die sozialistische Regierung in jenes Wechselbad, das die Partei im Wahlkampf ankündigte.

Mit der Enteignung begann der eigentliche „Cambio" (Wechsel), den die Kommunistische Partei und die Sozialistische Linke, die Alfonso Guerra vertritt, immer lautstärker fordert. Aus der Verstaatlichung soll zweifellos eine laufende Aktion werden, ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm, das den Bürger dennoch nicht verschrecken darf. Schließlich gab Felipe Gonzalez dieser Tage zu, daß er 3,5 Millionen seiner 10 Millionen Wähler vom bürgerlichen Lager zunächst nur „geborgt" habe. Nämlich aus der Erbmasse der untergegangenen Zentrumsunion.

Nach einem Besuch beim Ministerpräsidenten glaubte der Vorsitzende des Verbandes der spanischen Privatbanken nach altspanischer Manier, die neuen Machthaber festlegen zu können: „Die Regierung garantiert die Reprivatisierung der 18 Rumasa-Banken." Aber ganz gegen die spanische Gewohnheit – wieder wird Guerras Anweisung erkennbar – zwang der Regierungssprecher den Bankier, das Wort „garantiert" offiziell zurückzunehmen. In einem Regierungskommuniqué heißt es: „Die Unternehmen der Rumasa-Holding werden reprivatisiert, wenn die Regierung das Geld, das sie zur Gesundung der Holding einfließen läßt, wieder zurückgewonnen hat."

Voraussetzung ist ein kauffähiges Interesse der Privatwirtschaft. Aber darüber hätte die Bank von Spanien zu befinden, und zwar im Einverständnis mit der Regierung. Angesichts der spezifisch spanischen Bankkreise – im Rahmen der Weltindustriekrise – kann die Bank von Spanien durchaus Einhalt gebieten. Der Rumasa-Brokken ist schwer verdaulich. Deshalb auch die erstaunliche Zurückhaltung des Bankenverbandes gegenüber der sozialistischen Regierung. Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer *empfahl* bereits den Gewerkschaften, ihr Geld in den nunmehr staatlichen Rumasa-Banken anzulegen. Also die „Sozialisierung" der Banken auf kapitalistischem Wege. Nach seinem Besuch bei Boyer meinte der sozialistische Gewerkschaftsboß Redondo auch folgerichtig, daß nur „einige" Unternehmen von Rumasa reprivatisiert würden.

Alfonso Guerra und Felipe Gonzalez können – in Spanien mehr noch als anderswo – mit dem Autoritätsglauben der Bevölkerung rechnen. *Die Parlamentsdebatte* diese Woche zeigte jedoch, daß dies auch für die bürgerliche Opposition gilt: Nach dem klanglosen Ende der Zentrumsunion wächst die Entschlossenheit des bürgerlichen Lagers, sich gegen den Sozialismus zur Wehr zu setzen. Die rechte Opposition der Volksallianz (Alianza Popular) hinter Manuel Fraga Iribarne und einige Regionalparteien erhoben Einspruch beim Verfassungsgericht. Ihrer Ansicht nach steht die Enteignung im ganz klaren Widerspruch zur Verfassung, die nicht nur das Privateigentum, sondern auch die Marktwirtschaft garantiert. Und diesmal bekannte sich auch der sonst so wankelmütige Adolfo Suàrez zum bürgerlichen Protest.

(SAD)

Nervös verfolgt Hanoi Dialog Moskau–Peking

China verknüpft Kambodscha-Frage mit Annäherung

CHRISTEL PILZ, Bangkok

China hat die Lösung des Kambodscha-Problems als entscheidende Voraussetzung für eine Normalisierung seiner Beziehungen zur Sowjetunion bezeichnet. Zu Beginn der zweiten sino-sowjetischen Konsultationsrunde schrieb die amtliche Nachrichtenagentur „Neues China", die sowjetische Unterstützung für die Besetzung Kambodschas durch die vietnamesische Armee sei „eine Bedrohung der Sicherheit und des Friedens" in Südostasien.

Zuvor schon hatte Peking den Kreml offiziell ersucht, auf einen Abzug der vietnamesischen Truppen in Kambodscha hinzuwirken. In Gesprächen mit südostasiatischen Politikern erläuterte die chinesische Führung außerdem, daß sie nach dem Abzug der Vietnamesen ein neutrales, also nichtkommunistisches Kambodscha unter Beibehaltung der Regierung der Widerstandskoalition zu errichten wünsche.

Offenbar um die Abzugsforderungen der Chinesen zu entkräften und Moskau Gegenargumente in die Hände zu spielen, haben die Partei- und Regierungschefs Vietnams, Kambodschas und Laos' die vietnamesischen Truppen in Kambodscha als „Freiwillige" bezeich*net, die auf Einladung des kambo*dschanischen Heng-Samrin-Regimes im Lande seien und so lange bleiben würden, wie Phnom Penh dies wünsche. Als Rechtsgrundlage dafür gelte der vietnamesisch-kambodschanische Freundschaftsvertrag vom 19. Februar 1979.

Als Plattform für die Umbenennung der Besatzungstruppen zu „Freiwilligen" wählten die Indochinaführer ihr „historisches" Gipfeltreffen in der laotischen Hauptstadt Vientiane. Zu dem ehemals französischen Indochina gehören Vietnam, Kambodscha und Laos. Beobachtern in Bangkok fällt auf, daß dieses wiederholt verschobene Gipfeltreffen genau eine Woche vor Beginn der zweiten sino-sowjetischen Konsultationsrunde stattfand.

Eigentlicher Kernpunkt dieses Gipfels aber war die Bestätigung der Strategie Hanois zur Integration dieser Drei-Länder-Region unter der Vorherrschaft Vietnams. „Keine reaktionäre Macht der Welt", so heißt es in Kommentaren der vietnamesischen Presse, werde diese „militante Allianz" wieder auseinanderbringen. Fortan werden die drei Länder alles gemeinsam tun.

Auch Moskau ist an enger Kooperation dieser drei Länder interessiert, aber nicht unbedingt im vietnamesischen Sinn. Der Streit beginnt bereits bei der Frage, wer die kambodschanischen Exportprodukte erhält: Hanoi oder Moskau. Hanoi weiß sehr wohl, daß die derzeit im Kreml stattfindenden Konsultationen sowohl den Sowjets wie den Chinesen eine ideale Möglichkeit bieten, Verwirrung und Verunsicherung in Vietnam zu stiften. Moskau könnte dies nutzen, mehr von Hanoi zu erzwingen, als Hanoi bisher zu geben bereit gewesen war. China wird propagandistischen Auftrieb erhalten. Seine Appelle an Vietnam, zu einer Balancepolitik zwischen Moskau und Peking zurückzukehren, könnten auf fruchtbaren Boden fallen.

Aus diesem Grund, meint Hanois Außenminister Nguyen Co Thach, werden die Sowjets nicht zu weit gehen. Wie nervös Hanois Führungsspitze ist, zeigte sich daran, daß Staatsratsvorsitzender Truong Chinh am 5. Oktober 1982, also zu Beginn der ersten Konsultationsrunde, nach Moskau flog. Ein zweites Mal kam er nach deren Beendigung Ende Oktober. Moskau versichert seitdem, daß es „für immer Schulter an Schulter" mit den drei Ländern Indochinas stehe und deren „konstruktive Politik voll unterstütze".

Dennoch wird jede Form einer Normalisierung zwischen der Sowjetunion und China schwerwiegende Folgen in Hanoi auslösen. Vietnams Strategen bauten ihre Innen- und Außenpolitik auf der „ewigen Feindschaft" mit China. Daß sie ewig sein wird, verankerten sie ausdrücklich in ihrer neuen Verfassung vom Dezember 1980.

Einst gelobt, heute geschmäht – Obando steht Sandinisten im Wege

Sollte Erzbischof während des Papstbesuches ermordet werden? / Gespräch mit der WELT

WALTER H. RUEB, Managua

Bei seinem Besuch in Nicaragua muß Papst Johannes Paul II. nicht um sein Leben bangen. Ein Attentat wie in Rom wird sich im Land der Sandinisten mit Sicherheit nicht ereignen – dies würde das marxistisch-leninistische Regime in der ganzen Welt zu stark diskreditieren. Und daran können die Drahtzieher des Attentats von Rom nicht das geringste Interesse haben.

Machtentfaltung und Sicherheitsmaßnahmen der Comandantes in Nicaragua geben auch einem Verrückten nicht die gerinste Chance. Höchst gefährdet aber ist der Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo. Nach Enthüllungen des nicaraguanischen Exil-Politikers und Regime-Gegners Wilfredo Montalvan haben die Sandinisten in Managua ein Attentat gegen den Erzbischof vorbereitet und gleichzeitig alles getan, um dann die Schuld den regierungsfeindlichen Exil-Nicaraguanern in die Schuhe schieben zu können.

Montalvan, früher Präsident der Politischen und Juristischen Kommission der Demokratischen Union von Nicaragua, verriet in der costaricanischen Hauptstadt San José, daß ein sandinistischer Agent das Komplott den nicaraguanischen Kirchenbehörden verraten habe, „um sein Gewissen von einer schweren Last zu befreien".

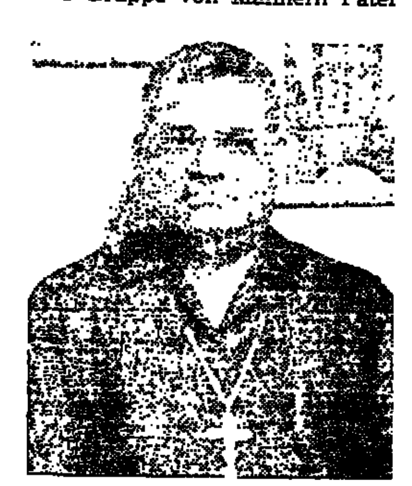
Erzbischof Obando sei von dem Attentats-Plan informiert worden, teilte Montalvan mit. Den Namen des sandinistischen Agenten nannte er nicht. Montalvan: „Den Na*men zu verraten würde für den* Agenten den sicheren Tod bedeuten."

Gegen Bischof Obando wurden in Nicaragua in den vergangenen Jahren bereits drei Attentate unternommen. Das letzte 1982 auf einer Straße in der Provinzstadt Matagalpa. Die Ermittlungen über die Urheber blieben ohne Ergebnis.

Ob in Managua tatsächlich ein Attentat gegen den Erzbischof geplant worden ist, ist ungewiß. Sicher ist, daß die katholische Kirche und ihr höchster Repräsentant den Sandinisten schon lange ein Dorn im Auge sind. Obando y Bravo ist für die Sandinisten die letzte Hürde, die sich der Realisierung ihrer politischen Pläne entgegenstellt.

Dies war nicht immer so: Beim gemeinsamen Kampf gegen Diktator Somoza wurde der Kirchen*führer von den Sandinisten mit* Lob überhäuft, doch jetzt, wo er sich an die Spitze der Gegner ihres marxistisch-leninistischen, undemokratischen, menschenverachtenden und wirtschaftlich ruinösen Systems gestellt hat, schmähen sie ihn als Reaktionär und Gegenrevo*lutionär.*

Seit langem ist im Lande ein Kesseltreiben gegen die katholische Kirche im Gange, der 95 Prozent der Bevölkerung angehören. Die Kirchenverfolgung erreichte im Sommer 1982 den Höhepunkt: die traditionelle Fernsehübertragung des sonntäglichen Gottesdienstes wurde verboten; zweimal wurde der Erzbischof tätlich angegriffen. Im August 1982 überfiel eine Gruppe von Männern Pater



Drei Attentatsversuche gegen Miguel Obando y Bravo scheiterten
FOTO: WALTER H. RUEB

*Carballa, den Leiter des katholi*schen Rundfunks, als er eine Frau der Kirchengemeinde besuchte. Der Geistliche wurde entkleidet und auf die Straße gejagt. Seine Flucht wurde gefilmt und fotografiert, später im Fernsehen und in den Zeitungen publik gemacht. Der Priester aber wurde nach seiner Gefangennahme verhört – völlig nackt und sechs Stunden lang.

Seit langem werden die katholischen Kirchen von Gläubigen gegen Übergriffe bewacht. Auch vor dem Amtssitz von Erzbischof *Obando y Bravo weit draußen vor* der Stadt sind zahlreiche kräftige, jedoch unbewaffnete Männer zu sehen. In dem großen, flachen Gebäude mit Kapelle, Versammlungsräumen und Büros hat jedermann Zutritt zum Sekretariat des Kirchenführers.

Die Wände des Raumes sind geschmückt mit gerahmten Urkunden. Da hängt eine der Bruno-Kreisky-Stiftung, verbunden mit einem Geldpreis für Verdienste um die Menschenrechte, daneben eine der verbotenen Gewerkschaft *CTN*, schließlich zwei Fotos, die ihn mit Papst Johannes Paul II. in Rom zeigen.

Der Hausherr ist viel unterwegs und deshalb selten in seinem Büro. Wenn er kommt, erheben sich selbst die alten Frauen. Die anwesenden Kinder jubeln. Sie wissen, daß der Besuch des Papstes zum nationalen Feiertag erklärt wurde.

Miguel Obando y Bravo nimmt im Gespräch kein Blatt vor den Mund. Das sandinistische Regime, das im Juli 1979 fast die Gesamtheit des Volkes hinter sich hatte, *werde mittlerweile von der über*wältigenden Mehrheit der Bürger abgelehnt. „Mich persönlich berührt am meisten", sagt der Geistliche, „daß es zur Zeit in unserem Land so viel Haß und Klassenkampf gibt. Mit Sorge erfüllt mich auch, daß kein Dialog zwischen den *politischen Gruppen mehr* zustande kommt. Die Sprache der Gewalt sollte endlich durch die Sprache der Vernunft ersetzt werden."

Der Erzbischof unterstreicht die Entschlossenheit der Kirche, an der christlichen Erziehung der *Kinder festzuhalten. „Die* Erziehungspolitik der Sandinisten ist eindeutig materialistisch und unchristlich", sagt Obando.

Kritisch äußert sich der Bischof über die sandinistischen Notstandsgesetze mit Zensur, Einschränkung der Meinungsfreiheit; auch die Umerziehungsmaßnahmen der Regierung prangert er an. Für die Manipulation in den elektronischen Medien zeigt der Geistliche kein Verständnis. Einerseits werde von früh bis spät die kommunistische Doktrin propagiert, andererseits in unwürdiger Weise die Stimme des Papstes nachgeahmt, um die Bevölkerung zu verwirren und die Kirche zu verhöhnen.

Angesprochen auf die Attentats-Gerüchte sagt Obando: „Die Zeit ist schwierig und voll von Gewalt. Doch die Bevölkerung wird den Papst mit großer Begeisterung empfangen. Im übrigen ist dies ein rein pastoraler Besuch. Die Behauptungen der Comandantes, der Besuch gelte vor allem ihrem Staat, sind unrichtig. Was die Gerüchte angeht: Man muß sich stets *der Gefahr bewußt sein. Mein* Schicksal aber liegt in Gottes Hand."

Herbert Wehner ernsthaft erkrankt

hs. Hamburg

Herbert Wehner ist ernsthaft erkrankt. Er mußte deswegen seine Teilnahme an der gestrigen Abschlußkundgebung der Hamburger SPD absagen. Die Kundgebung gemeinsam mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt sollte der einzige Auftritt des scheidenden Vorsitzenden der SPD-Bundestags*fraktion im Wahlkampf sein – mög*licherweise sogar sein letzter öffentlicher Auftritt. Der 76jährige Politiker ist zuckerkrank. Wehner lehnt, wie verlautet, seine Einlieferung in ein Krankenhaus ab.

CSSR versprach mehr Umweltschutz

AP, Bonn

Die Tschechoslowakei will im Rahmen ihrer Maßnahmen gegen sauren Regen und Waldschäden durch Industrieabgase den Ausbau der Kernenergie forcieren.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), erklärte gestern in Bonn auf eine parlamentarische Anfrage, darüber hinaus plane die CSSR Schritte zur Entschwefelung der Abgase ihrer bestehenden Kohlekraftwerke. Wirksame Maßnahmen zur Verminderung von Schwefeldioxid und Stickoxiden in Abgasen von Kohlekraftwerken seien bei den *Erörterungen der deutschen und* tschechoslowakischen Grenzbevollmächtigten behandelt worden.

Strauß sendet Signale nach Bonn

AP, München

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in der Mittwoch-Ausgabe des „Bayernkurier" indirekt zu erkennen gegeben, daß er Interesse an der Übernahme eines Regierungsamtes in Bonn hat und weiter in der Politik bleiben will.

Der bayerische Ministerpräsident schrieb in einem Faksimile-Brief an seine „Mitbürger und Mitbürgerinnen": „Ich dränge mich nicht nach anderen Ämtern, weil ich das schönste und mich am meisten befriedigende Amt innehabe und wieder von einer großen Mehrheit der Bürger für weitere vier Jahre in diesem Amt bestätigt wurde. Ich will aber, solange mir Gott die Kraft gibt, nicht aus dem politischen Leben ausscheiden, bevor ich meinen Beitrag dazu geleistet habe, daß auch die nächste Generation in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit, in wirtschaftlicher Wohlfahrt, in sozialer Sicherheit ihr Leben gestalten kann und die ganze deutsche Nation wieder die Hoffnung auf Freiheit, Frieden, Einheit, als eines Tages doch mit friedlichen Mitteln erreichbar, im Herzen tragen kann."

Wegen Volkszählung nach Karlsruhe

dpa/AP, Hamburg/Düsseldorf

Die Hamburger Rechtsanwältinnen Maja Stadler-Euler und Gisela Wild haben gestern angekündigt, sie würden Verfassungsbeschwerde gegen das Volkszählungsgesetz einlegen und die vorläufige Aussetzung der geplanten Volkszählung beantragen.

In einer gemeinsamen Erklärung der beiden Anwältinnen heißt es, sie sähen sich durch das Gesetz in ihrem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie in ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt.

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich in einem Interview des „Stern" dafür ausgesprochen, die für den 27. April geplante Volkszählung aufzuschieben. Strauß sagte: „Den Perfektionismus, der bei solchen Aktionen betrieben wird, halte ich ohnehin für überflüssig. Da werden häufig völlig unsinnige Fragen gestellt." Die Volkszählung ist dagegen nach den Worten des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD) unverzichtbar. Schnoor erklärte gestern: „Ohne verläßliche Daten ist auf Dauer keine sachgerechte Politik möglich."

Frankreich: Streit über den Wirtschaftskurs

Wird der Franc bis Frühjahr 1984 zweimal abgewertet?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Drei unvorhergesehene Ereignisse auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet haben die Lage der französischen Linksregierung wenige Tage vor den Kommunalwahlen drastisch verschlechtert.

Innerhalb der Sozialistischen Partei ist eine offene Auseinandersetzung über den künftigen Wirtschaftskurs der Regierung und den eigentlichen Charakter des französischen Sozialismus (marxistisch oder sozialdemokratisch) ausgebrochen.

In den südfranzösischen Braunkohlegruben bei Toulouse kam es zu einem überraschenden, besonders von den kommunistischen Koalitionspartnern unterstützten Streik von 4000 Grubenarbeitern.

Und das stets gut informierte satirische Wochenblatt „Canard enchainé" schließlich veröffentlichte eine vertrauliche Note eines hohen Beamten im Wirtschaftsministerium, aus der hervorgeht, daß der Franc bis zum Frühjahr 1984 höchstwahrscheinlich zweimal um je acht Prozent im Verhältnis zur D-Mark abgewertet werden muß und die Arbeitslosenzahl etwa gleichzeitig auf 2,4 Millionen (zur Zeit 2,1 Millionen) ansteigen werde.

Die Note des Direktors des Planungsamtes im Wirtschaftsministerium, Milleron, widerlegt die Behauptung von Wirtschaftsminister Jacques Delors, die Auslandsverschuldung Frankreichs belaufe sich zur Zeit auf nur etwa 40 Milliarden Franc. Milleron beziffert die auswärtige Kreditaufnahme allein für 1982 auf 88 Milliarden Franc und fügt hinzu: „Der Umfang unseres Außenhandelsbilanzdefizits führt zu einer massiven äußeren Verschuldung, deren Zinslast jede spätere Ausgleichung unserer Zahlungsbilanz unmöglich machen würde. Gleichzeitig nehmen unsere Devisenreserven dramatisch ab."

Der Beamte empfiehlt eine scharfe Begrenzung des Inlandsverbrauchs durch drastische Erhöhungen (200 Prozent) der Sozialabgaben der Haushalte und einen neuen Lohnstopp.

Vor diesem Hintergrund wirkt um so befremdlicher, daß sich die tragende Regierungspartei in einen heftigen, öffentlich ausgetragenen Streit über den künftigen Wirtschaftskurs gestürzt hat. Jean Poperen, Nummer zwei der Sozialisten und engster Vertrauter des Staatspräsidenten, beschuldigte den rechten Flügel unter Planungsminister Michel Rocard, das Regime, das „gerade den Kopf aus dem Wasser gebracht hatte", wieder mit seiner Kritik am Wirtschaftskurs unter Wasser zu stoßen.

Seite 3: Der ungekrönte König

Brasilien hält nukleare Option für Militär offen

MANFRED NEUBER, Bonn

Brasilien hält sich nach Ansicht fachkundiger Beobachter die nukleare Option für seine Streitkräfte offen. Von der drastischen Kürzung am Kernenergie-Programm bleiben militärische Entwicklungsprojekte verschont.

Durch einen Erlaß des brasilianischen Präsidenten, General Joao Baptista Figueiredo, wurde die gesamte Atomforschung unter Bundeskontrolle gestellt. Das hat heftige Kritik aus Kreisen der Wissenschaft ausgelöst.

Die Nationale Atomenergie-Kommission (CNEN) übernahm jetzt das Institut für Kernforschung in São Paulo, das bisher der Regierung dieses Bundesstaates unterstanden hatte. Es soll stärker mit militärischen Aufgaben betraut werden.

In São Paulo hatte der christlich-demokratische Oppositionspolitiker Franco Montero die Gouverneurswahl gewonnen. Er berief den international bekannten Physiker José Goldemberg, einen Widersacher des deutsch-brasilianischen Atomabkommens, zum Energie-Minister.

Präsident Figueiredo wechselte zugleich die Vorsitzenden der Nationalen Atomenergie-Kommission und des Paulistaner Instituts aus. Die neuen Leiter, Rex Nazareth Alves und Oberst Durvaldo Goncálves, sind Befürworter einer atomaren Rüstung Brasiliens.

Neuer Direktor der staatlichen Kernenergie-Gesellschaft Nuclebras wurde Dario Gomes. Sein Vorgänger Paulo Nogueira Batista hatte den Atomvertrag mit Bonn ausgehandelt. Er sollte das Programm für den Bau von Kernkraftwerken fortführen und stolperte deshalb über die Sparbeschlüsse.

Während die Uran-Anreicherungsanlage seit vorigem Herbst in Betrieb ist, soll die Installation für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff doch gebaut werden, obwohl das Kernenergie-Programm vorläufig auf vier statt acht Reaktoren reduziert wurde.

Das deutsch-brasilianische Atomabkommen sieht die Schaffung des kompletten Brennstoffkreislaufs unter freiwilliger internationaler Kontrolle vor. Brasilien hat aber weder den Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika noch das Teststopp-Abkommen unterzeichnet.

Je weiter Argentinien, das die selben Vorbehalte macht, beim Bau seiner Wiederaufbereitungsanlage vorankommt, desto stärker wird der Druck des Militärs in Brasilien, die nukleare Option offenzuhalten.

Berlinguer: Auf die Nachrüstung verzichten

KPI-Führer rügt Invasion Afghanistans als Machtpolitik

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit einer scharf formulierten Ablehnung der italienischen Regierungspolitik in der Frage der Raketen-Nachrüstung in Europa eröffnete Generalsekretär Enrico Berlinguer im Mailänder Sportpalast gestern den 16. Parteitag der KP Italiens.

Trotz maßvoller Kritik an der Sowjetunion in anderen Bereichen ergriff Berlinguer in diesem zentralen Punkt aktueller Weltpolitik weitgehend für Moskau Partei. Er bezeichnete das Angebot Andropows, die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen bis zum Gleichstand mit dem nationalen französischen und englischen Raketenpotential zu verringern, als „positiv". Die Installierung neuer amerikanischer Raketen in Italien und in anderen europäischen Ländern lehnte er entschieden ab.

„Wir verlangen von der italienischen Regierung", rief Berlinguer unter dem Beifall der 1100 Delegierten aus, „daß sie vom Automatismus der Installierung der Pershing 2 und der Großraketen bis Ende 1983 abrückt und daß sie folglich den Willen Italiens zum Aufschub jeder Entscheidung in dieser Frage bekundet." Er forderte, daß „unsere Regierungen innerhalb der Allianz aufhören, immer ja zu sagen zu dem, was die amerikanischen Regierungen fordern ... Unser Ziel ist nicht der einseitige Austritt aus den Militärblöcken, sondern die schrittweise Überwindung dieser Blöcke."

Berlinguer bekräftigte seine Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die er als „Machtpolitik" definierte. Wesentlich schärfer verurteilte er die „höchst gefährliche Politik" und die „imperialistischen Aktionen" der Regierung Reagan. Er wiederholte auch im Hinblick auf Polen und andere Länder des „Realsozialismus" seine Feststellung, daß sich die Antriebskraft des sowjetischen (Sozialismus-)Modells erschöpft habe. Gleichzeitig rief er aber zum weiteren Kampf zur Überwindung des Kapitalismus auf.

Die von ihm angestrebte „demokratische Alternative" in Italien will Berlinguer mit Hilfe der Sozialisten, der kleineren laizistischen Parteien und des „katholischen Lagers", jedoch gegen die christdemokratische Partei erreichen. Innerparteilich befürwortete er zwar eine stärkere Transparenz der Debatten und führte die polnische KP als warnendes Beispiel für die „Erstickung des demokratischen Lebens" an, hielt aber unter Hinweis auf Spanien, wo die KP durch Gruppenbildung Einfluß verloren habe, am von oben gesteuerten System des „demokratischen Zentralismus" fest.

Brief an Thüringer Kirche bleibt umstritten

epd, Eisenac

Der thüringische Landesbischo Werner Leich hat Zweifel an d Echtheit des Briefes geäußert, da 18 junge Christen aus Saalfeld un Rudolstadt an die Leitung seine Kirche geschrieben haben sollen.

Ein entsprechendes Schreiben jedenfalls bei der Kirchenleitun bisher nicht eingetroffen. In de Brief, der Mitte Februar im Wortla in Zeitungen der Bundesrepubl Deutschland veröffentlicht wurd war der Leitung der Thüringer Ki che der Vorwurf gemacht worde sie habe jene jungen Leuten in Je im Stich gelassen, die sich beso ders für den Frieden engagiert hä ten und die darum staatliche R pressalien bis hin zur Verhaftu hätten hinnehmen müssen. Wie d Bischof in einem Interview mit de Evangelischen Pressedienst beto te, seien alle kirchlichen Bemühu gen, die eventuellen Absender d Briefes in Saalfeld oder Rudolsta zu finden, ohne Erfolg geblieben.

Der Brief, so wie er ihm aus d Bundesrepublik Deutschland bi her zur Kenntnis gelangte, wei außerdem „alle Merkmale einer g schickten journalistischen Aufm chung auf", erklärte der Bisch weiter. Er bekomme viele Brie von jungen Christen, die aber al einen anderen Stil hätten. Lei betonte, so lange dieser Brief nic bei mir vorliegt, und mit Unte schriften versehen ist, „halte ich i für unecht". Dafür habe er au einen geistlichen Grund: „We sich Christen etwas Beschwerlich zu sagen haben, dann schauen s sich dabei in die Augen. Keinesfa wählen sie den Weg eines offen Briefes, der den Gesprächspartn öffentlich diffamiert, bevor er übe haupt dazu etwas sagen konnte."

Zu den Vorgängen in Jena sel wollte Leich nicht Stellung ne men. In einem kurzfristig angese ten Treffen der Superintendent seiner Kirche sei jedoch zu d Vorwürfen erklärt worden: „D der angebliche Brief aus geschic zusammengestellten Halbwahrh ten oder verdrehten Tatsach besteht."

Zu dem Vorwurf, die Kirchenle tung habe sich nicht um den T von Matthias Domaschk gekür mert, der 1981 in der Unters chungshaft des Staatssicherhei dienstes ums Leben gekommen i sagte der Bischof, dies sei a Wunsch der Angehörigen gesc hen. Mit Nachdruck wies er au den Vorwurf zurück, daß kirchlic Mitarbeiter mit dem Ministeriu für Staatssicherheit zusammen beiten. Diesen Vorwurf könne nur als „bewußte Aussage von M trauen" verstehen.

‚Unnormale Beziehungen'

Kohl: Bonn wird nicht jeden Preis an die „DDR" zahlen

AP, Bonn

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur „DDR" können nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl weder als normal noch als gutnachbarlich bezeichnet werden, solange die Menschen in Mitteldeutschland in ihren Freiheiten eingeengt bleiben.

„Normal ist das alles nicht, und von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, wie sie der Grundlagenvertrag als Ziel gesetzt hat, kann noch lange nicht die Rede sein", sagte Kohl in einem Interview der „Industrie- und Handelsrevue".

„Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird größte Anstrengungen darauf verwenden, im deutsch-deutschen Verhältnis zu mehr Menschlichkeit zu gelangen", versicherte Kohl. „Aber sie wird der DDR nicht jeden Preis zahlen. Sie wird darauf hinweisen, daß der gegenwärtige Zustand in mancher Hinsicht nicht den Verträgen und Abmachungen entspricht, die beide Seiten getroffen haben." Überdies mißachte die „DDR" durch ihr Verhalten multilaterale Vereinbarungen wie die Schlußakte von Helsinki und die UNO-Menschenrechtskonvention, betonte Kohl. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl seien eine Quelle für Spannungen.

Der Bundeskanzler erneuerte seine Kritik an dem von Ost-Berlin festgelegten Mindestumtausch. „Mit dem Verständnis von Menschlichkeit verträgt sich diese Politik der DDR-Regierung nicht", sagte Kohl. Der Bundeskanzler beklagte darüber hinaus die fehlende Freizügigkeit der Menschen in der „DDR".

Irak: Schiffe versenkt

Luftkrieg gegen Iran eskaliert wieder

dpa/AFP/rtr, Bagdad

Irak hat an der iranischen Küste des Persischen Golfs beim Hafen Bander Khomeini nach eigenen Angaben fünf iranische Schiffe versenkt.

Ein Militärsprecher gab gestern in Bagdad bekannt, daß es sich um Schiffe der irakischen Kriegsmarine und um Öltanker gehandelt habe. Ein Sprecher des iranischen Ölministeriums in Teheran erklärte auf Anfrage, ihm lägen keine Informationen über solche Angriffe vor. Nach irakischen Angaben richtete sich der Angriff am frühen Mittwochmorgen gegen das „Nowruz"-Ölfeld vor der iranischen Golfküste.

„Bei diesem Angriff gelang es unseren Streitkräften, fünf iranische Schiffe, unter ihnen Öltanker, zu vernichten. Die Öl-Anlagen im Nowruz-Feld wurden ebenfalls zerstört", sagte der Militärsprecher. Die irakischen Marineeinheiten seien sicher zu ihrem Stützpunkt zurückgekehrt.

Wie Radio Teheran meldete, ist die iranische Grenzstadt Sar-e-Pole Zahab starkem irakischen Bombardement ausgesetzt gewesen. Ein Zivilist sei getötet, acht Häuser seien zerstört worden. Schwere iranische Geschütze hätten jedoch irakischen Stellungen an vier Fronten schwere Verluste zugefügt.

Irak hat wiederholt Angriffe seiner Luft- und Seestreitkräfte auf die Schiffahrt im Golf sowie auf den wichtigsten iranischen Ölhafen auf der Insel Kharg gemeldet. Iran setzte jedoch seine Öltransporte von der Insel fort.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16-18, Tel. (04 31) 9 34 20

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 22,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

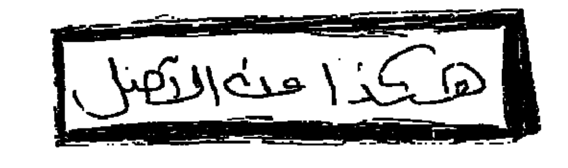
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Schwache Impulse

Brüssel (Ha.) – Nicht allzuviel Hoffnung können die EG-Bürger aus den Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes schöpfen. Auch der zweite Sonderministerrat zu diesem Themenkreis hat den Brüsseler Expertenberatungen jedenfalls wenig neue Impulse gegeben.

Der zügige Abbau nicht-tarifärer Handelsschranken droht an „ideologischen" Streitigkeiten über die Bedeutung des Außenschutzes der Gemeinschaft zu scheitern. Die Vereinfachung der Grenzformalitäten stößt sich an einer schier unüberwindlichen Mauer von Einwänden aus den betroffenen Verwaltungen. Deutlich wird dies auch an dem Vorschlag, die Mehrwertsteuererhebung von den Grenzen an die inländischen Bestimmungsorte zu verlegen. Obwohl mit einer solchen Maßnahme ein entscheidender Schritt zur Erleichterung des Warenverkehrs gemacht wäre, scheuen die meisten EG-Regierungen den Sprung über den Schatten liebgewordener Gewohnheiten.

Da wird ein erheblicher Steuerausfall geltend gemacht, obwohl es sich bei dem geplanten Zahlungsaufschub bei der Wareneinfuhr allenfalls um einen befristeten Zinsverlust handelt, da werden Steuerhinterziehungen vermutet oder Diskriminierungen gegenüber inländischen Geschäften ins Feld geführt. In der Bundesrepublik bedarf es gar einer Verfassungsänderung, da die Steuerverteilung von Bund und Ländern berührt wird.

In Wirklichkeit werden all diese Einwände oft nur deshalb gemacht, weil es am politischen Mut zur Änderung „bewährter" nationaler Regelungen fehlt. Dabei könnten die EG-Regierungen sich viel Lob einhandeln, schließlich gehen die Kosten der Grenzabfertigung jährlich in die Milliarden.

Teurer Pfennig

cd. – In den Niederlanden wird der Cent abgeschafft, die kleinste Münze, die unserem Pfennig entspricht. Begründung: Die Ein-Cent-Stücke verschwinden irgendwo, sind daher knapp, und die Neuprägung einschließlich Material kostet dreimal soviel, wie die Münze wert ist. Der Cent existiert in Holland künftig nur noch im bargeldlosen Zahlungsverkehr; ansonsten wird auf fünf Cent ab- oder aufgerundet. Das Beispiel unseres westlichen Nachbarn könnte auch bei uns manchen Zeitgenossen, dem vielleicht wie einer Supermarktkassiererin das dauernde Gefummel mit dem „Kleinkram" lästig ist, auf die Idee bringen, den Pfennig abzuschaffen, nachdem ein Rundfunksender eine Diskussion darüber in Gang zu setzen versucht hat. Der Pfennig ist zwar in der Bundesrepublik nicht knapp, aber seine Herstellung ist teuer. Trotzdem will der Bundesfinanzminister, der bei der Prägung jedes Pfennigs 1,6 Pfennig zusetzt, nicht davon abgehen, daß bei uns in Mark und Pfennig gerechnet wird. Denn das würde sicherlich als Nachgeben gegenüber der Inflation verstanden.

Hoffen auf den Frühling

Von INGE ADHAM

Wo fehlt's nicht irgendwo auf dieser Welt, dem dies, dem das, mir fehlt's an Geld." Der von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff bei der Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse verwendete Mephisto-Ausspruch aus Goethes Faust dürfte wohl manchem der in großer Zahl in die Mainmetropole geeilten Einkäufer aus aller Welt durch den Kopf gegangen sein. Das Angebot auf der Messe, der unbestritten größten Konsumgüterschau der Welt, war größer als je zuvor. Doch mitgenommen wurde auf dieser Messe, die ein Indiz über die weitere Entwicklung der Konsumgüterkonjunktur in diesem Jahr geben soll, längst nicht alles. Und das liegt beileibe nicht nur daran, daß auf dieser Schau Kunst und Kitsch, Schönes und Häßliches, Nützliches und absolut Unnützes dicht beieinander stehen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, die Läger beim deutschen Handel, für den nach eigenem Bekunden 1982 das schwerste Jahr der Nachkriegszeit war, sind weitgehend leer. Aber genausowenig Zweifel ließ diese Messe daran, daß die Unsicherheit darüber, wie der Verbraucher sich verhalten wird, groß ist. Genausowenig sollte bezweifelt werden, daß mancher der Händler, der das vergangene Jahr geradeso mit einem blauen Auge hinter sich gebracht hat, gerne kräftiger eingekauft hätte, wenn der dafür nötige finanzielle Rahmen da wäre. Aber der stimmt nicht mehr überall, wie die im vergangenen Jahr drastisch angestiegenen Insolvenzen im Handel deutlich gezeigt haben.

Es muß daran erinnert werden, daß in Frankfurt ja nicht Großunternehmen Einkäufertrupps ausschwärmen lassen, um aus einem an einem Platz konzentrierten Weltmarktangebot auszusuchen. Frankfurt ist überwiegend Treffpunkt der für unsere Wirtschaft immer noch gewichtigsten Gruppe der selbständigen Mittelständler. Für sie bestimmt die auf der Frühjahrsmesse getroffene Auswahl ganz entscheidend über Erfolg oder Mißerfolg des Geschäfts. Sie haben sich in Frankfurt, sowohl auf der Aussteller- als auch auf der Einkäuferseite, als Unternehmen im besten Sinne erwiesen: Denn sie haben Mut gezeigt, Mut, auf Innovationen der Hersteller einzugehen, Mut zu Bestellungen. Damit kann man nun freilich keinen Boom herbeizaubern.

Aber eines wurde sichtbar: Das Klima hat sich in der Tat gebessert. Zwar befindet sich die Konjunktur laut Ifo-Institut noch immer in der Unterkühlungszone, aber seit November geht es zwar langsam, aber doch unverkennbar aufwärts. Dafür gibt es handfeste Belege, nicht nur die unverdrossenen Wahlkampfreden der Politiker. So plant zum Beispiel die Automobilindustrie, die noch im Dezember auf Kurzarbeit eingestellt war, inzwischen keine Produktionseinschränkungen mehr.

Seit Dezember zeigen auch die Bestellungen bei Herstellern von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern leicht nach oben, ein Indiz dafür, daß sich die Verbraucher wieder etwas konsumbereiter zeigten. Der private Verbrauch ist im letzten Quartal des vergangenen Jahres erstmals seit längerem wieder etwas gestiegen. Spielraum haben dabei nicht die Entwicklung der Privateinkommen verschafft. Sie blieben bestenfalls unverändert gegenüber dem Vorjahr, nicht zuletzt wegen der hohen Arbeitslosenzahl.

Etwas Luft verschaffte den Privathaushalten aber die Entlastung bei der Energierechnung, für die nachlassende Ölpreise und ein milder Winter sorgten. Daneben haben sich die Verbraucher stärker bei Auslandsreisen zurückgehalten – die Klage aus den Wintersportorten spricht eine deutliche Sprache – und so Raum geschaffen für Konsumausgaben, die neben dem Automobilsektor vor allem aufgeschobenen Anschaffungen von Gebrauchsgütern zugute kamen. Dies geht zum Teil zu Lasten der Ersparnisbildung, wie die leicht gesunkene Sparquote zeigt. Auch die Neigung, für Konsumzwecke einen Kredit aufzunehmen, ist angesichts gesunkener Zinsen und massiver Bankenwerbung wieder etwas gewachsen.

Ein fröhlicher Aufschwung läßt sich damit freilich nicht einläuten. Es sind aber unübersehbare Vorboten eines Konjunkturfrühlings. Ob daraus ein Konjunktursommer werden kann, ist offen. Wichtig ist jetzt, die allgemeine Verunsicherung zu beenden. Dazu sind die Politiker aufgerufen. Entscheidende Bedeutung haben aber auch die bevorstehenden Tarifrunden. Mit zu großer Verteuerung des Gutes Arbeitskraft läßt sich die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Unsicherheit für den einzelnen nicht verringern, sondern nur steigern. Der Frühling wäre vorbei, bevor er richtig begonnen hat.

MASCHINENBAU / Für 1983 auf weitere Durststrecke eingerichtet, aber:

Das Investitionsklima im Inland hat sich nach der Talfahrt wieder belebt

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Der deutsche Maschinenbau richtet seine Hoffnungen in diesem Jahr auf den Inlandsmarkt. Zwar hat auch er bis Ende Oktober preisbereinigt erneut um neun Prozent nachgegeben. Doch die Monate November bis Januar brachten mit einem Auftragsplus von durchschnittlich 43 Prozent eine „echte Sensation", so Branchenverbands-Präsident Tyll Necker. Da aber im Auslandsgeschäft immer noch mit einem realen Rückgang von mindestens fünf Prozent gerechnet wird, hat sich die Branche in der Produktion für 1983 auf eine weitere Durststrecke eingerichtet.

Daß die inländischen Auftragseingänge im November und Dezember preisbereinigt um volle 42 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, hat die Maschinenbauer noch nicht so sehr überrascht: Hier kam in erster Linie die Investitionszulage zum Tragen. Daß aber von dem Januar-Zuwachs von 47 Prozent auch nach Abzug eines Großauftrags (im Kraftwerksgeschäft) noch ein Plus von zehn Prozent übrigblieb, gibt der Branche nach zweijähriger Talfahrt neue Hoffnung.

„Das Investitionsklima im Inland hat sich belebt. Die Zinssenkung der Bundesbank macht sich bemerkbar, und es ist kein Zweifel, daß die Unternehmen auch politisch mehr Rückenwind für die Investitionen verspüren", meint VDMA-Präsident Necker. Dennoch ist seine Vorausschau für 1983 von erheblichen Unsicherheiten belastet.

Sorgen bereitet vor allem das Exportgeschäft, aus dem die Maschinenbauer rund 60 Prozent ihrer Umsätze bestreiten. Schon 1982 sind die Auslandsaufträge nominal um 13, preisbereinigt sogar um 18 Prozent zurückgegangen. Angesichts der immer noch schwankenden Konjunktur in den Industrieländern (die 70 Prozent des deutschen Maschinen-Exports aufnehmen), der Überschuldung wichtiger Absatzmärkte der Dritten Welt, der Zahlungsprobleme des Ostblocks und nicht zuletzt der mit den Ölpreisen sinkenden Kaufkraft der Opec-Staaten wird hier die weitere Entwicklung mit einiger Skepsis beurteilt.

Fazit: Auch bei Kumulierung günstiger Nachfrageeffekte wird die Produktion 1983 bestenfalls stagnieren. Wenn sich die bereits sichtbare Belebung in diesem Jahr noch nicht in Produktion und Umsatz niederschlägt, so liegt das auch an den langen Durchlaufzeiten der Maschinenbau-Aufträge.

Ihnen und den bis dahin noch ganz ordentlichen Auftragspolstern hatte es die Branche 1982 auch zu verdanken, daß ihr Umsatz 1982 immer noch um fünf (real: ein) Prozent auf 131 (125) Mrd. DM wuchs. Doch damit sind die Auftragsbücher auch erheblich abgemagert: Reichten die Auftragsbestände im Oktober 1981 noch für eine Produktion von 6,2 Monaten, so waren es ein Jahr später nur noch 5,5 Monate.

Der Mangel an Nachschub wirkte sich auch auf die Beschäftigung aus. Die Kapazitätsauslastung, im Dezember 1981 noch bei 81,9 Prozent, ging bis Ende 1982 auf „magere" 76,7 Prozent zurück. Nur weil der Maschinenbau mit seiner überdurchschnittlichen Quote an Fachkräften sein Personal erhalten will, hielt sich der Arbeitsplatzabbau mit 28 000 Beschäftigten noch in Grenzen – mit immer noch 1,062 Millionen Mitarbeitern blieb der Maschinenbau größter deutscher Industriezweig.

Daß ein „latenter Bedarf an Personalabbau" weiterhin vorhanden ist, zeigen die Kurzarbeiterzahlen, die im Laufe des Jahres 1982 von 74 000 auf 152 000 gestiegen sind, um im Januar die Höhe von 182 000 zu erreichen. „Das zeigt: Die Unternehmen hoffen immer noch auf Licht am Ende des Tunnels", interpretierte Necker diese Entwicklung.

Auf dieses Licht müssen sie auch bei den Erträgen hoffen. Die Gewinnsituation hat sich auch 1982 weiter verschlechtert. Dafür haben nicht nur die nur teilweise an die Kunden weiterzugebenden Kostensteigerungen gesorgt, sondern zunehmend auch Konkursausfälle, Zahlungsverzögerungen und Umschuldungen ausländischer Abnehmer.

All das hat die Netto-Umsatzrenditen, im Durchschnitt der Branche schon 1981 auf dem kläglichen Niveau von 1,24 Prozent, nach Schätzung des VDMA nun auf 1,1 Prozent gedrückt.

AUF EIN WORT

„Nach den herben Enttäuschungen des Jahres 1982 sind in den letzten Wochen und Monaten in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einige positive Anzeichen sichtbar geworden."

Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank-Girozentrale, Düsseldorf
FOTO: JUPP DARCHINGER

Billigere Einfuhr dämpft Preisanstieg

cd. **Frankfurt**

Die Einfuhrpreise sind im Januar dieses Jahres um 0,9 Prozent sowohl gegenüber Dezember als auch gegenüber Januar 1982 gesunken. Dabei fiel vor allem der Preisrückgang für Erdöl- und Mineralölerzeugnisse um 3,5 Prozent ins Gewicht; spürbar verteuert haben sich hingegen die Preise für Frischgemüse (plus 15 Prozent) und Edelmetalle (plus 9 Prozent). Der Januar ist bereits der dritte Monat mit einem Rückgang der Einfuhrpreise, die damit um gut 2,5 Prozent unter dem Höchststand vom Oktober letzten Jahres liegen, was maßgeblich zur Preisberuhigung im Inland beiträgt. Die Ausfuhrpreise stiegen von Dezember auf Januar um 0,5 Prozent und überschritten damit ihr Vorjahresniveau um 2,1 Prozent.

WIRTSCHAFTSLAGE

„Konjunktureller Tiefpunkt ist jetzt überwunden"

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesrepublik hat den konjunkturellen Tiefpunkt überwunden. Dies haben gestern übereinstimmend das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) und der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) festgestellt.

Nach drei Jahren der Stagnation und Rezession hat nach Ansicht des BVR der Marsch aus der Talsohle begonnen. Gleichzeitig mit einem regelrechten Auftragsschub in der Bauwirtschaft sei in der Investitionsgüterindustrie – auch wegen der auslaufenden Investitionszulage – der Auftragseingang gestiegen. Nach fast drei Jahren gehe außerdem die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes nicht mehr zurück. Nach Meinung des IW spricht auch die Stabilisierung bei der privaten Verbrauchsnachfrage dagegen, daß sich die Talfahrt 1983 fortsetzt.

Besonders hoffnungsvoll stimmen nach Ansicht des Instituts die ausgeglichene Leistungsbilanz und der merkliche Abbau des Teuerungstempos, das sich im Zuge der Ölpreissenkung weiter abschwächen wird. Im Herbst könnten die konjunkturellen Besserungstendenzen sich auch auf die Beschäftigung auswirken. Zunächst dürfte jedoch die Zahl der Kurzarbeiter verringert werden. In den vergangenen beiden Jahren hätten die Unternehmen, gemessen an den realen Absatzmöglichkeiten, Arbeitskräfte gehortet.

Da die Ertragsschwäche der Unternehmen aber noch nicht endgültig überwunden sei, bedarf nach Ansicht des BVR die sich abzeichnende Entlastung der Firmen auf der Kostenseite auch der Absicherung durch moderate Lohnabschlüsse. Damit die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung weiter an Stärke gewinne, müsse die Politik der Haushaltssanierung fortgesetzt werden.

VERKEHR

Flaute der Montanindustrie traf die Bundesbahn hart

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Deutsche Bundesbahn hat im vergangenen Jahr kräftig unter der konjunkturellen Flaute, vor allem unter den Schwierigkeiten der Montan-Industrie gelitten. Der Fehlbetrag stieg 1982 von vier auf 4,6 Milliarden Mark. Im Wirtschaftsplan für das vergangene Jahr war von 4,2 Milliarden ausgegangen worden. Die Verschuldung erhöhte sich trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen um 1,6 auf 35,6 Milliarden Mark.

Gegenüber den Planansätzen mußte die Bahn 1982 einen Einnahmeausfall von 1,35 Milliarden Mark verkraften, wovon eine Milliarde allein auf den Güterverkehr entfiel. Unter dem Strich gelang es, die Aufwendungen um eine Milliarde Mark unter den Planansatz zu drücken.

Verglichen mit 1981, konnte die Bahn im Personenverkehr wegen der Tarifanhebungen drei Prozent höhere Erträge einfahren. Im Güterverkehr gingen die Erträge trotz der Preisanhebungen in der gleichen Größenordnung zurück. Fuhr die Bahn 1981 noch 300 Millionen Tonnen, so waren es 1982 nur noch rund 275 Millionen Tonnen.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat diese Tendenz angehalten. Während sich der Personenverkehr vergleichsweise günstig entwickelt, mußte im Güterverkehr ein weiterer Rückgang hingenommen werden. Der Vorstand hat darauf mit der Verfügung reagiert, daß zunächst nur 60 Prozent der Sachausgaben (ausgenommen sind Neu- und Ausbaustrecken und Fahrzeuge) freigegeben wurden. Im Oberbau sind es 75 Prozent.

Wie die Bahn von der Stahlindustrie abhängt, zeigt folgende Faustformel: Eine Tonne Stahl erzeugt ein Transportvolumen von fünf Tonnen, davon entfallen drei Tonnen auf die Bahn. Der Montan-Bereich ist noch mit 55 Prozent am Wagenladungsverkehr der Bahn beteiligt.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Devisenknappheit der „DDR" begünstigt Warenaustausch

PETER WEERTZ, **Berlin**

Der innerdeutsche Handel hat sich 1982 günstig entwickelt. Mit einer Zunahme um 13 Prozent auf 14,1 Mrd. Mark einschließlich Dienstleistungen war der Zuwachs doppelt so groß wie im Vorjahr. Für dieses Jahr erwartet das Bundeswirtschaftsministerium ebenfalls einen Aufwärtstrend.

Begünstigt wird der innerdeutsche Handel zur Zeit durch die hohe Verschuldung der „DDR" und die Devisenknappheit, die Ost-Berlin veranlaßten, Importe aus westlichen Ländern um bis zu 30 Prozent zu kürzen und diese Lükken zum Teil mit den Bezügen aus der Bundesrepublik zu füllen. Außerdem hat Ost-Berlin im letzten Quartal des Vorjahres zusätzlich Nahrungsmittel sowie Agrar- und Vorprodukte aus der Bundesrepublik bezogen.

Mit Verbindlichkeiten von 3,7 Mrd. DM hat sich die Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Der zinslose Überziehungskredit (Swing), der 1983 770 Mill. DM beträgt, ist gegenwärtig jedoch nur mit etwa 460 Mill. DM ausgenutzt. Die Bruttoverschuldung der „DDR" (ohne innerdeutscher Handel) ist nach internen Schätzungen gegenüber westlichen Ländern 1982 von 12,5 auf elf Mrd. Dollar gesunken. Im innerdeutschen Handel drängt allerdings Ost-Berlin auf eine Verlängerung der Zahlungsziele bis über 360 Tage.

Zum erstenmal seit 1978 waren die Lieferungen der Bundesrepublik einschließlich Dienstleistungen mit einer Zunahme von 16 Prozent auf 7,07 Mrd. Mark wieder größer als die Bezüge mit einem Plus von zehn Prozent auf 6,98 Mrd. DM. Im Warenverkehr allein, ohne Dienstleistungen wie Transportkosten oder Hafengebühren, erzielte die „DDR" freilich einen Überschuß von 510 (Vorjahr 772) Mill. Mark.

Gestiegen sind bei den Lieferungen der Bundesrepublik vor allem Eisen und Stahl mit 97 Prozent auf 641,9 Mill. DM, landwirtschaftliche Erzeugnisse (Getreide und Futtermittel) um 73 Prozent auf 792,6 Mill. DM, NE-Metalle (Silber) um 72 Prozent auf 461,4 Mill. DM, Chemieprodukte um 29 Prozent auf 1,2 Mrd. DM sowie Textilien und Bekleidung um 31 Prozent auf 364,7 Mill. DM. Einen Rückgang verzeichneten hingegen Maschinen und Anlagen sowie Steinkohle.

Bei den Lieferungen der „DDR" in die Bundesrepublik waren mit Ausnahme von Eisen und Stahl (minus acht Prozent) alle Warenpositionen am Zuwachs von 639 Mill. DM beteiligt, besonders Textilien und Bekleidung (plus 24 Prozent), Möbel (plus 13 Prozent), Braunkohle (plus 18 Prozent) und Maschinen (plus elf Prozent).

Kritisiert wird die aggressive Preispolitik Ost-Berlins bei Polstermöbeln und anderen Konsumgütern, sie hat zu Preisprüfungsverfahren geführt. Verstärkt drängt die „DDR" außerdem auf den Abschluß von Gegengeschäften bei Auftragserteilung. Diese Gegengeschäfte benachteiligen vor allem die vielen mittleren und kleineren Unternehmen, die in der Mehrzahl am innerdeutschen Handel beteiligt sind.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Koschnick: Gefahr für Vulkan gebannt

Bremen (WW.) – „Die aktuelle Gefahr beim Bremer Vulkan ist gebannt", sagte gestern der Präsident des Senats, Hans Koschnick (SPD). Der Bürgschaftsausschuß habe einstimmig den Vorstellungen der Landesregierung zur Rettung des schwer angeschlagenen Schiffsbaubetriebes zugestimmt. Am Dienstagabend hatten die Banken schon grünes Licht gegeben. Der Bremer Senat engagiert sich mit – wie berichtet – 40 Mill. DM; die Hausbank etwa in gleicher Höhe, um zwei nicht abgenommene Schiffe zu finanzieren. Jetzt seien die Werften in der Pflicht, weitere Vorschläge zu entwickeln, fügte der Bürgermeister hinzu. Schließlich gehe es darum, langfristig Arbeitsplätze zu sichern und einen Verdrängungswettbewerb zwischen den Werften an der Unterweser zu vermeiden.

Grundig-Gerüchte

Paris (J. Sch.) – Zu den Gerüchten über ein angebliches Gegenangebot des holländischen Philips-Konzerns an Max Grundig verweigert die Verwaltung des französischen Thomson-Konzerns jegliche Stellungnahme. Die Verhandlungen über eine 75,5prozentige Thomson-Beteiligung an der Grundig AG seien inzwischen „abgeschlossen". Jetzt müsse die – am 20. März anstehende – Entscheidung des Bundeskartellamtes über den von Thomson und Grundig gemeinsam vorgelegten Genehmigungsantrag abgewartet werden. Deshalb wäre es für Thomson auch zu früh, von einer eventuellen Ersatzlösung (etwa mit der britischen Thorn) zu sprechen. Die Zeitung „Le Monde" erwartet für den Fall, daß das Projekt Thomson/Grundig scheitert, „schwere Konsequenzen für die industriellen Beziehungen in Europa". Der „Figaro" stellt die Frage, warum sich Max Grundig schließlich nicht mit technischen Abkommen mit Thomson oder/und Philips begnügen sollte.

Schwacher Reise-Sommer

Bonn (DW.) – Mit einem Teilnehmerrückgang von sechs bis sieben Prozent im Veranstalterreisegeschäft im Touristikjahr 1982/83 (31. 10.) rechnet die Fachzeitschrift „FVW Fremdenverkehrswirtschaft International" in einer Untersuchung über den Pauschalreisemarkt. Die Markteinschätzung basiert auf einer Addition des recht gut gebuchten Winters mit einem Sommergeschäft, das für die Veranstalter in diesen Wochen immer negativer verläuft. Jenseits aller sehr zurückhaltender Firmenangaben geht die FVW davon aus, daß die drei größten deutschen Reiseveranstalter TUI, NUR Touristic und ITS durchweg deutliche zweistellige Buchungsrückstände für den Sommer 1983 aufweisen.

Den Senat passiert

Washington (Sbt.) – Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die USA über ein Schiffahrtsgesetz verfügen, das amerikanische Reeder aus dem Antitrustrecht ausklammert und ihnen die Teilnahme an Linienkonferenzen erlaubt. Mit 64 gegen 33 Stimmen hat der Senat am Dienstag die „Gorton Bill" verabschiedet. Bis auf die Tarifüberwachung durch das Bundesschiffahrtsamt verzichteten die Senatoren einstimmig auf alle Zusätze. Auf das Gesetz warten auch die deutschen Reeder, weil Konferenztarife dann auch in US-Häfen gelten.

Erdgas wird billiger

Essen/Dortmund (dpa/VWD) – In mehreren Städten des Ruhrgebietes und des Münsterlandes wird zum 1. April Erdgas billiger. Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) begründet die Senkung der Gaspreise um vier Prozent für 175 000 Direktkunden und Stadtwerke als Weiterlieferanten mit gefallenen Ölpreisen und den deshalb günstigeren Einkaufsbedingungen. In den Stadtwerken der Ruhrstädte wird die Entwicklung der Ölpreise und ihre Auswirkungen auf die Gaspreise mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Konsequenzen, die sich für die Verbraucher ergeben, werden unterschiedlich sein, je nach den Verträgen der Stadtwerke mit den Ferngasgesellschaften.

BERLINER WIRTSCHAFT

DIW: Der Aufschwung läßt weiter auf sich warten

PETER WEERTZ, **Berlin**

In Berlin rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1983 weder in der Konjunktur noch auf dem Arbeitsmarkt mit einem Wandel. Es sagt vielmehr einen weiteren Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um ein halbes Prozent und der Beschäftigung um 2,5 Prozent auf im Durchschnitt 790 000 Erwerbstätige voraus. Im vergangenen Jahr hatte das Sozialprodukt um ein Prozent und im Jahresdurchschnitt die Beschäftigtenzahl um 2,5 Prozent auf 810 000 abgenommen.

Vor allem im verarbeitenden Gewerbe erwartet das Berliner Forschungsinstitut einen Rückgang der Beschäftigten um vier Prozent auf im Jahresdurchschnitt 161 000. Der Auftragseingang in der Berliner Industrie war nach Angaben des Instituts im Vorjahr um ein Prozent niedriger als 1981. Gleichzeitig lag jedoch die industrielle Nettoproduktion 1982 infolge der positiven Entwicklung der Büromaschinenindustrie um drei Prozent höher als im Vorjahr. Produktionseinschränkungen gab es aber im Maschinenbau, der elektrotechnischen Industrie und dem Fahrzeugbau (Motorräder).

Mit einer Belebung der Industrieproduktion rechnet daher das Institut in diesem Jahr nicht. Nach seiner Ansicht wird vielmehr die Arbeitslosenquote, die 1982 im Durchschnitt 8,7 Prozent betrug, weiter auf elf bis zwölf Prozent steigen. „Infolge der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung gingen vom Arbeitsmarkt 1982 auch keine Impulse zur Stabilisierung der Einwohnerzahl aus", bedauert das Institut.

Im Gegensatz zum Bundesgebiet ist allerdings in Berlin die Bautätigkeit um ein Prozent real gewachsen, vor allem der Wirtschaftsbau hat zugenommen.

LEISTUNGSBILANZ / Eine Untersuchung des HWWA-Instituts

Überschuß soll sich 1983 verdoppeln

JAN BRECH, **Hamburg**

Die deutsche Leistungsbilanz, die im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit 1978 wieder mit einem Überschuß von 7,5 Mrd. DM schloß, wird auch 1983 einen positiven Saldo ausweisen. Nach Schätzungen des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung dürfte der Überschuß auf rund 15 Mrd. DM steigen. Das HWWA unterstellt bei dieser Prognose, daß die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz, wenn überhaupt, deutlich geringer zunehmen werden als der Überschuß in der Handelsbilanz.

Der Überschuß in der Handelsbilanz, der 1982 auf die Rekordhöhe von 51,2 Mrd. DM gestiegen war, wird sich nach Meinung des HWWA in diesem Jahr aufgrund nochmals günstiger Terms of Trade weiter erhöhen. Auf der Exportseite gebe es Anzeichen für eine Stabilisierung der Auslandsnachfrage. Vor allem in den USA erwartet das HWWA im Laufe dieses Jahres eine wirtschaftliche Erholung. Die generelle Belebung der Weltkonjunktur werde die Unsicherheiten für den Welthandel mildern und zusätzliche Impulse für den Export der Bundesrepublik auslösen.

Dies dürfte zwar nicht ausreichen, um einen Konjunkturanstieg auf breiter Front zu bewirken, könnte die binnenwirtschaftlichen Aufwärtstendenzen aber wirkungsvoll unterstützen. Selbst unter der Annahme, daß die reale Warenausfuhr in den kommenden Monaten wieder zunimmt, wird sie wegen des sehr niedrigen Ausgangsstands das Vorjahresergebnis ohnehin nicht ganz erreichen. Bei den realen Warenausfuhren rechnet das HWWA ebenfalls mit einer Zunahme.

Die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz werden sich nach Meinung der Hamburger Wirtschaftsforscher dagegen kaum erhöhen. Die Ausgaben für Auslandsreisen dürften weiter abnehmen, und bei den Übertragungen des Staates an das Ausland ist der Spielraum für erhöhte Leistungen wegen der angespannten Haushaltslage gering. Die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter schließlich werden bei noch steigender Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen.

Die wechselhafte Entwicklung der Leistungsbilanz in den letzten fünf Jahren, die 1978 mit 18 Mrd. DM Überschuß, 1980 mit 30 Mrd. DM Defizit und 1982 wieder mit 7,5 Mrd. DM Überschuß schloß, ist in der Bundesrepublik entscheidend von der Handelsbilanzentwicklung geprägt worden. Vor allem der Handel mit den Opec-Staaten spielte eine wichtige Rolle. Der Außenhandelssaldo, der sich in den Jahren 1978 bis 1980 um rund 20 Mrd. DM verschlechtert hatte, hat sich 1981 und 1982 um fast den gleichen Betrag ins Positive verkehrt. Ähnlich war die Entwicklung gegenüber den USA.

MANAGER / Gehaltsstudie von Kienbaum

Schweiz auf Spitzenplatz

H. SIEBECKER, **Gummersbach**

Unter Westeuropas Managern werden die Schweizer am besten bezahlt. Dies ergab eine Untersuchung der Gummersbacher Kienbaum Vergütungsberatung. Dabei wurden Jahresbruttoeinkünfte (inklusive Erfolgsbeteiligung sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld) für jeweils drei vergleichbare Management-Positionen in 16 europäischen Staaten für eine bestimmte Unternehmensgröße errechnet (Bundesrepublik Deutschland 100 Prozent). Es handelt sich um die Positionen Leiter Finanzen, Vertrieb und Personal.

Dabei nimmt die Schweiz mit 163 Prozent den Spitzenrang ein. Die nächsten Topränge belegen Belgien mit 130, Frankreich mit 120, Dänemark mit 112, Norwegen mit 108 und Deutschland mit 100 Prozent. Im Mittelfeld rangieren Schweden und die Niederlande mit 96, Finnland und Österreich mit 86, Italien mit 82 und Spanien mit 75 Prozent. In Spanien und Italien wuchsen die Gehälter im Vergleich zu den anderen Ländern aufgrund der hohen Inflationsraten in den letzten Jahren enorm an. Schlußlichter sind Großbritannien mit 61, Irland mit 59, Griechenland mit 49 und Portugal mit 41 Prozent. Dabei scheint sich Portugal mit seinem enormen Nachholbedarf langsam an das Gehaltsniveau der übrigen Staaten heranzuarbeiten.

Gehaltsindexierungen in Belgien, Frankreich, Italien und Dänemark haben die Management-Gehälter in diesen Ländern in den letzten Jahren stark anwachsen lassen. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage weicht man jedoch mehr und mehr von den gesetzlich fixierten, regelmäßigen Anpassungen der Bezüge an die Lebenshaltungskosten ab und führt nur noch Teilanpassungen durch.

Die Gehaltsstruktur wird in der Regel durch eine instabile Entwicklung des Preisniveaus sowie eine schlechte Wirtschaftslage negativ beeinflußt. Das gleiche gilt für starke Wechselkursschwankungen. Ein Vergleich der Verkaufsleiter-Positionen (keine Geschäftsleitungsebene) in den 16 Industriestaaten (Unternehmen mit durchschnittlich 100 bis 100 Mill. DM Jahresumsatz) ergibt Gehaltswerte von 42 000 DM pro Jahr bis 165 000 DM (Bruttojahresbezüge ohne Abzüge).

Auch hier nimmt die Schweiz mit 165 000 DM den Spitzenrang ein, gefolgt von Belgien mit 136 000, Frankreich mit 126 000, Dänemark mit 125 000, Norwegen und Deutschland mit 110 000, den Niederlanden mit 105 000 und Schweden mit 102 000 DM.

Interessant sind auch die unterschiedlichen Einkommensteuerbelastungen der leitenden Angestellten in Europa. Dabei schneiden die Schweizer und Franzosen am günstigsten ab. Die Deutschen, Briten und Italiener bewegen sich im mittleren Bereich. Die Sozialversicherungsbeiträge sind allerdings in Deutschland viel höher als in den anderen europäischen Staaten. In Schweden liegen die Nettobezüge ausgesprochen niedrig. Dort zahlen leitende Angestellte keine Beiträge zur Sozialversicherung, die Steuerbelastung ist jedoch sehr hoch.

Die meisten westeuropäischen Führungskräfte erhalten 13 Monatsgehälter. In Österreich und Portugal werden in der Regel 14 Monatsgehälter ausgezahlt. Die Höhe der Erfolgsbeteiligung (Prämien, Tantiemen u. ä.) ist unterschiedlich. Sie liegen im Mittelbereich bei 10 bis 15 Prozent der Grundbezüge und in Schweden und Deutschland bei 15 bis 20 Prozent. In Portugal, dem Land mit den niedrigsten Management-Bezügen, trifft man nur selten Erfolgsbeteiligungen an.

Nahezu alle europäischen Staaten verfügen über gesetzlich fixierte oder vom Staat kontrollierte Sozialversicherungssysteme. Der Umfang der Absicherung durch staatliche Sozialversicherungen, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam durch Beiträge finanziert werden, differiert in Westeuropa sehr. Diese Systeme vereinigen meistens Altersversorgungs-, Krankenversicherungs- und Arbeitslosigkeitsleistungen. Sie sind allerdings in jedem westeuropäischen Land anders gestaltet. So fallen in Irland die Versorgungsleistungen im Vergleich zu Schweden oder zu Deutschland minimal aus. In Schweden müssen Renten und Krankengeld allerdings versteuert werden.

Da die steuerlichen Sozialleistungen normalerweise bei Führungskräften den Lebensstandard bei weitem nicht sichern können, werden sie durch betriebliche Sozialleistungen wie zusätzliche Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherungen und betriebliche Altersversorgungspläne ergänzt. Diese Zusatzleistungen sind in allen westeuropäischen Ländern üblich. Die Verbreitung und Höhe ist jedoch unterschiedlich. Die betriebliche Altersrente der Manager beläuft sich im Durchschnitt in Westeuropa (einschließlich staatlicher Rente) auf etwa zwei Drittel der letzten Festbezüge. In einigen Staaten (Irland, Spanien, Portugal) ist die staatliche Grundrente sehr niedrig und muß in größerem Umfang durch betriebliche und private Versorgungssysteme für Führungskräfte ergänzt werden.

DIE GRÜNEN / IW: Programm voller Widersprüche und Illusionen

„Die Rückkehr zu Opas Agrarstaat“

HEINZ HECK, **Bonn**

„Die Grünen stellen nützliche Fragen, geben aber Antworten, die an der Wirklichkeit vorbeigehen.“ Dieses Fazit zieht das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) aus den bisher bekanntgewordenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der neuen Aspiranten auf ein Bundestagsmandat. Nach Meinung des Instituts stecken diese Vorstellungen „voller Widersprüche und Illusionen“. So forderten die Grünen zum Beispiel, daß die Sozialleistungen nicht gekürzt, der Sozialstaat sogar ausgebaut und zudem ein Mindesteinkommen ohne Bedürfnisnachweis gezahlt würde.

Zugleich wollten sie aber die materiellen Grundlagen zerstören, die solche Sozialleistungen erst ermöglichen: Die industrielle Produktion soll zugunsten einer ökologischen Landwirtschaft abgebaut und die Verflechtung der Bundesrepublik in den Weltmarkt beseitigt werden. In einem neuen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus angesiedelten Wirtschaftssystem solle künftig in kleinen, dezentralisierten Einheiten mit Hilfe vor allem sanfter Energien produziert werden. „Dies bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland den Abstieg auf den Standard eines Entwicklungslandes und die Rückkehr zu Opas Agrarstaat“, meint das IW.

Das Institut sieht in den bisherigen programmatischen Äußerungen der Grünen ein Sammelsurium von Ideen, die unter anderem schon Marx und nach ihm andere entwickelt hätten: Abschaffung der entfremdeten Lohnarbeit, Arbeiterselbstverwaltung, Rätesystem, Basisdemokratie, wirtschaftliche Autarkie und Verwandlung der Bundesrepublik in einen Agrarstaat.

Die Grünen sagten dagegen nicht, was sie unter dem von ihnen geforderten „sozialen“ (im Gegensatz zu den von ihnen abgelehnten quantitativen) Wachstum verstehen. Auch fehle jeder Hinweis darauf, was die von ihnen verlangten Verbesserungen kosten und wie sie finanziert werden sollen.

Zwar gäben sich die Grünen technikfeindlich, erklärten jedoch, daß „durch den Einsatz moderner Technologie heute vielfach eine Arbeitsproduktivität erreicht wird, die es bereits jetzt ermöglichen würde, die wirtschaftliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erheblich zu verkürzen“. Dabei gelte die 35-Stunden-Woche den Grünen offenbar nur als „Einstieg“. Das Institut erinnert daran, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden bei vollem Lohnausgleich die Gesamtwirtschaft mit zusätzlichen Kosten von 110 Milliarden Mark belasten würde.

Ebenso sieht das IW einen Widerspruch darin, daß die Grünen „voller Wissenschaftsgläubigkeit“ auf bahnbrechende Innovationen bei der Nutzung der Sonnen- und Windenergie setzten, den Wissenschaftlern und Technikern jedoch nicht die Beherrschung und Weiterentwicklung herkömmlicher Energietechniken zutrauten.

FRANKREICH / Konjunktur-Befragung

Warten auf die Belebung

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Während sich in der Bundesrepublik die Anzeichen für eine Wiederbelebung der Konjunktur mehren, wird in Frankreich mit einer weiter abfallenden Industrieerzeugung gerechnet. Allerdings werde der Rückgang im Laufe der nächsten Monate abflachen und zur Jahresmitte in die Stagnation münden, meinen die Unternehmer in ihrer jüngsten Befragung durch das Nationalinstitut für Statistik (INSEE).

Inzwischen beginnt sich jedoch auch das französische Konjunkturbild an einigen Stellen etwas aufzuhellen. Vor allem im Investitionsgüterbereich sind die Inlandsaufträge, insbesondere des Staates und der staatlichen Unternehmen, deutlich gestiegen. Trotz anhaltend schwacher Auslandsnachfrage haben die Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrie insgesamt etwas zugenommen.

Sehr unterschiedlich verlief die Entwicklung im Konsumgüterbereich: Die erneuten Einbrüche bei Möbeln und elektrischen Ha[...] haltsgeräten wurden durch die [...] te Nachfrage nach Textilien u[...] anderen Artikeln des laufen[...] Verbrauchs kompensiert. Die V[...] räte des Handels hielten sich w[...] terhin auf einem „ziemlich nie[...] gen“ Stand, heißt es in der Be[...] gung.

Einen Sonderfall bildet die Au[...] mobilindustrie, die in letzter Z[...] streikbedingte Produktionsau[...] le verbuchte und eine Vermin[...] rung ihrer Auftragsbestände [...] Kauf nehmen mußte. Auch ließ [...] französische Autoexport na[...] während ausländische Wagen[...] ren Marktanteil in Frankreich w[...] ter steigern konnten.

Weiter zurückgenommen wu[...] die Produktion von Zwischen[...] zeugnissen, insbesondere von [...] sen und Stahl sowie von che[...] schen Grundstoffen. Dies war [...] die negative Gesamttendenz a[...] schlaggebend gewesen. Jed[...] scheint sich auch hier eine Stab[...] sierung der Auftragslage anzub[...] nen.

USA / Reagan bringt Gesetz ein

Marktpreise für Erdgas

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Präsident Reagan hat, wie angekündigt, dem amerikanischen Kongreß die stufenweise Rückkehr zu den Gesetzen des freien Marktes auch bei Erdgas vorgeschlagen. Wie bei der Annullierung der Preiskontrollen für in den USA gefördertes Erdöl vor zwei Jahren soll der Preiswirrwarr beseitigt und die Voraussetzung für eine bessere Versorgung der Verbraucher zu vertretbaren Kosten geschaffen werden.

Seit der Verabschiedung des Natural Gas Policy Act von 1978 gibt es in den USA 28 Preiskategorien für Erdgas. Im Durchschnitt beträgt der Bohrlochpreis für „Altgas“ 1,25 Dollar, für „Neugas“ drei, für „Tiefgas“ 7,25 und für „Importgas“ fünf Dollar je 1000 Kubikfuß. Der sogenannte Mischpreis macht zur Zeit 2,75 Dollar aus, zu ihm wird ein Dollar als Pipelinekosten addiert. Als Endpreis zahlen die Privatabnehmer im Durchschnitt 5,50, die Industriebetriebe vier und die Versorgungsunternehmen [...] Dollar.

Nach dem alten Gesetz steige[...] den USA die Erdgaspreise a[...] dann, wenn ein Überangebot [...] steht, die Ölpreise sinken und [...] die Inflationsrate verringert. [...] sen Zwang will Reagan dadu[...] beseitigen, daß alle Kontrakte [...] ausgehandelt werden können [...] der Transport zum Abnehmer [...] jedem vereinbarten Preis v[...] Staat sozusagen garantiert w[...] Der gewichtete neue Du[...] schnittspreis dient dann als Li[...] für alte Verträge. Vom 1. Jan[...] 1985 an kann jeder Partner ein[...] tig aus dem Kontrakt aussteige[...]

Investitionsanreize wer[...] durch das Einfrieren der Bohrlo[...] preise für „Tiefgas“ geschaf[...] Der Verbraucher wird geschü[...] indem Preise, die über der In[...] tionsrate liegen, nur mit Zust[...] mung Washingtons weitergegel[...] werden dürfen. Völlig frei wird [...] US-Erdgasmarkt am 1. Jan[...] 1986.

GROSSBRITANNIEN / Alternativ-Budget

Ausgaben sollen expandieren

WILHELM FURLER, **London**

Die Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen in Großbritannien, die nach dem unerwartet deutlichen Sieg bei den Nachwahlen im Londoner Vorort Bermondsey plötzlich wieder zu einem politischen Höhenflug gestartet ist, hat jetzt detaillierte Vorschläge für ein Alternativ-Budget vorgelegt. Wie berichtet, wird Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe das Regierungs-Budget für das Finanzjahr 1983/84 am 15. März vor dem Parlament verkünden.

Das Alternativ-Budget der Allianz, das in erster Linie auf eine Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit, auf einen weiteren Rückgang der Inflationsrate durch eine Kürzung der Mehrwertsteuer, auf eine Wiedererstarkung der britischen Wirtschaft sowie auf ein verbessertes Hilfeprogramm für die armen Bevölkerungsschichten abzielt, ist von den meisten Kommentatoren überraschend positiv aufgenommen worden.

Im Mittelpunkt der Alternativ-Vorschläge steht eine leicht expansionistische Ausgabenpolitik, mit der die Arbeitslosigkeit noch im Verlauf des Anfang April beginnenden Finanzjahres 1983/84 um 465 000 reduziert werden könnte. So sollte nach Ansicht der SDP-Liberale-Allianz der staatliche Kreditbedarf um 5,15 Milliarden Pfund (knapp 19 Milliarden Mark) über den gegenwärtigen Kreditrahmen von 5,7 Milliarden Pfund ausgeweitet werden. Der Gesamtkreditbedarf von 10,85 Milliarden Pfund läge um etwa drei Milliarden Pfund über dem im mittelfristigen Finanzplan der Regierung festgeschriebenen Betrag.

Nach Schätzungen der Allianz könnte mit dem auf diese Weise finanzierten Hilfspaket das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt über den im kommenden Finanzjahr zu erwartenden Wachstumssatz angehoben werden. Darüber hinaus würde der Jahresanstieg der Einzelhandelspreise um mindestens 0,8 Prozent verringert. Der Wert des Pfundes gegenüber den wichtigen Währungen dürfte um 2,35 Prozent fallen.

Im einzelnen sehen die Maßnahmen vor: Erhöhung der staatlichen Investitionen in die Infrastruktur, Abschaffung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung von Herbst dieses Jahres an, Steuerhilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Reduzierung der Mehrwertsteuer von 15 auf 12,5 Prozent, Erhöhung von Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung und Rentenzahlungen, Verbesserung der Umweltschutz-Maßnahmen sowie Ausweitung des Ausbildungsprogramms für Jugendliche.

OECD: Weniger Anleihen plaziert

J. Sch. **Paris**

Nachdem der internationale Kapitalmarkt im Januar nicht zuletzt wegen der verstärkten französischen Kreditaufnahmen zu 10,9 Mrd. Dollar in Anspruch genommen worden war, sind im Februar dort für nur noch 8 Mrd. Dollar Anleihen (Obligationen und Bankkredite) plaziert worden. Dies lag vor allem daran, daß die USA ihre Emissionen um 4,6 Mrd. Dollar einschränkten. Als Grund dafür nennt der Kapitalmarktausschuß der OECD in seinem jüngsten Monatsbericht die wieder größer gewordene Unsicherheit über die weitere Entwicklung der amerikanischen Zinssätze.

Für die nächsten Monate erwartet der OECD-Ausschuß auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Hilfeaktionen zugunsten der lateinamerikanischen Länder eine „fühlbare Steigerung“ der Beanspruchung des internationalen Kapitalmarktes.

Bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahres war diese mit monatsdurchschnittlich 13,2 Mrd. Dollar erheblich höher gewesen als im Januar und Februar. Im Gesamtjahr 1982 hatte sich gegenüber dem Vorjahr der Gesamtbetrag auf 170,5 (193,7) Mrd. Dollar vermindert. Davon entfielen 71,6 (47,8) Mrd. Dollar auf Anleihen und 98,9 (145,9) Mrd. Dollar auf internationale Bankkredite.

STAATSKONZERNE / Mit Planverträgen

Paris gibt neue Mittel

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die vor einem Jahr von der sozialistischen Regierung Frankreichs verstaatlichten Industriekonzerne sollen in den nächsten drei Jahren über 50 Mrd. F an staatlichen und staatlich garantierten Mitteln erhalten. Sie müssen sich dafür im Rahmen von „Planverträgen“ zu bestimmten Gegenleistungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Investitionen und Neueinstellungen, verpflichten.

Die „volle Autonomie“ der neuen Unternehmenschefs wird dadurch angeblich nicht in Frage gestellt. Aber immerhin sollen sich diese ihrer besonderen Aufgabe bewußt bleiben, als „Speerspitze“ der Wirtschaft die Zukunft Frankreichs als Industrienation zu sichern, und wesentlich dazu beizutragen, daß die hochdefizitäre Handelsbilanz des Landes ins Gleichgewicht gebracht wird.

Bereits 1982 waren den früher und neu verstaatlichten zwölf Industrieunternehmen aus der Staatskasse 9,9 Mrd. F zugeflossen. 1983 werden es 12,45 Mrd. F sein. Dazu kommen rund 5 Mrd. F an staatlichen Darlehen sowie rund 3 Mrd. F an „Beteiligungstiteln“, mit welchen sich die Unternehmen Quasi-Eigenmittel am Kapitalmarkt beschaffen sollen.

Diese börsengängigen Titel sind im Unterschied zu einer Obligation nicht zeitlich befristet und nu[...] Falle der Liquidierung des St[...] unternehmens rückzahlbar. [...] einer Aktie unterscheidet sie [...] darin, daß ihre Inhaber k[...] Stimmrechte besitzen. Imme[...] aber werden die Titel nur zum [...] (wie eine Obligation) fest verz[...] Im übrigen richtet sich ihre Ve[...] sung nach variablen Faktoren, [...] unter auch nach dem erwirtsc[...] teten Reingewinn.

In dieser Beziehung können [...] die Interessenten vorerst aber w[...] keine großen Hoffnungen mach[...] Denn von den verstaatlichten [...] dustriekonzernen hat nur die C[...] pagnie Générale de l'Electri[...] (CGE) 1982 einen Reingewinn [...] bucht. Alle anderen Gesellsch[...] gerieten mehr oder weniger tie[...] die roten Zahlen. Ihre noch ni[...] völlig bekannten Verluste wer[...] auf 15 Mrd. F geschätzt, nachd[...] sie 1981 (vor der Verstaatlichu[...] erst 12,45 Mrd. F erreicht hatten[...]

Inzwischen sind die noch am [...] nigsten notleidenden Staatsbet[...] be CGE, Saint-Gobain, Rhô[...] Poulenc, Thomson-Brandt und [...] nault von der Regierung zur Em[...] sion von jeweils 500 Mill. F Bete[...] gungstiteln ermächtigt word[...] Die Zinsmodalitäten dafür s[...] noch nicht bekannt. Die übrig[...] Bedingungen der Planvertr[...] werden aus Wettbewerbsgrün[...] geheimgehalten.

Gesetzesänderung für Zeitarbeit?

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die gut 500 deutschen Zeitarbeitsunternehmen sind von der Konjunkturentwicklung nicht verschont geblieben. Die Branche hätte ihren durchschnittlichen Personalbestand 1982 schätzungsweise auf 35 000 (40 000) Mitarbeiter abgebaut, erklärte Werner Then, Sprecher des Bundesverbands Zeitarbeit.

Der weitaus überwiegende Teil der Arbeitskräftereduzierung sei allerdings über die branchentypisch starke Fluktuation von etwa einem Drittel des Personals – insgesamt werden im Jahr etwa 200 000 Menschen im Wechsel beschäftigt – bewältigt worden. Vereinzelt habe es aber auch Entlassungen gegeben.

Entgegen der landläufigen Vorstellung hielten immerhin zwei Drittel der Zeitarbeiter langfristig an ihrem „Job“ fest, teilweise bis zu mehr als zehn Jahren. 10 bis 20 Prozent werden dagegen mit schöner Regelmäßigkeit in feste Stellen „abgeworben“.

Trotz der Einbußen, die den Branchenumsatz im vergangenen Jahr auf 1,8 (2) Mrd. DM gedrückt haben dürften, sieht Then noch Chancen für eine zusätzliche, freilich nur zeitweilige, überbetriebliche Beschäftigung von 20 000 bis 30 000 Arbeitskräften. Dazu wäre freilich die Lockerung von zwei Passagen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes notwendig: des Verbots der Beschäftigung an einem Arbeitsplatz für mehr als drei Monate und des Gebots der Beschäftigung an mindestens zwei Arbeitsplätzen hintereinander.

NAMEN

Helmut Mader, Vorstandsvorsitzender der Esüdro-Einkaufsgenossenschaft Deutscher Drogisten eG., *Mannheim*, feiert am 4. März den 60. Geburtstag.

Dr. Fritz Deymann wird zum Jahresende aus Altersgründen als persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Reuschel + Co., München, ausscheiden und in den Verwaltungsrat wechseln. Seine Stelle wird **Dr. Ernst Thiemann**, Dresdner Bank, übernehmen, [...] am 1. Mai 1983 als persönlich haft[...] der Gesellschafter eintritt.

Hans Thierfelder, Inhaber [...] Arwa Ltd., in Parys, Südafrika, v[...] endet am 4. März das 70. Lebensja[...]

Hans Georg Pleitgen, Marketi[...] Direktor Baumaschinen der In[...] national Harvester Company m[...] Neuss, scheidet aus dem Untern[...] men aus, um am 1. März 1983 e[...] neue Aufgabe in der Dresser Eur[...] S. A., International-Hough D[...] sion, Heidelberg, zu übernehme[...]

DÜSSELDORFER BÖRSE / Spargeld muß hin zum Risikokapital kanalisiert werd[...]

Bei Aktien nur ein Entwicklungslan[d]

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Eine weitere Pleitewelle wie im traurigen Zeitraum 1980/82 könne sich die deutsche Wirtschaft einfach nicht leisten. Die in Jahrzehnten festgefressenen Sünden einer Spargeld-Fehlleitung am Risikokapital vorbei mit entsprechender Finanzstrukturschwäche allzuvieler Unternehmen müßten endlich gestoppt und in ihren schlimmen Folgen allmählich geheilt werden. Vor dieser Konsequenz könne keine „so oder so“ aus der Wahl hervorgehende neue Bundesregierung länger ausweichen.

Mit diesem Tenor fordern für den Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf die Bankiers Alfred Freiherr von Oppenheim (Präsident) und F. Wilhelm Christians (Vizepräsident) den baldigen Beginn neuer Strategien zur Förderung des Aktiensparens. „Mit großer Sorge“ kommentieren sie dazu die nun im 1982er Jahresbericht dieser zweitgrößten deutschen Wertpapierbörse vorgelegten Daten zum anhaltenden Niedergang des Aktiensparens in der Bundesrepublik:

Von 1980 bis 1981/82 hat sich der Aktienanteil am Kurswert aller jährlichen Wertpapieremissionen um zwei Drittel auf 8 Prozent vermindert. Um gleichfalls zwei Drittel auf nur noch 3,8 Prozent (Ende 1981) sank der Aktienanteil am gesamten Geldvermögen der privaten Haushalte. Die Zahl der börsennotierten deutschen Aktiengesellschaften ging um ein Fünftel auf 451 zurück. Um gleichfalls ein Fünftel sackte laut Bundesbank-Bilanzstatistik in Produktion und Handel die Eigenkapitalquote der Unternehmen auf nur noch 20,5 Prozent (1981) ab.

Im Industriepotential der drittgrößte, im Export sogar der zweitgrößte Wirtschaftsraum der freien Welt, „bei Aktien aber ein Entwicklungsland“, charakterisierte Christians mit Blick auf die in allen wichtigen Industrieländern der freien Welt vielmals größere Zahl börsennotierter Aktiengesellschaften sarkastisch die deutsche P[...] tion. In das für solche Lage ver[...] wortliche Ursachenbündel geh[...] natürlich, und der Börsenvorsta[...] vernebelt das nicht, vorrangig [...] über die Jahre hinweg stets gr[...] Renditerückstand der Aktien [...] genüber den Festzins-Papier[...] Hier (1982) mit Steuergutsch[...] 5,46 Prozent, dort 9,2 Prozent. [...] nigstens eine Annäherung die[...] Renditeniveaus zugunsten des [...] sikopapiers Aktie sei unerläßli[...] Und relativ leicht zu bewerkste[...] gen, wenn endlich die Aktie an[...] ren Sparanlageformen steuer[...] voll gleichgestellt werde.

Zu den vorbereiteten weite[...] Vorschlägen wirksamer Aktienf[...] derung hielt sich der Vorstand [...] Düsseldorfer Börse zwar noch [...] deckt. Aber nicht von ungefähr [...] sümiert er im Jahresbericht [...] „Nachbarländern“ wie Frankre[...] Belgien und Schweden die dort [...] den letzten Jahren unternom[...] nen und „sehr erfolgreichen“ p[...] tischen Schritte zur Aktienför[...] rung.



DEUTSCHE LEASING / 1982 gut abgeschnitten

Neugeschäft zog kräftig an

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „klare Vorboten eines Wechsels im Investitionsklima" wertet Albrecht Dietz, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Leasing AG (DL), Frankfurt, das lebhafte Neugeschäft in allen von der DL angebotenen Leasing-Sparten: In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres *1982/83 (30. 9.)* verbuchte die Gruppe 305 Mill. DM Neugeschäft, das sind 21 Prozent mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Auch unter Berücksichtigung der wegen der Investitionszulage vorgezogenen Bestellungen bleibe ein echter Nettozuwachs von rund 14 Prozent, betonte Dietz.

Rund 100 Mill. DM des Neugeschäfts stammen von der im Juni 1982 gegründeten LGS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH, mit der inzwischen über 130 Sparkassen im Bundesgebiet zusammenarbeiten. Die zweite Neugründung der DL, die Deutsche Objekt-Leasing GmbH, mit der der Vorstoß ins Immobilien-Leasing erreicht wurde, trägt 30 Mill. DM zum Neugeschäft des laufenden Geschäftsjahres bei.

Neben dem Vorstoß in neue Teilmärkte hat sich, wie Dietz betonte, auch die Zinsentwicklung, die eine Senkung der Mietpreise erlaubte, positiv auf die Abschlußtätigkeit ausgewirkt. Für das ganze Geschäftsjahr rechnet Dietz mit einem zweistelligen Wachstum. Auch nach dem Vorstoß in das Immobilien-Leasing will die DL an dem Prinzip der „breiten Objekt-Streuung ohne kopflastige Größenstruktur" festhalten. Diese Politik habe sich durch eine geringe und in letzter Zeit wieder tendenziell fallende Insolvenzquote bei den DL-Kunden ausgezahlt.

Das Geschäftsjahr 1981/82 wertet der Vorstand der DL als „echte Bewährungsprobe" für die Leasing-Branche, in der die Gruppe Deutsche Leasing „sehr gut abgeschnitten" habe. Bei insgesamt stagnierendem Mobilien-Leasing habe die Gruppe ein Plus von 7,8 Prozent auf 608 Mill. DM im Neugeschäft erzielt. Dazu hätten vor allem Computer- und Auto-Leasing beigetragen.

Ausgeliefert wurden, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, davon im letzten Geschäftsjahr für 520,6 (579) Mill. DM Mietobjekte, was den Bestand an Mietausrüstungen (zu Anschaffungswerten) auf 2,7 (2,5) Mrd. DM (im Konzern) steigen ließ. Das Verhältnis Restbuchwert zu Anschaffungswert stellt sich auf 44,8 (48,3) Prozent. Die Mieteinnahmen (Umsatz) nahmen um 8,5 Prozent auf 706 (651) Mill. DM zu; das ausstehende Mietvolumen macht 1,92 (1,85) Mrd. DM aus. An ihre Eigner (mehrere Landesbanken, darunter WestLB mit 36 und Bayerische Landesbank mit 26 Prozent) schüttet die DL 12 (14,1) Mill. DM aus; die Rücklagen werden mit 4 (5) Mill. DM dotiert.

KWU / Dividende auf 16 Prozent angehoben – Unzufrieden mit Auslastung der Werke Mülheim und Berlin

Auftragsbestand von über 30 Milliarden Mark

HANS BAUMANN, Mülheim

Bei der Gründung der Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim, 1969 hatte er sich ein Ziel gesetzt: Die Dividende muß das Dividendenmaß von Mutter Siemens erreichen. Im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) hat Vorstandsvorsitzender Klaus Barthelt es geschafft. Aus einem Ergebnis nach Steuern von 50 (35) Mill. DM zahlt KWU 16 (11) Prozent auf das Aktienkapital von 311 Mill. DM.

Aber nicht nur die Dividende signalisiert eine für die Zukunft gewappnete KWU, die wegen ihrer langfristigen Anlagengeschäfte größten Wert darauf legen muß, bei ihren Kunden als gesicherter Partner zu erscheinen. Diesen Eindruck vermittelt auch der Auftragsbestand, der zum Ende des Berichtsjahres auf 25,2 (23,6) Mrd. DM gewachsen ist. Zählt man das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres mit, so hat der Auftragsbestand die Marke von 30 Mrd. DM bereits überschritten. Von den 25,2 *Mrd. DM entfallen 19,3 (18,6) Mrd.* DM auf Inlandsaufträge und 5,9 (5,0) Mrd. DM auf Aufträge aus dem Ausland. Die Kernkraftwerke dominieren nach wie vor. Sie haben einen Auftragswert von 22,1 (21,6) Mrd. DM. Für fossil befeuerte Kraftwerke hat die KWU Aufträge über 3,1 (2,0) Mrd. DM in den Büchern.

Zukunftsweisend ist auch die Entwicklung der Investitionen. Sie wurden im Berichtsjahr um 25 Prozent auf 94 Mill. DM erhöht. Der Aufwand dafür soll auch in den kommenden Jahren in dieser Größenordnung beibehalten werden. Unverändert hoch sollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bleiben. Im Berichtsjahr wurden dafür 186 (182) Mill. DM eingesetzt.

Die Zahl der Mitarbeiter bei der KWU ist um 3 Prozent auf 14 451 gestiegen. In welchem Maße auf Qualifikation gesetzt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der Mitarbeiter effektiv um 400 stieg. Außerhalb der Werke aber erhöhte sich die Zahl der Ingenieure um 570, in der Fertigung trennte *sich die KWU von 220 Mitarbeitern.* Barthelt beklagt die schlechte Beschäftigung der Werke, die allerdings nur zu rund 10 Prozent zum Umsatz beitragen. Die Kapazität wurde nur noch zu 45 (52) Prozent ausgelastet. Der Umsatz der KWU stieg im Berichtsjahr von 3,9 auf 5,2 Mrd. DM, darin sind allerdings enthalten Bestandsveränderungen bei unfertigen und fertigen Erzeugnissen von 0,32 (1,59) Mrd. DM.

Wenn er auch nicht unzufrieden ist mit den vergangenen fünf Quartalen, so drückt Barthelt der Schuh doch sogleich an drei Stellen:

- Die Auslastung der Werke in Berlin und in Mülheim ist viel zu gering.
- Die Stromverbrauchszuwachsrate, die sich gegen Null bewegt, dämpft deutlich die Investitionsbereitschaft der Kraftwirtschaft.
- Die Finanzschwäche vieler potentieller Abnehmerländer hemmt das Exportgeschäft ebenso wie die Finanzierungsschwäche für Exportgeschäfte der Bundesrepublik.

Doch Barthelt wäre nicht Barthelt, hätte er nicht auch Positives zu berichten. Als erstes nennt er das „akzeptable" Ergebnis. Auf *Platz zwei steht die Tatsache, daß* KWU zum erstenmal seit fünf Jahren erste Teilerrichtungsgenehmigungen erhielt, und zwar für die drei Konvoi-Kernkraftwerke Isar II in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckar-Westheim II in Baden-Württemberg. Zwei von diesen drei Aufträgen liegen bereits seit 1975 bei der KWU, es hat also sieben Jahre gedauert, ehe *nun mit der Arbeit begonnen* werden konnte. Seit ihrer Gründung hat die KWU 16 Kernkraftwerke gebaut mit einer Leistung von 12 127 MW. Zur Zeit sind weitere 13 Blöcke in Bau, für zwei fehlt noch die Baugenehmigung (Wyhl und Biblis C). Der Auftragsbestand für Kernkraftwerke beläuft sich damit auf 19 133 MW. Hinzu kommen 79 fossil befeuerte Kraftwerke und Einzelturboblöcke mit einer Leistung von weiteren 21 556 MW, davon allein 53 aus dem Ausland mit 15 021 MW Leistung.

Mit größtem Stolz erfüllt die KWU die Verfügbarkeit der von ihr errichteten Druckwasserreaktoren, die im Kalenderjahr 1982 rund 84 Prozent betrug. „Das sind satte 25 Prozent mehr als der Durchschnitt der Druckwasserkernkraftwerke der westlichen Welt", sagt Barthelt.

P+S

Hoher Verlust im ersten Quartal

K. W. Hannover

Die Lage der deutschen Stahlindustrie hat sich im letzten Quartal 1982 dramatisch verschlechtert. Wie der Vorstand der zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörenden Stahlwerke Peine Salzgitter AG (P+S), Peine, in einem Zwischenbericht schreibt, fiel die Walzstahl-Nachfrage auf ein seit den 50er Jahren nicht gekanntes Niveau zurück. Gegenüber dem Vorjahresquartal sei die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik um rund 25 Prozent gesunken.

Bei P+S selbst entstand im ersten Quartal 1982/83 (30. 9.) den Angaben zufolge ein hoher Verlust, der deutlich über dem des Vorquartals liegt. Der Vorstand erwartet auch für das zweite Quartal einen hohen Verlust, da eine bessere Absatzlage nicht zu erkennen ist. Im Berichtszeitraum nahmen die Auftragseingänge gegenüber dem Vorquartal deutlich ab, wobei die Einbußen fast ausschließlich im Drittlandexport entstanden.

P+S erreichte mit einer Rohstahlproduktion von 760 000 (790 000) t den niedrigsten Quartalswert seit Bestehen des Unternehmens. Der Absatz von Walzstahlerzeugnissen ging um knapp 7 Prozent auf 599 000 t zurück, und die Umsatzerlöse lagen unter denen des Vorquartals. Da die Anlagenauslastung völlig unzureichend war, mußte P+S die Kurzarbeit zum Jahreswechsel ausweiten. Bei der Salzgitter Stahl GmbH entstand infolge von Erlöseinbußen im Inland ein Verlust, der nicht durch das positive Ergebnis im Export ausgeglichen werden konnte.

Handwerk zur Messe mit Zuversicht

lz. München

Nach einem Jahr mit 5 Prozent Umsatzrückgang (4,5 Prozent im Jahr 1981) sieht das deutsche Handwerk zuversichtlich in die weitere Wirtschaftsentwicklung von 1983. „Die von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zeigen Wirkung", erklärte der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Klaus-Joachim Kübler, gestern in München vor Beginn der 35. Internationalen Handwerksmesse (5. bis 13. 3.). Das Konjunkturbild werde heller, es gebe bereits Lichtblicke.

Kübler erwartet vor allem durch die wiederauflebende Bautätigkeit in der zweiten Hälfte dieses Jahres und 1984 Impulse auch für andere Wirtschaftsbereiche wie Wohnungsausstattung und Zuliefererwesen. Auch der im Handwerk bestehende Nachholbedarf an Investitionen werde deutlich zunehmen. Über die von der Bundesregierung gesetzten Akzente meinte Kübler: „Sie sind geeignet, Pessimismus abzubauen, das Investitionsklima zu verbessern und verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen."

Dennoch wird der Vorjahresumsatz von 370 Mrd. DM voraussichtlich nicht erreicht. Um fast 70 Prozent stieg 1982 die Zahl der Insolvenzen im Handwerk auf 1830 Betriebe, womit ihr Anteil an der Gesamtzahl der Konkurse und Vergleiche von 12,9 auf 15,4 Prozent kletterte. Die Zahl der Beschäftigten sank um 3 Prozent auf rund vier Millionen.

Von der Rezession besonders betroffen sind das Bau- und Ausbaugewerbe, dessen Anteil am Handwerksgesamtumsatz von 40 auf 35 Prozent gesunken ist. Relativ stabil konnten sich allein die Lebensmittelbetriebe halten.

BANKHAUS REUSCHEL / Zinsüberschuß stark gestiegen

Ertrag ging vor Wachstum

DW./VWD, München

Überaus zufrieden kann das Münchener Bankhaus Reuschel & Co. mit dem Geschäftsjahr 1982 sein. Obwohl sich die zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörende achtgrößte deutsche Privatbank nur ein behutsames, aber ertragsorientiertes Wachstum zum Ziel gesetzt hatte, stieg die Bilanzsumme um 3,2 Prozent auf 1,63 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen (einschl. Avale) um 7,4 Prozent auf knapp 2 Mrd. DM. Zudem erreichte nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Bernd Voss das Betriebsergebnis von „deutlich über 1 Prozent" des Geschäftsvolumens eine neue Rekordhöhe. Es dürfte bei etwa 25 Mill. DM anzusetzen sein – Reuschel legt keine Gewinn-und-Verlust-Rechnung vor.

Mit dem um über 20 (27) Prozent gestiegenen Zinsüberschuß werde man in der Bankenlandschaft wohl die „Nase vorne haben", meinte Voss. Und das um deutlich über 10 Prozent höhere Provisionsergebnis müsse nicht für „irgendwelche Aufwendungen" herangezogen werden. Bei geringen außerordentlichen Aufwendungen und einem entschieden verbesserten Ergebnis habe sich auch der Bilanzgewinn „erfreulich" entwickelt.

Keine Sorge gebe es mit den Auslandskrediten. Würde „die Steuer mitspielen", hätte man alle Auslandsrisiken unter Beibehaltung der Ausschüttungsquote „in einem einzigen Jahr herausnehmen" können. Auf das Kapital von 35 Mill. DM werde man eine „anständige Dividende" zahlen – 18 bis 20 Prozent. Den offenen Rücklagen werden 4,7 (10) Mill. DM zugeführt. Als Eigenmittel werden 87,4 (77,4) Mill. DM ausgewiesen.

Das Kundenkreditvolumen der Bank stieg um 10,2 Prozent auf 1,27 Mrd. DM, wobei das Wachstum vom Privatkundengeschäft getragen wurde. Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen wurde mit 30,8 Prozent auf 164,5 Mill. DM nochmals kräftig aufgestockt. Sicht-, Termin- und Spareinlagen erhöhten sich um 2,7 Prozent auf 1,05 Mrd. DM und ließen damit noch Wünsche offen. Auf 768 (733) Mill. DM nahmen die Kundenforderungen zu, während die Forderungen an Kreditinstitute auf 446 (451) Mill. DM zurückgeführt wurden.

Zuversicht zur Messe Kind + Jugend

Stuttgart/Köln (dpa/VWD) – Die deutschen Hersteller von Baby- und Kinderbekleidung aus Maschenware gehen mit „verhaltener Zuversicht" auf die Kölner Internationale Messe Kind + Jugend (18. bis 20. März 1983). Zufrieden mit der Auftragslage für die Frühjahrssaison 1983 zeigen sich die 58 Firmen, die dem „Modekreis Kind + Jugend" des Gesamtverbandes der Deutschen Maschen-Industrie (Gesamtmasche), Stuttgart, angehören. Das bis zehn Prozent höher als vor einem Jahre liegende Auftragsvolumen sichere die Kapazitätsauslastung zu 80 bis 100 Prozent.

1982 habe der Markt für Baby- und Kinderbekleidung aus Maschenware insgesamt ein „noch befriedigendes" Bild gezeigt. Der Gesamtumsatz belief sich einschließlich T-Shirts auf rund 751 Mill. DM.

Jeder fünfte Hersteller von Baby- und Kinderbekleidung rechnet 1983 mit einem besseren Umsatzergebnis als im Vorjahr, jeder dritte mit unverändertem Umsatz, der 1982 in dieser Sparte leicht besser als der *Gesamtdurchschnitt* der Textilbranche war.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ASKO zahlt 6 Mark

Saarbrücken (*VWD*) – Die Verwaltung der ASKO Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, wird für 1982 die Zahlung einer Dividende von 6 DM vorschlagen. Darüber hinaus sollen den Rücklagen „erhebliche" Beträge zugeführt werden. Zur Stärkung des Eigenkapitals war 1981 der Jahresüberschuß von 1,3 (2,3) Mill. DM unter Dividendenverzicht auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Glänzende Ergebnisse

Zürich (AP) – Ungeachtet der weltweiten Wirtschaftsflaute haben die „Großen Drei" im Schweizer Banwesen ihre Erträge 1982 weiter gesteigert und ihre Reservepolster im Hinblick auf die gestiegenen Risiken im In- und Ausland nochmals kräftig verstärkt. Vorn blieb wie auch 1981 die Schweizerische Bankgesellschaft, deren Bilanzsumme um 13 Prozent wuchs und erstmals die 100-Mrd.-sfr-Marke überschritt. Der Schweizerische Bankverein legte um 11 Prozent auf 97 Mrd. sfr zu. Die Schweizerische *Kreditanstalt setzte konsequent auf* das bilanzneutrale Wachstum, so daß die Bilanzsumme mit gut 73 Mrd. sfr praktisch auf dem Vorjahresstand blieb. Allen drei Großbanken gemeinsam sind die beträchtlichen Steigerungsraten beim Cashflow. Dabei legte die Kreditanstalt 1982 mit einer Zunahme um 41 beim Cash-flow am kräftigsten zu. Die Bankgesellschaft und der Bankverein wiesen Zunahmen von 35 und 30 Prozent aus.

Merz Pharma wächst

Frankfurt (dpa/VWD) – Auf die Zukunft vertraut der Frankfurter Pharma- und Körperpflegemittelhersteller Merz + Co., der am 1. März auf sein 75jähriges Firmenjubiläum zurückblickte. Im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 6.) ist der Umsatz des in Familienbesitz befindlichen Stammhauses um 4 Prozent auf 110,7 Mill. DM gewachsen. Noch günstiger habe sich das neue Jahr angelassen: Bis zum 28. Februar betrug der Umsatzzuwachs 7 Prozent. Der Gruppenumsatz der Merz-Gruppe betrug 1981/82 etwa 150 Mill. DM.

Herkules übernimmt

Düsseldorf (Py.) – Die zum schwedischen Papierhersteller Fiskeby AB, Norrköping, gehörende Herkules Verpackungswerke GmbH, Sendenhorst, übernimmt den Betrieb der Natronag Gesellschaft für Verpackungssysteme mbH, Oker. Natronag gehört zum Konzern Papierwerke Waldhof/Aschaffenburg AG (PWA), München. Der Natronag-Betrieb ergänzt die Herkules-Aktivitäten um den Bereich Füllmaschinen. Herkules stellt Papier- und Kunststoffsäcke für die Zement- und Baustoffindustrie, die Ernährungs- und Futtermittelindustrie sowie für die Großchemie her. Die neue Gruppe wird mit 500 Beschäftigten etwa 100 Mill. DM Umsatz haben.

Briam 60 Jahre

Bonn (DW.) – Seinen 60. Geburtstag feiert heute Karl-Heinz Briam, Personalvorstand der Volkswagenwerk AG in Wolfsburg. Der gebürtige Hamburger begann seinen beruflichen Weg als Redakteur bei den Gewerkschafts-Zeitungen. Nach Stationen in der IG-Metall-Zentrale und als Arbeitsdirektor im Vorstand der Fried. Krupp Hüttenwerke AG übernahm er *1978* die Aufgabe des Personalchefs bei VW.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: HSR Heizung-, Sanitär- und Rohrleitungsbau GmbH; **Duisburg:** Nachl. d. Johannes Karl Browarzyk, Kaufm.; **Gütersloh 1:** Nowa-Technik, Kälte-Klima, Heizungs-Sanitär-GmbH; **Hamm 1:** Rudolf Karl Taube; **Heidelberg:** ÖNKA Im- u. Export Warenvertriebs GmbH i.L., Walldorf; **Kleve:** Antonius Konrad Eykholt, Inh. e. Unternehmens f. Elektrobau u. Installation, Kranenburg; **Mönchengladbach:** Restehaus Ernst Mühlen, Kaufmann Ernst Mühlen; **München:** Reinhold G. Kurfer GmbH, Unterhaching; HAPA Bauunternehmen GmbH; Bauunternehmung Dr.-Ing. Boris Kaefer (KG); **Reutlingen:** Uracher Fliesenstudio GmbH, Urach 1; **Rinteln:** Hundertmark & Co. Bauges. mbH, Krankenhagen; **Tostedt:** Nachl. d. Elisabeth Werner geb. Frisch, Appel am See; **Wolfratshausen:** Josef Kastenmüller, Bad Tölz.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Rolladen-Jalousiebauermeister Walter Fiesseler; **Winsen/Luhe:** Kelle Import GmbH & Co. KG, Seevetal 3.

Vergleich eröffnet: Alfeld (Leine): Vetter u. Söhne OHG, Mühle-Brotfabrik; **Sulingen:** Ulrich Langer, Fuhrunternehmer, Inh. d. Otto Plotzitzka, Schäkeln Nr. 9; **Wolfenbüttel:** Willi Diedrich GmbH.

Vergleich beantragt: Recklinghausen: Osthushenrich, u. Wilms o. H. Hosenfabrik, Datteln; Peter Reinard Wilms, Textiltechniker; Helmut Osthushenrich, Textilkaufmann, Datteln; **Weilheim:** Uwatex Vertriebs GmbH, Tutzing.

RUDOLF HELL / Preise und Kosten drückten auf den Ertrag – Gute Fortschritte in der Reprotechnik

Klimaverbesserung in der grafischen Industrie

JAN BRECH, Hamburg

Eine spürbar verbesserte Stimmung in der grafischen Industrie registriert die Rudolf Hell GmbH, Kiel, die zu den weltweit führenden Herstellern der Repro-, Satz- und Informationstechnik gehört. Die Auftragseingänge in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahrs 1982/83 (30. 9.) *lassen* nach Aussage des Sprechers der Geschäftsführung, Ernst-Erich Marhencke, erkennen, daß die Branche langsam aus ihrer bislang schwersten Krise herauskommt.

Bei Hell, die als 100prozentige Tochtergesellschaft der Siemens AG in rund 140 Ländern selbständig arbeitet, sind in den Monaten Oktober bis Februar 1983 Aufträge im Wert von 230 Mill. DM eingegangen. Das sind bereits mehr als die Hälfte der gesamten Auftragseingänge im Berichtsjahr 1981/82. Auch wenn dieser Schub nicht über das ganze Jahr anhalten werde, so betont Marhencke, gehe man davon aus, daß das reale Umsatzvolumen und auch die Rendite gehalten werden könne. Die Preise in der grafischen Industrie dürften 1983 nochmals um 1 bis 2 Prozent zurückgehen, nachdem sie 1982 bereits um fast 4 Prozent nachgegeben *hatten.*

Im Berichtsjahr 1981/82 hat Hell wegen rezessiver Tendenzen auf fast allen Industriemärkten das stürmische Wachstum früherer Jahre zwar nicht wiederholt, die Positionen jedoch weiter gefestigt. Dank der angebotenen Spitzentechnologie und der weltweiten Infrastruktur mit 25 Demonstrations- und Ausbildungszentren in Europa und Übersee habe Hell nominal nochmals 12 und real 16 Prozent an Umsatz zugewonnen, erklärt Marhencke. Das Gesamtvolumen erreichte 444,5 Mill. DM, wobei die Zuwachsrate im Inland magere 2 Prozent, im Ausland (Umsatzanteil 70 Prozent) 16 Prozent betrug.

Erhebliche Fortschritte hat Hell vor allem in der Reprotechnik gemacht, die inzwischen rund 80 Prozent zum Umsatz beisteuert. Hell ist in diesem Bereich weltweit fast überall marktführend mit Anteilen *von zum Teil über 50 Prozent* (so etwa in den USA). Bei Scannern liefert das Unternehmen weit mehr als die Hälfte des gesamten Weltbedarfs. Gute Umsatzzuwächse seien auch in der Satztechnik erreicht worden, berichtet Marhencke.

Solide, wenn auch nicht mehr so glanzvoll wie in früheren Jahren, blieb die Ertragskraft. Der um 35 Prozent niedriger ausgewiesene Jahresüberschuß von 14,5 Mill. DM und die von 5,6 auf 3,3 Prozent verschlechterte Rendite lassen zwar die negativen Wirkungen von sinkenden Preisen und steigenden Kosten erkennen, doch spiegeln diese Zahlen den Rückgang des Betriebsergebnisses nur bedingt wider. *Hell habe im* Berichtsjahr bei sehr konservativer Bilanzierung die Risikovorsorge erheblich erhöht und Reserven im steuerlich möglichen Umfang gebildet, erklärt Marhencke.

Abgebaut hat Hell auch die Belegschaft. Der technologische Strukturwandel hin zur Mikroelektronik müsse sich zwangsläufig auf den personellen Bereich auswirken, betont Marhencke. Die Zahl der Beschäftigten ist bis Ende Januar auf 2122 gesunken. 1982 hatte Hell noch 2348 Mann beschäftigt.

Die Innovationskraft von Hell, das heute 94 Prozent des Umsatzes mit Produkten erzielt, die nicht älter als fünf Jahre sind, sei ungebrochen. Für Forschung und Entwicklung werden jährlich zwischen 10 und 11 Prozent ausgegeben.

Neue Kaufwelle bei den Aktien

Hausse in Karstadt und Kaufhof – Beruhigung bei AEG-Telefunken

DW. – Angeregt durch die neuen Kurssteigerungen an der New Yorker Börse sowie durch die für die gegenwärtige Regierungskoalition günstigen Wahlprognosen gab es auf dem deutschen Aktienmarkt eine neue Kaufwelle zu verbreitet steigenden Kursen. Beteiligt waren daran wieder institutionelle Anleger, vor allem die Individualfonds der Versicherungen, aber auch das Ausland sowie die private Bankenkundschaft, die mit einer Vielzahl von Order am Markt war. Dabei konzentrierte sich diesmal die Nachfrage vor allem bei Bank- und Warenhausaktien. Für AEG-Telefunken ebbte das Interesse zwar ab, doch schloß das Papier noch über Vortagskursen.

Am Markt für Bankaktien fielen Commerzbank (plus 6 DM) und Dresdner Bank (plus 7 DM) nicht nur durch Kurssteigerungen auf, sondern auch durch die beträchtlichen Umsätze in beiden Papieren. Die „etablierte" Deutsche Bank gewann nur 3 DM. Im Warenhausbereich wurden Karstadt und Kaufhof um jeweils 10 DM heraufgesetzt. Noch kräftiger war der Anstieg bei KHD, wo der Kurs um 14 DM fester lag, zurückzuführen auf die rund halbe Milliarde DM, die KHD als Verkaufserlös für die Iveco-Beteiligung erhalten hat. Bei den teilweise noch haussierenden Stahlaktien Hoesch und Klöckner wurden am Mittwoch verstärkt Gewinne realisiert, so daß hier die Tageshöchstkurse nicht gehalten werden konnten.

Düsseldorf: Fordwerke verminderten um 40 DM auf 910 DM und Hochtief um 7 DM auf 494 DM. Edelwitten gaben um 4 DM auf 158 DM nach, und Stöhr verloren 2 DM auf 44 DM. Erhöhen konnten Nekkermann um 5,50 DM auf 84 DM und Gildemeister um 2,80 DM auf 64,80 DM. Bei den Versicherungen verloren je 10 DM Nordstern und Allianz Leben. Aachener Rück erhöhten um 10 DM auf 810 DM.

Frankfurt: Nach den Kursverlusten vom Vortag war die Mittwochbörse freundlich bis fest. Von Nebenwerten blieben Pittler bei Doppelplus 55 DM (plus 9,50 DM), Bremer Vulkan 41 DM (plus 4 DM); Effektenbank blieben 280 DM (plus 13 DM), Agiv 281 DM (plus 13,50 DM), Braubank 335 DM (plus 9 DM) und Frankfurter Hypobank 554 DM (plus 8 DM). Die AEG-Aktie konnte sich mit 50,40 DM gut behaupten.

Hamburg: HEW schlossen mit 108 DM (plus 0,50 DM), NWK Vorz. 154,50 DM (plus 0,50 DM). Conti Gummi legten 1 DM zu, Phoenix Gummi 0,90 DM. Fest tendierten Bavaria Brauerei mit 205 DM (plus 5 DM). Elbschloß 365 DM (plus 3 DM), Holsten Brauerei waren bei 254,50 (plus 0,50 DM). Für Nordcement wurden 137,50 (plus 2,50 DM) bezahlt. Bremer Vulkan festigten sich weiter auf 40 DM (plus 3 DM).

München: Agrob Vorz. verminderten um 4 DM auf 345 DM. Dywidag erhöhten um 2,20 auf 277 DM und Flachglas um 2 DM auf 282 DM.

Berlin: Lehmann wurden um 10 DM und Dt. Eisenhandel um 2 DM höher taxiert. Herlitz Vorzüge befestigten sich um 7 DM, Orenstein und Siemens um je 4 DM, Schering um 3,20 DM, BHF-Bank und Berthold um je 3 DM und Bekula um 2,30 DM.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. °Stückkurs in 100 DM, *abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 80 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Pacific-Valor sfr.	104,50	96,25	[illegible]
Pharmafonds sfr	200,50	185,50	[illegible]
Pioneer Fund $*	21,96	20,09	19,75
dgl. II $*	16,20	14,82	14,65
Schweizeraktien sfr.	292,00	273,00	274,[illegible]
Siat-Imm. sfr.	1690,00B	1685,00G	1680,[illegible]
Siat 63 sfr.	1310,00B	1300,00G	1290,[illegible]
Swissimmob. N.S. sfr.	2615,00	2420,00	2420,[illegible]
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1250,00	1238,[illegible]
Swissvalor sfr.	229,50	219,75	221,[illegible]
Technology $*	15,07	13,79	13,64
Templeton Growth $*	8,98	8,22	8,13
Universal B.S sfr.	70,50	67,25	67,50
Universal Fund sfr.	85,56	82,62	82,64
Ussec	735,00	687,00	–

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

2. 3. 83: BMW 264; Bavaria 193; Jute Spinnerei 150 G; Philips Komm. 250 [illegible] VEW 122; Herlitz St. 232,5 bG; Herlitz V. 222. Freiverkehr: Reag 385 G.

WELT-Aktienindex vom 2. 3.: 119,0 (117,1); WELT-Umsatzindex vom 2. 3.: 5488 (3912).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Kopenhagen

	2. 3.	1. 3.
Den Danske Bank	259	261
Jyske Bank	395	395
Kopenh. Handelsbk.	246,25	249,5
Novo Industri	2202,50	2195
Privatbanken	240,25	238
Ostasiat. Komp.	110,75	108
Dan. Sukkerfabr.	459,25	452,5
For. Bryggerier St.	690	688
Kgl. Porc. Fabr	249,50	234,5

Zürich

Brüssel

	2. 3.	1. 3.
Brux. Lambert	1670	1660
Cockerill Ougree	92	94
Ebes	2100	2075
Gevaert	1900	1870
Kredietbank	4620	4540
Petrofina	4695	4605
Soc. Gen. d. Belg.	1444	1450
Sofina	4130	4165
Solvay	2425	2410
UCB	2920	2880
Index	108,02	107,49

Madrid

Hongkong

Singapur

	2. 3.	1. 3.
Cycle - Car.	4,10	4,00
Cold Storage	4,90	4,90
Dev. Bk. of Sing	8,10	8,00
Fraser - Neave	7,80	7,80
Kl Kepong	2,44	2,47
Mal. Banking	6,95	7,00
Nat. Iron	7,95	7,45
OCBC	9,90	9,80
Sime Darby	2,40	2,39
Singapur Land	7,40	7,40
Un. Overs. Bank	4,20	4,12

Paris

	2. 3.	1. 3.
Air Liquide	448	443
Alsthom Atlant.	144	144,9
Beghin-Say	258	252
BSN-Gerv.-Danone	1451	1445
Carrefour	1329	1346
Club Méditerranée	532	523
C. F. P.	141,9	140,5

Sydney

	2. 3.	1. 3.
CSR (Theiss)	2,75	2,68
Metals Expl.	0,52	0,50
MIM-Holdings	4,02	3,88
Myer Emporium	1,30	1,30
North Broken Hill	2,28	2,28
Oakbridge	1,00	1,05
Peko Wallsend	6,10	5,86
Poseidon	4,40	4,00
Thomas Nat. Tr.	1,57	1,53
Waltons	0,46	0,46
Western Mining	3,85	3,40
Woodside Petr.	0,65	0,67
Index	500,1	498,7

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5¼–5½	2⅞–3⅛
3 Monate	8¾–9	5⅜–5⅝	3 –3⅛
6 Monate	8⅞–9⅛	5⅜–5⅝	3⅜–3⅝
12 Monate	9⅛–9⅜	5⅜–5⅝	3½–3¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 3.: Tagesgeld 5,95–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,80–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 2. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 2. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1300,00	1582,00
10 US-Dollar (Indian)**)	948,00	1206,84
5 US-Dollar (Liberty)	408,00	534,49
1 £ Sovereign alt	240,00	293,80
1 £ Sovereign Elizabeth II	238,00	291,54
20 belgische Franken	188,00	246,34
10 Rubel Tscherwonez	253,00	314,14
2 südafrikanische Rand	239,00	292,67
Krüger Rand, neu	1063,00	1246,39
Maple Leaf	1060,00	1243,00
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	311,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	234,00	292,67
20 franz. Franken „Napoléon"	229,00	287,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	985,00	1180,35
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	133,34
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	557,09
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	143,51

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die Beruhigung an den Edelmetallmärkten ließ auch die Nachfrage nach US-Dollar etwas absinken, so daß die Höchstkurse von bis zu 2,4450 in New York am Vorabend in Europa nicht mehr erreicht wurden. Der Kurs gab im Tagesverlauf nach einer Spitze von 2,4370 bis 2,4230 nach und bewegte sich am 2. 3. gegen Geschäftsschluß knapp unter der amtlichen Notierung von 2,4260. Eingriffe der Bundesbank waren nötig um den belgischen Franc zu stützen. Allein zur amtlichen Notiz mußten 325 Mill. belgische Franc angekauft werden. Das englische Pfund, das gegen US-Dollar zu historischen Tiefstkursen gehandelt wurde schwächte sich gegen D-Mark auf 3,657 ab. Wenig verändert lagen die andren amtlich notierten Währungen, von denen die spanische Pesete mit 1,848 einen neuen historischen Tiefstkurs erreichte. US-Dollar in: Amsterdam 2,6845; Brüssel 47,8325; Paris 6,8755; Mailand 1402,05; Wien 17,0550; Pfund/Dollar 1,5074.

Devisenterminmarkt

Der Handel verlief am 2. März ruhig, die liquidisierenden Devisenswaps der Bundesbank wirken sich nur im Bereich unter einem Monat aus.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80/0,70	2,31/2,21	4,45/4,25
Pfund/Dollar	0,36/0,33	0,94/0,90	1,62/1,57
Pfund/DM	2,70/1,30	6,40/5,00	11,00/9,60
FF/DM	75/59	175/159	276/260

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100, Rendite 7,25.

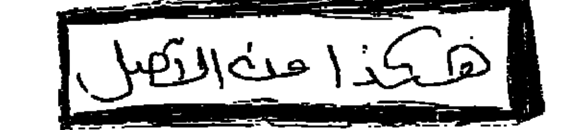
Devisen und Sorten

2. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,4220	2,4300	2,4035	2,38	2,47
London1)	3,650	3,664	3,601	3,60	3,75
Dublin1)	3,307	3,321	3,242	3,25	3,40
Montreal3)	1,9730	1,9810	1,9555	1,92	2,01
Amsterd.	90,280	90,480	90,37	89,25	91,25
Zürich	118,320	118,520	118,42	117,25	120,25
Brüssel	5,064	5,084	4,961	4,73	4,98
Paris	35,185	35,345	33,605	34,25	36,25
Kopenh.	27,990	28,110	27,41	27,50	29,00
Oslo	33,870	33,990	33,20	33,25	35,00
Stockh.**)	32,400	32,580	32,00	31,75	33,50
Mailand2) **)	1,725	1,735	1,657	1,70	1,79
Wien	14,213	14,253	14,21	14,13	14,37
Madrid**)	1,843	1,853	1,774	1,74	1,87
Lissabon**)	2,600	2,620	2,336	2,06	2,95
Tokio	1,0225	1,0255	—	0,99	1,05
Helsinki	44,710	44,910	43,83	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,873	2,927	—	2,20	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney4)	2,2940	2,3130	—	2,25	2,38
Johannesbg.*)	2,2190	2,2380	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 2. 3.: 946 Optionen, 48 700 (41 700) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-12,80, 3-10,70, 2-10, BASF 6-9,20, 3-7,50, 2-5,50, Bayer 6-8,50, 3-7,2, 2-4,40, BMW 6-37, 2-14, Bewag 6-6,60, Conti 6-6, 3-5, 2-4, Daimler 6-37,50, 2-[illegible], Deutsche Babcock 6-18, 3-12, Deutsche Babcock Vorzüge 2-11, GHH 6-17, 2-8, Hoechst 6-8,80, 3-7,50, 2-4,40, Hoesch 6-7, 3-5,20, 2-4,40, Karstadt 6-25, 3-18, 2-16, Kaufhof 2-[illegible], 3-14, Klöckner 6-8,60, 3-6, 2-4,80, Lufthansa 6-10,60, 3-9, 2-7, Lufthansa Vorzüge 6-12, 3-9,80, 2-7, Mannesmann 6-14, 3-[illegible], 2-8, Mercedes 6-29,8, Metallgesellschaft 3-38, RWE 3-13, 2-10, Schering 3-20, Siemens 6-21, 3-17,2, 2-13, Thyssen 6-4, Varta 3-9, Veba 3-8, 2-6,80, VEW 6-12, VW 6-18, 3-14, 2-11, Bay. Vereinsbank 2-16, Commerzbank 6-11,50, 3-9,[illegible], 2-[illegible], Deutsche Bank 6-18, 3-14, Dresdner Bank 6-13,60, 3-[illegible], 2-8, Alcan 6-7,50, Chrysler 6-6,50, 3-5,10, Litton 6-18, Sperry Rand 6-9, Philips 6-2,70, Norsk Hydro 6-12. Verkaufsoptionen: AEG 2-8,88, 3-12, 6-14, Bayer 2-4, Conti 2-3,80, 2-[illegible], 6-5, Deutsche Babcock 2-8, 3-9, 6-12, Hoechst 3-4, 3-[illegible], 6-5,20 Hoesch 2-4, Kali + Salz 2-8, Karstadt 6-12, Kaufhof 6-12,80, Klöckner 2-4, 3-5, Lufthansa Vorzüge 2-4, Mercedes 2-11, Preussag 3-7, Schering 2-7, Siemens 2-8,80, Thyssen 6-4, VW 2-6,60, 3-8,60, 6-11,50, Commerzbank 2-4,20, Deutsche Bank 2-6,80, 3-8,50, Dresdner Bank 2-4,40, 3-4, 6-6,20, Alcan 6-5,60, Chrysler 3-3,30, 6-4,20, IBM 3-14, Xerox 2-3,60, 6-5,10, Royal 6-6.



Rentennachfrage wächst

Am Rentenmarkt wächst die Nachfrage nach mittel- und längerfristigen Titeln. Die Anleger, die sich bisher wegen der Bundestagswahl zurückhaltend verhielten, nahmen nunmehr auch Material zu Kursen auf, die bis zu 0,60 Prozentpunkte über denen des Vortages lagen. Es wächst die Überzeugung, daß es nach der Bundestagswahl zu einer weiteren Zinssenkung kommen wird. Gekauft wurden aber nicht allein öffentliche Titel, sondern vermehrt auch DM-Auslandsanleihen, diese vor allem von Ausländern, deren Vertrauen in die DM wieder zu wachsen schien.

Bundesanleihen

		2.3.	1.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,45G	100,45G
6 Bund 63 II	4/83	100G	99,95
8½ dgl. 75	1/83	100,3	100,3
8 dgl. 75 I	6/83	100,85	100,4
8¼ dgl. 75	6/85	100,55	100,55
8 dgl. 75 II	7/83	100,75	100,75
5¼ dgl. 78 I	1/84	99,7bG	99,7
6 dgl. 64 I	1/84	99,9G	99,9
8 dgl. 76 I	2/84	101,8G	101,8
7 dgl. 77	3/84	100,95	100,95
7½ dgl. 76 II	4/84	101,5bG	101,5
5 dgl. 78	5/84	99,15	99,1
6 dgl. 78 III	9/84	99,6	99,5
8½ dgl. 76	9/84	102,4	102,4
6 dgl. 78 IV	12/84	99,5	99,4
6½ dgl. 79	1/85	99,75	99,75
8½ dgl. 75 I	3/85	103,75	103,75
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,7
7¾ dgl. 79 II	6/85	101,25bG	101,05
7¾ dgl. 79 I	7/85	102,2bG	102,05
8 dgl. 76 IV	10/85	102,7	102,7
5½ dgl. 78 II	3/86	97,65	97,3bG
5¼ dgl. 78	5/86	96,65	96,4bG
7½ dgl. 76 I	12/86	100,25	100,25
6½ dgl. 79	1/87	98	97,9
7½ dgl. 76 II	1/87	100,3bG	100,1
6½ dgl. 77	4/87	98,55G	98,35
6½ dgl. 77	7/87	97,4	97,4
6 dgl. 77	10/87	95,8bG	95,5
6 dgl. 78 I	1/88	95,4	95,4bG
6½ dgl. 78 I	9/88	96,75	96,6
6½ dgl. 78 II	12/88	96,9	96,75
6½ dgl. 79	1/89	97,95	97,95G
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,95	99,85
10 dgl. 81	4/89	111,1	110,75
7½ dgl. 79 I	6/89	100,8	100,8
8 dgl. 79 I	7/89	102,5bG	102,25
8 dgl. 79 II	8/89	102,45bG	102,2bG
7½ dgl. 79 II	9/89	100,8	100,75
7¾ dgl. 79 II	11/89	101,35	101,15
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,35	101
10 dgl. 80	4/90	111,55	111,15
5½ dgl. 78	5/90	93,1	93,1
8½ dgl. 80 I	7/90	103	102,65
8¾ dgl. 80 II	11/90	103,15	102,9
7¾ dgl. 82	11/90	100,9	100,7bG
9 dgl. 81	2/91	107,1	106,7
10½ dgl. 81	7/91	114,3	114
10¾ dgl. 81	9/91	117,3	117,1
10 dgl. 81 II	12/91	113,25	112,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	112,2	111,6
9¾ dgl. 82 II	3/92	112,1bG	111,75
6 dgl. 78 II	3/95	92,8	92,9
9,5 dgl. 82	4/92	110,4	110,3
9 dgl. 82	5/92	108,25	107,9
8½ dgl. 82	6/92	105,2	104,9bG
9 dgl. 82	8/92	108,3	107,9
8¾ dgl. 82	9/92	107bG	106,75
7¾ dgl. 82	12/92	100,95	100,6
7½ dgl. 83	1/93	99,7	99,7
7½ B.Obl. 79 S.1	12/84	102,2	102,2
8 dgl. 80 S.2	2/85	102,55	102,55
8½ dgl. 80 S.3	2/85	103,3G	103,3G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	105,1	105
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	104,25	104,1
8¾ dgl. 80 S.6	5/85	103,35	103,35
8 dgl. 80 S.7	6/85	103	102,85
7½ dgl. 80 S.8	8/85	102	101,8
8½ dgl. 80 S.9	10/85	103	103,7
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	104,2	104,1
9 dgl. 81 S.11	1/86	104,9	104,7
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	106,75	106,5
10 dgl. 81 S.13	3/86	107,35	107,1
9½ dgl. 81 S.14	4/86	106,1	105,9G
10 dgl. 81 S.15	4/86	107,45	107,2
10½ dgl. 81 S.16	6/86	108,9	108,65
11 dgl. 81 S.17	8/86	110,6	110,3
10½ dgl. 81 S.18	10/86	109,4bG	109,15
10 dgl. 81 S.19	10/86	108,1	107,95
9½ dgl. 81 S.20	11/86	106,5	106,4G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	108,9	108,7
10 dgl. 81 S.22	11/86	108,1	108G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	106,45	106,4
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	107,45	107,4bG
9½ dgl. 82 S.25	3/87	107,1	106,95
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	106,4bG	106,2
9 dgl. 82 S.27	4/87	105,6	105,35
8½ dgl. 82 S.28	5/87	104,1	103,7bG
9¼ dgl. 82 S.29	7/87	107,6bG	107,4
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,95	105,65
8½ dgl. 82 S.31	9/87	105,05	104,85
8½ dgl. 82 S.32	10/87	103,4	103,15
8 dgl. 82 S.33	11/87	102,55	102,25
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	101,65	101,45
7½ dgl. 82 S.35	12/87	100,65	100,45

		2.3.	1.3.
6 dgl. 77	9/87	95,65G	95,55
6 dgl. 78 II	7/88	94,9	94,8
6½ dgl. 77	5/89	96,25G	96,25
8 dgl. 79 I	7/89	102,7	102,55
6 dgl. 78 I	2/90	95,7	95,56
8 dgl. 80 II	7/90	102,8	102,65
9 dgl. 81	3/91	107,3	107,1
10½ dgl. 81	9/91	115,9	115,65
10¼ dgl. 81	11/91	114,75	114,45
8 dgl. 80 I	2/92	102,85	102,6
10 dgl. 82	2/92	113,6	113,3
9½ dgl. 82	7/92	110,65	110,3
8 dgl. 82	11/92	102,7	102,3
7¾ dgl. 83	1/93	101	100,8

Bundespost

		2.3.	1.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,45G	100,45G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
6 dgl. 63 II	7/83	100G	100G
8 dgl. 72 II	12/83	101,75	101,75
6½ dgl. 68	6/88	99,8G	99,7
8 dgl. 72 I	9/87	102,4	101,95
10 dgl. 81	3/89	111,05bG	110,75
10½ dgl. 81	6/89	112,5bG	112,85
8 dgl. 80	3/90	102,6	102,4
7¾ dgl. 80	9/90	101,35bG	101,05
8½ dgl. 80	12/90	105,9bG	105,5
10½ dgl. 81	10/91	115,9bG	115,65
9½ dgl. 82	2/92	111,9	111,65
8½ dgl. 82	6/92	107bG	106,6
8½ dgl. 82	10/92	105,05	104,85
7¾ dgl. 83	2/93	101,05	100,7

Länder – Städte

		2.3.	1.3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,5G	99,5G
8 dgl. 71	85	101,5	101
8½ dgl. 75	83	100,05G	100,1G
6½ dgl. 78	86	97,5G	97,25
8¼ dgl. 82	92	102,5	102
7 Bayern 66	86	100,5G	100,5G
6½ dgl. 67	87	101,25G	101,25G
6 dgl. 68	85	98,9G	98,9G
7½ dgl. 71	83	100,15G	100,15G
7 dgl. 72	84	101G	101
8½ dgl. 75	83	100,05G	100,05
7½ dgl. 76	84	101,25G	101,25
6 dgl. 78	88	95,1	94,6
8¾ dgl. 80	90	105,1G	105,1
8¾ dgl. 82	92	105,5	105,6G
8½ Berlin 70	85	–	102,4G
7½ dgl. 71	83	100,4G	100,4G
8 dgl. 72	85	–	101,25G
8½ dgl. 75	83	100,4	100,4
7½ dgl. 76	84	101,3	101,3G
7 dgl. 77	85	100,5G	100,5
6½ dgl. 78	88	97,75G	97,75G
8¾ dgl. 80	88	106G	106
7¾ Bremen 71	87	101,25	101,25G
8 dgl. 72	87	101,5	101,5G
8½ dgl. 75	83	100,15G	100,15G
8½ Hamburg 70	85	102,7G	102,6G
6¼ dgl. 77	92	96,2	95,6
8 dgl. 80	90	102,2G	102
9¾ dgl. 82	92	111,2	111,2
8 Hessen 71	86	101	101
6½ dgl. 78	88	95	94,75
6 Nieders. 69	84	100G	99,95G
8½ dgl. 70	85	102,2	102,2
7½ dgl. 72	87	101G	101
8 dgl. 72	87	102,15	102,15
7½ dgl. 79	87	100,5	100,5
7¾ dgl. 82	92	100,5	100
7½ NRW 71	83	100,95	101bG
8 dgl. 75	85	100,55G	100,55
7¾ dgl. 83	95	100,4G	99,25bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,6G	99,6
6½ dgl. 68	83	99,75G	99,75G
8 dgl. 71	86	100,25	100
6½ Saar 68	83	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,25	102,25
7 dgl. 72	87	99,6	99,5G
6 dgl. 78	88	95,75	95,5
5½ Schl.-H. 59	84	99G	99G
6 dgl. 64 II	84	99,9	99,9
7¾ dgl. 72	87	100,25	100
8½ dgl. 75	85	103,1	103,1G
7 Essen 72	85	100,4G	100,4
7½ Köln 71	83	100bG	100bG
6 München 65	85	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75
6 Stuttgart 63	83	100	100
7½ dgl. 71	86	101,5	101,5
7¾ dgl. 72	87	101,5	101,5

Bundesbahn

		2.3.	1.3.
4 Abl. 57*	4/84	100,4	100,45G
5½ Bdbahn 58	10/83	99,9G	99,9G
8¾ dgl. 75	5/83	100,3	100,3
10 dgl. 75 II	11/83	102,7	102,7
7½ dgl. 72	2/84	101,45	101,45
8 dgl. 72	9/84	102,25	102,25
8½ dgl. 76	9/84	102,4	102,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,6	99,4
6½ dgl. 79	2/85	100,1	100
8½ dgl. 75	2/85	103,7	103,7
7 dgl. 77	2/87	99,55	99,5

Sonderinstitute

	2.3.	1.3.
5 DSLB Pf 55	74,5	74,5
6 dgl. Pf 57	85	85
7 dgl. Pf 65	92bG	92bG
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 56	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	96,25	96,25
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6¼ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. f. W. 70	100,8	100,8G
8 dgl. 70	101,65	101,7G
8 dgl. 76	101,7G	101,6
7½ dgl. 79	99,75	99,6
10 dgl. 81	112,05	112
8½ dgl. 82	104,45	104,15
6 Landw.-Rbk. 20	99,5G	99,25
6 dgl. 26	99,5G	99,25
7½ dgl. 27	100,5	100,25G
8 dgl. 29	100,3G	100,25G
9½ dgl. 36	103,15	103,15
6¼ dgl. 59	100,75G	100,65G
10 dgl. 120	106,5G	106G
8½ dgl. 127	103,5G	103,25G
9 dgl. 131	105,5G	104,75G
7¾ LAG 76/16	101,65	101,6
8 dgl. 76/17	102,8	102,8G
6½ dgl. 77/18	97,3G	97,3
5½ dgl. 78/19	93,85	93,65
7 dgl. 79/20	99,15	99

Bankschuldverschreib.

	2.3.	1.3.
7 All. Hyp. Pf 2	100	100
6½ dgl. Pf 7	91G	91G
6½ dgl. Pf 98	95G	95G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
6¾ dgl. Pf 100	100G	100G
7¼ dgl. Pf 101	100G	100G
6 dgl. KO 1	84G	84G
6¾ dgl. KO 66	100G	100G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	83G	83G
7 dgl. Pf 76	92G	92G
6½ dgl. KO 64	86G	86G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87	87
7 Bay. Hdbk. KO 2	101bG	101bG
6 Bay. Hypo. Pf. 30	82bG	82
7 dgl. Pf 3	92	92
6½ dgl. KO 6	87	87
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	81bG	81bG
6½ dgl. Pf 8	88,5	88,5
7 dgl. KO 3	100,75	100,75
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. PfbrAmt	102,5	102,5
7½ dgl. 33	100G	100G
7½ dgl. 47	99,5G	99,5G
6 Br. H. Hp. Pf 71	82	82
7 dgl. Pf. 72	99,75	99,75
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 123	90	90
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100,25	100,25
6 DG HYP Pf 48	82G	82G
5½ dgl. Pf 50	76G	76G
7 dgl. Pf 69	100,6G	100,6
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	92G	92G
6 dgl. IS 71	98,95G	98,95G
6¾ dgl. IS 73	96,5G	96,5
6½ dgl. IS 74	95,1G	95,1G
6½ dgl. IS 75	99G	99G

	2.3.	1.3.
7½ D. GiroKO 101	101,25	101,25
10 dgl. KO 125	103,85G	103,85G
9 dgl. KO 179	106,4G	106,4G
9¾ dgl. KO 180	109G	109G
9½ dgl. KO 181	109,1G	109,1G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,45	98,45
6½ dgl. KO 125	95,6G	95,6G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	93	93
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
8½ D. Schiffb. Pf 83	102,65	102,65
7½ dgl. Pf 84	101,35	101,35
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82G
7 dgl. Pf. 113	93	93
6½ dgl. Pf 119	88G	88
10 dgl. Pf 168	101,85	101,85
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7¾ dgl. KO 222	101,85G	101,85G
10 dgl. KO 226	105,95G	105,95G
9¾ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	103,25G	103,25G
9 dgl. KO 232	104,3G	104,3G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	81,5	81
9 dgl. IS 44	100,4	100,4
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	104,6	104,6
8½ dgl. IS 92	103,75	102,25
8 dgl. IS 96	102	102
9½ dgl. KO 110	109,5	108
9 dgl. KO 111	106,75	105,75
5½ H. Ldbk. Pf 43	80G	80G
7 dgl. Pf 54	95,2G	95,2G
8 dgl. Pf 70	100,05G	100,05G
9 dgl. Pf 76	102,8G	102,8G
6 dgl. Pf 87	99,8G	99,8G
6 dgl. KO 47	82G	82G
6½ dgl. KO 81	87G	87G
7 dgl. KO 203	96,5G	96,5G
7¾ dgl. KO 204	98,2G	98,2G
6 Hyp.l.Hbg. Pf 46	83,75	84
6½ dgl. Pf 80	91,5	91,5
9 dgl. Pf. 117	100,5	100,5
8 dgl. Pf 248	101,75	101,75
9 dgl. KO 125	101,35	101,35
8 dgl. KO 175	102	102
9 dgl. KO 259	104,4	104,4
9¾ dgl. KO 262	104,7	104,7
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	85,75G	85,75G
7 dgl. Pf 24	96,25G	96,25G
6 dgl. Pf 26	88,75G	88,75G
7 dgl. KO 150	96,8G	96,8G
6½ dgl. KO 151	100G	100G
6 dgl. KO 152	99,95G	99,95G
6¾ dgl. KO 154	97,25G	97,25G
8 dgl. KO 168	101,75	101,75
8¼ dgl. KO 171	101,25G	101,25G
8½ dgl. KO 174	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 177	102,75G	102,75G
9¼ dgl. KO 180	103,25G	103,25G
9½ dgl. KO 181	107,75G	107,75G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6¾ dgl. IS 35	99,9G	99,9G
6 Ldbk. Saar Pf 18	86,75G	86,75G
6¾ dgl. KO 69	100G	100
7 dgl. KO 70	98G	98G
7 dgl. KO 73	101G	101
7¾ dgl. KO 76	101,2G	101,2
7½ dgl. KO 79	101,7G	101,7
8½ dgl. KO 85	104,25G	104,25G
9 dgl. KO 88	108,85G	108,85G
9¾ dgl. KO 89	104,75G	104,75G
7¾ dgl. KO 90	102,1G	102,1G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	81	81
7 dgl. Pf 93	90,5	90,5
8 dgl. Pf 80	102	102
7¾ dgl. Pf 81	101,5	101,5
7¾ dgl. Pf 85	99	99
8 dgl. KO 98	102	102
9¾ dgl. KO 242	109,5	109,5
7¾ dgl. KO 248	101,55	101,55
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	88	88
9 dgl. Pf 92	101,5	101,5
8 dgl. Pf 168	102	102

	1.3.	1.3.
8¼ dgl. Pf 174	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 175	103	103
9½ dgl. Pf 178	105	105
6 dgl. KO 39	83	83
7¾ dgl. KO 170	99	99
9 dgl. KO 180	104,1	104,1
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	97,15	97,15
6½ dgl. Pf 34	88	88
6 dgl. KO 27	85,25	85,25
9 Nord.LB IS 20	100,85	100,85
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102	102
8 dgl. IS 76 II	102,4	102,4
7½ dgl. IS 77	101,7	101,7
6 dgl. IS 78	97,6	97,6
6 Pfälz. Hyp. 57	90,7G	90,7G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	98,9G	98,9G
9 dgl. Pf 195	102,4G	102,4G
9¾ dgl. Pf 196	103,35G	103,35G
7¾ dgl. Pf 197	101G	101G
8¼ dgl. KO 169	102G	102G
8 dgl. KO 173	100,25G	100,25G
7¾ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5
6½ dgl. Pf 21	87,25	87,25
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	88,65G	88,65G
7½ dgl. Pf 66	100,15	100,15
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,65G	102,65G
7½ dgl. KO 35	100,3G	100,3G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	99,9	99,9
6 Vbk. I. Nbg. Pf 56	91,25	91,25
7 dgl. Pf 102	94,25	94,25
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,4bG	101,4bG
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86G	86G
6 Württ.Hyp.KO 30	83G	83G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
8½ dgl. 69	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	97,7G	97,7G
9 dgl. Pf 85	103,25G	105,25G

Industrieanleihen

	2.3.	1.3.
6 Badenwerk 64	99G	99G
6 dgl. 78	94,5	94,25
5 BASF 59	97G	97G
5 Bayernw. 59	96,75G	96,75
8 Chem. Hüls 71	100G	100,2T
7¾ Cont. Gum. 71	100	99,75G
6 Dt. Texaco 64	98T	98T
6 Gelsenb. 64	99T	99T
6 GHH Akt. 63	99,6G	99,6G
6 GHH Sterkr. 63	99,6G	99,6G
6 HEW 58	99,65G	99,6G
5½ dgl. 62	96,9G	96,7G
6 dgl. 65	99,65G	99,6G
7½ dgl. 71	100,9	100,75
7¾ dgl. 71	101,15G	101G
4½ Harpen 59	1670bG	1660G
6 Hoechst 63	99,5T	99,5T
6 dgl. 64	99T	99T
6 Hoesch 64	98,75G	98,75G
7½ dgl. 71	99,25	99,25G
7½ Karstadt 71	99,75T	99,6
7½ Kaufhof 71	99,75	99,5G
7¾ dgl. 71	99,75	100
7½ dgl. 76	99,5T	99,3
6 Klöckner W. 63	98,25G	98G
7½ dgl. 71	95,8	95,75
8 dgl. 72	96,5	96,25

	2.3.	1.3.
6 Krupp 64	98,5G	98,5G
6 Linde 64	98,25G	98,25G
5 Mannesmann 59	97,6G	97,6G
6 Moselkraft 63	98,5T	98,5T
6 NWK 58	99,65G	99,6G
6 dgl. 61	95,5G	98,25G
6 dgl. 62	97,4	97,25G
6 ObDon. Krwk. 64	95	95bG
5½ Öst.BayK. 58	99G	99G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98G	98,5
5½ Rh.Brkw. 58	98G	98G
6 dgl. 63	95,5T	95T
6 dgl. 65	94,5bG	94,5T
5½ RWE 59	97,75G	97,75G
6 dgl. 63	96bG	96T
6 dgl. 65	95,25T	95,25T
7¾ dgl. 71	100bG	99,9
7 dgl. 72	98,25G	98,15G
6 Rh.-M.-Don. 62	97,5T	97,5T
6½ dgl. 68	99,25	99,25G
8 Schleswag 71	99,75G	99,5G
5 STEAG 59	97,5G	97,25G
6 Thyssen 63	99,25T	99,25T
7½ dgl. 71	99,6	99,8
8 dgl. 72	100,5	100,1
7¾ dgl. 77	97,5	97,1G
5 Veba 59	97T	96,75
8 VEW 71	100,05	100,25
6¾ dgl. 77	96,25T	96T
7 VW 72	98,5T	98,25
5½ Wintersh. 58	98G	98G

Wandelanleihen

	2.3.	1.3.
4¾ AKZO 69	84G	84G
3½ All Nippon 78	92	91,5
3½ Asahi Opt. 78	96,75	96
4¾ Canon Inc. 77	268,25T	270T
3½ Cas. Comp. 78	158G	154,5G
5 D Bk. Lux. 77	99,9	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	111,25G	111,25
4¾ Fujitsu Lim. 78	390T	384T
5 dgl. 79	260G	256G
5¼ Hoogovens 68	80G	80G
3½ Izumiya Co 78	91T	90,5G
3¾ Jusco Co. 78	93,25	93,25
4 Kansai El. 79	101,5	101,5
6 Konishiroku Pho.81	109,5G	109,5
6¾ dgl. 82	110G	110G
6 Komatsu 76	143,5G	143G
3½ Korakuen 78	90G	90G
7½ Kraft Inc. 70	105bG	104,5
3½ Marudai F 78	95	92,5T
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	130,5G	128
4 dgl. 79	104,5G	104,5G
6½ Mitsub. Ch. 76	166G	169,5
6,75 Mitsub. H 81	124,5	125G
6 dgl. 81	104,75	104,5
6 Nichii Co Ltd 80	114	114G
7 Nippon Sh. Gl. 82	111,5G	111G
3¾ Nippon Sh. 78	158T	159T
3½ NissanMot. 78	90,75	91
4 Nisshin Steel 78	127G	127G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	199,5G	195G
3¾ Omrom Tat 79	168G	162G
4¾ Orient Fin 79	121G	121G
3½ Ricoh Comp. 78	120G	–
6¾ Rothm. Int. 72	94,8	94G
3¾ SankyoElec. 78	95,25G	93,5G
3½ Sanyo Elec. 78	148G	148G
3¾ Seiyu Stores 78	94	94G
5½ dgl. 79	–	–
6¾ Sekisui 76	145,25T	139T
3½ Stanley 78	94G	94G
6 Taiyo Yuden Co. 82	104G	104,5
5 Texaco Int. 66	95,5	95,5
3½ Tok. Elec. 78	241G	238G
4¾ Tok. Sanyo 77	208G	208G
4 Tokyu Land 79	97,5	97,5T
3½ Trio Kenw. 78	94,75T	94,5
6½ Uny Ltd. 79	109G	109G

Optionsscheine

	2.3.	1.3.
11 BASF 82	25,5	22,4
7¾ Bayer Fin. 79	20	19
10½ Bayer Fin. 82	26,5	24,5
6¾ Ciba-Geigy 75	656	664
3½ Commerzbk. 78	33bG	30,2
4½ Dt. Bk. Comp. 77	85,1	82,8
10 Hoechst 75	115	114
6¾ dgl. 79	26,2	24,5
8 Hoechst 83	42,1	40,4
7½ Jap.Syn.Rubber82	760	735
6½ Wells F. 73	172	165

Optionsanleihen

	2.3.	1.3.
8½ BASF 74 m O	128bG	127,5
8½ BASF 74 oO	101,4	101,1
3½ Stumpf 88 mO	100	95
3½ Stumpf oO	73	73

Währungsanleihen

	2.3.	1.3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	92,3bG	92,25G
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	100G	100G
7¼ Sira-Kvina 68	–	–

Optionsanleihen

	2.3.	1.3.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	101,5G	101
3½ dgl. 78 oO DM	87,75	87,65
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	114,75	114,5
4½ dgl. 77 oO $	83,3	83
6½ Wells F. 73 mO DM	110G	110G
6½ dgl. 73 oO DM	95T	95,6T

Optionsscheine

	2.3.	1.3.
8½ BASF 74	38	35,9

Wandelanleihen

	2.3.	1.3.
5 Bayer 69	101,4	101,9
8 Bay Wa 75	100T	100T
8 Beiersdorf 82	144	144
4½ Commerzbk. 78	98,75	98,75
9 Girmes 74	301	276

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	2.3.	1.3.
7¾ AKZO 83	99,75G	99,75G
6 dgl. 84	97G	97G
6½ dgl. 86	96,5G	96,5G
7¾ Arbed 83	95,5G	95,5G
7½ dgl. 86	79,5G	79,5G
9 dgl. 87	85	85
6¾ Ardal 89	95,5G	95,5G
10 dgl. 88	104T	104T
8 Austr. 87	103,25G	103,25G
8¼ dgl. 87	103,5G	103,5G
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,2/9,7	99,2/9,7
5 dgl. 84	98,5/9,2	98,5/9,2
6½ Estel 84	92G	92G
6¼ dgl. 85	90G	90G
8¾ dgl. 87	91G	91G
6¾ Euratom 91	95G	95G
6¾ Eurofima 87	99G	99G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91G	91G
6½ Lufthansa 86	97G	97G
6 Montanunion 90	95,25G	95,25G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	95,5G	95,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	96G	96G
6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	98G	98G
7¼ dgl. 87	98,2/9,2	98,2/9,2
7¾ dgl. 90	99,5G	99,5G
9 dgl. 88	103G	103G
8½ dgl. 88	102,5G	102,5G
7¾ dgl. 88	100,5G	100,5G
9½ dgl. 89	100,5/10	100,5/10
8 dgl. 90	113G	113G
11 dgl. 91	–	–

Ausländische Aktien

	2.3.	1.3.
F L'Air Liquide	149G	150
D Akzo	41,2	40
F Alcan	73	71
F Alcoa	83,5	80
F Alg. Bk. Nedld.	305	295
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	57	56
F Am. Cyanamid	94G	91G
D American Expr.	147,5T	140TG
D Am Motors	17,8	18
F Am. T & T	165,9	163
F Amro Bank	46	44
M Anglo Am. Gold	287	279
F Anglo Am. m O	47	45
F dgl. o O.	45	42,6
F Arbed	57T	56T
F Asahi Chem.	2,8	2,8T
M Atl. Richfield	98,9	97,4
H Atlas Copco	40,5G	40,4
M Avon	80B	78,4
F Bell Canada	18	–
F Banco Central	24,5	24,1
D Beatrice Foods	59G	58G
D Bell Canada	50bG	49TG
F Boeing	89,5	88,5
F Bowater	7,55	7,1
D BP	11,6	11,7
M Broken Hill	14,65	14,5
F Bull	15,1	15,05
F Cdn. Pacific	88	85
F Canon	11,4	11,95
F Casio Comp.	10,7G	10,7
F Caterpillar	111,5	110
D Ch. Manhattan	116	113,5
F Chrysler	41,2	36,7
M Citicorp	91,4	90,4
F City Investing	68	69
F Coca-Cola	121	120
D Colgate	51	50
F Cons. Gold F.	18,95	18,4
D Cont. Group	91G	89,5G
F Control Data	123	121
F Courtaulds	9,7	–
M CRA	6,55	9,4
M CSR	6,25	6,25
F Dart & Kraft	172	166
M De Beers Cons.	17,8	17,1
F Deere Comp	83	85
F Diam Shamr.	57,5	56,5
M Digital Equipm.	300,5	292,6
M Disney Prod.	186,7	183
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	7,7	7,3
D Dow Chemical	77,9	77
F Dunlop	–	–
D DuPont	100	99
M East Drief. Gold	80,5G	76
D East Air Lines	23	23,5G
F Eastman Kodak	217	262
F Elf Aquitaine	40,5T	41
D Ericsson	110G	117G
D Esmark	134bG	135G
D Exxon	75,5bG	72,9
D Fiat St.	4,4	4,3
D dgl. Vz.	3,4	3,5T
F Finsider	0,11	0,11
D Fisons	18T	16,8G
M Fluor	49,8	50
D Ford	97,5bG	94
F Fosoco Minsep	5,3G	5,45
F Fujitsu	9,7T	9,75
F General Electric	270	262
F General Mining	61,9	59
D General Motors	154	149
D Gen. Shopping	558G	557G
M Getty Oil	138,1	136,4
D Gevaert	88T	88T
F Goodyear	102	77
H Grace	105	100G
D GKN	5,1	5,5G
F Gulf	–	76
F Highveld m. St.	11,–	11,3G
F dgl. o. St.	–	10,5
F Hitachi	795	790
M Holiday Inns	91	90,5
F Homestake	127,5	123
D Hoogovens	18,8	18
F IBM	247,1	240,5
F ICI	14,6	14,8
M Imperial Oil	55,2	55
F Inco	32,2	32,1
F Int. T & T	81,8	79,5
D Istituto Fin.	8T	8T
F Italcementi	68	69,4
F Izumiya	6,3G	6,3G
F Japan Line	1,85G	2T
D Jusco	5,7G	5,7G
F Kawasaki Kisen	1,65	1,65
F Kawasaki Steel	1,3T	1,3bG
M Kloof Gold Min.	112,5B	101,8
F Komatsu	5,25	5,1T
D KLM	146,5	140,5
F Kubota	3,05G	3,05G
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	150	152
M M.I.M. Hold.	18,55	17,95
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	2,9G	2,9G
F Marudai Food	5,7G	5,7G

	2.3.	1.3.
D Matsushita El.	12,4	12G
M McDonald's	164,9	160,4
F McDonnell D.	120	121,5
D Minnesota M	194T	190T
D Minolta Camera	4,5T	4,5T
F Mitsubishi Chem	2,6	2,5
F Mitsubishi El.	3,6	3,9
F Mitsui Bk.	–	4,1G
F Mitsui & Co.	3,7G	3,7T
F Mitsui Engin.	–	1,45
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	4,2	3,95
H Mobil Oil	66,5	64
F Monsanto	204G	202
F Montedison	0,24	0,24
M Nat. Semicond.	76,2	78,4
D Nat. Westminster	19T	18,9G
F Nestlé	4700	4625
D Nikko Sec.	4,2G	4,1T
F Nippon El.	9,8	9,85
F Nippon Kokan	1,45	1,4G
F Nippon Shinpan	8G	8G
F Nippon Yusen	2,7	2,6T
F Nissan Motor	7,5G	7,6
F Nisshin Steel	1,25	1,35T
F Nissho - Iwai	3,1	2,9T
F Norsk Hydro	96	95,5
F Norton Simon	60	60
H Occ. Petroleum	47,5	46,5
D Océ v. d. Grint	154G	154G
F Olivetti Vz.	4,45	4,55
F Olympus Optical	10,5	10,5G
H v. Ommeren	21,7	21,3
F Omron Tateisi	10,5G	10,5
F Pakhoed	45,2	44,5
M PanAm	13,5	13,45
M Pepsi	90,2	87,4
F Pernod-Ricard	152	155G
F Peugeot	58	57
F Philip Morris	155,5	150,5G
H Philips	31,7	32
D Phoenix Ass.	11G	11G
F Pirelli	2,75	2,85
M Polaroid	68,5	65,9
F Procter & G	140	142
F Rank Org.	5bG	5,05
F Ricoh	–	6,95
F Rio Tinto NA-St.	19,5	19,5
H Robeco	240	235
F Rockwell	124,5	122,5
H Rolinco	225	224,5
F Rorento	169,5	168,5G
F Rothmans Int.	4,8	4,7G
H Royal Dutch	87	86,5
F Sanko Steamship	2,3G	2,3G
M Santos	6,7	9,55
F Sankyo Electric	4,4G	4,4G
F Sanyo Elec.	4,5	4,3
F Sanwa Bk.	4,9G	4,9G
M SASOL	8,55	8,35
F Schlumberger	–	95
F Schw. Alum.	734	720
F Schw. Bankverein	309,5	320
M Sears, Roebuck	82,3	76,3
D Seiyu Stores	6,9G	6,9G
F Sekisui Prefab.	6,7G	6,7G
F Selected Risk	29,2T	28G
H Shell T & T	16G	16T
F Snia Viscosa	1,65	1,74
D Solvay	111T	110bG
D Sony Corp.	33,2	33
D Sperry Corp	86	86,5
F Stanley Elec.	5G	5,2G
F Steyr-Daimler-P.	21,5	21,5
F Sumitomo Heavy	1,4	1,6G
D Sumitomo Metal	1,55G	1,55G
F Sumitomo Shoji	4,2	4,4T
D Sun	75T	75G
F Swissair	958	940
F Taisei Kens.	2,2G	2,2G
M Tandy	140,3	138,5
F Tenneco	82	83
D Thomson-CSF	62	62,5G
D Thorn Emi	17G	17G
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	4,2G	4,2
F Trio Kenwood	5,5	5,5G
F TRW Inc.	165	165G
D Toray	3,4G	3,6T
D Toshiba	3,4G	3,5G
D UAL	82G	84B
H Unilever	173	173,5
D Uniroyal	29,2	29G
F United Techn.	165	161
F US Steel	56,7	54,9
M Vaal Reefs Expl.	262	256
F Veitscher Magn.	–	–
D Vmf-Stork	59	60B
D Volvo A	126TG	117T
D dgl. Nam B	125G	117T
F Warner Commun.	71	70
F Warner Lambert	72	70,6
F Wells Fargo	67G	65,5
M Western Deep L.	136	127
M Western Mining	17,8	8,55
F West.-Utrecht H.	83,9	82,7
D Xerox Corp.	95	94,5

Warenpreise – Termine

Schwächer, mit Ausnahme des festeren Kassa-Monats, schlossen die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Abgesehen von dem unveränderten verfügbaren Monat, notierte Silber erneut Limit down. Durchweg höher bewertet wurde Kupfer. Fester gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt. (SF)

Getreide und Getreideprodukte

	1. 3.	28. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	312,00	306,50
Mai	325,50	322,00
Juli	336,25	333,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	1. 3.	28. 2.
St. Lawrence 1 CW	231.81	233.06
Amber Durum	209.31	209.41
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	116.60	117,50
Mai	120,10	120.50
Juli	122,17	123,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	97,50	97,50
Mai	96,00	95,50
Juli	95,00	95,00
Hafer Chicago (c/bush)	1. 3.	28. 2.
März	143,75	139,75
Mai	153,25	149.50
Juli	159,00	156,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	274,00	272,75
Mai	384,25	281,75
Juli	290,00	287,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	1. 3.	28. 2.
März	101,80	102,00
Mai	103,60	103,60
Juli	104,30	103,70
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	1. 3.	28. 2.
März	9,52	9,52
Mai	9,75	9,72
Juli	9,87	9,84
Sept	9,60	9,57
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,20	17,15
Mai	18,00	18,00
Sept	18,00	18,00

Genußmittel

	1. 3.	28. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)	1. 3.	28. 2.
Terminkontr. März	125,95	125,10
Mai	122,40	120,23
Juli	120,30	118,75
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1765	1704
Mai	1808	1748
Juli	1835	1769
Umsatz	3875	10475
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6.19	6.25
Juli	6,48	6,60
Sept	6,85	6,80
Okt.	7,09	7,16
Jan.	7,65	7,65
Umsatz	9571	20 580
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6.49	6,31
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontr. März	1682–1685	1660–1662
Mai	1649–1650	1624–1625
Juli	1538–1540	1512–1513
Umsatz	2446	3395
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1289–1290	1214–1220
Mai	1309–1310	1264–1265
Juli	1320–1321	1274–1275
Umsatz	10 396	13 098
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	110,25–110,30	–
Aug.	118,10–118,15	109,40–109,50
Okt.	124,30–124,40	117,50–117,65
Dez.	129,75–130,25	124,10–124,25
März	139,00–139,75	129,50–130,00
Mai	141,00–144,00	139,25–139,75
Umsatz	2476	5432

	1. 3.	28. 2.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	317,50	317,50
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	1. 3.	28.2
März	112,50	112,00
Mai	111,00	110,40
Juli	110,50	109,90
Sept.	110,10	109,65
Nov.	108,00	107,90
Umsatz	650	1100

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 3.	28. 2.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	25,50	25,50
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	24,00	24,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	16,56	16,32
Mai	16,96	16,75
Juli	17,32	17,09
Aug.	17,47	17,27
Sept.	17,62	17,45
Okt.	17,75	17,55
Dez.	18,05	17,85
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,75	18,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	52,35	51,50
Juni	54,70	54,15
Juli	54,90	54,25
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	73,40	73,12
Mai	74,80	74,24
Juli	74,30	73,92

	1. 3.	28. 2.
Häute		
Chicago (c/lb)	1. 3.	28. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	37,00	37,00
Kühe einh. schwere River Northern	40,00	40,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	561,50	559,50
Mai	578,50	576,00
Juli	591,00	595,00
Aug.	595,50	593,00
Sept	598,00	594,00
Nov.	610,00	607,50
Jan	621,50	619,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	168,50	166,50
Mai	172,70	171,50
Juli	176,50	174,70
Aug	178,20	176,50
Sept.	180,00	178,50
Okt.	181,00	179,50
Dez.	195,00	194,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	1. 3.	28. 2.
März	284,00	283,60
Mai	290,80	289,30
Juli	297,40	296,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	1. 3.	28. 2.
Westküste fob Werk	20,25	20.50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	2. 3.	1. 3.
jegl. Herk. cif	440,00	440,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	385,00	390,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	360,00	360,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	100,00	101,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	465,00	460,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	252,00	252,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 3.	28. 2.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
März	[illegible]	70,60
Mai	[illegible]	71,25
Juli	[illegible]	71,15
Okt	[illegible]	59,10
Dez	[illegible]	69,50
März	69,50	70,30
Kautschuk New York		
(c/lb) Händlerpreis loco RSS-1	53,00	52,75
Wolle		
Lond. (Neust. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	1. 3.	28. 2.
März	363–370	370–377
Mai	380–393	385–397
Aug.	404–406	407–409
Umsatz	41	51
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	1. 3.	28. 2
Mai	43,60	43,60
Juli	44,20	44,20
Okt	44,50	45,00
Dez	45,20	45,30
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	1. 3.	28. 2.
März	532,0–534,5	532,0–534,0
Mai	548,0	543,0–546,0
Juli	563,0	564,1
Umsatz	272	–
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	1. 3.	28. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	540,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	1. 3.	28. 2.
März	14 250	14 160
April	14 347	14 270
Kautschuk		
London (p/kg)	1. 3.	28. 2.
Nr. 1 RSS loco	71,00–73,00	69,00–71,00
April	69,50–71,50	69,50–71,50
Mai	70,20–71,20	69,00–69,70
April-Juni	–	68,90–69,00
Tendenz: ruhig, stetig		

	1. 3.	28. 2.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	1. 3	28. 2.
Nr. 1 RSS loco	224,00–225,00	255,00–226,00
März	228,00–229,00	229,00–229,50
April	233,50–239,50	240,00–240,50
Nr. 2 RSS März	222,50–223,50	223,00–224,00
Nr. 3 RSS März	220,00–221,50	221,00–222,00
Nr. 4 RSS März	213,00–214,00	213,50–214,50
Tendenz: unsicher		
Jute London (£/lgt)	1. 3.	28. 2.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	350,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–) BTC – (–) BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	2. 3.	1. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,17–107,36	106,68–106,87
drittfolg. Monat	111,57–111,75	111,10–111,29
Zink: Basis London		
laufend. Monat	161,58–161,95	161,40–161,77
drittfolg. Monat	167,08–167,26	166,75–166,93
Produz.-Preis	182,25	182,25
Reinzinn 99,9%	3466–3501	3461–3495

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 3.	1. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	406,16–408,38	399,45–401,66
Blei in Kabeln	115,00–116,00	114,50–115,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorzieldraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	2. 3.	1. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	335–343	323–339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	374–377	371–373
MS 63	381–383	376–378

Zinn-Preis Penang

	1. 3.	28. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	29,58	29,52

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 3.	1. 3.
Leg. 225	259–264	259–264
Leg. 226	272–286	272–286
Leg. 231	315–330	315–330
Leg. 233	330–347	330–347

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 3.	1. 3.
Platin (DM je g)	35,05	35,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 100	32 900
Rücknahmepr.	33 300	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 040	32 590
Rücknahmepr.	33 030	31 890
verarbeitet	35 720	34 510
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 750	32 480
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	872,00	852,00
Rücknahmepr.	841,50	822,20
Verarbeitet	910,70	889,80

Internationale Edelmetalle

	2. 3.	1. 3.
Gold (US-$ Feinunze)		
London 10.30	431,00	414.50
15.00	430,00	414,00
Zürich mittags	428,50–430,50	412,00–414,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 000	93 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	730,20	708,20
3 Monate	751,20	728,70
6 Monate	769,90	745,70
12 Monate	805,00	779,70
Platin (£-Feinunze)	1. 3.	28. 2.
London fr. Markt	264,75	258,60
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	66,20	65,30

New Yorker Preise	1. 3.	28. 2.
Gold H & H Ankauf	414,00	[illegible]
Silber H & H Ankauf	1062,50	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	439,00–442,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	93,00–98,00	[illegible]
Produz.-Preis	140,00	[illegible]
Silber (c Feinunze)		
März	1035,00	[illegible]
April	1075,00	[illegible]
Mai	1087,00	[illegible]
Juli	1109,00	[illegible]
Sept.	1132,60	[illegible]
Dez	1166,80	[illegible]
Jan	1178,00	[illegible]
Umsatz	36 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	1. 3.	28. 2.
März	75,20	[illegible]
April	75,55	[illegible]
Mai	76,35	[illegible]
Juli	77,95	[illegible]
Sept	79,00	[illegible]
Dez	80,90	[illegible]
Jan	81,10	[illegible]
Umsatz	25 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	2. 3.	1. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	875,00–878,00	884,50–[illegible]
3 Monate	902,00–903,00	891,50–[illegible]
Blei (£/t) Kasse	292,50–293,00	291,50–[illegible]
3 Monate	304,50–305,00	303,50–[illegible]
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1095,5–1095,5	1071,5–[illegible]
3 Monate	1129,5–1130,0	1105,5–[illegible]
abends Kasse	–	1083,5–[illegible]
3 Monate	–	1117,5–[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1076,0–1076,5	1086,5–[illegible]
3 Monate	1107,0–1108,0	1098,0–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	441,00–442,00	440,00–[illegible]
3 Monate	456,00–456,50	455,00–[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8805–8810	8740–[illegible]
3 Monate	8805–8810	8240–[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

Die Deutsche Wohnungsgesellschaft mbH – DEWOG – trauert um ihren langjährigen ehemaligen Geschäftsführer, Herrn

Direktor

Bruno Pauls

der am 17. Februar 1983 gestorben ist.

Mit großem fachlichen Können war er maßgeblich an dem Erfolg unseres Wohnungsunternehmens beteiligt. Durch sein persönliches Engagement half er mit an der Erfüllung unserer Aufgaben.

Wir danken ihm für seine Mitarbeit und werden sein Andenken in Ehren halten.

DEWOG – Unternehmensgruppe
Aufsichtsräte, Geschäftsführungen und Belegschaft

Köln, im Februar 1983

FINANZANZEIGE

STADT KOBE

6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1969 mit Tilgungsfonds – WKN 453 577 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen fand am 22. Februar 1983 unter notarieller Aufsicht eine Auslosung statt. Zur Erfüllung der Tilgungsrate per 1. Mai 1983 waren nom. DM 5 984 000,– Teilschuldverschreibungen auszulosen. Weitere nom. DM 2 016 000,– werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Ausgelost wurden die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen

1 – 948
87 964 – 100 000 zu je DM 1000,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Mai 1983 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. November 1983 uff. eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
The Bank of Tokyo, Ltd.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Marcard & Co
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

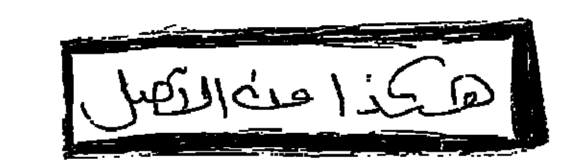
Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

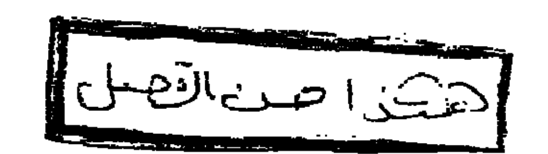
Die per 1. Mai 1983 fällig werdenden Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den per 1. Mai 1980 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolge 60 059 – 58 176 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kobe, Japan, im Februar 1983

STADT KOBE





TURNEN / Streit um die 16 Jahre alte Brigitta Lehmann

Geistig nicht mehr belastbar – oder ein Fall Berliner Familienklüngels?

KLAUS BLUME, Bonn

Es war heute vor vierzehn Tagen, gegen 13.30 Uhr. Ursula Hinz, die Bundesfachwartin Kunstturnen im Deutschen Turnerbund (DTB), teilte dem Schuldirektor Klaus Lehmann am Telefon mit: „Ihre Tochter Brigitta braucht sich am Nachmittag bei uns im Training nicht mehr sehen zu lassen." Die Begründung schrieb die höchste deutsche Turn-Dame eine Woche später in einem ausführlichen Brief: Brigitta Lehmann habe derzeit keine Perspektive, die Anforderungen des Weltmeisterschafts-Kaders zu erfüllen. Die 16jährige Oberschülerin sei seelisch und geistig nicht mehr belastbar, sie verhalte sich destruktiv und demonstriere gegenüber den Trainern stumme Ablehnung. Die Trainingsarbeit mit ihr sei mithin „unfallträchtig" (Hinz), eine Suspendierung unumgänglich gewesen. Ursula Hinz zur WELT: „Brigitta verschließt sich jedermann, auch Leuten, die sie seit zehn Jahren kennt."

Die WELT fragte Brigitta Lehmann: Sie wollen mit niemandem mehr reden? Antwort: „Das meinen Hinzens. Entweder reden die gar nicht mit mir, oder soviel, daß ich nicht zu Worte komme." Frage: Sie haben keine Freude mehr am Kunstturnen? Antwort: „Vielleicht bei Hinzens. Aber ich trainiere jetzt bei meinem Verein OSC Berlin." Frage: Nur hin und wieder? Antwort: „*Nein*, sondern *viermal* in der Woche. Hinzu kommen ständige Waldläufe." Frage: Um in Bewegung zu bleiben? Antwort: „Nein, als Vorbereitung auf die deutschen Meisterschaften am 12. März. Ich bin nicht so schlecht geworden, wie das Herr Hinz erzählt."

Zur Erläuterung: Brigitta Lehmann gehört zu den drei besten *deutschen Kunstturnerinnen*. Bei den deutschen Meisterschaften 1982 belegte sie im Pferdsprung den zweiten, am Schwebebalken den dritten und im Achtkampf den fünften Platz. Die „Hinzens", das sind Ursula Hinz, in Personalunion Bundes- und Landesfachwartin Berlin, und ihr Mann, der Polizeibeamte und Hobby-Trainer Jupp Hinz. Jupp Hinz, nach Feierabend *Berliner Landestrainer, erhebt* gemeinsam mit seiner Frau gegen den früheren Landeskunstturnwart Klaus Lehmann, einen Pädagogen, Diplom-Sportlehrer und früheren Turntrainer, den Vorwurf, er setze in seine Tochter Brigitta „eine riesige Erwartungshaltung", die nicht erfüllt werden könnte.

Klaus Lehmann zur WELT: „Wenn Frau Hinz schreibt, wir, Brigittas Eltern, verhindern und unterbinden die Planungen, so stimmt das deshalb nicht, weil wir von den meisten Planungen gar nichts gewußt haben." Vielmehr sei Brigitta Lehmann vom Ehepaar Hinz bewußt von Lehrgängen bei dem tschechoslowakischen Cheftrainer Vladimir Prorok in Frankfurt ferngehalten worden. Vor dem Länderkampf Anfang November 1982 gegen Bulgarien habe Frau Hinz Prorok mitgeteilt, Brigitta Lehmann müsse wegen dringender Schularbeiten in Berlin bleiben. Vater Lehmann: „In Wirklichkeit hatte sie schulfrei."

Vor dem Ungarn-Länderkampf Ende November hieß es: Brigitta müsse daheim das Haus hüten, ihre Eltern seien verreist. Auch das sei nicht richtig gewesen. Beim Ferienlehrgang Anfang Januar 1983 in Ruhpolding fehlte Brigitta Lehmann ebenfalls. Frau Hinz hatte ihr gesagt, der Lehrgang falle aus. Brigitta Lehmann wunderte sich dann freilich über die Kartengrüße der anderen Nationalturnerinnen aus Ruhpolding.

Vater Lehmann wertet das als Retourkutsche auf die Teilnahme seiner Tochter an einer China-Reise des Deutschen Turnerbundes. Frau Hinz hatte Brigitta Lehmann gedroht: „Wenn du mitfährst, wirst du Konsequenzen erleben."

Einen „neuen Fall von Nötigung" (Klaus Lehmann) glaubt der Berliner Schuldirektor am 17. Februar erfahren zu haben. Über Ostern findet bei Prorok in Frankfurt ein Lehrgang für die einen Monat späteren Europameisterschaften statt. Brigitta Lehmann möchte daran teilnehmen, doch Frau Hinz hat zum gleichen Zeitpunkt eine Israel-Fahrt für den Berliner Turnerbund angesetzt. Frau Hinz am 17. Februar zu Klaus Lehmann: „Sollte Brigitta nicht mit nach Israel fahren, scheidet sie aus dem Nationalkader aus." Vater Lehmann lehnte die Israel-Reise ab („Zu strapaziös vor den Europameisterschaften"), Ursula Hinz handelte entsprechend.

Übrigens sind die Leistungen von Brigitta Lehmann nicht – wie Frau Hinz behauptet – in den letzten 12 Monaten gesunken: Bei den Weltmeisterschaften 1981 in Moskau turnte Brigitta Lehmann im Achtkampf 72,55 Punkte, ein Jahr später in Debrecen 74,95 Punkte...

Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias: „Wahrscheinlich wird Brigitta künftig in Hannover leben und trainieren." Zum Fall Hinz: „Dieser Familienklüngel muß aufhören."



Merkwürdiger Trainerrat entschied . . . **Die Berlinerin Brigitta Lehmann (Foto) wird von Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz als beste deutsche Pflichtturnerin bezeichnet. Auf Beschluß des Berliner Trainerrates ist sie dennoch nicht mehr im Nationalkader. Der *Trainerrat:* Der Mann von Ursula Hinz, eine frühere russische Ballettmeisterin und ein ehemaliger Sportstudent.**
FOTO: BONGARTS

FUSSBALL / Seit gestern wieder harte Verhandlungen um neue Fernsehverträge

In Dänemark bleibt der Bildschirm selbst bei Länderspielen schwarz – Vorbild für den DFB?

sid, **Frankfurt**

Fußball gegen Fernsehen – seit gestern ist eine weitere Runde im Kampf gegen den neuen Fernsehvertrag eingeläutet. Durch die schwache Vorstellung der Nationalmannschaft beim 0:1 gegen Portugal in Lissabon hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) zwar derzeit nicht die besten Karten. Dennoch will der Verband den Vertragspoker mit aller Schärfe durchführen.

Vor den weiteren Gesprächen mit den Anstalten ARD und ZDF beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt haben vor allen Dingen die Bundesliga-Spitzenklubs mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie auch weiterhin auf einer erheblichen Honorar-Erhöhung bestehen werden. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten kämpfen angesichts einer Kostenexplosion allerdings selbst um eine Gebührenerhöhung.

Im Vorfeld dieser Gespräche waren schon scharfe Worte gefallen. Als Verfechter der harten Linie gegenüber den Fernsehanstalten hat Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß künftig die Mattscheiben dunkel bleiben. Klein: „Einen Fernseh-Blackout kann und will ich nicht ausschließen, wenn keine Einigung zustande kommt." Der Hamburger Jurist glaubt allerdings, daß trotz „der harten Auseinandersetzung ein neuer Vertrag abgeschlossen wird".

Der frühere Weitspringer und NDR-Moderator hatte zudem verlangt, daß Reporter, die angeblich zu negativ berichten, abgelöst und schadensersatzpflichtig gemacht werden können. Außerdem sollten Kameras und Mikrofone aus dem Innenraum verschwinden. Der Präsident des Deutschen Meisters drängte sogar auf eine zeitliche Verlegung der samstäglichen „Sportschau". Klein dazu: „Die Gefahr, daß uns diese Sendung eine Menge Zuschauer kostet, ist nicht von der Hand zu weisen." Dies sei einer der Gründe, warum die Klubs mehr Geld vom Fernsehen verlangen würden. Bisher zahlten die Anstalten 7,229 Millionen Mark an den DFB. Dreiviertel dieser Summe wird zu gleichen Teilen an die 18 Klubs der 1. Liga ausgezahlt, jeder erhält rund 310 000 Mark. Nur ein Viertel geht an die 20 Zweitligaklubs.

Bislang hat der Verband jedoch noch nicht die geforderten Zahlen genannt. Wolfgang Klein dazu: „Wir haben sie noch nicht beziffert, weil die Höhe der Zahlungen von den Sendezeiten abhängig sein wird."

Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, wie schnell es tatsächlich zu einer fußballfreien Zeit im Fernsehen kommen kann. In Dänemark und England kamen keine Einigungen über neue Fernsehverträge und höhere Honorare zustande. In Dänemark wurde deshalb der Fußball für dieses Jahr vollkommen vom Bildschirm und auch aus dem Radio verbannt. In England droht für die nächsten beiden Spielzeiten ein TV-Stopp.

Nachdem die staatliche Monopol-Gesellschaft Dänisches Radio (DR) die geforderte Honorar-Erhöhung um 150 Prozent von zwei auf fünf Millionen Kronen (von 560 000 auf 1,4 Millionen Mark) endgültig abgelehnt hatte, zog der Fußball-Verband die Konsequenz. Der Stopp in Radio und Fernsehen betrifft auch Länderspiele und vor allem auch die bislang beliebten Übertragungen von englischen Schlagerspielen.

In England lehnten die 92 Liga-Klubs in der letzten Woche das Angebot der Fernsehsender „BBC" und „ITV" ab, für die nächsten beiden Spielzeiten 5,3 Millionen Pfund (umgerechnet rund 20 Millionen Mark) zu zahlen. Jack Dunnett, Chef der Ligaklubs, sagt: „Wir werden jedes Angebot prüfen, das höher liegt." Doch die beiden Sender kündigten schon an: „Wir verhandeln über alles, nur nicht über noch mehr Geld."

Die Mehrzahl der englischen Klubs wäre über einen Fernsehstopp keineswegs enttäuscht. Dunnett glaubt: „Den geringen Honoraranteil können die Klubs durch mehr Zuschauer in den Stadien ausgleichen."

Jupp Heynckes: „Tiefer im Abstiegsstrudel denn je"

DW. **Bonn**

Das Halbfinale des deutschen Vereinspokals nimmt allmählich Konturen an. Mit dem 1. FC Köln (5:0 über Schalke 04) und dem VfB Stuttgart (2:0 über Hertha BSC) stehen jetzt zwei Mannschaften für die Spiele am 2. April fest. Am nächsten Dienstag (8. März) wird das Feld nach den Spielen zwischen Dortmund gegen Bochum und Fortuna Köln gegen Borussia Mönchengladbach vollständig. In der Bundesliga wird die Situation für Mönchengladbach dagegen immer bedrohlicher. Die Mannschaft von Jupp Heynckes verlor am Dienstag abend das Nachholspiel gegen Bremen mit 1:2.

Spieler des Tages war in Köln Klaus Fischer, der gegen seinen früheren Verein Schalke 04 drei Treffer erzielte. Allerdings gegen eine Schalker Mannschaft, so räumte selbst Fischer ein, die nicht mehr zu bieten hatte als Zweitliga-Format (siehe auch nebenstehenden Standpunkt).

Nach 25 Jahren hat der VfB Stuttgart wieder einmal den Sprung ins Halbfinale geschafft, gelohnt hat es sich wirtschaftlich angesichts der nur 7000 Zuschauer im Neckarstadion aber nicht. Mannschaftskapitän Bernd Förster: „Ich hoffe, daß wir nicht drauflegen müssen." Der Nationalspieler kann sich beruhigen: Die Tore von Allgöwer und Reichert sind für jeden Stuttgarter noch 1000 Mark wert.

„Trotz des Formanstiegs", meinte Gladbachs Trainer Jupp Heynkkes, „stecken wir tiefer im Abstiegsstrudel denn je." Und Nationalspieler Lothar Matthäus sagte nach dem 1:2 gegen Bremen: „Jetzt haben sich wohl alle Fußball-Geister gegen uns verschworen."

Trost erhielten die Gladbacher von ihrem früheren Spieler Wolfgang Kleff: „Gladbach steigt nicht ab. Die meisten Spieler müssen jedoch zur Besinnung kommen. Sie müssen wieder denken lernen, konstruktiver agieren und zielstrebiger werden." Als Beobachter meinte Horst Köppel, Trainer von Arminia Bielefeld: „Es sind die Nerven und der Übereifer, mit denen sich die Gladbacher selbst im Wege stehen, sonst wäre eine Niederlage nach der 1:0-Führung nicht mehr möglich."

Sundermann und wie sich seine Worte verändern . . .

Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft so blamabel gegen Portugal verloren hatte, meldete sich Schalkes Trainer Jürgen Sundermann als einer der ersten zu Wort. Als bitterböser Kritiker bekam er – völlig zu Recht – beispielsweise für diese Sätze viel Beifall: „Das Spiel war eine Katastrophe und eine Negativwerbung für den Fußball. So und nicht anders geht das Verhältnis zu den Fans kaputt." Er, Sundermann, sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, den Spielern in erster Linie ein anderes, ein profihafteres Verhalten zu vermitteln.

Am Dienstagabend verlor Sundermanns Team in Köln 0:5 und schied aus dem Pokal aus. Nach einer Leistung, die man als indiskutabel, unwürdig, ja, als unverschämt bezeichnen muß. Was tat Sundermann? Rügte er die mangelhafte Berufsauffassung seiner Spieler?

Wer darauf gewartet hatte, sah sich getäuscht. Der Schalker Trainer verbreitete statt dessen Beschwichtigungsformeln. Sein Team sei in Gedanken beim Bundesliga-Abstiegskampf gegen Dortmund am Samstag gewesen. Deshalb habe man nie das Gefühl gehabt, als wolle sich Schalke für das Pokal-Halbfinale qualifizieren. Das sei, sagte Sundermann, psychologisch erklärbar. Und in seiner Stimme schwang viel psychologisches Verständnis mit.

Kollege Rinus Michels vom 1. FC Köln reagierte spöttisch: „Da bin ich aber froh, daß meine Spieler nicht auch schon an das schwere Spiel gegen Bremen gedacht haben. Das hätte ich nämlich nur wenig profihaft gefunden."

Die mitgereisten Schalker Fans pfiffen ihre Mannschaft in Köln aus. Vielleicht bekommt Sundermann am Samstag die Erkenntnis vermittelt, daß etlichen von diesen Fans die Motivation fehlt, ihr gutes Geld weiterhin an den Kassen des Parkstadions abzuliefern. Er sollte sich dann bloß nicht wundern, der Wundermann Sundermann . . .

BERND WEBER

STANDPUNKT

SCHACH / Finanzielle Schwierigkeiten um das Kandidatenturnier

Hübner wollte Geld vom Verband

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Unverhofft und nicht ganz freiwillig ist auch der Deutsche Schachbund (DSB) zum Ausrichter für einen der vier Kandidatenwettkämpfe geworden, bei denen der Herausforderer für Weltmeister Anatolij Karpow ermittelt wird. Am 26. März, also noch während der deutsche Großmeister Robert Hübner im österreichischen Kurort Velden (ab 20. März) gegen den fast 62 Jahre alten sowjetischen Ex-Weltmeister Wassili Smyslow kämpft, wird in Bad Kissingen der Kampf zwischen dem Exilrussen Viktor Kortschnoi und dem Ungarn Lajos Portisch beginnen.

Eigentlich war dieser Kampf in Luzern vorgesehen. Aber die Schweizer wollten entweder alle vier Kämpfe (und dazu noch das Halbfinale und Finale) – oder keinen. So kam es, daß der neue Präsident des Weltschachbundes (FIDE), der Filipino Florencio Campomanes, sich hilfeflehend an den DSB wenden mußte. Aber auch die deutsche Schachszene spürt inzwischen die finanzielle Flaute. Zwar fand sich mit dem „Kurotel 2002" kurzfristig ein altbewährter Sponsor für den Spielort und die Unterbringung der Delegationen. Das von der FIDE laut Satzung verlangte Preisgeld von 20 000 Schweizer Franken (plus zehn Prozent FIDE-Gebühr) jedoch konnten weder der DSB noch andere Stellen aus dem Hut zaubern. Im letzten Moment erklärten sich der Schweizer Verband für Kortschnoi und der ungarische Verband für Portisch bereit, je 11 000 Franken auf den Tisch zu legen.

Daß der Wunsch der Stadt Luzern (und auch einer spanischen Stadt), die gesamte WM der Herren und Damen als ein einziges gigantisches Turnier auszurichten, nicht erfüllbar war, lag an den Sowjets. Sie bestanden darauf, den Wettkampf ihrer beider Vertreter Kasparow und Beljawski sowie vor allem die Spitzenpaarungen ihrer Damen auf eigenem Boden auszutragen. Beim Kampf der Sowjetrussin Semjonowa gegen die Rumänin Muresan gelang ihnen das allerdings doch nicht. Die Rumänen protestierten gegen den Austragungsort Lwow. Auch dieser Kampf wird jetzt Zuflucht in Bad Kissingen finden, obwohl die Sowjets noch nicht zugestimmt haben.

Auch Robert Hübner bekam übrigens die finanzielle Flaute zu spüren. Er, der bei großen Wettkämpfen vor allem psychologische Probleme hat, wollte sich diesmal besonders gründlich vorbereiten. Experten aus dem sportlichen Bereich hatten ihm die Entwicklung spezieller Trainingsprogramme angeboten. Aber das gesamte Programm inklusive Vorbereitungskämpfe gegen prominente Gegner sollte – so spricht man – 60 000 Mark kosten. Der DSB mußte bedauernd abwinken. Hübner hat sich inzwischen um andere Sponsoren bemüht. Sein Sekundant soll der in den USA lebende Exil-Tschechoslowake und Großmeister Ljubomir Kavalek sein.

Gewinnt Hübner seinen Viertelfinalkampf in Velden, wäre der Sieger aus der Begegnung Ribli (Ungarn) – Torre (Philippinen) sein nächster Gegner. Gespielt werden in diesem Viertelfinale zehn Partien, die Unentschieden werden mitgezählt. Steht es am Ende 5:5, werden vier weitere Partien angehängt. Gibt es auch dann noch keinen Sieger, folgen entweder zwei Schnellpartien, oder es wird gelost. Die Gegner müssen sich darüber vor dem Wettkampf einigen.

In Moskau führt Junioren-Weltmeister Garri Kasparow (19) gegen seinen Landsmann Alexander Beljawski nach zwei Spielen 1,5:0,5. Die erste Partie endete nach 68 Zügen unentschieden. Die zweite gewann Kasparow, weil sein Gegner beim 38. Zug die Bedenkzeit überschritt.

ZAHLEN

FUSSBALL

DFB-Pokal, Viertelfinale: 1. FC Köln – Schalke 04 5:0 (3:0), Stuttgart – Hertha BSC 2:0 (0:0). Bundesliga, Nachholspiel: Mönchengladbach – Bremen 1:2 (0:0).

England, 1. Division, Nachholspiel: Swansea – Brighton 1:2.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier der Herren in Kairo, erste Runde: Avendano (Spanien) – Elter (Deutschland) 6:2, 4:6, 6:3, Kary (Österreich) – Keretic (Deutschland) 1:6, 6:2, 6:4, Westphal (Deutschland) – Canter (USA) 6:0, 6:3.

EISHOCKEY

Plazierungsspiele der deutschen Meisterschaft: Schwenningen – Düsseldorf 11:3 (Schwenningen spielt gegen Kaufbeuren um Platz 5, Düsseldorf am Freitag in Rießersee um Platz 7).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Nachholspiel: TTC Jülich – Borussia Düsseldorf 9:4.

RADSPORT

Sardinien-Rundfahrt für Radprofis, vierte Etappe: 1. Argentin (Italien) 3:52:36 Stunden, 2. Pirard (Niederlande) gleiche Zeit, 3. Gavazzi (Italien) vier Sekunden zurück. – Gesamtwertung: 1. Braun (Deutschland) 12:03:12 Stunden, 2. Freuler (Schweiz) 29 Sekunden zurück, 3. de Wolf (Belgien) 2:10 Minuten zurück.

NACHRICHTEN

Düsseldorf verlor erneut

Jülich (sid) – Der Kampf um die Meisterschaft in der Tischtennis-Bundesliga der Herren ist praktisch schon entschieden. In einem Nachholspiel unterlag Borussia Düsseldorf dem TTC Jülich 4:9 und liegt nun mit bereits fünf Punkten Rückstand auf den ATSV Saarbrücken auf Platz zwei der Tabelle.

Amerikaner besiegt

Indianapolis (sid) – Im zweiten Box-Länderkampf gegen die Amateur-Auswahl der Sowjetunion unterlag die Staffel der USA in Indianapolis mit 4:6. Den ersten Vergleich hatten die Amerikaner 7:5 gewonnen.

Schiedsrichter gesperrt

Athen (UPI) – In der griechischen Fußballmeisterschaft wurde der Schiedsrichter George Stamatis wegen schlechter Leistungen 40 Tage gesperrt. Der Linienrichter Vassiladis erhielt 50 Tage Sperre.

Röhrl zum Auftakt vorn

Estoril (sid) – Weltmeister Walter Röhrl (Regensburg) hat zum Auftakt der Rallye Portugal die Führung übernommen. Zweiter ist der Finne Alen.

Mutter Kamizuru

Tokio (sid) – Die deutsche Tischtennis-Rekordnationalspielerin Uschi Kamizuru (29) ist Mutter eines Sohnes geworden. Die in Tokio lebende Uschi Kamizuru hatte 1982 nach der Bronzemedaille bei der *Europameisterschaft ihre Karriere* beendet.

Braun in Führung

Arzachena (UPI) – Der Italiener Moreno Argentin gewann die vierte Etappe der Sardinien-Rundfahrt für Radprofis. In der Gesamtwertung führt weiterhin der deutsche Fahrer Gregor Braun.

Keine einfache Aufgabe

Zeist (sid) – Bei der Junioren-Handball-Weltmeisterschaft im Dezember in Finnland trifft die deutsche Mannschaft in der Gruppe A auf die Favoriten UdSSR und „DDR".

Ein weiter Wurf

Sotschi (dpa) – Hammerwurf-Weltrekordler Sergej *Litwinow* (UdSSR) erzielte in Sotschi mit 81,28 m Weltjahresbestleistung. Sein Landsmann Juri Dutschew warf den Diskus 68,62 m weit (ebenfalls Weltjahresbestleistung).

Beispiel Amerika: Der Massen-Appeal des Fernsehens muß garantiert sein

Ein blaues Wunder auf 45 Kanälen

Werner Baecker, Autor von „New York, New York" im Deutschen Fernsehen, möchte mit der eilfertigen Darstellung ausräumen, daß am amerikanischen Fernsehsystem so ziemlich alles falsch ist. – Dem Artikel des prominenten Journalisten liegt ein Vortrag zugrunde, den er auf einer Vertriebstagung des Axel Springer Verlages gehalten hat. Wir veröffentlichen heute den zweiten Teil und Schluß des Aufsatzes.

Im Gegensatz zu Amerika, wo eigentlich alles unterhaltend sein soll, was das Fernsehen veranstaltet, war es bei uns das politische Zeitgeschehen, das den Kern oder die Mission der Sendungen des Rundfunks und später auch des Fernsehens bestimmte. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das verständlich. Die Besatzungsmächte haben von den ersten deutschen Nachkriegs-Intendanten sicher so etwas wie unterschwellige Umerziehung erwartet. Aber inzwischen sind beinahe 40 Jahre vergangen, und die besseren Sendezeiten sind immer noch den politischen Sendungen vorbehalten. Wir haben im Gegensatz zu den Amerikanern keine Anknüpfungspunkte, die auf das Radio der 40er Jahre zurückgehen.

Die frühesten Richtlinien, an die ich mich erinnern kann, kamen vom ersten Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, vom Kultusminister a. D. Grimme aus Hannover, der kurz nach Amtsübernahme einen interessanten Vergleich anstellte: Was früher einmal die Petroleumlampe war im trauten Kreise der Familie, meinte er, so ähnlich sehe er die künftige Funktion des Rundfunkgeräts. Vom Fernsehen war damals noch keine Rede. Das müsse ein Sammelplatz werden für die Familie, erbauend und erziehend, wenn man so will, die Volkshochschule im Wohnzimmer.

Der jetzige Hausherr in Hamburg, Intendant Räuker, sieht es moderner. Auf die Frage von „HörZu", „Sehen Sie die Aufgabe zu unterhalten gleich wichtig mit der Aufgabe zu informieren?" antwortete Räuker: „Ja." Und wer daran vorbei will, wird auf die Dauer bei den Menschen so viel Unwillen erzeugen, daß sie eines Tages, wenn neue Anbieter auf den Fernsehmarkt kommen sollten, ihr blaues Wunder erleben werden. Wie dieses blaue Wunder hierzulande aussehen wird, ob Cincinnatti mit 45 oder mehr Kabelkanälen der Modellfall ist, bleibt zunächst noch offen.

Irgend jemand hat sicher auch noch die Pläne im Schubfach für das, was wir vor 20 Jahren das Adenauer-Fernsehen nannten. Viele Programmgestalter, ich eingerechnet, hatten sich auf einen heilsamen Wettbewerb der Ideen gefreut. Daraus wurde nichts. Statt dessen entschlossen wir uns, zwei öffentlich-rechtliche Systeme aus einem Gebührenaufkommen zu speisen. Und erst seit einiger Zeit glauben wir langsam daran, daß dies nicht das letzte Wort in der Rundfunk- und Fernsehpolitik der Bundesrepublik gewesen sein kann.

Ohne neue Überlegungen, die die Idee der Entwicklung eigener Serien einschließen, werden wir aber nicht über die Runden kommen. Bei einem Besuch in Hollywood vor einigen Jahren war der Produzent der Bonanza-Serie sehr erfreut, daß sich die ganze Welt, Deutschland an der Spitze, für seine Cowboy-Geschichten interessierte. Aber dann überraschte er mich im Laufe des Gesprächs mit der Frage: Wann werden Sie uns aus Deutschland Ihre erste Serie anbieten? Römer und Germanen, die Nibelungen-Sage, die Märchen der Brüder Grimm? Großes Fragezeichen.

In dem „HörZu"-Interview mit Intendant Räuker heißt es: Im Fernsehspiel und Unterhaltungsbereich soll künftig mehr investiert werden. „Deshalb haben wir dort jetzt in erheblichem Umfange Geld bereitgestellt. Wir leiden aber auch unter großen Schwierigkeiten, aus deutschen Landen überhaupt frische Unterhaltung auf den Schirm zu bekommen. Das liegt zum Teil an einer Mentalität, die Lachen als etwas Verwerfliches und unpolitische Unterhaltung nicht als Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Systems ansieht. Für die Zukunft möchte ich, daß wir selber in größerem Umfang Programme der anspruchsvollen Massenkonfektion produzieren, daneben haben Literatur und künstlerische Experimente ihren angemessenen Platz."

Amerikas Beispiel mit den täglichen Veränderungen, die sie anzeigen, kann nicht unbesehen auch unser Vorbild sein. 45 oder mehr Kanäle? Vielen Dank, würde ich sagen. Weniger wäre mehr. Dennoch, es wird Veränderungen geben, auch bei uns. Und wie immer die Verantwortlichen eines neuen TV-Angebotes auch heißen mögen, überspitzte Forderungen nach Niveau und Erbauung im Sinne der Petroleum-Lampe müßten dann hinter der entscheidenden Forderung zurücktreten: Der Massen-Appeal muß gewährleistet sein.

Amerika hat sich nie gescheut, es zuzugeben: Fernsehen ist eine Handelsware, mit der sich Millionen verdienen lassen. Und wenn es daneben, wie jetzt auf fast allen Kabelsystemen, auch noch kulturell anspruchsvolle Sendungen gibt, dann ist das um so besser.

Programme für jeden Geschmack sind nicht nur machbar, sie sind, dank Kabel-Explosion, längst vorhanden.

WERNER BAECKER

KRITIK

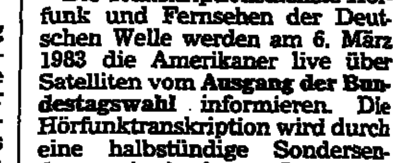
Nachhilfe in Taktlosigkeit

Was „Glück" – so das Thema der letzten ARD-Sendung **Arena** – bedeutet, das vermochte er wohl nicht zu zeigen. Wohl gab Moderator Hans-Eberhard Pries vom Norddeutschen Rundfunk ein Privatissimum in Taktlosigkeit. Zu blinden Zuhörern im Hamburger Funkhaus gewandt: „Sie sind von Geburt an blind, ja? – ist da auch jemand, der sein Augenlicht verloren hat? bitte! – übermannt Sie nicht manchmal der Schmerz?"

Selbst die so liebenswürdige Margot Werner verlor fast die Contenance, als Pries eine Parallele zwischen ihrem Berufswechsel von der Primaballerina zur Chansonette und einer Erblindung mit Berufsverlust zog. Schade, daß Autorin Karin Struck („Klassenhiebe") ihre Hiebe zu ungleichmäßig verteilte, das Publikum wurde öfters provoziert, ebenso die direkte Nachbarin Margot Werner und der Reeder Rolf Stüdter. Doch Philosophieprofessor Ulrich Hommes und Moderator Pries wurden geschont.

Karin Strucks Aussage, daß der Gedanke an die Hungernden und Gefolterten in der Welt das eigene Glück zu verdunkeln vermag, hätte etwas ernster genommen werden sollen. Hat nicht schon Dostojewski die Frage gestellt, wie jemand glücklich sein kann, wenn sein Bruder leidet? Daran zu erinnern, hätte sicherlich einer Sendung, die das Wort „Kultur" im Schilde führt, gut gestanden.

GISELHER SCHMIDT



STUDIO

Die Transkriptionsdienste Hörfunk und Fernsehen der Deutschen Welle werden am 6. März 1983 die Amerikaner live über Satelliten vom **Ausgang der Bundestagswahl** informieren. Die Hörfunktranskription wird durch eine halbstündige Sondersendung mit Analysen, Interviews und Berichten aus den Bonner Parteizentralen den Hörern der – nichtkommerziellen – amerikanischen Rundfunkkette „National Public Radio" (NPR) in allen Teilen der USA das Ergebnis der Wahl und seine Bedeutung für die künftige Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland darstellen. Ähnlich verfährt der aktuelle Dienst des Transkriptionsdienstes Fernsehen der Deutschen Welle.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 Hallenhandball-B-WM
Fußball-Europapokal
11.40 Die an der Basis arbeiten
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ungewöhnlich leben
Lieber zehn Jahre Glück als ein Leben voller Mittelmäßigkeit
Marlinde Krebs im Gespräch mit älteren Frauen und ihren jungen Partnern
17.00 Was geschah mit Adelaide Harris? (1)
Fernsehserie in 6 Teilen (Wh. v. 1980)
Harris und Bostock, zwei Schuljungen aus Dr. Bunnions „Akademie für junge Gentlemen" haben einen Plan: Nachdem sie im Unterricht von den Spartanern gehört haben, die in den Bergen ihre Kinder aussetzten, beschließen sie, die Geschichte zu überprüfen.
17.30 Die Ferien des Herrn Rossi
Gipfelstürmer haben's schwer
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Parteien zur Wahl
20.15 Drei Tage vor der Wahl
Diskussion mit den Vorsitzenden bzw. Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen politischen Gruppierungen
Gesprächsleitung: Friedrich Nowottny und Hans-Joachim Reiche
Anschließend:
ARD-Sport extra
Hallenhandball-B-WM
Anschließend:
Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Frauen über sich selbst
Ich hab' zum erstenmal über mich nachgedacht
16.35 Die Mumins
Die Reise zum Observatorium
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ricky King
17.50 4 Hoffmanns und 5 Cupovics
Wieso nicht alle Pläne gut sind
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Der Fall der Toten im Koffer
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Mein Vater, der Zirkuskönig
Gunther Gebel-Williams, Star unter den Raubtierdresseuren der Welt, präsentiert in diesem Programm sein Können. Seine Raubtierdressuren haben spielerische Züge, die fast vergessen lassen, daß es sich hier um gefährliche Raubkatzen handelt. Bei der Arbeit in der Manege ist sein kleiner Sohn Buffy immer dabei.
20.15 Wahl '83
Drei Tage vor der Wahl
Diskussion mit den Vorsitzenden bzw. Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen politischen Gruppierungen
Anschließend: heute



Ehepaar Hoffmann (Wolfgang Völz und Karola Ebeling) speist im Restaurant der Cupovics. (Vier Hoffmanns und fünf Cupovics – ZDF, 17.50 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

III.

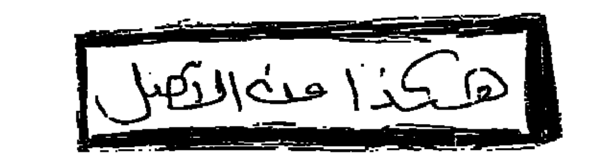
WEST
18.00 Telekolleg
Physik (9)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Vera Cruz
US-Spielfilm, 1954
Mit Gary Cooper, Burt Lancaster u. a.
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtschalter
Vom Salon zum Kulturberuf
Dialog mit und über Rahel Varnhagen und Künstlerinnen heute
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Arbeiten mit Ton (1)
18.45 Follow me (17 und 18)
19.15 Was tun?!
Notruf: Legasthenie
Ein Fall für die ganze Familie
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 In der Reihe „Die großen und die kleinen Fluchten" (10)
Fluchtpunkt San Francisco
US-Spielfilm, 1970
21.50 Kultur aktuell: Essen
22.35 Beat Club
23.20 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Am Start ist der Delphin (1)
Ein Spielfilm
19.15 Der Flug des Kondor (3)
An den Quellen des Amazonas
20.00 Tagesschau
20.15 A. Hitchcock zeigt:
Zwei Seelen, ein Gedanke
20.40 Sport-Report
21.15 Drei aktuell
21.30 Sport-Report
22.00 Kulturkalender
22.30 Vor vierzig Jahren
Sowjet. Wochenschauen, 1943
23.00 Titel, Thesen, Temperamente

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg (1)
19.00 Shakespeare:
Heinrich IV (2. Teil)
21.50 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
22.35 Freiplatz für eine kurzfristig angekündigte Sendung
Nur für Rheinland-Pfalz
22.35 Magazin regional Zeitraffer
Eine Chronik der Regionalereignisse
23.05 Zugabe
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 The Sadrina Project (8)
18.35 Geflügelte Webkünstler
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Professor Bernhard Grzimek live zu Gast bei Joachim Fuchsberger
21.45 Sperrfrist
23.15 Rundschau



Wer schnurrt, grunzt nicht

Au – Ich bin ein Fall für den Stertologen. Der einzige Trost: Meine Behinderung ist nicht tödlich, auch wenn die Fachliteratur bereits über vereinzelte Totschläge berichtet hat. Die Spezialisten behandeln mich keineswegs wie einen Paradiesvogel aus der Raritätenkiste. Im Gegenteil, bei meiner Krankheit handelt es sich um ein Massenphänomen: 70 Prozent der Menschheit, eine erkleckliche Dunkelziffer nicht berücksichtigt, sind meine Leidensgenossen. Das beruhigt ungemein. Noch besser fühlen würde ich mich allerdings, wenn die Ärzte auf den lateinischen Krankheitsnamen verzichten könnten. Stertere heißt nämlich nicht mehr, aber auch nicht weniger als schnarchen.

Mittlerweile unterscheidet die stertologische Grundlagenforschung schon drei Hauptgruppen von nächtlichen Geräuschproduzenten. Ich wurde den Knurrschnarchern zugeteilt. Der Kassettenrekorder unter dem Bett brachte es ans diagnostische Ohr des Fachmanns. Aufgefallen sind aggressive und drohende Untertöne, überlagert von raubtierähnlichem Fauchen. Mit den anderen, den Schnurr- und Grunzschnarchern, leide ich an einem Grundübel: Wie der Stuttgarter Chef-Stertologe Dr. Fritz Held nachwies, sind Schnarcher grundsätzlich nicht imstande, ihre Gefühle und Gedanken offen und bewußt im Lichte des Tages auszudrücken. Ich könnte mich, Dr. Held zufolge, schon glücklich schätzen, wenn aus meinem Knurr- ein aggressionsfreies Schnurrschnarchen würde. Nicht auszudenken aber, wenn meine phonetische Umwelt-Belästigung in ein Grunzschnarchen umschlagen würde! Alles Schweinische könnte man mir (im Stertologie-Lehrbuch ist es nachzulesen) nachsagen.

Herrn Dr. Held, im Hauptberuf Kinder- und Jugendpsychiater, muß man um sein Forschungs-Hobby beneiden. Er publizierte seine jüngste Studie im Deutschen Ärzteblatt, plump als Glosse etikettiert. Vermutlich rein zufällig in der Ausgabe zur Wahl. Denn nur Böswillige können mutmaßen, daß er damit die unpolitischen Schnarcher in der Kollegenschaft aufrütteln wollte.

Fundgrube ohnegleichen: Bundes-Filmarchiv in Koblenz feiert Jubiläum

Der Herr über 196 000 Rollen

Die Einlieferung ist noch so neu, daß man sie noch nicht einmal im pedantisch nach Ort und Person geführten Register auffinden kann: Ein Schmalfilmfreund aus Bielefeld hat dem Bundes-Filmarchiv in Koblenz einen alten Streifen verkauft, auf dem neben Kindergeburtstag und Sackhüpfen auch ein Ereignis festgehalten wurde, von dem es bisher überhaupt kein authentisches derartiges Material gab – eine deutsche Synagoge brennt in der „Reichskristallnacht".

Alle angeblichen Filmaufnahmen solcher Synagogenbrände, auch die in jüngsten Dokumentarfilmen aus aktuellem Anlaß verwendeten, sind „getürkt", sagt Filmarchiv-Chef Professor Friedrich Kahlenberg, im ordentlichen Behördendeutsch Leiter der Abteilung III des Bundesarchivs, zuständig für „Nichtstaatliches Schriftgut, nichtschriftliches Archivgut, Filmarchiv". Fast 30 Jahre ist das Filmarchiv jetzt alt, und Prof. Kahlenberg ist Hüter von 38 700 Dokumentar- und 2600 Spielfilmen auf 196 000 Rollen.

Die wahrscheinlich erste Anregung dazu, auch das empfindlichste Dokumentarmaterial zur Zeitgeschichte, den Film, für die Nachwelt aufzuheben, stammt möglicherweise vom damaligen Direktor der „Urania" in Berlin, Franz Goerke, der in einem Huldigungsbuch aus Anlaß des 25. Regierungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II. die Einrichtung eines „Staats-Archives für kinematographische Aufnahmen" vorschlug. Zwar habe, schrieb Goerke damals, das „Bewegungsbild" als eine „untergeordnete Schaustellung zur Belustigung der unterschiedlosen Masse" gedient und „zu deren Verflachung und Verrohung beigetragen", andererseits müsse man sich vergegenwärtigen, „welche Dokumente wir wissentlich zugrunde gehen lassen".

Das war 1912. Abgesehen von einem kurzlebigen „Reichsfilmarchiv", das 1945 unterging und erst im Geschäftsbereich des unrühmlichen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda aufgebaut worden war, geschah aber nichts. Und als das Bundes-Filmarchiv in Koblenz eingerichtet wurde, war ihm zunächst nur die Aufgabe gestellt, „Dokumentarfilme als Quelle zur deutschen Geschichte nach archivfachlichen Grundsätzen zu erfassen, zu erhalten und der wissenschaftlichen wie der publizistischen Benutzung zugänglich zu machen".

In den 60er Jahren wurde im Filmarchiv damit begonnen, Belegkopien aller Filme, Spiel- und Dokumentarfilme aufnehmen zu lassen, die im Rahmen der „kulturellen Filmförderung" der Bundesregierung ausgezeichnet oder bezuschußt wurden – das waren, nach großzügiger Regelung zumindest jener Jahre, fast alle Filme. Und erst seit 1979, nach Unterzeichnung eines „Verwaltungsabkommens über den Aufbau und die Unterhaltung eines Kinematheksverbundes" zwischen dem Bundesinnenministerium, dem das Bundes-Archiv organisatorisch untersteht, und dem Land Berlin, werden in Koblenz auch Spielfilme systematisch gesammelt und konserviert. Partner dieses Verbundes sind außer Koblenz die „Stiftung Deutsche Kinemathek" in Berlin und das „Deutsche Institut für Filmkunde" in Wiesbaden, die den Verleih der Kopien der historischen Filme betreuen.

Typisch für den dokumentarischen Wert auch alter Spielfilme sind Titel wie „Das Recht auf das Dasein" und „Auf einsamer Insel", beide von 1913. Der erste Stummfilm zeigt Flucht- und Verfolgungsszenen im Berliner Westend vor dem ersten Weltkrieg, der zweite wurde auf der Insel Marken in der Zuidersee aufgenommen. Die Einwohner ganzer Dörfer in Originalkostüm treten dabei als Statisten auf. Unter solchen Gesichtspunkten sind sogar Filme wie der unter dem Titel „Schuld allein – ist der Wein" wertvoll, weil er aus einer Serie von Spielfilmen kurz nach der Rheinlandbefreiung stammt.

Zu den Paradestücken der Filmsammlung gehört Murnaus Originalfilm „Nosferatu" von 1925, in einer „viragierten", also eingefärbten Fassung. Vor der Erfindung des Farbfilms versuchte man so, Gefühlswerte dem Publikum dadurch zu vermitteln, daß beispielsweise bei Streit oder Gefahr der Streifen „Rot" ablief, bei Innenaufnahmen „Gelb" war, im Walde „Grün".

Wie schnell selbst „moderne" Filme von der Bildfläche verschwinden, zeigte sich am Beispiel der Nachkriegs-Neuverfilmung von Kästners „Emil und die Detektive". Sie ist nicht mehr aufzutreiben, der alte Stummfilm aber ist in Koblenz vorhanden.

Ältester Dokumentarfilm im Koblenzer Archiv ist ein Streifen von 1895 aus Berlin, der Arbeiter beim Verlassen einer Fabrik und Straßenverkehr in der alten deutschen Hauptstadt zeigt. Viele der ersten Nachkriegs-Wochenschauen ab 1945 waren bisher unauffindbar, die erste, die auch vorhanden ist, zeigt die Einsetzung der Militärregierung in Deutschland, Waffenablieferung der Bevölkerung und Erschießung eines durch Militärgericht verurteilten Zivilisten in der US-Zone.

Die Erhaltung des als geschichtlich wertvoll bezeichneten Filmmaterials – das Kostbarste dabei vielleicht ein Bild für Bild handkolorierter Modefilm aus dem vorigen Jahrhundert – erfordert großen technischen Aufwand, zumal, so Professor Kahlenberg, „ein älterer Film bei uns erst dann als archivarisch gesichert gilt, wenn das sogenannte Sicherungspaket erarbeitet worden ist". Das bedeutet ein getrenntes Bild- und Tonnegativ, ein besonders weich kopiertes Positiv, das eine neue Kopie auch nach vielen Jahren ermöglicht (sogenanntes „Lavendel"), und eine kombinierte Arbeitskopie für Hauszwecke.

Die sachgerechte Lagerung in klimatisierten Film-Magazinen auf der Koblenz benachbarten Festung Ehrenbreitstein kostet jetzt in jedem Jahr rund 340 000 Mark allein für den Strom. Bis in die 50er Jahre wurden Kino-Filme auf Nitrozellulose-Basis hergestellt. Diese enorm feuergefährliche Ware befindet sich in 18 Räumen im Festungsteil „Contre-Garde-links" und muß unter besonderen Luftfeuchtigkeits- und Temperaturverhältnissen aufbewahrt werden.

Alte Filme werden oft erst durch Vergleich mehrerer Kopien, auch in Auslandsbesitz, in der Originalfassung wiederhergestellt. Der technische Aufwand, sie zu waschen, mit Ultraschall zu säubern, mit dem teuersten der vorhandenen Geräte so zu kopieren, daß verblichene Farben früher Farbfilme wiederbelebt werden, ist ein aufregendes Kapitel für sich.

Für Professor Kahlenberg tickt dabei auch eine „Zeitbombe". Er meint: „Wenn schlecht gelagerte Nitrofilme nicht innerhalb von zehn Jahren umkopiert sind, kommen sie für Archivbearbeitung nicht mehr in Frage."

EBERHARD NITSCHKE

Die abstrakte Gegenwelt zum Nierentisch: Ernst Wilhelm Nays „Melisande" (1948), aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER / THIELE

Berlin: „Grauzonen – Farbwelten 1945–1955"

Im Schneewittchensarg

Im Foyer der Akademie der Künste stehen eine schnieke Isetta und ein Motorroller mit Beiwagen. Man hätte Lust, sich hineinzusetzen und durch diese Ausstellung, die die Jahre des Neubeginns 1945–1955 zeigen will, mit Karacho hindurch zu knattern. Tempo 50 war damals noch nicht gefragt. Gemach, die beiden Fahrzeuge sind Ausstellungsstücke!

Eine Treppe höher kann man sich den Kopfhörer überstülpen. Boris Blacher, Carl Orff, Pierre Boulez, Karlheinz Stockhausen tönen ins Ohr. Oder schalten wir um zu Mona Baptiste, Willy Schneider, Friedel Hensch und den Cyprys, zu „Egon" und der „Fischerin vom Bodensee"? Beides gehört dazu. Man ist, wie heißt es doch?: passend eingestimmt.

Die Stunde Null in der Malerei. Die Angst des „Alarms", die Ruinennacht von Hofer, die Kulissenstädte von Werner Heldt. Ein Inferno, wie es Radziwill malte. Und auf der anderen Seite, mit Trökes' „Mondkanone" und Thiemanns „Toter Landschaft", die Wegzeichen in eine eigene Bildwirklichkeit namens Surrealität. Fotos der überfüllten Züge, Kinder auf dem Treck, die Such-Plakate, Verteilung von Care-Paketen. Im Schaufenster liegen wieder Würste; sie werden mit den Augen, vorerst, verschlungen.

„Als der Krieg zu Ende war", „Elendsjahre" – wie die Ausstellungen der letzten Jahre auch heißen – die Darstellung dieser allerersten Nachkriegszeit durch Kunstwerke macht (mit manchmal sogar denselben Kunstwerken) schon deutlich, wie sehr sich unser Bild aus festen Vorstellungen und optischen Schablonen speist. Das aber ist typisch für diese große Ausstellungs-Anstrengung der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst: Statt in die Krabbelkiste der Fotoamateure greift man lieber ins Archiv der geleckten (und oft bekannten) Kunst-Fotos.

Der versierte Betrachter wird schon mal schlucken, wenn er heute die Stoff-Muster wiedersieht, die Willi Baumeister entwarf, oder die Tapeten-Dessins von der Hand des documenta-Vaters Arnold Bode. Aber die Macher haben an allen Ecken und Enden Angst, den Fünfzigern auch nur ein Haar zu krümmen. Zumal ein so vorzüglicher Kenner des Designs jener Jahre wie Christian Borngräber macht den Fehler, partout so etwas wie den Hoch-Stil der Fünfziger exklusiv darzustellen. Keine fette Musiktruhe aus der Wohnküche, sondern die damals vorbildlichen Kreationen von Braun, inklusive „Schneewittchen-Sarg"-Phonocenter und Massagerät; kein Gelsenkirchener Barock, sondern laszive Schwünge von Nelkenvasen, Multimix und nobiem Zwiebelschnitzler. Was das Panorama erst lebendig gemacht hätte, die Widersprüchlichkeit, fällt unter den Tisch – der ist dann immerhin, freilich auf die allerfeinste Art, noch nierenförmig.

Mit unübersehbarer Betulichkeit ist hier die Kindergeneration der fünfziger Jahre aufgerückt, so etwas wie eine Ehrenrettung der angeblich muffig-spießigen fünfziger Jahre zu zelebrieren. Die Bau-Abteilung, die bei einem weniger prominenten Architekten wie dem Düsseldorfer Paul Schneider-Esleben zwischen seiner reaktorförmigen Rochuskirche und dem fast gleichzeitigen funktionalen Mannesmann-Haus konträre Möglichkeiten des Bauens aufhellt, läßt ihrerseits das entscheidende Problem dieser Epoche aus den Augen: Die architektonisch verhunzten Städte der Nachkriegszeit, die „zweite Zerstörung", mit denen wir heute weiter fertig werden müssen.

Um nicht mißverstanden zu werden: All dies ist hochinteressant und überaus sehenswert. Es ist wohl bezeichnend, daß Besucher, die damals um die dreißig waren, *hier nur das museale Gerüst sehen*, nicht den rumorenden Geist der damaligen Zeit wieder spüren, während jüngere Betrachter, die noch zur Schule gingen, gerade die Koordinaten ihres damals gefestigten kulturellen Bewußtseins erinnern, halb mit glänzendem Auge, halb mit ironischem Blinzeln.

Die Plakate, die man reihenweise zusammengetragen hat, bleiben hier nur schematische Pflicht-Kulisse. Literatur, wenn auch der umfangreichste Teil der Schau, kann, weil nur durch dokumentarische Anwesenheit unter Glas belegt, zwangsläufig in einer Ausstellung nur begrenzte Wirkung zeigen.

Den langweiligsten Part hat überraschenderweise die Bildende Kunst. Bilder als Namen: Baumeister, Geiger, Götz, Meistermann, Nay, Schultze, Winter. War das denn alles? Wurde nicht diese Malerei, die sich im Bild ihre eigene abstrakte Gegenwelt schuf, von der ersten Stunde an mit Vehemenz und ans Temperament gehenden Diskussionen erlebt und belebt? Erst da, wo die Ausstellung in den letzten Saal, wo die Malerei ins Internationale mündet, bei den Deutschen in Paris, Hartung und Wols, hat die Schau in diesen Bereich wieder Spannung.

Zweifel an einer (wichtigen) Ausstellung. Auch daran, inwieweit sich noch erlebte vitale Epochen überhaupt in Ausstellungen darstellen lassen, sozusagen unter der Käseglocke – zumal wenn diese allzu formschön ausfällt. (Bis 27.3., Katalog 32 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Solschenizyn erhält Templeton-Preis

dpa, London

Dem in den USA lebenden russischen Schriftsteller und Dissidenten Alexander Solschenizyn ist der Preis der amerikanischen Templeton-Stiftung zuerkannt worden, wie in London mitgeteilt wurde. Die Auszeichnung, die mit einer Preissumme von 170 000 Dollar zu den höchstdotierten Ehrungen gehört, soll – wie alljährlich – am 10. Mai in der Londoner Guildhall überreicht werden. Die Templeton-Foundation begründete ihre Entscheidung damit, daß Solschenizyn als „Pionier bei der Wiederbelebung von Religion in atheistischen Nationen" gewirkt habe. Er sei ein lebendes Symbol für die fortdauernde Lebenskraft der orthodoxen geistlichen Tradition.

Der Covent Garden erstmals in den USA

SAD, Los Angeles

Die königliche Oper Covent Garden wird bei dem am Rande der Olympischen Spiele im kommenden Jahr in Los Angeles veranstalteten Olympischen Festival der Künste gastieren und damit zum ersten Mal in seiner Geschichte in den USA auftreten. „Peter Grimes", „Turandot" und „Zauberflöte" stehen auf dem Programm. Eine Neuinszenierung von „Turandot" mit Placido Domingo und Gwyneth Jones wird im Dorothy Chandler Pavilion im Music Centre von Los Angeles ihre Premiere erleben. Damit wird zum ersten Mal in der Geschichte des traditionsreichen Opernhauses eine Neuinszenierung außerhalb Englands aus der Taufe gehoben.

Appell zur Rettung alter Indusstadt

AFP, Islamabad

Mohenjo-Daro, eine der beiden Hauptstädte der Induskultur und eine der ältesten Siedlungsanlagen der Welt, droht in kurzer Zeit vom Erdboden zu verschwinden, falls die 5000 Jahre alte Stätte in Pakistan nicht sehr bald vor den Wassern des Indus gerettet wird. Diesen eindringlichen Appell hat der Generaldirektor der Unesco, Amadou Mahtar M'Bow, in Islamabad abgegeben, um die notwendigen 17 Millionen Dollar zur Finanzierung eines „Rettungsprogramms" zusammenzubringen.

Japan Art Galerie zeigt Ikebana-Körbe

DW. Frankfurt

Die japanische Kunst des Blumensteckens „Ikebana" ist inzwischen vielen bei uns vertraut. Doch das Wort „Hanakago" klingt den meisten fremd. Es bezeichnet *die meist kunstvoll aus Bambus* geflochtenen Körbe, die die Ikebana-Gefäße aufnehmen. Eine Auswahl dieser Hanakago zeigt die Japan Art Galerie in der Frankfurter Gutleutstraße bis 26. März. Es handelt sich dabei um alte Arbeiten aus der Meuiji-Zeit (1867–1912).

Der Karton unterm Bett oder Oswalds Skelett

SAD, Bern

Die sterblichen Überreste des Minnesängers Oswald von Wolkenstein, der vor 538 Jahren starb, waren jetzt Mittelpunkt von Forschungsarbeiten der Universität Bern. Im Jahr 1973 war in einer Kirche in Novacella bei Brixen (Südtirol) während Umbauarbeiten ein Skelett entdeckt worden. Vier Jahre lang verwahrte es der Bibliothekar des Klosters in einer Kartonschachtel unter seinem Bett auf, bis man vermutete, es könnte sich um die Überreste des 1445 verstorbenen Oswald von Wolkenstein handeln. Berner Wissenschaftler bestimmten daraufhin Geschlecht, Sterbealter, Größe und Konstitution des Verstorbenen. Der Schädel wurde mit zeitgenössischen Abbildungen Oswalds verglichen, und es wurde Deckungsgleichheit festgestellt. Sogar zwei deutliche Kinnhöcker am Unterkiefer waren mit den alten Abbildungen des Minnesängers identisch.

Taschenbuchmarkt: Ende der Massenproduktion

Neue Enthaltsamkeit

Der Taschenbuch-Markt ist völlig unübersichtlich geworden, nicht nur für den Käufer, sondern auch für viele Buchhändler. Doch ein Ende der übergroßen Produktion ist kaum in Sicht: 1982 hat es insgesamt 4549 Neuerscheinungen gegeben, oder wenn man so will: 379 neue Taschenbücher monatlich. Setzt man jedes Buch mit 1,5 cm Dicke an, wären das rund 5,70 Meter Bücher im Monat, fast ein ganzes Regal voll.

Ein Vergleich der Produktionszahlen von 1982 mit denen von 1981 ergibt, daß im vergangenen Jahr im Schnitt 42 Prozent mehr Romane und sogar 90 Prozent mehr Sachbücher veröffentlicht wurden. Fast ebenso kräftig sind die Preise nach oben geschnellt, wobei erstaunlicherweise der Umfang der Bücher leicht abnahm. Bei der Gebrauchsliteratur ist Science-fiction zur Zeit der Renner, während der Krimi immer mehr an Boden verliert. Allerdings nicht im Mai, neben der Weihnachtszeit dem anderen Schwerpunkt der Verlagsauslieferung. Vor der Urlaubssaison ist leichte Kost zu niedrigem Preis gefragt.

Was die allgemeine Produktion betrifft, zeichnet sich allerdings für die Monate Januar und Februar 1983 eine Trendwende ab: Es sind erheblich weniger Taschenbücher als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres erschienen: Drastisches Beispiel für die Reduzierung ist der zum Bauer-Konzern gehörende Moewig Verlag, der bereits die Auslieferung im Oktober 1982 von 20 auf 14 Titel gekürzt hatte, und ab Januar 1983 nur noch sieben Neuerscheinungen pro Monat produziert.

Die Gründe für die „Neue Enthaltsamkeit" der Verlage sind vielfältiger Natur:

- Man hat erkannt, daß die Zeit der Massenproduktion zu Ende ist und sich auch auf dem Taschenbuch-Sektor nur noch Qualität behauptet.
- Projekte, die nur geringe Verkaufschancen haben, werden nicht mehr in Angriff genommen.
- Zu viele Neuausgaben gefährden die „Backlist" (d. H. alle Bücher, die früher in der entsprechenden Taschenbuchreihe erschienen sind), denn die meisten Buchkäufer haben nur einen begrenzten Etat zur Verfügung.

Flexibilität heißt deshalb das Heilmittel für den Weg aus der Krise. Die Taschenbuch-Verlage müssen neben den langfristig geplanten Reihen in der Lage sein, schnell auf die Tendenzen des Marktes eingehen zu können. Das kann mit Schnellschüssen bei besonderen politischen, gesellschaftlichen oder sportlichen Ereignissen geschehen oder mit Neuausgaben oder -auflagen zu den Jubiläen des Jahres, wie es der Deutsche Taschenbuch Verlag mit den Chroniken über Kafka, Wagner, Marx und Luther macht.

Darüber hinaus gewinnen Reihen-Werke im Programm der Taschenbuch-Verlage immer mehr an Bedeutung. Suhrkamp bringt in 48 Bänden die „Neue Historische Bibliothek" heraus, die sich an ein allgemein-geschichtlich interessiertes Publikum wendet. Rowohlt versucht das Gebiet des Sports mit „Schulsportpraxis" und „Arbeitsbücher Schulsport" zu erschließen. Ullstein präsentiert die Reihe „Musik im Ullstein Taschenbuch". Besonders beliebt sind auch Veröffentlichungen zu aktuellen Filmen und Fernsehspielen (bei Heyne und Goldmann).

Und auch dies gibt es noch: Am 3. März ist Erstverkaufstag der im Düsseldorfer Econ Verlag erscheinenden Reihe „Hermes Handlexikon". Zunächst sind 10 Titel vorgesehen. Die Bücher machen es sich zur Aufgabe, einzelne Wissensgebiete lexikalisch zu umreißen; außerdem werden vergleichende Zeittafeln, Datenwerke, biographische Lexika, Kulturführer und Epochenlexika in der neuen Reihe vertreten sein.

Mit dieser Reihe könne eine Art „Revolution" auf dem Buchmarkt *beginnen. Die Handlexika werden* nämlich auch als gebundene Bücher zu haben sein, allerdings erst einige Zeit später. Damit kehrt sich die bislang unangefochtene Abfolge um, wonach zuerst die teure Hardcover-Ausgabe und im Anschluß daran das billige Taschenbuch zu erscheinen hat. Der neue Trend – wenn er anhält – signalisiert, daß Taschenbücher als Verbrauchsware angesehen werden, während nur das gebundene Buch als Zierde des Bücherschranks akzeptiert wird.

KARL P. APONER

Agentenkrimi: Malko Linge nun auch im Film

Sechs Leichen weniger

Seit 1965 schreibt der Journalist Gérard de Villiers seine „Malko"-Agentenkrimis. Siebzig Bände sind seither erschienen; sie heißen „Todes-Roulett der Roten Khmer", „Die Spur führt ins Weiße Haus", „Ölkrieg in Abu Dhabi", „Agentenfalle Budapest" etc., und ihre respektable Weltgesamtauflage beträgt 80 Millionen. Da wurde es Zeit, daß man anfing, die Abenteuer Malko Linges auch zu verfilmen.

Artur Brauner und der Franzose Raymond Danon koproduzierten „S. A. S. Malko – Im Auftrag des Pentagon". Das Drehbuch verfaßte der Romanautor selber, straffte die Handlung gegenüber dem Malko-Band Nummer 45 („Terror in San Salvador") ein bißchen, ließ ein halbes Dutzend Leichen weg und arrangierte den Schlußkampf zwischen Malko und dem bös-brutalen Enrico Chacon (Raimund Harmstorf) hübsch vor verspiegelten Wänden.

Malko Linge ist ein österreichischer Prinz, besitzt ein von den Vätern ererbtes Schloß und ist von der denkmalspflegerischen Idee besessen, es in einem fort zu renovieren. Das kostet viel Geld, und das verdient er sich als freier Lohnarbeiter des CIA. Wie James Bond wird er mit heiklen, fast unlösbaren Spezialaufgaben betraut und stets dorthin geschickt, wo's brennt und wo man aus politischen Gründen keine offiziellere Agentenmeute einsetzen kann.

Diesmal geht es um den abtrünnigen CIA-Mann Enrico Chacon, genannt „der Schlächter", dessen sich Amerika geniert. Er hat sich selbständig gemacht, reagiert auf keinen Befehl mehr und foltert und ermordet, von Militärs und rechtsextremen Großgrundbesitzern unterstützt, Regimegegner und Bauern, Bischöfe und Kellnerinnen. Er muß, beschließt Operationschef David Wise (Alexander Kerst), unschädlich gemacht werden.

Für 250 000 österreichische Schillinge fliegt Malko Linge nach San Domingo. Die Handlung basiert – wie bei 007 – auf dem Prinzip, daß der fast allmächtige Bösewicht den Prinzen zwar dringend töten will, es aber aus irgendeinem Grund verschmäht, den geraden Weg zu gehen, der ihm hundert prächtige Möglichkeiten böte: statt dessen fädelt er jeden Mordversuch auf so kunstvolle und komplizierte Weise ein, daß er scheitern und der Kampf weitergehen muß.

Den Prinzen Malko Linge spielt der Muskelmensch Miles O'Keeffe (bisher bewährt als Tarzan und als wilder Ator) furcht- und charmelos, unfroh, hölzern und verbissen wie einst Horst Buchholz den Moderator in der Astro-Show. Er sitzt Wodka trinkend an der Bar, springt durch ein Fenster, besteht die langweiligste Autoverfolgungsjagd, die man seit vielen Filmen gesehen hat, spricht mehrere Sprachen (bloß keinen Ton Österreichisch), zieht schnell ein paar Mädchen aus, taucht einen Mann ins Fotoentwicklerbad, schießt zwei andere tot, ersetzt Augenzwinkern durch kühnes Umsichstarren und Humor durch gequältes Lächeln. Und obsiegt natürlich, denn mehrere Fortsetzungen sind schon geplant.

Man sieht an „Malko", wie gut die James-Bond-Filme sind.

LUDWIG MERKLE



Vom Tarzan zum Superagenten: Miles O'Keeffe als Malko Linge in Gérard de Villiers' Film FOTO: ASCOT

KULTURNOTIZEN

Cesare Mazzonis wird neuer künstlerischer Leiter der Mailänder Scala und damit Nachfolger von Francesco Siciliani.

Das Klavierduo Alois und Alfred Kontarsky wurde auf der 9. Musik-Biennale in Ost-Berlin mit dem „Preis der Kritik" ausgezeichnet.

John Neumeier, dem Ballettdirektor der Hamburgischen Staatsoper, ist der „Dance Magazine Award" zuerkannt worden.

In Haifa ist jetzt ein „Museum der Israelischen Eisenbahn" eingeweiht und eröffnet worden.

Leopold Sédar Senghor, ehemaliger Staatspräsident Senegals, ist zum Ehrenmitglied der Frobenius-Gesellschaft ernannt worden.

Jean Maheu (52) ist der neue Leiter des Pariser Kulturzentrums „Georges Pompidou" und damit Nachfolger von Jean-Claude Groshens.

Das amerikanische Musical „Cats" (Katzen) erlebt seine kontinental-europäische Erstaufführung während des Frühlingsfestivals (18.–27. 3.) in Budapest.

Die 15. Internationale Buchmesse von Brüssel findet vom 12 bis 20. März statt.

Eklat im Münchener Jugendtheater: Die szenische Kantate „Kafr Kassem"

„Lieber erschießen als verhaften"

Noch steht Kipphardts umstrittenes Stück „Bruder Eichmann" auf den Spielplänen der bayerischen Landeshauptstadt. Da fühlt sich das kommunale Jugendtheater der Stadt aufgerufen, mit einem „ähnlichen Knüller" herauszurükken. „Kafr Kassem – Bericht über ein Dorf" lautet der Titel. Es handelt sich um eine „szenische Kantate für eine Schauspielerin mit vier Musikern", die sich auf eine Begebenheit aus dem Suezkrieg im Oktober 1956 an der israelischen Grenze bezieht.

Damals waren einige arabische Zivilisten irrtümlich von israelischen Militärposten erschossen worden. Über ein Dorf war eine Ausgangssperre verhängt worden. „Ein Kind namens Talal", erzählt nun die Schauspielerin in München, „rannte seiner Ziege auf die Straße nach. Weder das Kind noch die Ziege wußten, daß über das Dorf eine Ausgangssperre verhängt war. Auf einmal fielen Schüsse. Das Kind wurde getötet. Sein Vater rannte zu ihm, und das Gewehr setzte sein tödliches Geschäft fort. Die Mutter folgte dem Vater und dem Kind, die Tochter Nura lief zu ihren Eltern ..."

Die „Kantate" folgt wörtlich der Erzählung eines palästinensischen Schriftstellers. Bereits vor der Uraufführung hatten Münchner CSU-Stadträte die Befürchtung geäußert, daß hier historische Ereignisse im Nahen Osten in Szene gesetzt würden, um einseitigen politischen Effekt zu machen. Und in der Tat, genau darum handelt es sich. So erklärt z. B. ein israelischer General: „Ein Erschossener ist bequemer als ein Verhafteter."

Eine „Kantate" für deutsche Jugendliche? In Wahrheit ging es um nichts weiter als um hinterhältige, einseitige politische Indoktrination. Das zeigte sich auch in der anschließenden Diskussion.

Zunächst wies der Leiter des Theaters, Jürgen Flügge, den Vorwurf des Antisemitismus weit von sich. Dann sprach er blauäugig vom „Frieden" im mittleren Osten, den man doch so sehr wünsche. Man wolle deshalb „versuchen, die Israelis, die Stärkeren, zum Nachgeben zu bewegen". Dann gab es „Glückwünsche" eines anwesenden Palästinensers, der den Veranstaltern für die Darstellung hymnisch dankte „angesichts der einseitigen Haltung der Bundesrepublik", besonders Bayerns, wo Strauß 1963 riesige Waffenlieferungen für Israel veranlaßt hat."

Nein, über das Ziel solcher „progressiven Jugendarbeit" gibt es wohl keinen Zweifel. „Wer den Abend kritisiert, hat die Vergangenheit noch nicht bewältigt", hieß es immer wieder in dieser „Diskussion." Geschenkt! Bliebe vielleicht noch anzumerken, daß das Münchner Theater das einzige kommunale Theater der Jugend in der Bundesrepublik ist.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Sechs Jahre Haft für Marianne Bachmeier

Angeklagte bleibt auf freiem Fuß / Revision angekündigt

dpa, **Lübeck**

Ohne erkennbare Gefühlsregung nahm Marianne Bachmeier gestern in Lübeck den Spruch des Schwurgerichts entgegen, das sie wegen Totschlags an Klaus Grabowski, der ihre Tochter Anna umgebracht haben soll, zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte, aber den von der Staatsanwaltschaft beantragten Haftbefehl ablehnte. Als die 32jährige, die an diesem Tag einen weißen Pullover, schwarze Hose und weiße Stiefeletten trug, sich nach der Urteilsverkündung mit ihren Verteidigern in das Beratungszimmer der Anwälte zurückzog, sagte sie zu ihrem vor der Tür wartenden Verlobten Rolf Brockmann: „Komm ruhig mit rein."

Aus Sicherheitsgründen hatte das Gericht, bei dem gestern morgen wieder mehrere Morddrohungen eingegangen waren, im Foyer des Verhandlungssaals mit eisernen Gittern eine Absperrung für die Angeklagte und die übrigen Prozeßbeteiligten installieren lassen. Unter dem für sie bereits zur Gewohnheit gewordenen Gewitter von surrenden Fernsehkameras verfolgt, betrat die Angeklagte den bis auf den letzten Platz gefüllten Gerichtssaal.

Das mit Spannung erwartete Urteil wurde jedoch erst mit 30minütiger Verspätung verkündet. Die Sicherheitskontrollen waren an diesem Tag besonders gründlich und daher zeitraubend. Der erste Zuhörer wartete – nach eigenem Bekunden mit einem „Flachmann" ausgerüstet – bereits seit 4 Uhr 28 vor der Tür. Nur wer früh aufgestanden war, konnte das Ende des sensationellen Prozesses miterleben: Etwa 30 bis 40 Menschen fanden keinen Einlaß mehr.

Nach dem Spruch der Richter standen die Zuhörer noch lange in Gruppen vor dem Gerichtsgebäude und diskutierten Urteil und Strafmaß. „Für mich bleibt Mord Mord", schalt einer, nach dessen Rechtsempfinden das Urteil zu milde ausgefallen war. „Ich hätte ihr mehr gegeben", ergänzte eine Kantinenangestellte des zum Gerichtssaal umgewandelten Landesbauamtes, die mit den Zuhörern Marianne Bachmeier nach der Urteilsverkündung vor der Tür erwartete. Es gab jedoch auch andere Stimmen. „Ich finde das Urteil gerecht", sagte eine ältere Frau.

Die drei Anwälte von Marianne Bachmeier haben angekündigt, daß die Verurteilte in die Revision gehen will. „Der Prozeßverlauf und die Ergebnisse der Beweisaufnahme ließen dieses Strafmaß nicht erwarten und haben es auch nicht gerechtfertigt", erklärten die Verteidiger. Das Gericht sei mit der „nicht überzeugenden und widersprüchlichen Ablehnung eines minder schweren Falles des Totschlages und mit der verhängten Strafe" eng mit der Staatsanwaltschaft zusammengerückt. Diese will erst in den nächsten Tagen „prüfen und entscheiden", ob sie ebenfalls Revision einlegen wird.

Die Verteidiger warfen dem Gericht weiter vor, es habe „die begründbare und begründete Möglichkeit, die Mindeststrafe von fünf Jahren wegen der Gesamtumstände des Falles nach Paragraph 49 StGB weit zu unterschreiten", völlig unerörtert gelassen. Paragraph 49 des Strafgesetzbuches regelt „besondere gesetzliche Milderungsumstände".

Beim Strafmaß war das Gericht dagegen davon ausgegangen, daß kein minder schwerer Fall von Totschlag vorliege. Es hatte jedoch eine Reihe entlastender Momente anerkannt und war so bei der Bemessung der Strafe im Rahmen von fünf bis 15 Jahren Freiheitsentzug mit sechs Jahren im unteren Teil geblieben.

Der vorsitzende Richter Bassenge ging dann davon aus, daß die Angeklagte von dem Strafmaß unter Anrechnung der 15monatigen U-Haft und Berücksichtigung, daß ihr ein Drittel der Strafe erlassen würde, noch rund zweieinhalb Jahre abzusitzen habe.

Seite 2: Das Urteil





Stürme im Sonnenland

Mindestens neun Menschenleben forderten bis gestern die schweren Stürme, die seit einigen Tagen über Kalifornien toben. Gestern wurde außerdem Los Angeles von einem leichten Erdbeben erschüttert, dessen Stärke mit 3,2 Punkten auf der nach oben offenen Richterskala erreichte. Es entstand jedoch nur geringer Sachschaden. Unübersehbar sind dagegen die Schäden, die die seit Tagen anhaltenden Wolkenbrüche und Erdrutsche im Sonnenstaat Kalifornien anrichteten. Bei Windgeschwindigkeiten bis zu 135 Stundenkilometern wurden ganze Küstenstriche überflutet. Tausende Menschen sind obdachlos. Einige Gebiete im Großraum von Los Angeles wurden evakuiert, nachdem viele Häuser unbewohnbar geworden waren und die Menschen sich auf die Dächer geflüchtet hatten. Teile der Stadt Pacifica waren gestern akut gefährdet, weil die schwere See mit jedem Brecher mehr Land schluckte (Foto oben). In weiten Teilen auch des Landesinnern ist der Verkehr auf den überfluteten Straßen völlig lahmgelegt (Foto rechts). Die Unwetter machten auch eine Änderung des Besuchsprogramms der englischen Königin Elizabeth notwendig, die zur Zeit die USA bereist. Sie konnte nicht wie geplant mit der königlichen Yacht „Britannia" von Los Angeles, wo sie zu Gast auf der Ranch von US-Präsident Reagan war, nach San Francisco reisen.

FOTOS: UPI

Katastrophale Trockenheit in Südafrika

dpa, **Pretoria**

Die seit Januar anhaltende Trockenheit hat die Landwirtschaft in vielen Teilen Südafrikas an den Rand des völligen Zusammenbruchs gebracht. Auf der „Situationskarte" des Landwirtschaftsministeriums in Pretoria sind die Hälfte der Provinz Transvaal sowie Teile des Oranjefreistaats und der Kapprovinz als „Katastrophengebiete" verzeichnet. Fast alle übrigen Teile des Landes werden als „Dürregebiete" geführt.

Im Krüger-Nationalpark stirbt das Wild, weil Wasserstellen und ganze Fluß-Systeme vollkommen ausgetrocknet sind. Die Maisproduktion, die in guten Jahren bei 15 Millionen Tonnen liegt, ist um 51 Prozent zurückgegangen. Nicht viel besser steht es um die Zucker-, Sonnenblumen- und Erdnußproduktion. Gemüse- und Früchtefarmer stehen vor dem Ruin.

In den schwarzen „Homelands" sind bereits 800 000 Rinder verdurstet. Aus den nördlichen Gegenden der Kapprovinz und von den Farmern am Oranje-Fluß wird gemeldet, daß die Namib-Wüste rascher als sonst nach Süden vordringt.

Blutbad in Alaska

dpa, **New York**

Auf der Flugpiste des einsamen Weilers McCarthy in Alaska hat ein Mann sechs Menschen erschossen und zwei andere verletzt. Der 38jährige Täter konnte Stunden später auf der Flucht mit einem Schnee-Mobil von der Polizei gestellt werden. Über das Motiv wurde nichts bekannt.

Big Ben steht schief

AP, **London**

Big Ben, der Uhrturm des britischen Parlamentsgebäudes und eines der Wahrzeichen Londons, hat Schlagseite. Dies wurde jetzt im Unterhaus mitgeteilt. Staatliche Landvermesser haben festgestellt, daß der Uhrturm an seiner Spitze um knapp 23 Zentimeter vom Lot abweicht.

Lehrerin ging k. o.

dpa, **Wien**

Mit einem gezielten Kinnhaken hat ein elfjähriger Schüler in Salzburg seine Lehrerin vor versammelter Klasse k. o. geschlagen. Zuvor hatte der Junge die Schrauben am Stuhl der Lehrerin gelockert, so daß diese unter dem Gelächter der Kinder mehrmals ins Schwanken geraten war. Der Schüler wurde für vier Wochen vom Unterricht ausgesperrt.

Prominenter Verdächtiger

dpa, **Bochum**

Gegen den Bochumer Bürgermeister Georg Musolf (SPD) und seine Frau wird nach Angaben der Bochumer Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Bochumer Rezeptskandal wegen Verdachts des Betruges ermittelt. In dem Betrugsskandal, bei dem ein Schaden von mehr als 1,5 Millionen Mark angerichtet worden sein soll, wurden den Krankenkassen für Medikamente zur Kasse gebeten, die gar nicht verkauft worden waren.

Mehr Service bei der Bahn

hs. **Hamburg**

Den verstärkten Einsatz von Eisenbahnern im Kunden-Service und die zusätzliche Öffnung von Fahrkartenschaltern in den Hauptverkehrszeiten hat der Bundesvorstand der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten (GDBA) gestern in Hamburg gefordert.

Riesen-Fang

AFP, **Peschawar**

Dem pakistanischen Zoll ist die größte jemals in Pakistan beschlagnahmte Menge Heroin in die Hände gefallen. Am Rande der Pufferzone zwischen Afghanistan und Pakistan wurden 421 Kilo Heroin entdeckt, das auf dem westlichen Schwarzmarkt einen Wert von über 600 Milliarden Mark erreicht.

LEUTE HEUTE

Hoch zu Pferd

Mit seinen beiden Pferden „Wrochi" und „Farah Diba" ist der 25jährige Syrer **Adnan Assam** von Syrien nach Los Angeles zu den Olympischen Spielen im Mai 1984 unterwegs. Im vergangenen September hatte er sein Heimatdorf Suneida verlassen und ist jetzt in Athen eingetroffen. Der Reiter will sich am 15. März in Patras nach Italien einschiffen, Frankreich durchreiten, nach Großbritannien übersetzen und von dort in die USA fliegen.

Königliche Schnitten

König **Hussein** von Jordanien hat einen Wiener Bäckermeister zum Hoflieferanten für seine Frühstücksbrötchen ernannt. Während seines Weihnachtsurlaubes in seiner Wiener Villa in Grinzing am Fuße des Kahlenberges hatte sich der Haschemitenherrscher in eine Vollkorn-Toastbrotsorte des Bäckermeisters **Kurt Mann** „verliebt". Der Hof in Amman bestellt nun telefonisch in Wien. Die jordanische Botschaft befördert das „Königsbrot" als Diplomatengepäck direkt an den königlichen Frühstückstisch.

Schnee-Fall

Aga Khan, religiöses Oberhaupt der Ismaeliten, hatte Pech beim Skifahren in St. Moritz: Er stürzte so unglücklich, daß er per Rettungsschlitten ins Tal gebracht werden mußte. Er hatte sich im tiefen Pulverschnee einen komplizierten Oberschenkelbruch zugezogen.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Hoher Druck bestimmt das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 2. März 1983, nachm.

Vorhersage für Donnerstag und ganz Deutschland:

In den Frühstunden gebietsweise neblig, sonst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen zwischen 5 und 9 Grad. Nachts meist wolkenlos und Abkühlung auf plus 1 bis minus 4 Grad, dabei streckenweise Reifglätte auf den Straßen. Schwacher Wind um Südost.

Weitere Aussichten für Freitag:
Von Westen her wolkiger und milder.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	21°
Bonn	5°	Kopenh.	2°
Dresden	2°	Las Palmas	17°
Essen	6°	London	5°
Frankfurt	3°	Madrid	12°
Hamburg	0°	Mailand	10°
List/Sylt	1°	Mallorca	13°
München	0°	Moskau	−7°
Stuttgart	0°	Nizza	13°
Algier	15°	Oslo	−1°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	14°	Prag	−1°
Barcelona	13°	Rom	12°
Brüssel	4°	Stockholm	−4°
Budapest	7°	Tel Aviv	17°
Bukarest	0°	Tunis	9°
Helsinki	−5°	Wien	3°
Istanbul	7°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 7.02 Uhr, Untergang: 18.07 Uhr. **Mondaufgang:** – Uhr, Untergang: 9.29 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Touristen zwischen den Fronten des Taxikrieges

Vor allem deutsche Urlauber leiden unter Streit in Malaga

GEORG BAUER, **Hamburg**

Bis ins Detail hatten die drei älteren Damen aus Oldenburg ihren diesjährigen „Winter"-Urlaub im sonnigen Süd-Spanien vorbereitet. Selbst einen Taxifahrer aus dem kleinen Küstenort Torre del Mar, einen ihnen aus früheren Urlaubstagen bekannten und seriösen Mann, hatten sie zum Flughafen nach Malaga bestellt, um sich in aller Ruhe in die Stadt fahren zu lassen. Doch kaum hatten die Rentnerinnen ihre Füße auf spanischen Boden gesetzt, konnte von Ruhe keine Rede mehr sein. Zwar wartete der bestellte Wagen auf die Damen, doch einsteigen durften sie nicht. Robuste Vertreter des Malaga-Taxi-Syndikats und Respekt gebietende Polizisten der Stadt versperrten den Touristen den Weg.

„Nehmen Sie ein Taxi des Syndikats", entnahmen die Deutschen, des Spanischen unkundig, den energischen Gesten von Fahrern und Polizisten. Unter Protest fügte sich das weibliche Trio schließlich.

Seit Wochen tobt am Flughafen von Malaga der Kampf um die Kundschaft. Den Mitgliedern des Syndikats, in ihrem Vorgehen offenbar von der Polizei gedeckt, scheint auf der Jagd nach Touristen jedes Mittel recht. Fahrgäste werden unter den Augen der Ordnungshüter aus ortsfremden Taxen geholt, Kollegen handgreiflich bedroht, Reifen aufgeschlitzt. Eifersüchtig hüten die Malagesen ihre Pfründe, insbesondere die lukrativen Standplätze am Flughafen, und achten darauf, daß aus der Provinz bestellte Chauffeure mit leeren Wagen die Heimfahrt antreten.

Der Grund der Auseinandersetzung beruht auf einer unklaren Rechtslage: Während die Taxifahrer der Hafenstadt behaupten, nur sie dürften innerhalb des Stadtgebietes Fahrgäste aufnehmen, legen die „Provinzler" diesen Passus ganz anders aus.

Daß es zu dem Taxi-Krieg in Malaga überhaupt kam, haben sich die Hafenstädter allerdings selbst zuzuschreiben. Ihr rüdes Benehmen gegenüber den Kunden ließ erfahrene Urlauber, die seit Jahren in der Nähe von Malaga überwintern, auf Chauffeure aus der Provinz zurückgreifen. „Wir kennen die Leute und wissen, daß sie uns nicht übers Ohr hauen wollen", weiß der Hamburger Ulrich Baum.

Wie andere Rentner erlebte auch er, daß die Taxifahrer aus der Hafenstadt trotz eines festen Tarifs zum Teil bis zu 80 Prozent überhöhte Gebühren verlangten. Noch Unverschämtere forderten, wenn sie Fahrgäste mit dem gleichen Ziel aufnahmen, von jedem einzelnen den vollen Preis. Touristen, die sich weigerten zu zahlen, wurde gedroht, ihr Gepäck wegzufahren.

Gemeinsam mit Freunden machte Spanien-Fan Baum nun den spanischen Minister für Tourismus in einem Schreiben auf die Zustände am Flughafen aufmerksam. Außerdem schaltete er das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Malaga ein, das die Beschwerde „den zuständigen spanischen Stellen" vortrug. Das Problem sei bekannt, so hieß es da, eine Lösung in Vorbereitung. In dem Antwortschreiben des Konsulats an den Rentner wurde ein Pressebericht mitgeliefert, aus dem hervorging, daß eine gütliche Regelung zwischen den motorisierten Streithähnen gefunden worden sei. Eine voreilige Meldung. Zwei weitere Termine, zu denen sich die Betroffenen an einen Tisch setzen wollten, sind ebenfalls ungenutzt verstrichen.

Rentner Baum bereut seine Initiative, die den Stein ins Rollen gebracht hat, unterdessen sehr. Er leidet in seiner spanischen Ferienwohnung unter Telefonterror, und das Syndikat machte dunkle Andeutungen, gegen ihn vorzugehen, wenn er sich nicht entschuldige.

Der Blick vom Zuckerhut endet im Trüben

Strand und Wasser vor Rio werden immer schmutziger

W. THOMAS, **Rio de Janeiro**

Die Umweltschutzbehörde des Staates Rio de Janeiro hatte kurz vor dem Karneval schlechte Nachrichten: Die Strände am Zuckerhut werden immer schmutziger. Die Abwässer der zu schnell wachsenden Stadt, die bereits mehr als sechs Millionen Einwohner zählt, lassen auch die vornehmsten Küstenstreifen in Ipanema und Leblon zur Kloake verkommen – baden gefährdet die Gesundheit.

Allerdings, der Sandgürtel um Rio ist überlaufen wie immer. Nur wenige „Cariocas" wollen die Warnungen ernst nehmen. „Ich könnte mir nichts Traurigeres vorstellen als Rio ohne Strände", sagte Kenney Neoob, das „Garota de Ipanema" – Miss Ipanema – dieses Jahres. Rio ohne Strände, das wäre wie Berlin ohne Kurfürstendamm oder München ohne Schwabing.

Hier, zwischen Flamenco und Tijuca, schlägt das Herz dieser Bilderbuchmetropole. Von morgens bis abends pilgern leicht bekleidete, goldbraun gebrannte Menschen mit Handtüchern und Strohmatten bewaffnet in Richtung Meer. An Wochenenden gleicht der Pilgerzug einer Völkerwanderung.

An der „Praia", dem Strand, wird gesonnt, geflirtet, gespielt, gelesen, gegessen, geschlafen und getanzt. Wenn es dunkel wird, huldigen in weiße Gewänder gehüllte Negerinnen dem Umbanda-Kult. Auch Präsident Joao Baptista Figueiredo, ein sportlicher General, zieht bei seinen Besuchen in Rio die Badehose an. Er läßt sich gern dort sehen, wo jeder gesehen werden will, der etwas auf sich hält: in Ipanema. Der Stadtteil Copacabana ist längst nicht mehr die beste Gegend.

Am Strand von Ipanema sind die Wohnungen heute teurer als an New Yorks fünfter Avenue. Drei-Zimmer-Appartements in Beverley Hills, dem exklusivsten Viertel, kosten eine Million Dollar und mehr.

Jeder Straßenblock hat ein bestimmtes Publikum. Am „Postog", einem Beobachtungsstand der Lebensretter, versammelt sich gewöhnlich das Film- und Fernsehvolk: Schauspielerinnen, Produzenten, Regisseure. Nebenan, in Höhe der Rua Vinicius de Moraes, nach dem vor drei Jahren verstorbenen Bossa-Nova-Idol benannt, campieren 70 Musiker, Maler und Boheme-Typen. Die Gegend um das Café „Barril 1800" gehört den Männern, die gern „unter Männern" weilen. Die längst gesellschaftsfähig gewordenen „Viados" schätzen genauso knappe Textilien wie die Frauen.

In dieser Saison sind die Tangas noch um einige Millimeter schmaler. Königsblau und kleine gelbe Blümchen sind die große Mode. Oben ohne hat sich nie durchgesetzt. Europäerinnen wollten einmal diese Sitten nach Ipanema importieren. Sie wurden von den Gigolos mit Sand beworfen.

Antonio Carlos Jobim, der mit Vinicius de Moraes vor 20 Jahren einer Schönheit aus Ipanema einen musikalischen Welterfolg gewidmet hat, glaubt, daß die heutige Garota-Generation noch attraktiver ist als die damalige. Sie ist auch intelligenter. Kenney Neoob (20), die kürzlich von der städtischen Tourismusbehörde gekürte „Miss Ipanema", möchte einmal Psychologie studieren. Der Lieblingsautor dieser hellen Dame heißt Sigmund Freud.

Jobim bedauert: „Die Mädchen werden immer besser und ich immer älter." Der Bossa-Nova-Barde erreichte mittlerweile das 55. Lebensjahr. Sein Urteil über die Frauen gilt jedoch nicht für die Strände. Er registrierte bereits vor der Umweltschutzbehörde alarmierende Zeichen. Längst hat er ein Lied geschrieben, in dem er den Lärm, den Schmutz und das Gedränge der einst so paradiesischen Praias beklagt. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„An den Weltbörsen sind die ‚Bullen' los" (Schlagzeile einer dpa-Meldung über Boom-Spekulanten).

